

Michael Brie (Hrsg.)

**Mit Marx ins 21. Jahrhundert**  
**Kritik des Neoliberalismus**  
**und Alternativen**

Beiträge zum Symposium  
der Rosa-Luxemburg-Stiftung  
vom 1. Juni 2005



Michael Brie (Hrsg.)

# Mit Marx ins 21. Jahrhundert

## Kritik des Neoliberalismus und Alternativen

Beiträge zum Symposium der Rosa-Luxemburg-Stiftung  
vom 1. Juni 2005



Karl Marx (1867)



# Inhaltsverzeichnis

Michael Brie: Vorwort	5
Hans Modrow: Zur Eröffnung	8
Rainer Rilling: Marx macht Sinn!	10
Uwe-Jens Heuer: Die Staats- und Gesellschaftstheorie von Marx – überholter Ballast oder zu überprüfendes Erbe?	12
Mario Candeias: Konjunkturen des Neoliberalismus	21
Lutz Brangsch: Dialektik der Reproduktion – Ökonomisches und Soziales bei Marx	28
Iris Nowak: Streitbare Kinderwünsche? Betrachtungen zum demografischen Wandel im Anschluss an Hall und Gramsci	38
Erhard Crome: Weltmarkt, Weltsystem und die Analyse der Welt des 21. Jahrhunderts	48
Norman Paech: Anmerkungen zum falschen Verfassungsverständnis der EU-Verfassung	58
Lothar Bisky: Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft des 21. Jahrhunderts	61
Christoph Spehr: Revolution und Transformation heute	67
Michael Brie: Die wiederentdeckte Eigentumsfrage	77
Christa Luft: Gibt es eine Alternative zum Neoliberalismus?	103
Reinhard Mocek: Schlusswort	109
Autorenverzeichnis	111

## Vorwort

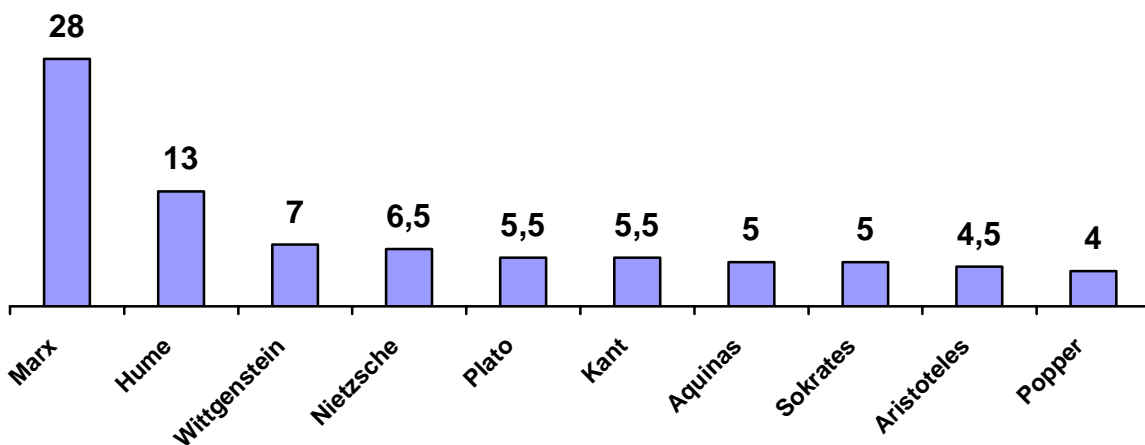
Am 1. Juni 2005 fand ein Symposium der Rosa-Luxemburg-Stiftung statt, das sich der Aktualität des Werkes von Marx und des Marxismus zuwandte. Vertreter des Marxistischen Forums, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der RLS und Projektpartnerinnen und -partner nahmen daran teil.

Auch heute ist kein Sozialismus ohne den Bezug auf Marxens Werk denkbar. „Mit Marx ins 21. Jahrhundert“ nimmt diese Tatsache auf, beantwortet aber nicht die Frage, mit welchem Marx, mit welchem Verständnis seines Werks Grundfragen des 21. Jahrhunderts analysiert, mit welchen Zielen Gesellschaft in diesem neuen Jahrhundert verändert werden sollen, welches dafür die richtigen Mittel sind und wer die Akteure? Dies ist schon deshalb keine Selbstverständlichkeit, weil andere

ragende Geltung. Schon 1999 wurde Marx bei einer Umfrage des BBC unter ihren Online-Nutzern zum bedeutendsten Denker des zweiten Jahrtausends unserer Zeitrechnung „ermittelt“ – weit vor Albert Einstein, Isaac Newton und Charles Darwin. 2005 fragte die gleiche BBC nach dem größten Philosophen. Und auch dieses Mal wurde Marx mit Abstand auf „Platz 1“ gewählt. Marx selbst hätte vor allem dagegen protestiert, dass weder Hegel noch Rousseau die „Top ten“ erreichten.<sup>1</sup> Die nachstehende Grafik aber, so darf man vermuten, hätte ihn trotzdem nicht ohne Befriedigung gelassen (Grafik 1). Wie die *Süddeutsche Zeitung* sehr zeitgemäß kommentiert: „Einsam wie sonst nur Lance Armstrong bei der Tour liegt Karl Marx an der Spitze.“<sup>2</sup>

**Grafik 1: Die Liste der größten Philosophen (auf Basis einer Umfrage der BBC London)**

([http://www.bbc.co.uk/radio4/history/inourtime/greatest\\_philosopher\\_vote\\_result.shtml](http://www.bbc.co.uk/radio4/history/inourtime/greatest_philosopher_vote_result.shtml))



vor uns „mit Marx“ das 20. Jahrhundert durchschritten haben und ihre Erfolge wie ihr Scheitern Ernst genommen werden müssen. Angesichts der Verbrechen, die im Namen des Marxismus-Leninismus begangen wurden, gibt es keine intellektuell unschuldige Marx-Rezeption, die sich der Verantwortung entziehen kann, die genannten Fragen kritisch zu beantworten.

Marx' intellektuelles und politisches Werk hat Maßstäbe gesetzt, an denen es kein Vorbei gibt, auch nicht fast 125 Jahre nach seinem Tod. Aber auch über Sozialistinnen und Sozialisten hinaus hat Marx über-

Wieso aber ragt Marx heute noch so über alle vor und nach ihm hinaus? Wieso verdrängt er selbst im Land seines Exils all die Großen der englischen und schottischen Kultur? Wo bleiben Locke und Hobbes, wo Bacon und Mill? Wieso ist es gerade sein Werk, das eine so ungebrochene Faszination ausübt? Warum hat

<sup>1</sup> Auf der Auswahlliste waren drei Frauen: Hildegaard of Bingen, Mary Wollstonecraft, Simone de Beauvoir.

<sup>2</sup> <http://www.sueddeutsche.de/kulm1/kultur/artikel/622/55567/print.html>.

Marxens Ruf den Zusammenbruch des Marxismus-Leninismus und jenes System, das vorgab, auf seiner Lehre aufgebaut zu sein, überlebt – den sowjetischen Staatsparteisozialismus?

Will man diese Fragen nicht als zu selbstverständlich ansehen, könnte eine Befragung unserer Zeitgenossen hilfreich sein. Sehen wir uns zuerst die Begründungen an, die von jenen gegeben wurden, die sich bei der Online-Umfrage der BBC so ganz gegen deren eigene Präferenzen für ganz andere Personen entschieden. Die Befürworter, die sich sehr deutlich für Marx aussprachen, gaben folgende Gründe an:

- Karl Marx hat Tausende von Befreiungskämpfen inspiriert. Er war der Vater des modernen politischen Denkens. (Dag Thorens, Norwegen)
- Marx lieferte die beste Analyse der Funktionsweise des Kapitalismus. Am Ende des 20. Jahrhunderts ist seine Arbeit genauso notwendig, um die Welt, in der wir leben, zu verstehen, wie sie es im 19. Jahrhundert war. (Jyotsna Kapur, USA)
- Karl Marx' Ideen haben eine immense Bedeutung für die Menschen auf der ganzen Welt, sowohl in der Theorie als auch in der Praxis. (Frode Mannsaker)
- Karl Marx entwickelte eine vollständige Kritik am Kapitalismus. Seine Ideen schlugen wie eine Bombe ein, im späten 19. und im 20. Jahrhundert. (Mike Wunsch)<sup>3</sup>

Interessanter noch ist eine Befragung, die Autoren der Website [www.heise.de](http://www.heise.de) gleichfalls 1999 durchführten, um das Ergebnis von BBC kommentieren zu lassen: „Wir befragten Arbeiter bei DaimlerChrysler im schwäbischen Esslingen-Mettingen sowie Malocher in Ostdeutschland nach ihrer Meinung zu Karl Marx und seiner Wahl zum größten Denker des Jahrtausends:

- Natürlich. Er hat gekämpft. Und er hat bestanden. Es stimmt, dass er der größte Denker dieses Jahrtausends ist. Marx gefällt mir, ich bin aber nicht Mit-

glied einer Partei. Marx ist vom 19. Jahrhundert. Er hat richtig gekämpft. Wir sind Arbeitnehmer, und wir denken, er hat es richtig gemacht. (Arbeiter von DaimlerChrysler)

- Der alte Marx? - Wirst sehen, eines Tages kommen die wieder darauf zurück. Ich hatte ja früher auch immer geschimpft, weil die uns immer mit dem Entzug des Seefahrtbuches erpresst haben. Das nur, wenn man mal was auszusetzen hatte. Vielleicht macht ihr und deine Partei es mal besser, aber das wird dauern. Du weißt ja, ich kann mit meinen kaputten Knochen nicht mehr, aber da oben sitzen nur Verbrecher. Für Auslandseinsätze haben die Geld, aber für uns - nix. (Arbeiter aus Rostock)
- Habe mir wenig Gedanken über Marx gemacht. Momentan ist die Politik schlecht. (Arbeiter von DaimlerChrysler)
- Schlecht war er nicht. Wenn man die Kapitalisten sieht und hört, denke ich, hat er auch heute noch Bedeutung. (Arbeiter von DaimlerChrysler)
- Ich halte nichts von Marx. Es klappt in der Praxis nicht. Theoretisch ist das ja ganz gut, aber nicht in der Praxis. (Arbeiter von DaimlerChrysler)
- Was, der Marx wurde Mann des Jahrtausends? Du willst mich jetzt aber nicht verklappen. Ansonsten habe ich doch immer gesagt, was der gewollt hat und was er an Theorie entwickelt hat, ist richtig. Ich kann nur nicht verstehen, warum die in der DDR offensichtlich so viele Fehler gemacht haben. Sieh dir doch die Wahl in Berlin an. Die PDS legt überall zu. (Kollegin aus Ostdeutschland)
- Ein Dummer war er nicht. Ich würde schon sagen, dass er einer von den Größten war. Und heute hat er auch noch Bedeutung. (Arbeiter von DaimlerChrysler)
- Ach nee, der Marx wurde Mann des Jahrtausends? Finde ich gut, denn der kann ja nichts dafür, dass unsere DDR-Führung alles versaut hat. Wenn ich mir so die Einheit ansehe, hat er trotzdem Recht. Sieh dir doch mal die

<sup>3</sup> Vgl.: <http://news.bbc.co.uk/hi/english/static/rfevents/millennium/sep/winner.stm>.

ganzen Probleme an, welche wir jetzt haben. Aber wie wir das ändern können, weiß ich auch nicht. (Fischer auf Sassnitz)

- Ich kann nichts dazu sagen. Einstein war sehr berühmt, sehr intelligent. Hat viel erfunden. Karl Marx ist Politiker gewesen. Wahrscheinlich hat er das vorhergesehen, wie es heute ist. Es gibt viele Arbeitsplätze, wo man fast nichts verdient. Und man muss wer weiß wie arbeiten. Die Massenarbeitslosigkeit - das ist Politik - außerdem, dass die Leute zu wenig verdienen zum Leben. Weil die Oberen das so regeln. Aber das Unrecht ist immer da. Das hat es immer gegeben. (Arbeiter DaimlerChrysler)
- Ich kenne ihn nicht so gut. Aber das ist ein guter Denker gewesen. Wenn es so wird für die Zukunft, ist es schon gut. Aber der Sozialismus muss modern sein. Nicht das, was Riester macht und die Regierung sonst. Wir gehen ja in eine kapitalistische Welt rein, in dieser Zeit. Die Kapitalisten werden immer reicher, bauen Arbeitsplätze ab. Die können ja machen, was sie wollen. Geld ist alles zur Zeit. Karl Marx wäre ja echt nicht schlecht. (Arbeiter DaimlerChrysler)

Aus den zitierten Perspektiven heraus erscheint Marx erstens als ein herausragender Wissenschaftler, der die gegenwärtige Gesellschaft als auf Ausbeutung begründete Gesellschaft erfasst hat (*Kapitalismuskritik*). Zweitens gilt er als Inspirator von und aktiver Teilnehmer an Befreiungskämpfen, vor allem von Kämpfen der Arbeiter (*Theorie und Praxis der Befreiung der Arbeiter*). Drittens wirkt Marx als Vertreter einer großen Utopie, der Vision einer Gesellschaft, in der Ausbeutung, Unterdrückung, Krieg überwunden und Menschen gleich sind.

Es ist erstaunlich, wie nahe diese unter heutigen Arbeitern und anderen Zeitgenossen verbreiteten Marx-Bilder dem Marxschen Selbstbild wie auch denjenigen Bildern kommen, die sich dessen engste Schüler wie Kautsky, Lenin oder Luxemburg von ihm gemacht haben<sup>4</sup>. Anders als viele andere Große der Weltgeschichte lebt Marx mit seinem eigenen Anspruch fort.

Berlin, Januar 2006

Michael Brie

---

<sup>4</sup> Siehe W. I. Lenin: Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus, in: LW, Bd. 19, S. 3-9.

## Zur Eröffnung



Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat eingeladen und gefordert, „Mit Marx ins 21. Jahrhundert“ zu gehen. Wie der Besuch zeigt, wir finden Aufmerksamkeit, aber die Jugend gilt es wohl für Marx noch etwas mehr zu begeistern.

Das ist eine Veranstaltung, die in vielfältiger Weise bedeutsam und zeitgemäß ist.

Veranstalter ist die Rosa-Luxemburg-Stiftung, mittragend ist das Marxistische Forum, von dem auch der Anstoß für ein solches Symposium ausging. Zu danken ist Michael Brie, der die Initiative übernahm und federführend für die weiteren Schritte zur Durchführung dieser Veranstaltung wurde.

Rahmen und Inhalt der Veranstaltung haben aktuellen Bezug und sollen in die Zukunft weisen.

Bald wird der 15. Jahrestag des Beitritts der DDR zur BRD und damit der Vereinigung der beiden deutschen Nachkriegsstaaten sein und Neuwahlen sollen ausgeschrieben werden. Die staatliche Seite

wird den 3. Oktober – wie auch immer – nach der Wahl in Potsdam feiern und viele Millionen Bürgerinnen und Bürger dieses Landes werden in größter Nachdenklichkeit auf die Geschichte und die möglichen Bundestagswahlen blicken. Dabei geht es schon längst nicht mehr um die berühmten blühenden Landschaften – sie liegen hinter uns, weil sie nie gekommen sind.

15 Jahre sind schon ein historischer Zeitabschnitt. Das um so mehr, wenn wir sie in geschichtliche Vergleiche des 20. Jahrhunderts stellen.

Das 20. Jahrhundert war noch keine 15 Jahre alt, da begann der 1. Weltkrieg. Er war beendet und 15 Jahre später begann die faschistische Diktatur in Deutschland, die den 2. Weltkrieg mit dem gewaltigsten Völkermord in der Geschichte auslöste. Es brauchte keine 15 Jahre, um die Macht des Faschismus zu brechen und den mörderischsten aller Kriege zu beenden. Die Nachkriegsgeschichte bis 1990 wurde vom Kalten Krieg und einem Gleichgewicht des Schreckens geprägt.

Der eine Teil, die westliche Welt, ging neue Wege bei der Gestaltung des Kapitalismus. Sie gewann Stabilität und eine bestimmte Art von Überlegenheit. Der andere Teil, die östliche Welt, meinte, auf die Ideen von Marx und Engels gestützt, eine neue, sozialistische Welt zu gestalten, die der kapitalistischen überlegen sein sollte. Bald sind 15 Jahre seit dem Ende des realen Sozialismus und der Sowjetunion vergangen.

Der entwickelte Kapitalismus hat weder gesiegt, noch die erwartete Stabilität gewonnen. Im Sinne der Lösung der Menschheitsfragen nach Frieden, sozialer Gerechtigkeit und Freiheit ringt er mit seinem Versagen. Wenn der Vorsitzende der SPD, Franz Müntefering, mit seiner Kritik am gegenwärtigen globalen Kapitalismus bei mehr als 70% der Bürgerinnen und Bürger der BRD auf Zustimmung



stößt, besteht doch ein gesellschaftliches Bedürfnis nach einer solchen Kritik. Die geübte Kritik hebt aber das Versagen der Sozialdemokraten und der Rot-Grünen Regierung nicht auf. Im Gegenteil, wer die Widersprüche des Kapitalismus kritisiert, aber sein Wirken gegen die sozialen Interessen der Arbeitenden mit staatlichen Maßnahmen unterstützt, verliert Glaubwürdigkeit und Vertrauen. Ob die ange-dachten Manöver einer Vertrauensfrage Erfolg bei der Wahl im Parlament bringen, ist zweifelhaft. Die Wahlen werden in der Bundesrepublik unter Bedingungen von zwei Teilgesellschaften stattfinden, die, 15 Jahre nach Anschluss der DDR, noch immer in diesem Land bestehen. Der Prozess der Vereinigung, wenn davon überhaupt die Rede sein kann, vollzieht sich außerhalb oder gegen das bestehende Grundgesetz. Die Bürger sind nicht gleich in diesem Land, der Sozialstaat wird zerstört, das Eigentum dient weitgehend nicht gesellschaftlichen Interessen, und der Kapitalismus entfaltet einen immer stärkeren brutalen Charakter. Gewiss, Moral und Ethik sind keine Marktkategorien, aber je weiter der Mensch vermarktet wird, umso brutaler geht es zu.

Marx wird uns nicht auf alle Fragen der Gegenwart und Zukunft Antworten geben – aber seine Methode zur Analyse des Kapitalismus kann uns helfen, seine inneren gegenwärtigen Zusammenhänge tiefer zu erfassen und Schlussfolgerungen zur Veränderung der Welt abzuleiten.

Der globale Kapitalismus hat mit dem Ende der Sowjetunion eine neue Art ursprünglicher Akkumulation hervorgebracht. Über die rechtliche Seite des Jukos-Prozesses mag man streiten, aber das beantwortet die Frage nicht, woher über Nacht ein persönlicher Reichtum von Milliarden Dollar entsteht.

Gesellschaftliche Analyse braucht auch geschichtliche Betrachtung. Was hier in der BRD geschieht, ist total spaltend und gefährlich, wie die verschiedenen Jubiläen zeigen. Wir sollten mit eigener kritischer Betrachtung den Mut zur konstruktiv-kritischen Darstellung der Geschichte der DDR und der beiden deutschen Staaten in den letzten 15 Jahren aufbringen.

Unsere Veranstaltung soll analytisch eingreifen und sie kann auch neue Ansätze für inhaltliche Alternativen geben, die über den Kapitalismus hinausweisen. Es geht gewiss nicht um einfache Handreichungen für die Politik, aber angesichts einer Neuwahl des deutschen Bundestages geht es schon um inhaltliche Positionen, wenn die PDS als wichtigste und stärkste linke Kraft in der BRD erfolgreich sein will.

Wir werden uns mit dieser Veranstaltung nicht in die Debatte über eine Gemeinsamkeit der linken Kräfte direkt einmischen, aber Denkanstöße über Alternativen in Gesellschaft und Politik können und wollen wir doch geben.

In diesem Sinne wünsche ich unserer Veranstaltung Erfolg und öffentliche Aufmerksamkeit.

**Rainer Rilling**

## **Marx macht Sinn!**



Die Fähigkeit, vom Tode aufzuerstehen, ist in aller Regel nur denen gegeben, an deren Beerdigung etwas auszusetzen ist oder die aufgrund einer gewissen Lebentüchtigkeit einfach nicht umzubringen sind. In ganz seltenen Fällen gehen beide Sachverhalte zusammen. Heute besprechen wir einen solchen Ausnahmefall, Marx also, der es ins 21. Jahrhundert geschafft hat, obwohl doch unzählbare Versuche unternommen wurden, ihn endlich ins Grab zu bringen – ob durch nachweisbare Fremdeinwirkung oder durch eigene Hand. Verlange hier niemand ein Register der braven Einäscherungs- oder der fiesen und meistens gleich seriell angelegten Mordversuche. Auch möchte ich hier das zuweilen traurige, oftmals aber auch äußerst pfiffige und verblüffende Kalendarium der Wiederauferstehungen nicht aufblättern. Auf alle Fälle: es will scheinen, als ob hier die üblichen Beerdigungsregeln der Beseitigung wie Transzendierung auf ganz eigentümliche Weise versagen, der alte Maulwurf also weiter-

werkt – und es deshalb, wie Derrida formulierte, „immer ein Fehler sein wird Marx nicht zu lesen und wiederzulesen und ihn zu diskutieren.“ Dazu gibt es keine Alternative, there is no Alternative.

Um das Lesen und Wiederlesen des Marx-Textes geht es, wenn diese Stiftung sich um Marxforschung-, -edition und -publikation bemüht. Um das Diskutieren und Wiederdiskutieren geht es, wenn die RLS wie keine andere Stiftung in Europa Analysen, Forschungen und wissenschaftliche Arbeiten junger Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen finanziert und organisieren hilft und wenn wir den Aufbau politiknaher Wissenschaftsprojekte im marxistischen Analyse- und Theoriekontext im Zusammenhang des Transform-Verbundes und innerhalb der Sozialforumsbewegung unterstützen bzw. im weiteren internationalen Rahmen etwa in den USA – ich denke an das Global Left Forum – oder in Südafrika oder Lateinamerika die Kommunikation linker und marxistischer Wissenschaftsmilieus finanziell und mit dem Einsatz eigener Köpfe zu unterstützen versuchen. Und wenn wir uns endlich bei dem Historisch-Kritischen Wörterbuch und seiner Jahrestagung engagieren, einem der bedeutendsten internationalen Forschungsprojekte im marxistischen Feld. Um Kommunikation geht es schließlich auch, wenn die Stiftung mit dem Linksnet-Projekt eines der mittlerweile attraktivsten linken Medienprojekte aufzubauen geholfen hat, an dem ein Großteil der marxistischen und linken Publikationen der Bundesrepublik Deutschland mitwirkt.

Wir sind also entgegen mancher Erwartungen kein Teil der (im Ernst: auch noch extrem langweiligen) Beerdigungsindustrie, wir machen auch nicht in Wiederbelebung, uns interessiert das *life business*. Dazu gehören freilich auch Träume und kleine Wünsche: der Wunsch der WissenschaftlerInnen zu helfen, die internationale marxistische Debatte auf unsere, demokrati-

sche, nicht-imperiale Weise zu globalisieren, also die Diskussionen in Europa, Japan, auch in Russland, in China, aus den Diasporas in Afrika, Arabien, in manchen der sogenannten Transformationsstaaten, die Diskussionen vor allem aber in Lateinamerika, wo der Neoliberalismus so interessant Federn lassen muss, und in den USA, im neuimperialen Kernland, wo sich so vieles entscheiden wird. Dazu gehört der Wunsch der linken, sozialistischen Politik an die Wissenschaft und Bildung nach Bausteinen für eine neue weitgespannte Gegenhegemonie, die eingreifendes Denken zur Grundlage hat und eine Kultur der politischen Bildung, auch der Bildung, des Bildens marxistischen Denkens. Und dazu gehört beispielsweise der Traum von einer Welt, in der wir uns nicht mehr mit den Souvenirs der Originalzeit des alten Marx herum-schlagen müssen: Sklaverei und Rassismus, Sexismus, Fremdenfeindlichkeit, Hunger, Genozid, imperiale Okkupation, Krieg, Krankheit, Arbeitslosigkeit, Entfremdung und Verzweiflung.

Die heutige Tagung beharrt entgegen den so oft vorgetragenen Ratschlägen der alten positivistischen Stückwerktheoretiker und der etwas neueren postmodernen Dekonstrukteure darauf, dass es Sinn macht, Not tut und wissenschaftlich wie ideologisch notwendig ist, das Ganze ins

Auge zu fassen – in diesem Fall den Neoliberalismus. Marxistisches Denken, das sich bei aller methodischen und empirischen Bescheidenheit nicht an der Totalität versucht (und dabei selbstverständlich auch das Totalitäre bedenkt, übrigens) wird Probleme haben: Wie soll es die historische und reale Dimension der Vermittlung fassen? Wie begreift und greift es praktisch-politisch, was in der Alltagspraxis ist und welche Widersprüche und Entwicklungen sich hier auf tun? Ohne das Mitdenken des Ganzen greift es zu kurz, stolpert und merkt dann, dass es nichts oder nicht zureichend begriffen hat. Und wie kann denn ein solches halbiertes Denken die Ideen der Konterkarierung der real existierenden globalen Macht des imperialen Neoliberalismus und seiner transnationalen Akteure – früher hießen sie Bourgeoisie – entfalten? Es gibt also Gründe für die spannende und den genannten Ratschlägen zur Selbstbeerdigung nicht folgende methodische Anlage des heutigen Symposions, das auszurichten für die Rosa-Luxemburg-Stiftung ein wichtiger politischer Positionspunkt ist gerade angesichts der neuen politischen Dynamik auf der Linken, die wir mit Engagement verfolgen und unterstützen.

**Uwe-Jens Heuer**

## **Die Staats- und Gesellschaftstheorie von Marx – überholter Ballast oder zu überprüfendes Erbe?**



Das Marxistische Forum kann in diesen Tagen auf eine immerhin zehnjährige Geschichte zurückblicken. Am 18. Mai 1995 erschien im Neuen Deutschland unsere Erklärung „In großer Sorge“, am 29. Mai fand die erste Veranstaltung mit 800 Teilnehmern statt, danach gründete am 6. Juni eine Reihe von Unterzeichnern das Marxistische Forum.

Eine unserer Besorgnisse war, dass sich die sozialistische Zielstellung in eine unverbindliche Vision verwandele. „Der Weg der Anpassung führt auf jeden Fall in die Überflüssigkeit, ins Nichts.“ Wir sollten für unsere Strategie „das, was wir bei Marx Wichtiges und Richtiges gelernt haben, nicht leichtfertig zugunsten neuer Moden über Bord“ werfen. Wir wollten vornehmlich als Wissenschaftler, als Intellektuelle auf den Kurs der Partei einwirken und

haben uns deshalb ausdrücklich nicht als Plattform, sondern eben als Forum, und zwar als Marxistisches Forum bezeichnet.

Das Marxistische Forum hat in vielen Tagungen und Konferenzen mit Veröffentlichungen, mit Anträgen auf Parteitag seinen Kurs vertreten. Die Mitglieder des Marxistischen Forums waren in ihren Publikationen bestrebt, die Lebenskraft eines sich erneuernden Marxismus unter Beweis zu stellen. Wir haben mehrere Bücher bzw. Broschüren gemeinsam veröffentlicht und jedes Jahr 3-4 Tagungen durchgeführt. Unsere Schriftenreihe konnte ihr 50. Heft veröffentlichen. Wir sind stets davon ausgegangen, gemeinsam theoretische Weiterentwicklung auszulösen, aber auch an bestimmten Kulminationspunkten unmittelbar politisch aufzutreten. Wichtige politische Erfolge, an denen auch wir Anteil hatten, waren die Entscheidung des Münsteraner Parteitages Anfang April 2000 gegen die Zulässigkeit einer Zustimmung der Bundestagsfraktion oder des Bundesvorstandes zu Kriegseinsätzen und die Kritik des Geraer Parteitages im Oktober 2002 am politischen Kurs des Parteivorstandes, der die Bundestagswahl Niederlage verursacht hatte. Wir haben in der Programmdiskussion aktiv mitgewirkt, ich selbst als Mitglied der Programmkommission, mit Minderheitsvoten teilweise Breitenwirkung in der Partei erreicht. Beim Programm haben wir einiges erreicht, als marxistisch würde ich es aber nicht bezeichnen.

Die Verhältnisse werden früher oder später zu einer Stärkung sozialistischer Gegenkräfte führen. Viele Aussagen von Marx und Engels vor allem zur kapitalistischen Gesellschaft werden Tag für Tag von der Wirklichkeit bestätigt. Ein auf dem Boden heutiger Wissenschaft erneuerter Marxismus, ausgehend vom Marxschen Diktum, dass es darauf ankomme, „alle

Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verächtliches Wesen ist“, wird gebraucht in der Auseinandersetzung mit dem neoliberalen Zeitgeist, für den es Ölinteressen als Kriegsgrund nicht gibt und der den Zusammenhang von nicht aus der Mitte, sondern aus der Spitze der Gesellschaft stammender medialer Aufwertung des NS-Staates mit dem wachsenden „Rechtsextremismus“ leugnet. Das gilt auch und gerade für junge Menschen, die von Marx nichts mehr erfahren.

Ich habe mich sehr gefreut, als Lothar Bisky dem Vorschlag von Hans Modrow zustimmte, gemeinsam eine Veranstaltung zu Marx zu machen. Ich muss offen sagen, dass ich mit dieser Zustimmung nicht gerechnet hatte. Ich freue mich darüber, dass die Rosa-Luxemburg-Stiftung, vor allem Evelin Wittich, Christa Luft und nicht zuletzt Michael Brie, dieses Vorhaben ebenfalls unterstützen, dass die Stiftung sogar die Trägerschaft übernommen hat. Es ist in diesem Kreis ja nicht unbekannt, dass es gerade zwischen Michael Brie und mir erhebliche Meinungsverschiedenheiten gegeben hat und sicher auch weiter gegeben wird. Wir haben offensichtlich nicht dieselbe Vorstellung, was Marx, was Marxismus ist. Ich darf nur auf eine Rezension meines Büchleins "Marxismus und Politik" von Michael Brie verweisen. Seine Rezension trug die Überschrift „Welcher Marxismus und welche Politik?“ (Utopie kreativ 165/166 Juli/August 2004).

Umso erfreulicher ist ein gemeinsames Bekenntnis zu Marx. Mit dem Wort Bekenntnis ist es natürlich so eine Sache. Wir lesen heute sehr viel, dass es nicht nur auf die Ratio ankomme. Heinz Niemann hat am Sonnabend im ND sich zur Notwendigkeit geäußert, sich auch mit „Verkürzungen, Vereinfachungen, Verheißungen“, mit dem „Appell an die Gefühle und einmal weniger an den kühlen Verstand der Hörer zu wenden“. Auch ich habe in derselben Nummer des ND vorgeschlagen, einen nichtreligiösen Glauben im Rahmen des Marxismus zu akzeptieren. Ein linker Populismus sollte aber in jedem Fall ein solides marxistisches Wissensfundament haben. Das ist auch das sicherste Hemmnis gegen einen Pragmatismus, der alles dem Kampf um Mandate unterordnet,

über dessen Gefahren wir oft geredet haben, ohne seinen wachsenden Einfluss brechen zu können, und der jetzt vielleicht einen Höhepunkt erreicht.

Ich schlage deshalb vor, zum Hauptgegenstand unserer Debatte den Marxismus als Wissenschaft zu machen. Ich weiß natürlich, dass dieser Wissenschaftscharakter des Marxismus (vornehmlich des Marxismus-Leninismus) umstritten war, und dass er selbst auch dafür viele Handhabe bot: Till Brandenburg, der Herausgeber des Briefwechsels von Bernstein und Kautsky, wertete ihre Auseinandersetzung 1896/98 als Kampf eines Bernstein, „der diese Käfighaltung der Theorie verhindern wollte“, gegen einen Parteipolitiker, der den Marxismus zur Ideologie gemacht habe, die dann die Basis für Lenins Marxismus und für die Legitimation der „gescheiterten Gesellschaftsordnung“ geliefert habe.<sup>5</sup>

1966 analysierte Arnold Künzli psychografisch einen Zusammenhang von jüdischem Selbsthass und Karl Marxens Vision von der Mission des Proletariats, von der Marx allerdings nie gesprochen hat.<sup>6</sup> „Das Volk Israel .... feierte im Proletariat, ihm unbewusst, seine Auferstehung. ...Die Übereinstimmung der Marxschen Vision von der heilsgeschichtlichen Mission des Proletariats mit der biblischen Prophetie von der heilsgeschichtliche Mission des Volkes Israel ist so vollkommen ..., dass der Text von Marx - ersetzt man Proletariat durch <Israel>, Klasse durch <Volk> und umgekehrt – oft geradezu der Bibel entnommen zu sein scheint“ (S. 636). Dieser Glaube, aber, so seine Schlussfolgerung, „ist heute als ein Mythos erwiesen“(S. 817).

Vor allem im Werk Stalins – aber keineswegs nur dort – wurde in großem Umfang die Wissenschaft durch unanfechtbare Parteibeschlüsse bestimmt. Hatte Lenin in

---

<sup>5</sup> Till Schelz-Brandenburg: Eduard Bernstein und Karl Kautsky. Entstehung und Wandlung des sozialdemokratischen Parteimarxismus im Spiegel ihrer Korrespondenz 1897 bis 1932, Köln, Weimar, Wien 1992, S. S. 397 f. Vgl. Uwe-J. Heuer, Revisionismusstreit, Junge Welt Ostern 2004.

<sup>6</sup> Arnold Künzli: Karl Marx. Eine Psychographie, Wien, Frankfurt, Zürich 1966.

seinen letzten Lebensjahren eine Vielzahl noch nicht lösbarer Fragen deutlich gemacht, so waren jetzt alle Fragen scheinbar gelöst. Die Diskussion um Richtigkeit oder Falschheit von Analysen war von der Entgegensetzung „unserer“ und feindlicher Schlussfolgerungen abgelöst worden, die dann in Hinrichtungen mündete.

Solange es um wahr oder falsch geht, ist noch Zukunft, ist Einigung oder auch Verständigung über die Offenheit der Frage möglich. Das unterscheidet ja Wissenschaft und Glauben. Ich darf vielleicht, obwohl das Kant-Jahr zu Ende ist, Immanuel Kant, für den die Naturwissenschaft als das eigentliche wissenschaftliche Vorbild galt, zitieren. Er hat dieses Land der Wissenschaft in seiner „Kritik der reinen Vernunft“ geradezu hymnisch beschrieben. Das Land des reinen Verstandes sei „eine Insel und durch die Natur selbst in unveränderliche Grenzen eingeschlossen. Es ist das Land der Wahrheit (ein reizender Name), umgeben von einem weiten und stürmischen Ozeane, dem eigentlichen Sitze des Scheins, wo manche Nebelbank und manches bald wegschmelzende Eis neue Länder lügt, und in indem es den auf Entdeckungen herumschwärmenden Seefahrer unaufhörlich mit leeren Hoffnungen täuscht, ihn in Abenteuer verflechtet, von denen er niemals ablassen und sie doch niemals zu Ende bringen kann. Ehe wir uns auf dieses Meer wagen“ sei es nützlich, zuvor einen Blick auf die Karte dieses Landes zu werfen, ob „wir mit dem, was es in sich enthält, nicht allenfalls zufrieden sein könnten oder auch aus Not zufrieden sein müssen, wenn es sonst überall keinen Boden gibt, auf dem wir uns anbauen könnten“<sup>7</sup>.

Michael Brie hat in einem grundsätzlichen Beitrag zum Thema „Sozialismus als Tagesaufgabe“ eine Wahrheitszentriertheit bei Lenin und seinem Spruch „Der Marxismus ist allmächtig, weil er wahr ist“ festgestellt, die dann in eine Diktatur

mündete.<sup>8</sup> Wir können uns aber wohl doch darin einig sein, dass tatsächlich im Denksystem dieses „entstellten“ Marxismus-Leninismus nicht die Wahrheit, sondern die Macht im Mittelpunkt stand.

Ich bleibe also dabei, dass wir uns, wenn wir uns denn als Marxisten streiten, vor allem um Analysen, theoretische Ergebnisse, und nicht um Glaubenssätze streiten sollten.

Mein Thema ist heute die Marxsche Staatstheorie, ihre Geltung für heute. Sie setzt aber die Analyse der kapitalistischen Produktionsweise durch Marx und Engels voraus. Ich habe in meinem Büchlein unter Berufung auf Marx und Engels hier von einem „naturgesetzlichen Gesamtprozess“ gesprochen. In ihrer ersten gemeinsamen Arbeit „Die heilige Familie oder Kritik der kritischen Kritik“ bekräftigen sie die Absage an die Allmacht der Politik am Beispiel von Robespierre und Napoleon. „Die *Naturnotwendigkeit*, ... das Interesse halten die Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft zusammen, das *bürgerliche* und nicht das *politische* Leben ist ihr *reales* Band. ...Nur der *politische Aberglaube* bildet sich noch heutzutage ein, dass das bürgerliche Leben vom Staat zusammengehalten werden müsse, während umgekehrt in der Wirklichkeit der Staat von dem bürgerlichen Leben zusammengehalten wird“. Indem die Politik als der eigentliche Beweger der Weltgeschichte entthront wird, rückt die „Naturgesetzlichkeit“ des Kapitalismus an ihre Stelle.

Marx und Engels hatten ihre Auffassung zuerst thesenförmig entwickelt. Die wissenschaftliche Beweisführung war das Ziel der Jahrzehnte währenden Arbeit am Kapital, am „System der bürgerlichen Ökonomie kritisch dargestellt“ (Brief an Ferdinand Lassalle vom 22. Februar 1858 (MEW 29/551)). Aus der Darstellung dieses Gesamtprozesses, seiner einzelnen auch einander zuwiderlaufenden Gesetzmäßigkeiten ergibt sich dann notwendig die Frage nach einem Ende dieses Prozesses, und auf diese Frage hin ist ja auch das Werk angelegt. Marx und Engels hatten

---

<sup>7</sup> Immanuel Kant: Kritik der reinen Vernunft, Kritik der praktischen Vernunft, Kritik der Urteilskraft. Neufassung der Urausgaben. Wiesbaden 2003, S. 192.

---

<sup>8</sup> Michael Brie, Michael Chrapa, Dieter Klein: Sozialismus als Tagesaufgabe. Berlin 2002, S. 28.

schon mehrfach dieses Ende prognostiziert.

Trotz unzweifelhafter tiefer Krisen erholte sich der Kapitalismus aber immer wieder, nimmt das Tempo sogar immer wieder zu. Bricht er aber doch noch eines Tages gleichsam von selbst in sich zusammen, wenn seine „Aufgaben“ erfüllt sind, oder muss ihm, wenn die barbarischen Seiten überhand nehmen, von außen ein Ende gesetzt werden, und wer ist dazu in der Lage? Wenn dieser „naturgesetzliche“ Gesamtprozess keinen innere Bremse hat, die ihn korrigiert, dann, so jedenfalls die Vorstellung von Marx und Engels, musste die Frage nach der Form und dem Subjekt des Eingriffs gestellt und beantwortet werden, war also der Raum der Politik erneut zu bestimmen. „Erst wenn eine große Revolution die Ergebnisse der bürgerlichen Epoche, den Weltmarkt und die modernen Produktivkräfte, gemeistert und sie der gemeinsamen Kontrolle der am weitesten fortgeschrittenen Völker unterworfen hat, erst dann wird der menschliche Fortschritt nicht mehr jenem scheußlichen heidnischen Götzen gleichen, der den Nektar nur aus den Schädeln Erschlagener trinken wollte.“ (MEW 9/221-226).

Die Grundthese des neuen Paradigmas von der Produktion und Reproduktion des wirklichen Lebens als des in „letzter Instanz“ bestimmenden Moments in der Geschichte (Engels 1890 an J. Bloch, MEW 37/463), verbunden mit der Ablehnung einer mehr als relativ selbständigen Geschichte von Staat, Recht, Ideologie usw. (Engels an C. Schmidt 1890 und an F. Mehring 1893, ebenda S. 490 und MEW 39/97 f.) schließt es aus, dem naturgesetzlichen Gesamtprozess des Kapitalismus einen zweiten entsprechenden politischen Prozess an die Seite zu stellen.

Die politischen Auseinandersetzungen, der politische Klassenkampf sind abgeleiteter Natur, hier ist viel mehr Zufälligkeit am Werke, hängt viel mehr von subjektiven Faktoren, selbst von einzelnen Persönlichkeiten ab. Das gilt auch für den Kampf der Arbeiterbewegung im Kapitalismus, und vor allem auch für den revolutionären Ausbruch aus dem „naturgesetzlichen“ Gesamtprozess. Ich halte diese prinzipielle Unterscheidung zwischen öko-

nomischen „Naturgesetzen“ und den Gesetzen des politischen Lebens für einen zentralen Ausgangspunkt, ihr Gedankensystem zu erfassen und zu nutzen.

Die Entwicklung seit 1990 hat alle Überlegungen, der Kapitalismus werde von selbst zusammenbrechen, widerlegt (Kautsky, Luxemburg). Es gibt offenbar keine „natürliche Schranke“ des Kapitalismus. Gefährlich war für ihn der gewaltsame Ausbruch des Jahres 1917. Die Nutzung der wissenschaftlich-technischen Revolution in den kapitalistischen Hauptländern auf der einen Seite, die Unfähigkeit einer adäquaten Reaktion des überdehnten Machtbereichs der Sowjetunion auf der anderen, verbunden mit einem ruinösen Rüstungswettlauf, beendete ihn. Der „naturgesetzliche“ Gesamtprozess geht wieder in der ganzen Welt mit voller Kraft voran. Das perpetuum mobile verschlingt erneut Menschen und Material. Die beiden Gesichter dieses Prozesses, sein Januskopf, bleiben Zivilisation und Barbarei. Der Preis für die Entfaltung der technischen Produktivkräfte bleibt das Elend von hunderten von Millionen.

Ist diese Analyse zutreffend, gibt es kein ökonomisches Hindernis für das perpetuum mobile, so schlägt wiederum die Stunde der Politik. Marx und Engels hatten das Subjekt dieser Politik benannt. Es ist offensichtlich, dass ihre Antworten nicht mehr die Antworten von heute sein können. Aber das widerlegt keineswegs ihre Analyse des kapitalistischen Gesamtprozesses. Auch die Unsicherheit in Bezug auf das Subjekt einer politisch bewirkten Umkehr hebt deren Notwendigkeit nicht auf.

Jedenfalls zwei Thesen von Marx und Engels zum Staat scheinen mir durch die Entwicklung des vorigen Jahrhunderts widerlegt. Bei der ersten These handelt es sich um das rasche Fortwerfen der politischen Hülle, um das baldige Absterben des Staates nach der siegreichen proletarischen Revolution. Der Verlauf des „großen Ausbruchs“ gab keinerlei Anhaltspunkte dafür. Das betrifft nicht nur die Entwicklung in der Sowjetunion, wo der Staat immer mehr zur zentralen Antriebskraft wurde, die Zentralisierung der Macht einen welthistorischen Höhepunkt erreichte einschließlich diktatorischer, ja barbari-

sche Züge. Aber auch in den Ländern, die in Europa nach 1945 den Weg der Volksdemokratie gegangen sind, war vom Absterben des Staates nicht die Rede, auch wenn öfter die Verwirklichung der Prinzipien der Pariser Kommune beschworen, die DDR als „Staat im nicht eigentlichen Sinne“ charakterisiert wurde.<sup>9</sup> Die Repression nahm sicherlich im Laufe der Jahre ab, blieb aber bestehen. Der Staat fiel keineswegs von selbst. Er ist nicht minder zählebig als die Gesetze des Marktes.

Marx und Engels waren davon ausgegangen, dass das kapitalistische Privateigentum die Ursache der Widersprüche der Gesellschaft, das entscheidende zu beseitigende Übel war. Tatsächlich hat die Beseitigung des Kapitalismus auch viele Übel beseitigt, allen voran die Arbeitslosigkeit und die tiefgreifende soziale Ungleichheit einschließlich ihrer Konsequenzen in Bezug auf die Bildungschancen und die von den ökonomischen Bedingungen des Kapitalismus und Imperialismus ausgehende Kriegsgefahr. Aber die Ersetzung des Privateigentums durch den Staat hat zu neuen Widersprüchen, zu neuen Übeln geführt. Die Annahme eines raschen Absterben des Staates hat sich als eine gefährliche Illusion erwiesen. An die Stelle des Widerspruchs von Ausbeutern und Ausgebeuteten trat der Widerspruch von Volk und Staat, einem Staat, der nicht Staat einer Ausbeuterklasse war, aber immer noch Staat, in gewisser Weise sogar mehr Staat als je ein Staat zuvor. An die Stelle der vom Privateigentum hervorgebrachten Übel waren andere getreten, die mit der Übermacht des Staates verbunden waren.

Die Gleichsetzung von Diktatur des Proletariats und Demokratie als Macht des Volkes negierte ein spezifisches Demokratieproblem, da ohnehin das Volk herrsche. Lenin hatte demgegenüber immer zwischen diktatorischer Unterdrückung und Demokratie unterschieden. Ohne Aufhebung der Staatsmacht sei „der wahre Demokratismus, d.h. Gleichheit und Freiheit,

nicht erreichbar.“<sup>10</sup> Solange der Staat als Zwangsinstrument besteht, ist vollständige Demokratie nicht möglich. Insofern konnte sinnvoll nicht von der vollständigen Volksherrschaft gesprochen werden, sondern „nur“ von der Demokratisierung des bestehenden Staates. Demokratisierung konnte nicht Herrschaft oder Macht des Volkes bedeuten, sondern nur Erhöhung seines Einflusses auf den „eigenen Staat“.

Domenico Losurdo bezeichnete die Überlegungen von Marx und Engels zum Absterben des Staates als anfechtbar. Sie hätten sich aus den historischen Erfahrungen mit den Militärdiktaturen in Frankreich einerseits und der für notwendig gehaltenen Abweisung anarchistischer Kritik andererseits ergeben. Es ging um den Versuch, „der drohenden Anklage des Etatismus zu entgehen“. Lenin hätte 1917 in „Staat und Revolution“ in der notwendigen Abrechnung mit dem Sozialchauvinismus den Marxismus auf den Anarchismus heruntergebracht.<sup>11</sup> Es gibt viele Ursachen für die Fortexistenz des Staates für alle absehbare Zukunft. Solange es Knappheit gibt, wird es einen Staat geben müssen. Eine durchgreifende Lösung zur Rettung der Umwelt ist wohl erst recht ohne Einsatz des Staates unmöglich. Insofern sollten wir uns für die absehbare Zukunft von dem Ziel einer Gesellschaft ohne Macht und Herrschaft verabschieden.

Widerlegt ist zweitens die Annahme von Marx und Engels von der sich ständig verstärkenden Zentralisierung des bürgerlichen Staates und die damit verbundene Auffassung, dass es keine demokratischen Verbesserungen geben könne, die in der kommunistischen Bewegung wirkte, aber auch die Vorstellung von Bernstein und Kautsky und der sich auf sie stützenden Sozialdemokraten von der ständigen Entwicklung der Demokratie.

---

<sup>9</sup> Vgl. dazu die bei Uwe-J. Heuer: *Marxismus und Demokratie*, Berlin bzw. Baden-Baden 1989, S. 363-367 angeführten Autoren.

---

<sup>10</sup> W. I. Lenin: *Staat und Revolution*. In: W. I. Lenin: *Werke* Bd. 25, Berlin 1960, S. 475; W. I. Lenin: *Thesen und Referat auf dem I. Kongress der Kommunistischen Internationale*, 1919. In: W. I. Lenin: *Werke* Bd. 28, Berlin 1959, S. 481.

<sup>11</sup> Domenico Losurdo, *Der Marxismus Antonio Gramscis*. Hamburg 2000, S. 95-97, S. 109.



Marx hatte den ständigen Ausbau des Staatsapparats Napoleons des Dritten der Revolution kontrapunktisch gegenübergestellt. Dieser Parasitenkörper gewinne „durch die außerordentliche Zentralisation eine Allgegenwart, Allwissenheit, eine beschleunigte Bewegungsfähigkeit und Schnellkraft..., die nur in der hilflosen Unselbstständigkeit, in der zerfahrenen Unförmlichkeit des wirklichen Gesellschaftskörpers ein Analogon finden“ (MEW 22/150). „Alle Umwälzungen vervollkommneten diese Maschine, statt sie zu brechen.“ (ebenda 197).

Diese Zentralisation der Macht trug dazu bei, eine entsprechende Zentralisation der Gegenmacht zu fordern, eben in Gestalt der Diktatur des Proletariats. Der erste Weltkrieg mit seiner massiven Verstärkung des Zentralismus rief erneut die Forderung nach einer adäquaten Gegenmacht hervor. Der sich dann in Europa entwickelnde Faschismus wirkte als Beweis für die Entschlossenheit der Bourgeoisie, ihre Herrschaft mit rücksichtsloser Gewalt zu verteidigen. Die ständige Entwicklung der Demokratie hatte nicht stattgefunden. Erst nach 1945 entwickelte sich erstmals für eine längere Periode eine in bestimmtem Umfang auf Integration zielende Staatsmacht in Gestalt der bürgerlichen repräsentativen Demokratie. Das war dem Scheitern des Faschismus, den Kämpfen der linken Bewegung, der Entwicklung des Wohlfahrtsstaates, aber auch der Systemkonkurrenz geschuldet. Wahlen mit konkurrierenden Parteien und Rechtsstaatlichkeit (eben weil Recht Maßstab *und* Instrument der Politik ist, darf es ihr weder absolut untergeordnet, noch idealistisch übergeordnet werden) waren und sind zivilisatorische Errungenschaften. Auf dieser Grundlage gibt es aber dann eine Reihe wesentlicher formeller und informeller Einschränkungen, die es letztlich auch hier ausschließen, von Herrschaft, von Macht des Volkes und statt dessen von Demokratisierung zu sprechen.

Die Entwicklung der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie und ihrer Freiheitsrechte im Innern ist eng verknüpft mit kolonialer Unterdrückung nach außen. Der Zynismus der damaligen und heutigen Bourgeoisie kommt gerade darin zum Ausdruck, dass sie aus den zu Hause

bestehenden „demokratischen“ Verhältnissen das Recht ableitet, andere Völker auszubeuten und zu unterdrücken, wobei dies eben im Namen der Demokratie geschieht. Eine Nation kann aber nicht frei werden, „und zugleich fortfahren, andre Nationen zu unterdrücken“ (Engels 1847, MEW 4/417). Die Zustimmung des eigenen Volkes, das ja auch bestimmte Früchte genießt, kann die Unterdrückung anderer Völker nicht rechtfertigen.

Die dem entgegenstehende Gegenüberstellung von guten Demokratien und bösen Diktaturen und die damit verbundene Aufhebung der formellen Gleichheit der Staaten ist das ideologische Zentrum der bürgerlichen Ideologie seit 1917. Bestimmte Regime der guten Art dürfen Regime der schlechten Art angreifen. Für diesen Konflikt gilt demnach auch nicht das Völkerrecht, wie im Zusammenhang mit dem Irakkrieg wieder ganz unverhohlen erklärt wurde. Jede Opposition gegen den global aktiven Imperialismus, wenn sie ein ganzes Land erfasst, muss sich, wenn sie dauerhaft bleiben soll, auf die Staatsmacht stützen. Gerade deshalb ist der Kampf gegen die „Schurkenstaaten“ ein zentraler Bestandteil der imperialistischen Strategie.

Die imperialistische Kriegspolitik führt heute auch in der Innenpolitik zu verschärfter Repression. Ralf Dahrendorf hat hinsichtlich des politischen Systems der entwickelten Staaten eine durchaus pessimistische Voraussicht entwickelt: „Globalisierung bedeutet, dass Konkurrenz groß und Solidarität kleingeschrieben wird.“ Sie sei der Demokratie nicht förderlich, weil sie „dem einzigen Domizil der repräsentativen Demokratie, das bisher funktioniert hat, dem Nationalstaat, die ökonomische Grundlage“ entzieht. Sie leistet eher autoritären als demokratischen Verfassungen Vorschub. „Ein Jahrhundert des Autoritarismus ist keineswegs die unwahrscheinlichste Prognose für das 21. Jahrhundert.“<sup>12</sup>

Hält man die Bush-Politik nicht mehr für einen einmaligen Ausrutscher, sondern für einen Ausdruck der Entschlossenheit des

---

<sup>12</sup> Ralf Dahrendorf: An der Schwelle zum autoritären Jahrhundert. In: DIE ZEIT vom 14.11.1997.

US-amerikanischen Imperialismus, seine gegenwärtige Hegemonie dauerhaft zu festigen und auch die Einordnung der EU zu sichern, so ergeben sich daraus zwingende Schlussfolgerungen. Die oft aufgemachte *Alternative Revolution oder anpassende Regierungsbeteiligung* existiert ebenso wenig wie die *Alternative Revolution oder (positive) Reform* vergangener Zeiten.

Diese Analysen kann man teilen, muss es natürlich nicht. Aber Analysen dieser Art auf einer geschichtstheoretischen Grundlage sind der einzige Weg, um der Politik eine theoretische Grundlage zu geben, so etwa in der Frage der EU-Verfassung oder der Regierungsbeteiligung. Eine ernsthaft linke EU wird es nicht geben, was immer in der Verfassung steht. Bei der Regierungsbeteiligung wird mit Recht die Untersuchung der bisherigen Erfahrungen angemahnt. Das offenbar unterschiedliche Vorgehen in Mecklenburg-Vorpommern und in Berlin kann und muss erklärt werden. Aber niemand gibt sich die geringste Mühe, uns etwas zu erklären. Schröder hält es für absolut überflüssig, seine Wähler zu informieren, worauf er seine Hoffnungen auf eine Wiederwahl stützt – und ich bin auch überzeugt, dass er keine solchen Hoffnungen hat, sondern seiner unerquicklichen persönlichen Situation ein rasches Ende setzen will. Und die PDS wird auch nicht informiert, welcher Preis für die Regierungsbeteiligung gezahlt wird, welche persönlichen Interessen hier eine Rolle spielen, ob die vom 4. Parteitag 1994 angenommene Formel Gregor Gysis, dass Regierungsbeteiligung mit prinzipieller Opposition zu den gesellschaftlichen Verhältnissen vereinbar sei, durch die Geschichte bestätigt oder widerlegt worden sei. Ist der von der PDS-Führung mit Recht kritisierte Spagat Franz Münteferrings, rechts abzubiegen und links zu blinken, nicht das unvermeidliche Modell „linker“ Regierungsbeteiligung unter den heutigen Umständen? Thomas Hecker stellte jetzt grundsätzlich die Frage, „welchen Stellenwert Oppositionspolitik in einem System hat, dessen Funktionsmechanismen stetig mehr Asozialität und Aggression produzieren und was Regierungsbeteiligung bringt, wenn kaum noch Gestaltungsspielräume existieren“. Petra

Kipping sieht die Dinge anders. Sie stellt die Frage, ob in Berlin „vor dem Hintergrund einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung und einer neoliberalen Hegemonie Weichen für alternative Entwicklungspfade gestellt werden“ und bejaht sie, als erstes durch den Hinweis auf eine Reformierung des Bildungssystems, „da es keine bessere Voraussetzung für gesellschaftliche Transformation (gäbe) als kritische Köpfe“<sup>13</sup>, was allerdings sehr weit in die Zukunft weist. Klaus Höpcke benennt in einem Artikel zur Regierungsbeteiligung der PDS als hauptsächliche Gefahr, „die der Regierungsbeteiligung im kapitalistischen Staat als Risiko innewohnt ..., dass ursprünglich als sozialistische Politiker angetretene Mistreiter sich vom Regierungs- und Verwaltungsbetrieb so integrieren lassen, dass ihre Aufmerksamkeit für die gesellschaftlichen Konflikte und Probleme außerhalb eines Betriebs nachlässt ..., bis kaum etwas vom einstigen sozialistischen Ansatz des Denkens und Handelns übrig bleibt“. Er bat abschließend, wir sollten dazu wieder Rosa Luxemburg lesen (Klaus Höpcke: Für wen verlässlich? Junge Welt vom 23.5.2005). Das ermutigt mich jedenfalls zwei Zitate von ihr nachzutragen. Während man im Parlament tatsächlich den Kampf mit der Bourgeoisie und ihrem Staate führen könne, sei das in der Exekutive grundsätzlich anders, erklärte sie 1899. „Die Regierung hingegen, die die Ausführung der Gesetze, die *Aktion*, zur Aufgabe hat, hat keinen Raum in ihrem Rahmen für eine prinzipielle Opposition“. Ein sozialistischer Minister werde zum Mitmachen gezwungen, also „tatsächlich kein Sozialist, wenigstens nicht in den Grenzen des Regierungsamtes, zu sein.“ Noch deutlicher wurde sie gegenüber den Vertretern des ministeriellen Sozialismus in einem weiteren Artikel

---

<sup>13</sup> Vgl. die Studie von Rolf Reißig: Mitregieren in Berlin. Berlin 2005. Kritisch dazu Edeltraut-Felfe und Peter Kroh, die an einem Projekt über die Schweriner Regierungsbeteiligung seit 1998 arbeiten (Wirklichkeitsnähe oder Verklärung? Neues Deutschland vom 25.2.2005. Jetzt nahmen noch einmal T. Hecker (Es ist gerechtfertigt, Fragen zu stellen) und Petra Kipping (Wichtig sind alternative Entwicklungspfade), im Neuen Deutschland vom 20.5.2005 kontrovers Stellung.

der Neuen Zeit, dem theoretischen Organ der SPD. Praktische Erfolge könnte der Arbeiter von bürgerlichen Parteien in viel höherem Maße erwarten „als von <Arbeitervertretern>, die sich von den bürgerlichen Politikern in nichts unterscheiden, als dass sie nebenbei auch noch vom Sozialismus schwätzen!“<sup>14</sup>

An den Sozialdemokraten Badens würde deutlich, dass die Sozialdemokratie viel tiefer sinke als die bürgerlichen Parteien, weil sie ja dafür nicht einmal etwas erhalte. Man müsse ihnen klarmachen, und wieder wird sie beißend sarkastisch, „dass die Bewilligung der Mittel an einen bürgerlichen Klassenstaat unter strengster Wahrung der sozialdemokratischen Grundsätze ebensoviel heißt wie zum Beispiel Krieg unter strengster Wahrung der Nächstenliebe, Diebstahl unter strengster Wahrung des Eigentumsrechtes, Prostitution unter strengster Wahrung der Tugend.“<sup>15</sup>

Und jetzt will ich zur anfänglichen Frage zurückkommen, welchen Marxismus wir vertreten, welchen Marxismus die PDS vertritt. Michael Brie hat in seinem Beitrag zur Broschüre „Sozialismus als Tagesaufgabe“ zwischen dem politisch-praktischen Ausgangspunkt bei Marx und seinem geschichtsphilosophischen Paradigma unterschieden (S. 28) und dann grundsätzlich postuliert: „Wenn wir an Marxens emanzipativ-solidarischem Anspruch festhalten wollen, so müssen wir mit dem geschichtsphilosophischen Paradigma des Marxismus brechen“ (S. 34). Dieser Anspruch sei die Formulierung, dass es darum ginge, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ (MEW 1/385). Historisch widerlegt aber sei alles, was als Theorie dann entwickelt worden sei. (S. 38 f.). Für die Gegenwart wird eine unentschiedene Lage dargestellt, in der sich „Durchkapitalisierung einerseits und Tendenzen der Reproduktion und Neuentste-

hung nichtkapitalistischer Bereiche und ihrer Ausdehnung andererseits mit innerer Notwendigkeit gegenüberstehen“ (S. 51), offenbar mit gleichen Chancen. Es seien immer wieder „ansatzweise sozialistische Prinzipien zur Geltung gebracht“ worden (S. 53). In seiner Polemik gegen mich hat Michael Brie auf das „Goldene Zeitalter“ des Kapitalismus nach dem II. Weltkrieg zurückgegriffen, von einer „Fesselung oder Eindämmung des Kapitalismus gesprochen“ und die Frage gestellt, ob damals „nicht sogar in bestimmten Bereichen Gegentendenzen auf Zeit dominant wurden. ... Über Systeme der sozialen Sicherung und der staatlichen Umverteilung entstand so etwas wie <Sozialeigentum>“<sup>16</sup>.

Ob sich derartiges in absehbarer Zeit wiederholen kann, wird nicht geprüft, das setzt auch ein „geschichtsphilosophisches Paradigma“ (den historischen Materialismus oder eine Alternative dazu) voraus. Michael Brie zieht das Fazit, dass ich die über den Protest hinausgehende Politik „bis auf den jüngsten Tag der Revolution“ verschieben wolle und stellt die Alternative: „Dieser Marxismus oder sozialistische Politik“<sup>17</sup>. Ich meine, dass wir als Wissenschaftler nur über theoretische Alternativen diskutieren können, eine Gegenüberstellung von Marxismus und Politik keine diskutierbare Alternative ist. In seinem jüngsten Artikel „Der Funken Hoffnung im Vergangenen“ (Utopie kreativ 172 Februar 2005) wird deutlich, dass Michael Brie diesen Mangel spürt. Er bezieht sich auf Walter Benjamin, auf die von ihm beschworene Notwendigkeit, „<das Kontinuum der Geschichte>“ aufzusprengen und die Chancen für eine soziale und demokratische Transformation, für eine Emanzipation von Kapitaldominanz, Patriarchat und imperialer Herrschaft freizusetzen“ (S. 101). Für Benjamin war allerdings dieses Aufsprengen „den revolutionären Klassen im Augenblick ihrer Aktion eigentümlich. Die Große Revolution führte einen neuen Kalender ein“. Für einen gegenwärt-

---

<sup>14</sup> Rosa Luxemburg: Eine taktische Frage Werke, Bd. 1.1, S. 484 f.; Dies.: Zum französischen Einigungskongress. Ebenda, Bd. 1 .2, S. 96.

<sup>15</sup> Rosa Luxemburg: Die badische Budgetabstimmung. Ebenda, S. 85.

---

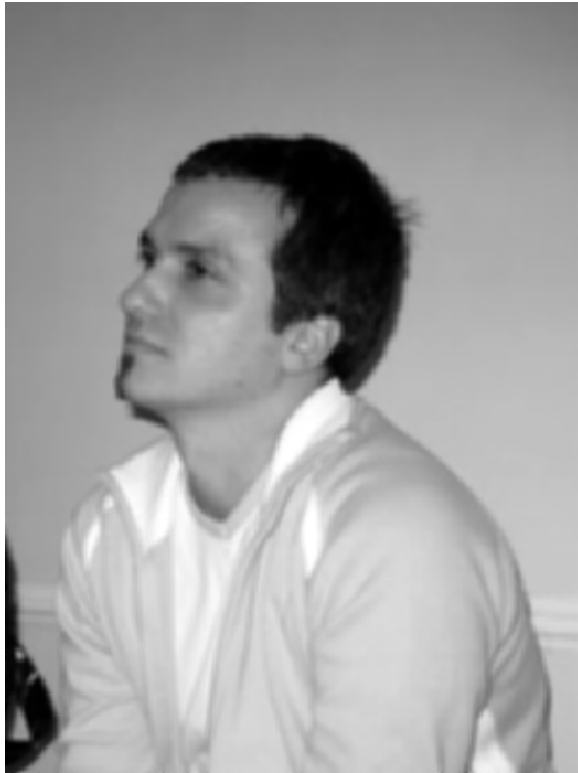
<sup>16</sup> Michael Brie: Welcher Marxismus und welche Politik? Uwe-Jens Heuers Buch „Marxismus und Politik“ kritisch gelesen. In : Utopie kreativ, Heft 165/166, S. 653.

<sup>17</sup> Ebenda, S. 657.

tigen Erfolg deutscher Revolution spricht nichts. Wir haben heute weder die Chance der Revolution noch wirklicher Reformen. Wir können uns nur dem Mainstream entgegenstellen (wenn die Kraft reicht, auch in einer Regierung). Mit dem Verzicht auf Geschichtstheorie ist das aussichtslos, bleibt nur der mit herausgerissenen Marx- oder Benjamin-Zitaten geschmückte Kampf um Abgeordnetenmandate und Regierungssitze. Die Frage, ob ein neuer Sozialismus möglich sein wird, auch wenn wir ihn für notwendig halten, ist heute wissenschaftlich nicht zu beantworten. Und damit komme ich abschließend doch noch auf den Glauben von Marxisten zu

sprechen, einen Glauben allerdings, der keine Unwiderlegbarkeit kennt, der auf Möglichkeiten fußt, in der Wirklichkeit sein Fundament hat, kein Luftschloss ist. Hier ist, meine ich, auch für den Marxisten von Glaube und Hoffnung zu sprechen, nicht mehr, wie früher, von Gewissheit. Die Überzeugung von der Notwendigkeit und Möglichkeit einer anderen Gesellschaft aber sollten wir uns nicht nehmen lassen. Das geht aber allerdings nicht ohne einen (auch) positiven Bezug zum gescheiterten Sozialismusversuch, also nicht ohne Geschichtsbewusstsein.

## Konjunkturen des Neoliberalismus<sup>18</sup>



Mitten in der Krise des Sozialen wird landauf, landab über das Ende des nationalen Sozialstaates oder des tradierten Normalarbeitsverhältnisses debattiert und lamentiert. Dabei wird meist defensiv an der Verteidigung ihrer fordistischen Form festgehalten. Diese verbreitete retronormative Blickrichtung verfehlt dabei, dass dafür nach 30 Jahren Neoliberalismus die Grundlagen weggebrochen sind, transnational erweiterte Wettbewerbsstaaten und flexibilisierte Arbeitsverhältnisse von heute nicht mehr viel mit den alten Formen zu tun haben. Die Verteidigung mühselig ertrotzter Errungenschaften ist natürlich nicht falsch, erschöpft sich aber allzu oft darin. Damit verbunden sind Probleme der Theorie, die das Neue nur als Dekonstruk-

tion des Alten begreifen, nicht seine eigene Qualität ins Zentrum rücken – was sich schon am Begriff des *Postfordismus* zeigt, der sich eben nur durch das ›nicht mehr‹ bzw. seine zeitliche *Nach*-Ordnung vom Fordismus unterscheidet. Bislang, so der Tenor, sei es keiner Koalition gesellschaftlicher Gruppen gelungen, dem sich herausbildenden postfordistischen Akkumulationsregime eine entsprechende Regulationsweise zur Seite zu stellen, gesellschaftliche Widersprüche „stillzustellen“.

Symptomatisch ist die implizite Vorstellung von gleichgewichtiger, stabiler, krisenfreier kapitalistischer Entwicklung – obwohl bspw. regulationstheoretische Ansätze das immer zurückweisen würden. Tatsächlich zielt die Regulationstheorie gerade auf die Analyse der Regulation von Widersprüchen, ohne sie eliminieren zu wollen – in der Praxis läuft das aber meistens darauf hinaus Widersprüche, Konflikte, Kämpfe und Krisen als Ausdruck von Inkohärenzen zu interpretieren. Kohärenz wird dann hinten herum doch zur Widerspruchlosigkeit. Eine derart enge Kohärenz zwischen Kapitalverwertung und Reproduktion der Arbeiterklasse, zwischen Produktivitätsfortschritten und Lohnsteigerungen, wie sie im Fordismus teilweise zu finden war, ist eine in der historischen Entwicklung des Kapitalismus seltene Konstellation – und doch bildet sie die Folie, vor der das Neue bislang kategorisiert wurde. Hegemonie ist dabei nur eine redundante Kategorie, Ergebnis der Regulation – gesellschaftliche Auseinandersetzungen kommen kaum vor. Hegemonie wird entweder auf Herrschaft reduziert (vor allem wenn es um die internationale Position der USA geht) oder auf Konsens (wo-

---

<sup>18</sup>Zuerst erschienen in: Christina Kaindel (Hg.): *Neoliberalismus und Subjekt*. Marburg 2005.

bei die Zwangselemente dann wieder als Inkohärenzen gefasst werden). Das Verhältnis und Zusammenspiel von Zwang und Konsens kommt kaum in den Blick.

Damit verbunden ist eine Neigung, Neoliberalismus auf ein reines „Überbauphänomen“ zu reduzieren, auf einen „Mythos“, „Lüge“ oder „falsches Bewusstsein“. Verfehlt wird, dass die neoliberale Ideologieproduktion als das organisierende Element einer krisenhaften Transformation aller gesellschaftlichen Verhältnisse fungiert: vom Geldverhältnis über Arbeits- und Produktionsverhältnisse, Geschlechter- und Klassenverhältnissen bis hin zu staatlichen und raum-zeitlichen Verhältnissen.

Ideologie meint dabei eben nicht „falsches Bewusstsein“, ist vielmehr eine „Form der Rationalisierung“, in der gesellschaftliche Realität neue Definitionen erfährt<sup>19</sup>, bezeichnet also eine Realität der verkehrten gesellschaftlichen Verhältnisse, die sich im Alltagsverstand einnistet, damit Teil der „gegenständlichen Wahrheit“<sup>20</sup> wird. Eine neue Produktions- und Lebensweise<sup>21</sup> ist also mit veränderten Subjektivitäten verbunden:

Der geschichtliche Block des Neoliberalismus kann sich trotz seiner antisozialen Politik auf aktive und passive Zustimmung stützen, weil er die Interessen subordinierter Gruppen aufnimmt, ihre Ziele allerdings *ver-rückt*. Seine schmalere gesellschaftliche Basis und geringere Kohärenz verleiht zugleich dem Zwang größere Bedeutung.

Obwohl Sozialabbau und anderes vor allem als nationale Probleme behandelt werden und auch Kohärenzvorstellungen am Nationalstaat kleben, handelt es sich dabei um einen transnationalen Prozess. Der Begriff des Transnationalen ist dabei kein Synonym für international. Transnationale Prozesse sind vielmehr solche, die simultan in subnationalen, nationalen und internationalen Arenen stattfinden. Das erfordert eine Erweiterung des Blicks, um

die entscheidenden Elemente einer transnationalen Produktions- und Lebensweise, der damit verbundenen gesellschaftlichen Verschiebungen und Formen, in ihrem Zusammenwirken zu analysieren, um das Gemeinsame und die Wechselwirkungen der Veränderungen kenntlich zu machen. Mit Marx versuche ich dabei die Widersprüchlichkeit und Krisenhaftigkeit der Verhältnisse heraus zu stellen, mit Gramsci die Art und Weise ihrer hegemonialen Regulation über Zwang und Konsensproduktion. Entscheidend ist nicht die Stilllegung oder Lösung von Widersprüchen, als vielmehr sie in einer Weise *bearbeitbar* zu machen, so dass sie beherrschbar bleiben. Ein solcher Begriff von Hegemonie fragt also nicht nach der Stabilität einer bestimmten Ordnung als vielmehr nach der bestimmenden Entwicklungsrichtung der Bearbeitung von Widersprüchen. Ich versuche im Folgenden kursorisch entsprechende Konjunkturen des Neoliberalismus zu unterscheiden, die umkämpfte Reartikulationen des herrschenden Projekts repräsentieren.

1. Die erste Konjunktur ist gekennzeichnet durch einen molekularen Prozess der Zersetzung des alten geschichtlichen Blocks und der Durchsetzung neoliberaler Reformen. Es handelt sich in erster Linie um einen Prozess der Verschiebung von Kräfteverhältnissen, der Begrenzung der Macht kollektiver gesellschaftlicher Organisationen und der Freisetzung von Marktkräften. Er zielt auf eine Restauration/Revolution des gesamten Ensembles der gesellschaftlichen Verhältnisse, einschließlich der Subjektivitäten. Ganz wesentlich werden in dieser Periode die Grundlagen für eine Transnationalisierung des Kapitals befördert, nationale Kompromisse aufgelöst. Der gesellschaftliche Gesamtarbeiter wird in transnationalen Produktionsnetzen fragmentiert und neu zusammen gesetzt – das wirkt gegen die von Marx einst diagnostizierte Tendenz zur Zusammenballung der Arbeiter in der Fabrik als Ausgangspunkt für deren Organisation. Die Fabrik entwickelt sich vom Ort physischer Präsenz der Arbeit zum Vernetzungsort des Gesamtarbeiters. Sie selbst erlebt in Folge der informatonstechnologischen Produktionsweise ihre Fragmentierung über den gesamten Globus –

---

<sup>19</sup> Kornelia Hauser: Die Kategorie Gender in soziologischer Perspektive. In: Das Argument 216, 38.Jg. (1996), S. 501.

<sup>20</sup> Karl Marx: Die deutsche Ideologie. In: MEW, Bd. 3, S. 533.

<sup>21</sup> Ebenda, S. 21.

in unterschiedlichsten Formen von den Maquiladoras bis zur gläsernen Fabrik, von informellen Heimarbeitern der Dritten Welt bis zu den modernen Telearbeitern. Ohne ahnen zu können, welche Ausmaße die Fragmentierung in Form transnationaler Produktionsnetzwerke einmal annehmen würde, hat Gramsci dafür den Begriff der „gestreuten Fabrik“<sup>22</sup> geprägt. Um den tendenziellen Fall der Profitrate zu entgegen, suchen Unternehmen nach Möglichkeiten der permanenten Umwälzung der Produktivkräfte durch Automation und neue Formen der Arbeitsorganisation, immer auf der Suche nach Extraprofiten.

Diese erste Phase des Neoliberalismus ist dabei eher von *Instabilitäten und revolutionären Umwälzungen* geprägt. Die sozialen, ökologischen und ökonomischen Verwerfungen, die sie nach 10/15 Jahren produziert hat, führte zur Abwahl konservativ-liberaler Regierungen in nahezu allen bedeutenden Industrieländern und machte somit letztlich das Scheitern *eines konservativ-orthodoxen* Neoliberalismus deutlich. Zu deutlich schien der enge ökonomisch-korporative Charakter des herrschenden Machtblocks durch, zu deutlich die strukturelle und klassenspezifische Selektivität, die auffällig mit den Interessen des Kapitals korrespondierte<sup>23</sup>. Dies offenbarte sein legitimatorisches Defizit. Zu schmal blieb die gesellschaftliche Basis. Der konservativ-liberale Block versuchte zwar sein Projekt dauerhaft als das der gesamten Gesellschaft darzustellen und durchzusetzen – es gelang ihm aber nur teilweise, einen realen Prozess der *Verallgemeinerung* von Interessen, der die Beherrschten mit einschließt, im Sinne einer passiven Revolution anzustoßen<sup>24</sup>.

Zahlreiche Autoren folgerten daraus, der Neoliberalismus sei „eine vorübergehende dominante Ideologie kapitalistischer Re-

strukturierung, aber als hegemoniales Projekt [...] gescheitert“ (Krebs), unfähig, ein kohärentes Modell der Akkumulation mit entsprechender Form von Regulation zu etablieren. Neoliberale Umbaupolitiken werden als Ausdruck einer fortgesetzten Krise des Fordismus betrachtet.<sup>25</sup> Die Abwahl der konservativ-liberalen Regierung von Major, Bush, Kohl etc. galt als Beleg dieses Scheiterns – „als Tod des Neoliberalismus“<sup>26</sup>. Es habe sich erwiesen, dass der freie Markt auf »markt-unabhängige Institutionen« angewiesen bleibt, dass eine „Politik des extremen Laissez-faire-Kapitalismus“ nicht funktioniert.<sup>27</sup> Diese Positionen waren und sind in mehrfacher Hinsicht verkürzt: 1. Sie verfehlen, dass der Neoliberalismus die Existenz außer-ökonomischer Institutionen in den Mittelpunkt seiner Theoriebildung stellt und Institutionen selbst als marktförmige reartikuliert;<sup>28</sup> 2. Sie übersehen, dass in diesem Sinne neoliberale Praxis immer schon über Formen des Laissez faire hinaus ging; dass es 3. gelang, solche Praxisformen im Sinne einer „transnationalen Herrschaftssynthese“<sup>29</sup> zu institutionalisieren: ich nenne hier nur kurz die Schaffung global-liberalisierter Geld- und Kapitalmärkte, der WTO (zur Sicherung des Freihandels), der Bedeutungswandel des IWF zur Strukturanpassung nicht-liberalisierter Wirtschaftssysteme und das europäische Binnenmarktprojekt sowie den Vertrag von Maastricht, der für Europa

---

<sup>22</sup> Antonio Gramsci: Gefängnishefte. Bd. 4, H.7. Berlin-Hamburg 1991ff., S. 925.

<sup>23</sup> Bernd Röttger: Neoliberale Globalisierung und eurokapitalistische Regulation. Münster 1997, S. 191.

<sup>24</sup> Alex Demirovic: Regulation und Hegemonie. In: Ders., Hans-Peter Krebs, Thomas Sablowski (Hrsg.): Hegemonie und Staat. Münster 1992, S. 154.

---

<sup>25</sup> Joachim Bischoff, Frank Deppe, Klaus-Peter Kisker (Hrsg.): Das Ende des Neoliberalismus? Hamburg 1998, S. 71 und 91.

<sup>26</sup> Eric Hobsbawm: Der Tod des Neoliberalismus. In: Marxism Today. Supplement der Zeitschrift Sozialismus, 1/1999, S. 7-21.

<sup>27</sup> Joachim Bischoff, Richard Detje: Finanzgetriebenes Akkumulationsregime oder neue Ökonomie? In: Mario Candeias, Frank Deppe (Hrsg.): Ein neuer Kapitalismus? Hamburg 2001, S. 110.

<sup>28</sup> Mario Candeias: Neoliberalismus – Hochtechnologie – Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise. Berlin und Hamburg 2004, S. 86 ff.

<sup>29</sup> Bernd Röttger: Neoliberale Globalisierung und eurokapitalistische Regulation. A. a. O., S. 119.

eine bestimmte Form monetaristischer Stabilitätspolitik mit harten Konvergenzkriterien und die starke Unabhängigkeit einer Europäischen Zentralbank zementiert; 4. wird unterschätzt, dass die damit verbundene Einschränkung von Handlungsspielräumen das Terrain und die Richtung der Bearbeitung von gesellschaftlichen Widersprüchen eingrenzt – alle gesellschaftlichen Kräfte müssen sich auf dieses Terrain begeben, sich auf die vom Neoliberalismus geschaffenen Grundlagen beziehen, sofern sie Anteil an der Macht erringen wollen; 5. schließlich wird der Neoliberalismus als statisches Programm, eine Art Blaupause, konzipiert, ohne die dynamischen Formen der Reartikulation mit und durch andere gesellschaftliche Gruppen zu beachten. Insofern erweist sich erst nach dem Scheitern des orthodoxen Blocks, wie hegemonial der Neoliberalismus im Alltagsverstand der Menschen und in der politischen Praxis des jeweiligen Blocks an der Macht verankert ist.

2. Sozialdemokratische Parteien traten an, um die schlimmsten Folgen rechtskonservativer Politik sozialverträglich abzufedern, um die Funktionsfähigkeit nationaler Wettbewerbsstaaten auf globalisierten Märkten in einer etwas langfristigeren Perspektive zu gewährleisten und die Umverteilung von oben nach unten zumindest zu verlangsamen. Über die Einbeziehung größerer sozialer Gruppen in einen *Klassenkompromiss der „neuen Mitte“* bei weiterer Marginalisierung schwächerer Gruppen, über eine stärkere Orientierung auf Innovationen, Produktivitätswachstum und Requalifizierung wurde zunächst die Stabilisierung und größere Kohärenz des Systems angestrebt. Freilich ohne die herrschende ökonomische Logik zu hinterfragen. Mit der ideologisch-politischen Wende der *new democrats*, von *new left* und *neuer Mitte* gelang dem Neoliberalismus während der 90er Jahre im Sinne von Gramscis „Transformismo“<sup>30</sup>, die Einverleibung oppositioneller Gruppen in einen neuen herrschenden Block. Ehemals mehr oder weniger gegenhegemoniale Gruppen wie eben die Sozialdemokratie, große Teile der 68er Bewe-

<sup>30</sup> Antonio Gramsci: Gefängnishefte. Bd. 5, Heft 8, a. a. O., S. 966.

gung, der Öko-Bewegung und von Nichtregierungsorganisationen (NGO), Teile der Gewerkschaften und die Klassenfraktionen der gut entlohnten Arbeiter wurden in den herrschenden Machtblock integriert. Die Linke wurde Richtung Zentrum verschoben und mit ihr rückt das gesamte politische Spektrum nach rechts. Der verbleibende Rest linker ›Traditionalisten‹ oder radikaler ›Extremisten‹ wurde marginalisiert. Erst durch seine sozialdemokratische Form wurde der Neoliberalismus hegemonial *verallgemeinert*.

Denn schließlich ist der Neoliberalismus mitnichten als *reine Destruktivkraft*<sup>31</sup> oder „konservative Restauration“<sup>32</sup> zu begreifen. Marx hatte immer die widersprüchliche Verschmelzung von Destruktiv- und Produktivkräften in der kapitalistischen Entwicklung betont. Auch mit dem neoliberalen Management im Übergang zur transnationalen informations-technologischen Produktionsweise entfalten sich durchaus *produktive Kräfte*: die Rücknahme extremer (tayloristischer) Arbeitsteilung in der Produktion kann die Arbeit der Beschäftigten von Monotonie befreien, neue Produktionsformen können deren Wissen integrieren, Computerisierung und Automatisierung uns von schwerer körperlicher Arbeit entlasten; die Internationalisierung von Kultur- und Warenwelt kann uns vor nationaler Borniertheit bewahren, Entstaatlichung uns vor Bevormundung retten und die Suche nach neuen kollektiven Formen befördern. Beispielsweise Forderungen der Frauenbewegung aufgreifend ›befreit‹ der Neoliberalismus die Hausfrauen aus patriarchalen Familienverhältnissen und zwingt sie auf den Arbeitsmarkt. Die Früchte dieser Kräfte werden jedoch ungleicher verteilt als jemals zuvor seit Ende des Zweiten Weltkrieges.

3. Die Kohärenz war allerdings angesichts der Widersprüche zwischen dem Primat ökonomischer Liberalisierung und dem Begehren halbwegs sicherer Existenz- und Arbeitsbedingungen nicht dauerhaft

<sup>31</sup> Pierre Bourdieu: Gegenfeuer. Konstanz 1998, S. 110.

<sup>32</sup> Joachim Bischoff, Frank Deppe, Klaus-Peter Kisker (Hrsg.): Das Ende des Neoliberalismus? A. a. O., S. 9.



herzustellen. Die Zustimmung zum radikalen gesellschaftlichen Umbau basiert in erster Linie auf einem Versprechen zukünftiger gesellschaftlicher Prosperität bzw. auf der Positionswahrung im verschärften globalen Wettbewerb. Eine solche Position kann jedoch niemals gewahrt werden ohne fortgesetzte Mobilisierung aller Ressourcen. Das Ziel wird nie erreicht, während die Konkurrenz und generische Krisen immer weiteren Verzicht, neue Einsparungen und Sozialkürzungen erforderlich machen. Die verschärften Ungleichheiten produzieren Verunsicherungen und Unzufriedenheit. Zugleich finden letztere im Moment der hegemonialen Verallgemeinerung des Neoliberalismus keine adäquate Form der Artikulation innerhalb des bestehenden Rahmens.

Es kommt zu einem „Zwiespalt zwischen Repräsentierten und Repräsentanten“. Nicos Poulantzas greift diese Figur Gramscis auf und führt eine solche Situation zurück auf Widersprüche innerhalb des herrschenden Machtblocks. Keine seiner Fraktionen ist in der Lage, die anderen Gruppen des Machtblocks unter ihre Führung zu bringen, was „zur charakteristischen Inkohärenz der gegenwärtigen Regierungspolitik [...], zum Fehlen einer deutlichen und langfristigen Strategie des Blocks an der Macht, zur kurzfristigen Führung und auch zum Mangel an einem globalen politisch-ideologischen Projekt oder einer ›Gesellschaftsvision‹“<sup>33</sup> führt. Sowohl die orthodox-konservative als auch die sozialdemokratische Form des Neoliberalismus haben sich als nicht ausreichend erwiesen, um den Gegensatz zwischen der Umwälzung aller gesellschaftlichen Verhältnisse und dem Bedürfnis nach Orientierung und Existenzsicherung in für die Mehrheit befriedigender Weise zu bearbeiten. Der orthodoxe Neoliberalismus steht zu deutlich für eine Umverteilung von unten nach oben – der sozialdemokratische wird unglaublich: an eine Verbindung von neoliberalen Reformen und ›Sozialverträglichkeit‹ glaubt kaum noch jemand. Die neoliberale Ideologie gerät in die Krise, verliert an Überzeugungskraft. Solche Tendenzen sind

wie gesagt noch nicht unmittelbar gleichbedeutend mit einem Hegemonieverlust: Es kommt auf die wirksame Bearbeitung der Widersprüche an.

Die Durchsetzung eines hegemonialen Blocks hängt nicht nur von der ideologischen Anziehungskraft bestimmter Ideen und der durch sie geschaffenen Artikulationsräume für unterschiedliche Interessen, oder von ›materiellen Zugeständnissen‹ an subordinierte Gruppen ab. Noch mal Gramsci: Ein hegemonialer Block gewinnt seine besondere Stärke in den Perioden, in denen die ihn tragende „gesellschaftliche Gruppe wirklich progressiv ist, das heißt, die ganze Gesellschaft wirklich vorantreibt, indem sie nicht nur ihren existenziellen Erfordernissen nachkommt, sondern ihre eigenen Kader durch eine fortwährende Inbesitznahme neuer produktiv-ökonomischer Tätigkeitsbereiche erweitert“ – im Falle des Neoliberalismus konkret durch das Management des Übergangs zur hochtechnologischen Produktionsweise und die Transnationalisierung der gesellschaftlichen Verkehrsverhältnisse. Hinter die damit gesetzten Bedingungen kann kein zukünftiges Projekt mehr zurückfallen. „Sobald die herrschende gesellschaftliche Gruppe aber ihre Funktion erschöpft hat, neigt der ideologische Block zum Zerfall, und die Spontaneität kann dann ersetzt werden durch den Zwang in immer weniger verhüllten und indirekten Formen.“<sup>34</sup> In solchen Momenten deuten sich Risse in der hegemonialen Apparatur an.

4. „An einem bestimmten Punkt ihres geschichtlichen Lebens lösen sich die gesellschaftlichen Gruppen von ihren traditionellen Parteien, das heißt, die traditionellen Parteien in der gegebenen Organisationsform, mit diesen bestimmten Männern, die sie bilden, vertreten oder führen, – sie werden von ihrer Klasse oder Klassenfraktion nicht mehr als ihr Ausdruck anerkannt.“<sup>35</sup> Zum einen manifestiert sich darin eine Krise traditioneller Ideologieelemente und Werte wie (Industrie)Arbeit, Familie, Nation, Geschlecht,

---

<sup>33</sup> Nicos Poulantzas: Staatstheorie. Hamburg 1978, S. 226 f.

<sup>34</sup> Antonio Gramsci: Gefängnishefte. Bd. 8, Heft 19, a. a. O., S. 1949.

<sup>35</sup> Ebenda, S. 1577 f.

ohne dass eine neue Artikulation gesellschaftlicher Formen eine vergleichbare identitäre Sicherheit böte. Der subjektiv erfahrenen Ungerechtigkeit kann individuell nicht begegnet werden, was Ohnmachtsgefühle verstärkt. Da die Funktion jeder Ideologie darin besteht, gesellschaftliche Individuen als Subjekte zu konstituieren, verwandelt sich diese ideologische Krise notwendig in eine ›Identitätskrise‹ der sozial Handelnden.<sup>36</sup> Es erwächst eine Sehnsucht nach Selbstkohärenz, die sich zum Teil gewaltsam äußern kann. Je stärker die Überforderung, desto heftiger der Affekt. Die mangelnde Repräsentation ihrer Interessen bringt wachsende Teile der Bevölkerung, insbesondere die bedrohten ›Mittelschichten‹, in Gegnerschaft zur vorhandenen Form der Vergesellschaftung. Diese diffusen ›Mittelschichten‹, weisen trotz ihrer unterschiedlichen Stellungen in den ökonomischen Beziehungen einen gemeinsamen Grundzug auf, ihre Trennung von den zentralen Positionen im herrschenden Machtblock. Nach Heitmeyer u. a. glauben z. B. 57% der deutschen Bevölkerung, dass eine politische Einflussnahme als Bürger nicht möglich ist.<sup>37</sup> Auch an der abnehmenden Wahlbeteiligung und dem Wegbrechen der Mitgliederbasis von Parteien und Verbänden zeigt sich die Krise der politischen Repräsentationsmechanismen. Und natürlich an den verbreiteten Protesten.

Werden diese Verunsicherung und Interessen nicht von links aufgegriffen – was angesichts der Schwäche der radikalen Linken und der neoliberalen Durchdringung der gemäßigten durchaus fraglich ist – wird diese Situation schnell nach rechts umschlagen. In Deutschland ist der Neofaschismus bisher nur partiell in parteiförmig organisierter Form aufgetreten – in vielen anderen europäischen Ländern kann er erhebliche Erfolge aufweisen (von seinen gewaltsamen und terroristischen

---

<sup>36</sup> Ernesto Laclau: Politik und Ideologie im Marxismus. Kapitalismus, Faschismus, Populismus. Berlin 1981, S. 90.

<sup>37</sup> Wilhelm Heitmeyer u. a.: Feindselige Mentalitäten. Zustandsbeschreibungen zur angetasteten Würde von Menschen in Deutschland, in: Frankfurter Rundschau vom 8. November 2002, S. 20.

Formen ganz zu schweigen). Der Neoliberalismus produziert Rechtsextremismus (wobei beide ein durchaus kooperatives aber auch konfliktäres Verhältnis haben<sup>38</sup>).

5. Die Bearbeitung der Krise: Die herrschenden Gruppen reagieren mit einer Beschleunigung des immer gleichen. Krisen wurden schon in der Vergangenheit genutzt, um den neoliberalen Umbauprozess zu vertiefen – eine Form der Politik, die die Krise absorbiert, indem sie sie organisiert<sup>39</sup>. Immer wieder wird sich auf vermeintlich fortbestehende Rigiditäten des alten bezogen: auf verkrustete unflexible Arbeitsmärkte, staatliche Überregulierungen, die Kostenexplosion des Sozialstaates, staatliche Haushaltskrise etc. pp. – die tatsächlichen Ursachen der Probleme werden entannt. Die Gültigkeit der Diagnose wird kaum noch in Frage gestellt, womit dann die Richtung der vermeintlichen Therapie bereits vorstrukturiert wird. Die Vermittlung von Bildern des Stillstands angesichts einer dynamischen Entwicklung der sog. Globalisierung verdeckt zugleich den rasanten Umbau der Gesellschaft, inklusive der Form des Sozialstaates. Solche allgegenwärtigen Krisenideologien dienen zur Einschränkung des Terrains gesellschaftlicher Auseinandersetzung und zur Produktion von aktivem Konsens zum vermeintlich notwendigen Umbau. Proteste im Sinne einer einfachen Negation der Umbauprozesse bleiben relativ wirkungslos, weil eine Rückkehr zu den alten Formen als unmöglich erscheint. Die Anerkennung der Vorstellung, dass keine Alternativen zur jeweiligen Form der Vergesellschaftung existieren, ist dabei eines der entscheidenden Momente von Hegemonie.

Darüber hinaus werden Zwangselemente stärker betont, Sicherheitsdispositive in den Vordergrund gerückt, Nationalismus und Standortkonkurrenz hervor gekehrt. Besonders sichtbar bei Asylgesetzgebung und Migrationsregime, Schengen-Abkom-

---

<sup>38</sup> Vgl. Mario Candeias: Neoliberalismus – Hochtechnologie – Hegemonie. A. a. O., S. 338 f.

<sup>39</sup> Alex Demirovic: Nicos Poulantzas. Eine kritische Auseinandersetzung. Hamburg und Berlin 1987, S. 121.

men, polizeilicher Aufrüstung und allgemeiner Ausdehnung der staatlichen und privaten Sicherheitsapparate, der Militarisierung von Außenpolitik bis hin zu Angriffskriegen. Aber eben auch bei der Verschärfung von Zumutbarkeitskriterien und Zwang zu Niedriglohnarbeit, Abbau von Sozial- und Arbeitsrechten, Leistungskürzungen, Haushaltszwängen, Entdemokratisierungstendenzen. Wohlgedemerkte sind dies keineswegs Prozesse, die einfach von oben kommen, sondern von großen Teilen der Bevölkerung in höchst widersprüchlicher Weise passiv und aktiv gestützt werden (etwa durch Ressentiments gegen Ausländer, Asylanten, Arbeitsfaule, Sozialschmarotzer).

Der Mangel an alternativen Projekten erhält dabei noch einen brüchigen passiven Konsens. Dieser Mangel ist eines der stärksten Elemente von Hegemonie – gemeint ist aber *nicht nur* eine fehlende Alternative auf Ebene der parlamentarischen Repräsentation, sondern eine Veränderung im Verhältnis von Repräsentierten und Repräsentanten. Die Frage ist, ob es einem autoritären Neoliberalismus mit neuem Personal gelingt, diesen brüchigen Konsens populistisch zu erhalten, gar neue Konsensangebote zu unterbreiten, oder sich bereits Elemente eines „Post-

Neoliberalismus“ andeuten. Völlig unklar ist dabei, ob es gelingt, von links Bearbeitungsformen des Widerspruchs zwischen Regierten und Regierenden zu entwickeln, die über den neoliberalen Rahmen und sozialdemokratische Symbolpolitik und oberflächlicher Kapitalismuskritik hinausweisen. Oder ob der Widerspruch gewaltförmige Lösungen provoziert. Das ist, wie ich finde, zur Zeit die brennende Frage – was wiederum die Frage der Zerstrittenheit der Linken in den Blick rückt. Das Potenzial des Neoliberalismus, möglichst alles und jedes in eine Ware zu verwandeln, ist jedenfalls noch nicht ausgeschöpft. Diesen Prozess hegemonial zu verfolgen gelingt dem Neoliberalismus nur unzureichend, aber nach wie vor setzt er die Maßstäbe. Daran muss sich eine linke Politik erstmal messen.

Lutz Brangsch

## Dialektik der Reproduktion – Ökonomisches und Soziales bei Marx



In der heutigen politischen wie auch gesellschaftswissenschaftlichen Diskussion nimmt die Auseinandersetzung um die sog. Sachzwänge eine hervorragende Rolle ein. Üblich ist eine Trennung ökonomischer und sozialer Aspekte in dem Sinn, dass ökonomische Entwicklungsbedingungen soziale schaffen. Das Soziale wird vor allem als Resultat wirtschaftlicher Prozesse verstanden. Eine aktive Rolle wird ihm nur in begrenztem Maße zugesprochen und wenn, dann vor allem als Hindernis oder notwendiges Übel. Auch unter Linken ist diese Tendenz häufig anzutreffen: die Bezeichnung der Sozialpolitik als „weiches Politikfeld“ fand nach 1990 schnell Eingang in das Vokabular von KommunalpolitikerInnen. Gemeinsame konzeptionelle Diskussionen von Sozial- und WirtschaftspolitikernInnen sind die Ausnahme; kommt es zu derartigen Disputen, so findet man folgende Konstellation: Die Wirtschaftspo-

litikerInnen repräsentieren das rationale geldschöpfende Kalkül wirtschaftlicher Zwangsabläufe und die SozialpolitikerInnen das geldverbrauchende ethische Moment. Eine Vermittlung zwischen beiden Seiten gelingt kaum.

In der Außenwahrnehmung schlägt sich diese fehlende Vermittlung in der Polarisierung zwischen der Zuschreibung weitgehender wirtschaftlicher Inkompetenz (hier sei eben die CDU viel besser) und hoher sozialpolitischer Kompetenz (hier werden reale Probleme aufgegriffen und die Notwendigkeit ihrer Lösung ausgesprochen) nieder. Dahinter steht sicher auch die berechtigte Vermutung, dass die CDU ihre Konzepte in größerer Nähe zu den Mächtigen (auch in der Wirtschaft) entwickelt, ergo ihre Realisierungschancen auch von vornherein besser sind.

Als Beispiel sei auf die Wirksamkeit – oder besser Nicht-Wirksamkeit der „Memoranden“ der AG Alternative Wirtschaftspolitik verwiesen. Seit vielen Jahren werden von der Memoranden-Gruppe intelligente wirtschaftspolitische Positionen und Konzepte entwickelt – diese werden aber als Alternativen kaum wahrgenommen; sie sind machtfern.

Meine These lautet: Nicht das Niveau intellektueller Verarbeitung der Konzepte oder die Art ihrer Präsentation sind das Problem, sondern die Art, wie sie entstehen und wie sie sich in der Dialektik von Wirtschaftlichem und Sozialem bewegen. Wirtschaftliche Konzepte wie auch sozialpolitische Konzepte werden dann akzeptabel, also ideologisch und materiell handlungsbestimmend, wenn sie nicht nur Denkmöglichkeiten von alternativen Wegen präsentieren, sondern gleichzeitig den Akteuren der notwendigen Veränderungen Bewusstsein eigener Handlungsfähigkeit und Macht vermitteln können – die Trennung des Ökonomischen und des Sozia-

len in wissenschaftlicher wie auch politischer Konzeptbildung erzeugt dem gegenüber Konfusion und das Gefühl von Machtlosigkeit.

Das hier skizzierte Problem hängt meiner Erfahrung nach *auch* mit dem Blick auf Marx und die Art und Weise, wie die Marxschen Anschauungen über viele Jahrzehnte hinweg vermittelt wurden, zusammen. Marx wurde und wird vor allem als Ökonom *oder* Soziologe in einem jeweils engen Sinne verstanden und präsentiert. Das „Kapital“ wurde vor allem unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, als ein ökonomisches Werk. Im Studium war es üblich, die Teile der Darlegung, die sich mit sozialen und sozialpolitischen Fragen beschäftigten, vor allem als historisch bedingte Illustration zu betrachten (Marx benutzt diesen Begriff durchaus auch in diesem Zusammenhang). Die Untersuchungen zur Fabrikgesetzgebung, Kinder- und Frauenarbeit usw. wurden nicht als Untersuchung von konstituierenden Momenten des Entwicklungsprozesses des Kapitalverhältnisses und der Akteure dieses Prozesses begriffen. Einführungen in die Marxsche Theorie, wie etwa die von Iring Fetcher zum „Kapital“<sup>40</sup>, Ernest Mandels Einführung in den Marxismus<sup>41</sup> oder auch seine „Kontroversen um „Das Kapital““<sup>42</sup> oder „Kapital.doc“ aus dem Jahr 1999 (Altvater u.a.)<sup>43</sup> folgen im Kern dieser Logik. Allgemein wurde dies dann weiterhin mit einer Abwertung des sog. „moralischen Faktors“ bei der Bestimmung des Wertes der Ware Arbeitskraft verbunden. Tatsächlich geht es aber hier genau um das historisch-konkrete, in dem sich das Allgemeine nur durchsetzen kann - es ist nicht einfach etwas den historischen Prozess begleitendes, sondern der Prozess selbst. Physische und soziale Reproduktion können nur gleichzeitig erfolgen. Die

---

<sup>40</sup> Vgl. Iring Fetscher: Marx. Freiburg o.J., S. 95ff.

<sup>41</sup> Vgl. Ernest Mandel: Einführung in den Marxismus. Köln 2002.

<sup>42</sup> Vgl. Ernest Mandel: Kontroversen um „Das Kapital“. Berlin 1991.

<sup>43</sup> Elmar Altvater u. a.: Kapital.Doc. Das Kapital (Bd. I) von Marx in Schaubildern und Kommentaren. Münster 1999.

Trennung beider Prozesse mag für analytische Forschungen nützlich sein, allerdings nur dann, wenn man wieder die Einheit herstellen kann.

Dieser Weg der Interpretation des „Kapital“ verstellt, so meine Erfahrung, den Blick auf die Totalität<sup>44</sup>, eben auf den Gesamtprozess der Reproduktion des Kapitals oder der kapitalistischen Gesellschaft – das eigentliche Anliegen, das Marx mit seinem Werk verfolgte. So können weder fundierte wirtschaftspolitische noch fundierte sozialpolitische Konzepte entstehen.

Ich betrachte den Blick auf das Wirtschaftliche und das Soziale in seiner widersprüchlichen Einheit von materieller Reproduktion und sozialer Reproduktion als einen wesentlichen Eckstein Marxscher Politischer Ökonomie, der für das Verständnis heutiger Auseinandersetzungen, für die Entwicklung von gesellschaftspolitischen Alternativen (und deren Probleme) wie auch für die Konzeptbildung auf wirtschaftspolitischem und sozialpolitischem Gebiet von ausschlaggebender Bedeutung ist. Nur ein derartiger, auf die Bewegung von Gesellschaft in Widersprüchen und Ungleichgewichten fokussierter Blick kann die Prozesse wie auch die Akteure dieser Prozesse in ihrer Vielgestaltigkeit hinreichend erfassen. Das Verstehen des Sozialen als eine notwendig aktive Seite der Entwicklung des gesellschaftlichen Reichtums und dessen Rückverwandlung in dem kapitalistischen Produktionsprozess untergeordnete Produktivkraft erlaubt ein tieferes Verständnis der Dynamik dieser Gesellschaftsordnung und macht die wirkliche Kompliziertheit der Interessenlage aller Schichten deutlich, wenn es um Alternativen geht.

Während sich materielle Gleichgewichte oder Ungleichgewichte in quantitativen Reproduktionsschemata darstellen lassen, trifft dies für die Beschreibung der sozialen und geistigen Reproduktion nicht zu. Insofern ist letztgenannte Seite des Reproduktionsprozesses noch anfälliger für Verkürzungen und Simplifizierungen. Vor allem in den „Grundrissen“ stellt Marx dar, dass

---

<sup>44</sup> Zum Totalitätsbegriff vgl. Marx, Karl: Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie (Rohentwurf) 1857-1858. Berlin 1974, S. 189

jenseits der kapitalistischen Form kapitalistische Gesellschaft Entwicklung gesellschaftlichen Reichtums als „Universalität der Bedürfnisse, Fähigkeiten, Genüsse, Produktivkräfte etc. der Individuen“<sup>45</sup> bedeutet. Marx ringt an der hier angesprochenen Stelle sichtlich mit dem Problem, wie dieser Widerspruch auch sprachlich darzustellen ist – kapitalistische Wirtschaft braucht allseitig entwickelte, in dem hier von Marx beschriebenen Sinne „reiche“ Menschen – und zwingt sie gleichzeitig in die Unterordnung unter ein Produktions- und Gesellschaftsregime, das diese Fähigkeiten nur in einem dem Verwertungsprozess des Kapitals entsprechenden Maß erlaubt. Das Kapital braucht den in diesem Sinne „reichen Menschen“, der diesen Reichtum auch und in zunehmenden Maße jenseits der unmittelbaren Produktionssphäre, jenseits der unmittelbaren materiellen Reproduktion entwickelt, dort entwickeln *muss* und auch *nur dort entwickeln kann* – genau eben in der Sphäre des Sozialen. Die soziale Reproduktion erhält vor diesem Hintergrund eine relative Autonomie, die wiederum beständigen Angriffen unterliegt, da sie dem Wirtschaftlichen entgegenzustehen scheint. Im 1. Band des Kapital schlägt sich das Ringen um die Formulierung des o.g. Widerspruches im 13. Kapitel „Maschinerie und große Industrie“ im Abschnitt über die Fabrikgesetzgebung nieder. Dort heißt es:

„Die moderne Industrie betrachtet und behandelt die vorhandne Form eines Produktionsprozesses nie als definitiv. Ihre technische Basis ist daher revolutionär, während die aller früheren Produktionsweisen wesentlich konservativ war. Durch Maschinerie, chemische Prozesse und andre Methoden wälzt sie beständig mit der technischen Grundlage der Produktion die Funktionen der Arbeiter und die gesellschaftlichen Kombinationen des Arbeitsprozesses um. Sie revolutioniert damit ebenso beständig die Teilung der Arbeit im Innern der Gesellschaft und schleudert unaufhörlich Kapitalmassen und Arbeitermassen aus einem Produktionszweig in den andern. Die Natur der großen Industrie bedingt daher Wechsel

der Arbeit, Fluss der Funktion, allseitige Beweglichkeit des Arbeiters.

Andrerseits reproduziert sie in ihrer kapitalistischen Form die alte Teilung der Arbeit mit ihren knöchernen Partikularitäten. Man hat gesehen, wie dieser absolute Widerspruch alle Ruhe, Festigkeit, Sicherheit der Lebenslage des Arbeiters aufhebt, ihm mit dem Arbeitsmittel beständig das Lebensmittel aus der Hand zu schlagen und mit seiner Teilfunktion ihn selbst überflüssig zu machen droht; wie dieser Widerspruch im ununterbrochenen Opferfest der Arbeiterklasse, maßlosester Vergeudung der Arbeitskräfte und den Verheerungen gesellschaftlicher Anarchie sich austobt. Dies ist die negative Seite. Wenn aber der Wechsel der Arbeit sich jetzt nur als überwältigendes Naturgesetz und mit der blind zerstörenden Wirkung eines Naturgesetzes durchsetzt, das überall auf Hindernisse stößt, macht die große Industrie durch ihre Katastrophen selbst es zur Frage von Leben oder Tod, den Wechsel der Arbeiten und daher möglichste Vielseitigkeit der Arbeiter als allgemeines gesellschaftliches Produktionsgesetz anzuerkennen und seiner normalen Verwirklichung die Verhältnisse anzupassen. Sie macht es zu einer Frage von Leben oder Tod, die Ungeheuerlichkeit einer elenden, für das wechselnde Exploitationsbedürfnis des Kapitals in Reserve gehaltenen, disponiblen Arbeiterbevölkerung zu ersetzen durch die absolute Disponibilität des Menschen für wechselnde Arbeitserfordernisse; das Teilindividuum, den bloßen Träger einer gesellschaftlichen Detailfunktion, durch das total entwickelte Individuum, für welches verschiedene gesellschaftliche Funktionen einander ablösende Betätigungsweisen sind.“<sup>46</sup>

Mit Blick auf die Überwindung des Kapitalismus wurde vor allem der letzte Teil des Zitats gerne genutzt, die Konsequenzen hinsichtlich der Wechselwirkung von Ökonomischem und Sozialem aber in geringem Maße thematisiert. In den gängigen Interpretationen wird der Aspekt der Darlegungen Marx' betont, der die destruktiven Folgen der Durchsetzung der kapita-

---

<sup>45</sup> Ebenda, S. 387

<sup>46</sup> Karl Marx: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. Berlin 1971, S. 510ff.

listischen Produktionsweise für die Lage der ArbeiterInnen und auch anderer sozialer Schichten zum Gegenstand hat. Entsprechend der Abstraktionsebene, auf der sich die Darlegungen des 1. Bandes des Kapital bewegen (und der überwiegenden Zahl der InteressentInnen ist letztlich nur dieser bekannt, wenn überhaupt), wird hier (völlig zurecht) die wissenschaftliche Begründung des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit hervorgehoben. Das ist richtig, aber gerade aus der heutigen Sicht nicht ausreichend. Die „absolute Disponibilität“ kann sich eben nicht nur im Produktionsprozess (hier im Sinne der „Arbeitswelt“) herstellen. Damit aber stellen sich die Auseinandersetzungen um die Zukunft öffentlicher Leistungen als gesellschaftsumfassendes, auch an die Grundsubstanz der Kapitalverhältnisse elementar rührendes Widerspruchsgeflecht dar.<sup>47</sup> Der Kommodifizierung bzw. Privatisierung sind so offensichtlich bestimmte Grenzen gesetzt, die in der Reproduktionsfähigkeit der Gesellschaft liegen. Die Auseinandersetzungen Marx' mit der englischen Fabrikgesetzgebung, mit Kinder- und Frauenarbeit, Arbeitsbedingungen usw. erweitert so den theoretischen und politischen Gehalt der dann entwickelten Kernaussagen (etwa Wert- und Mehrwertgesetz) und antizipiert Fragen, die dem ursprünglichen Plan gemäß später zu behandeln gewesen wären.

Indem

- (a) der *Mechanismus*, der Prozess der Einbindung der ArbeiterInnen in die Logik kapitalistischer Gesellschaft und ihre Selbstveränderung zwischen Internalisierung der Herrschaftsverhältnisse und Selbstbestimmung;
- (b) die Widersprüchlichkeit der Interessenlage der Kapitalseite in diesem Prozess;
- (c) Differenzierungsprozesse und Widersprüche unter den ArbeiterInnen selbst und

- (d) die Rolle des Staates als Instrument von Zwang und Konsens (so begrenzt letzterer sein mag)

im Rahmen des übergreifenden Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit analysiert und dargestellt werden, erhalten die entwickelten Abstraktionen, wie das Wert- und Mehrwertgesetz etc., nicht nur ihre Illustration, sondern eigentlich auch erst ihre politische Brisanz. Die „scheinbaren“ Illustrationen zeigen unter dem Gesichtspunkt, dass sie Ausprägungen eines Prozesses unter bestimmten Bedingungen vorstellen, dass die Reproduktion des Kapitalverhältnisses nicht nur vielgestaltig verlaufen kann, sondern dass Reproduktion des Kapitalverhältnisses auch Reproduktion von Widersprüchen innerhalb aller handelnden Klassen bedeuten *muss*. Nicht umsonst greift Marx im 3. Band das Thema Fabrikgesetzgebung auf, wenn er entwickelt, wie die Kapitale bzw. die Kapitaleigentümer in der Durchschnittsprofite rate das Bewusstsein ihrer Gemeinsamkeit erfahren. Das Soziale und die Sozialpolitik sind der ökonomischen Analyse von Marx somit nicht äußerlich, sondern unmittelbar in diese eingebunden. Ökonomische Gesetze werden so als Tendenz fassbar und verständlich, da sie mit dem Handeln von Akteuren verbindbar und verbunden werden. Die reproduktive Betrachtung, also die Betrachtung der Gesellschaft als in beständiger Neuschaffung materieller Bedingungen und sozialer Beziehungen sowie Neusetzung von Widersprüchen begriffen, gibt Raum für das Begreifen des spezifischen eigenen Platzes in der Gesellschaft, in der Bewegung, in der jeweiligen sozialen Gruppe und für die Entwicklung von Perspektivszenarien.

Damit sind allerdings weitreichende Konsequenzen für theoretische Analyse und politische Konzeptbildung verbunden.

*Erstens* sollte uns das Marxsche Herangehen dazu ermutigen, das Soziale und die Sozialpolitik mit größerer Deutlichkeit als legitimem und aus den Eigenheiten von Wirtschaft selbst entstehender *Anspruch an Wirtschaft*, gleichzeitig aber als *Eigenwert* zu betrachten und zu vertreten.

Der erste Aspekt liegt darin, dass eine bestimmte Qualität von Gesellschaft in unlöslichem Zusammenhang mit einer

---

<sup>47</sup> Kommunitarismus und Bürgergesellschaftskonzepte sind bereits Reaktionsweisen auf diese neuen und sich beständig weiterentwickelnden Konstellationen.

bestimmten Qualität von Arbeitskraft und einer bestimmten Qualität des Wirtschaftens steht. Wenn nicht ein bestimmter gesellschaftlicher Bedarf an sozialen Leistungen befriedigt wird, hat dies natürlich immer auch Folgen für die Wirtschaft, an erster Stelle für die Qualität der Arbeitskraft bzw. des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens und die Gestaltung der Arbeitsteilung in der Gesellschaft.

Man muss aber darüber hinausgehen. Die gesellschaftliche Funktion der Sozialpolitik besteht *meiner* Auffassung nach darin, den Zusammenhalt der Gesellschaft, d.h. die Fähigkeit der Gesellschaftsmitglieder zum Zusammenleben und zur Kooperation, und damit zur erweiterten Reproduktion der Gesellschaft, zu bewahren. Sie schafft so gleichzeitig a) einen bestimmten Rahmen für die Konkurrenz zwischen Kapital und Arbeit, b) zwischen den Kapitalen sowie auch c) unter den Lohnabhängigen. Sozialpolitik ist so nicht einfach eine Resultante des gesellschaftlichen Wirtschaftens, sondern immer auch eine Voraussetzung für Wirtschaften.

Neben dem Anspruch der Reproduktion von Arbeitskraft steht aber der *Anspruch der Selbstentfaltung jenseits des Arbeitslebens*. Diese *kann* gesellschaftliche, *muss* aber nicht unmittelbar ökonomische Potenz sein. Es stehen sich so zwei Ansprüche gegenüber, die abgewogen werden und zu Widersprüchen in der Gesellschaft führen müssen – darauf wird weiter unten noch einzugehen sein.

In dem Maße, in dem *Verkürzung von individueller Erwerbsarbeitszeit* mehr und mehr möglich wird, diese aber in der Ausschließung immer größerer Teile der Bevölkerung aus den Möglichkeiten der Aneignung der Ergebnisse gesellschaftlicher Produktivkraft sich manifestiert, stellt sich diese Frage mit neuer Schärfe. Die Entstehung einer neuen Schicht Marginalisierter, z. T. über prekäre Beschäftigung noch eingebunden, z. T. erklärtermaßen abgeschrieben, noch nicht einmal als Reservearmee im klassischen Sinne (sehr wohl aber als politische Manövriermasse) verstanden, mit einem breiten intellektuellen Profil, wirft tatsächlich neue Fragen auf. Spiegel sind Auseinandersetzungen um ein Grundeinkommen/Existenzgeld bzw.

Grundsicherung in ihren vielschichtigen Facetten.

Jede Veränderung in Umfang und der Struktur sozialer Leistungen führt zu einer Veränderung des Verhaltens, des sozialen Profils und des Handelns der Menschen in der Gesellschaft und damit der Art und Weise der sowie der Fähigkeit zur Reproduktion ihrer gesellschaftlichen Beziehungen. Diese Veränderungen können nachhaltiges, solidarisches und verantwortungsbewusstes Handeln befördern, oder sie können zu einer Brutalisierung des Lebens und Ausgrenzung von Menschen beitragen. Damit ist nicht gesagt, ob bzw. dass einer der beiden Wege das Ende der Menschheit bringt - es ist nur gesagt, dass Sozialpolitik in erheblichem Maße die Art und Weise des Zusammenlebens, die Qualität von Gesellschaftlichkeit mitbestimmt. In der jüngeren wissenschaftlichen Diskussion wird dieser Aspekt unter dem Stichwort „soziale Nachhaltigkeit“ thematisiert. Insoweit bestimmt Sozialpolitik über Handlungsfähigkeit von sozialen Gruppen und trägt eben unmittelbar politischen Charakter.

Das Bekenntnis zu einer bestimmten Qualität von Gesellschaftlichkeit führt letztlich dann auch zu einer bestimmten Sichtweise auf die Entwicklung der Wirtschaft und auf die als vernünftig erachtete Lebensweise bzw. auch auf das als vernünftig erachtete Lebensniveau. Wirtschaft, genauso wie Massenarbeitslosigkeit und Krise der sozialen Sicherung, ist kein Naturereignis, kein technisch-mechanischer Ablauf, sondern primär ein Prozess der Interessenrealisierung, ein Prozess, der von Menschen mit bestimmten Zielen „gemacht“ wird. Diese Seite des Zusammenhangs zwischen Wirtschaftlichem und Sozialem soll wieder stärker in die Debatte gebracht werden. Nur so kann auch gefunden werden, wer die Akteure der Veränderung sein können.

Zu den Eigenheiten der parlamentarischen Seite politischer Auseinandersetzungen gehört, dass die Frage des Eigenwertes des Sozialen in den Hintergrund gedrängt wird, das Soziale als Funktion (im Sinne von Ableitung) des Wirtschaftlichen verstanden wird.



*Zweitens* betrifft dies den Umgang mit empirischem Material. Die Nutzung von sozialpolitischen Papieren (und nichts anderes sind die Berichte der Fabrikinspektoren und Parlamentsprotokolle, auf die sich Marx bezieht) muss wieder stärker in die sich als ökonomisch definierende Forschung und Konzeptionsbildung, offensichtlich aber auch in linke ökonomische Bildung einziehen.

Ergebnisse qualitativer Sozialforschung stehen bei Marx gleichberechtigt neben quantitativ-wirtschaftsstatistischen Aussagen. Die qualitativ zu konstatierenden Veränderungen von Lebensbedingungen bzw. Lebensweise sind gleichberechtigtes Kriterium, wenn es um die Bewertung von Wirtschaft und wirtschaftlicher Leistungskraft geht. Nur die aus der Einheit von quantitativ wie auch qualitativ orientierter Empirie ableitbaren Tendenzen bieten Anhaltspunkte für die Entfaltung von Widersprüchen, für die Bestimmung von Entwicklungsrichtungen, vor allem für die Wechselwirkungen von statistisch konstatablen Prozessen in der Wirtschaft mit Veränderungen im sozialen, wirtschaftlichen und sozialen Handeln der verschiedenen Akteure. Erst in einem solchen Kontext wird tatsächlich verständlich, wie Kaufkraftverlust oder Gewinn, die Stellung von Produzenten und Konsumenten, Veränderungen von Präferenzen in deren Handeln politische Relevanz erhalten. Für heutige Diskussionen ließe sich etwa sagen: Nachfrageorientierung ist noch kein politisches Konzept; erst in einem breiteren Kontext erhält sie politische Qualität.

Marx analysiert die Ruinierung der Bauernschaft, die Repression gegen Bettler und Vagabunden oder die Einbeziehung von Frauen und Kindern in die Produktion als wesentliche soziale Prozesse, die die kapitalistische Produktionsweise erst möglich machen und das entstehende Fabrikssystem als Stufe gesellschaftlicher Arbeitsteilung als organische eingebundenes Moment prägen. Repressive Sozialpolitik und wirtschaftliche Veränderungen (also Veränderungen der Art und Weise, wie mit welchen Gegenständen von wem produziert wird bzw. werden muss) wirken aufeinander und miteinander, produzieren das Proletariat in seinen verschiedenen sozialen Typen, die entsprechenden Fami-

lienstrukturen, die Kapitalisten in ihren verschiedenen Fraktionen, die Widersprüche all dieser untereinander und verändern damit beständig die Basis für die weitere Bewegung der Gesellschaft, verändern politische Gewichte und Handlungsspielräume der Gruppen gegeneinander. Die Veränderung der Produktionsweise, neue Technologien und Organisationsformen des Wirtschaftens werden so in soziale Prozesse eingewoben erkennbar, lebendig nicht als mechanisches Voranschreiten, sondern als Resultate verschiedenster Interessenkonstellationen, als umfassende Entwicklung, die alle Akteure als sich verändernd und gleichzeitig gestaltungsfähig zeigt. Es kann kein Unbeteiligtsein geben.

Mit den Armutsberichten etwa des DGB und verschiedener Wohlfahrtsverbände, schließlich auch mit Sozialberichten, Ergebnissen der Arbeit im Netzwerk Gesunde Städte oder den Armuts- und Reichtumsberichten der Bundesregierung liegen umfangreiche Untersuchungen unter sozialpolitischem Gesichtspunkt vor - wo sind aber die heutigen „Fabrikberichte“? Eine Vielzahl von Indikatoren und die täglich erlebbare Erfahrung – erinnert sei an das Lidl-Schwarzbuch und die entsprechende ver.di-Kampagne – zeigen, dass das Arbeitsleben und die dort manifesten Machtverhältnisse härteste Auseinandersetzungen in sich tragen. Arbeitsintensität, Überstunden, fragwürdige Arbeitsbedingungen, Listungspolitik großer Handelsketten und Finalproduzenten, Rating von Unternehmen, Subunternehmerpraxis im Baubereich usw. usf. produzieren soziale Gegebenheiten, werden aber zur gleichen Zeit auch erst durch sie ermöglicht. Wirtschaftspolitik stellt sich unter diesem Fokus viel breiter dar, als gemeinhin angenommen wird.

*Drittens* schließt die Einheit von materieller und sozialer Reproduktion Konsequenzen für die Betrachtung aller Phasen des Reproduktionsprozesses, also Produktion, Zirkulation, Distribution und Konsumtion gleichermaßen ein.

In dem Maße, in dem Herrschaft über verschiedene Stufen vermittelt wird, wächst das Verständnis für diesen Mechanismus. Die Auseinandersetzungen um die Reform des Öffentlichen Dienstes

oder um neue Wege in der Haushaltspolitik sind in ihrer Bedeutung nur zu verstehen, wenn man diese auf zwei Ebenen manifeste Widersprüchlichkeit in Rechnung stellt. Natürlich sind die auf den genannten Feldern entwickelten Partizipationsangebote Versuche der Inkorporation – sie sind aber genauso ein Reflex von Notwendigkeiten, die durch die Anforderungen an die Arbeitskraft in Unternehmen, in der Kooperation mit anderen Menschen gestellt werden. Dieser Aspekt gewinnt nicht zuletzt an Gewicht, wenn man ein Verhältnis zu parlamentarischer Arbeit und ggf. Regierungsbeteiligungen erarbeiten will.

Dies hängt sicher mit einer Unterschätzung der Rolle des Staates in seiner Komplexität bzw. einer oberflächlichen Reduzierung seiner Rolle auf die des Machtinstrumentes der herrschenden Klasse zusammen. Für die Bestimmung politischer Strategien spielen nicht einfach grundsätzliche Charakteristika der „heutigen Gesellschaft“ als Abstraktum (auf der Ebene des Wesens) eine Rolle, sondern vor allem die historisch und national gegebene Ausprägung staatlicher Herrschaft.<sup>48</sup> Der ursprüngliche Publikationsplan, den Marx 1858 Engels vorstellte, sah 6 Bücher vor – „Vom Kapital“, „Grundeigentum“, „Lohnarbeit“, „Staat“, „Internationaler Handel“ und „Weltmarkt“.<sup>49</sup> Tatsächlich sind von Marx selbst die Teile zum Kapital und zur Lohnarbeit weitgehend ausgearbeitet worden, während die weiteren Teile fragmentarisch blieben. In Lehre und Propaganda wurde daraus der unzutreffende Schluss gezogen, dass die Staatsfrage weniger wichtig wäre bzw. mit der leninschen Staatstheo-

rie erschöpfend behandelt sei, was aber nicht zutrifft.<sup>50</sup>

Im Reproduktionsprozess der Gesellschaft spielen der Staatshaushalt und die von ihm abgeleiteten regionalen Haushalte in dieser Vermittlung eine entscheidende Rolle. Niemand bleibt davon unberührt.

Stellt man diese Umstände in Rechnung bestätigt sich, dass nicht nur die Verteilungsproportionen als solche, sondern auch und vielleicht in viel höherem Maße die Art und Weise, wie Veränderungen in der Einnahme- und Ausgabeseite des Haushaltes zustande kommen und selbst zu notwendigen qualitativen Veränderungen von Haushaltspolitik führen, für die politische Praxis von Interesse ein müssen.

Selbstgewählte haushaltspolitische Abstinenz und Beschränkung auf quantitativ fixierte Verteilungsdiskussionen als solche bedeuten nicht, dass die angedeuteten Reproduktionsprozesse in ihrer Grundqualität nicht mehr ihren Weg nehmen. Mit diesen Prozessen sind Veränderungen in der Interessenlage der unterschiedlichen gesellschaftlichen bzw. politischen Akteure gesetzt, die in ihren Resultanten schwer zu beurteilen sind, wenn man sich nur auf summarische Verteilungsdiskussionen konzentriert. Wohlgemerkt – dies bedeutet nicht, dass diese oft auch sehr polemisch und öffentlichkeitswirksam geführten Diskussionen überflüssig wären – Politik darf sich aber nicht in ihnen erschöpfen. Die Aufgabe, unter diesem Gesichtspunkt Verteilungs- und Haushaltspolitik mit Konsequenz und in allen ihren Phasen zum Gegenstand politischer Diskussion zu machen, konnte bisher nicht erfolgreich gelöst werden. Vielmehr wird dies auch heute noch unter den Linken nicht selten als nicht notwendig erachtet.

Eine tatsächlich neue Qualität hat die Diskussion um Haushaltspolitik erst in den letzten Jahren erhalten. Mit dem Modell

---

<sup>48</sup> Dies wird durch Marx in der Kritik des Gothaer Programms ausführlich entwickelt. Entgegen vielfältiger Auffassungen betont er hier gerade die Bedeutung der Durchsetzung demokratischer Freiheiten gegen vordergründig globale, allgemeine und sich außerhalb konkreter historischer Gegebenheiten bewegende Forderungen. Vgl. Karl Marx: Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei. In: MEW Bd. 19, Berlin, 1978, S. 29ff.

<sup>49</sup> Vgl. Marx an Engels in Manchester. In: MEW Bd. 29, Berlin 1978, S. 312.

---

<sup>50</sup> Hervorzuheben ist an dieser Stelle das von Uwe Jens Heuer 1989 veröffentlichte Buch „Marxismus und Demokratie“ (Staatsverlag der DDR, Berlin 1989), in dem eine in dieser Form erstmals die bisherigen Begrenzungen der Staatsdiskussion überwindende Darstellung linker Staats- und Demokratietheorie in einem breiten Spektrum gegeben wird.

des Orcamento Partizipativo in Porto Alegre und den Initiativen in diesem Umfeld, den Initiativen zur Entwicklung der Budgetanalyse zu einem Instrument politischer Ermächtigung, dem Gender Budgeting, den Initiativen von Weltbank und IWF zur Schaffung eines Mindestmaßes von Transparenz in der Finanz- und Haushaltspolitik in Kombination mit einer stärkeren Partizipation breiterer Bevölkerungsschichten<sup>51</sup> wie auch später dann in Deutschland mit den Initiativen der Bertelsmann-Stiftung zum Netzwerk Kommunen der Zukunft und dem Modellprojekt Bürgerhaushalt<sup>52</sup> werden unterschiedliche bzw. gegensätzliche Wege der Entwicklung öffentlicher Haushaltspolitik präsentiert.

Demokratisierung von Haushaltspolitik gestaltet damit neue Ansprüche an die Wirtschaft, beeinflusst ihre Akkumulationsmöglichkeiten, entscheidet über Verteilungsspielräume auf neue Art und Weise, qualifiziert die Akteure und schafft ihnen damit neue politische Handlungsspielräume. Allerdings schafft er diese Spielräume vor allem als Möglichkeiten. Wie diese Möglichkeiten in Realitäten umgesetzt werden, ist eine andere Frage. Faktoren, wie die Menge dessen, was zu verteilen ist, historisch gewordene Entscheidungs- und Verteilungsmechanismen, die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft, der Zustand des Produktionsapparates, Flexibilität und Innovationsfähigkeit der sozialen Netze und schließlich nicht zuletzt das subjektive Vermögen, Möglichkeiten zu erkennen, gehören dazu. Partizipative Haushaltspolitik kann ohne eine fortschreitende Demokratisierung auch in der Wirtschaft nicht ihre emanzipatorischen Potenziale voll entfalten - Wirtschaftsdemokratie ohne eine Demokratisierung von Haushaltspolitik wird es ebenfalls nicht geben können. In dem einen wie dem anderen Fall produziert die unveränderte Einbindung der

Akteure in bestimmte Verhaltenszwänge und Machtstrukturen aber einen zerreißen den Widerspruch, der teils in Rückzug und Lethargie führen kann, aber gleichzeitig das Problem offensichtlich macht. Man braucht hier nicht einmal Marx bemühen - die Forderung nach Flexibilität ist heute tägliche politische Parole - gleichzeitig wird es für die ProduzentInnen immer komplizierter, diese Totalität tatsächlich zu reproduzieren (Privatisierung sozialer Sicherung sowie Einschränkungen öffentlicher Daseinsvorsorge und öffentlicher Räume) und zu realisieren (Machtverhältnisse).

Für den hier zu betrachtenden Zusammenhang ist allerdings viel wichtiger als der Erfolg oder Misserfolg einer solchen politischen Aktion, dass aus den hier skizzierten Partizipationsprozessen, aus der Veränderung vor allem von Distribution und Konsumtion, Menschen anders herauskommen als sie hineingegangen sind. Neben der Veränderung der Institutionen sind die sich in diesen Veränderungen vollziehenden Prozesse sozialen Lernens die für die Zukunft entscheidenden. Künftige politische Auseinandersetzungen laufen unter einem anders strukturierten Bedingungsgefüge ab - inwieweit diese veränderten Bedingungen von den Akteuren genutzt werden können, hängt natürlich von einer Reihe weiterer Voraussetzungen ab. Diese Veränderungen werden in ihren Potenzialen freilich nur erkennbar, wenn man sich als Teil dieser Veränderungen begreift und sich nicht einbildet, neben diesen stehen und die „Anderen“ (die „treiben“) auf den „richtigen Weg“ lenken zu können - Veränderung und Selbstveränderung müssen als Einheit verstanden werden. Dies zieht, tut man es ernsthaft, eine Veränderung des Blicks auf die „Anderen“ und auf sich selber nach sich, erfordert praktisch politisch einen neuen Blick auf Demokratie, Organisationsidentität und Organisationsstrukturen.

Reproduktion stellt sich damit nicht einfach als zeitliche Abfolge dar, sozusagen als vertikaler Prozess, sondern (auch) als horizontaler Prozess, in der Breite, in Gleichzeitigkeiten, unmittelbaren Interaktionen. Marx spricht in diesem Sinne von Produktion, Distribution, Zirkulation und

---

<sup>51</sup> Vgl. z.B. Tara Vishwanath, Daniel Kaufmann: Towards Transparency in Finance and Governance. Hrsg. World Bank, Draft, 6.9.1999, S. 3, S. 17, 24 f.

<sup>52</sup> Vgl. Christine Schaerffer, / Thomas Pauly: Kommunalen Bürgerhaushalt: Ein Leitfadens für die Praxis. (Hrsg. von der Bertelsmann Stiftung und Innenministerium NRW) o.J.

Konsumtion als Glieder einer Totalität.<sup>53</sup> Totalität und Gleichzeitigkeit, realisiert in und durch sich in Bewegungen befindlichen Interessen und materiellen Bedingungen, bringt sich bedingende wie auch gleichzeitig ausschließende Prozesse und Interessen hervor, dialektische Widersprüche, die Handeln und Entscheidungen erfordern, die aber wiederum nur widersprüchliche Resultate nach sich ziehen können. Es gibt auch bei den richtigsten und bestgemeinten Aktionen nie die nur gewünschten Resultate. Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik und die ihnen zugrundeliegenden Konzeptionen müssen so nicht nur als Lösung eines Problems, sondern immer auch als Neusetzung von Widersprüchen und als Ausgangspunkte neuer Suchbewegungen in vertikaler wie horizontaler Richtung verstanden und entwickelt werden.

Ein reproduktiver Ansatz zeigt auch Grenzen von Entwicklung – hier geht es nicht nur um die Einkommensverteilung, sondern nicht zuletzt um die globale Dimension sozialer und wirtschaftlicher Prozesse (wobei hier die ökologischen ausdrücklich einbezogen seien). Sich antagonistisch gegenüberstehende Klassen können auch gemeinsam untergehen, wenn die sich entfaltenden Widersprüche keine Lösung finden - genauer: wenn die Akteure keine neue Entwicklungspotenziale eröffnenden Lösungen und Verhaltensweisen finden. Das Umschlagen von Realisierung sozialer Rechte in Protektionismus und Inkorporation kann eine solche Sackgasse sein, das richtungslose Zerschlagen alles da gewesenen eine andere. Die banale Tatsache, dass die Gesellschaft ohne zu produzieren nicht überleben kann, produziert eine Unzahl von Konsequenzen vor allem für das WIE von Produktion, Umverteilung, Verteilung und Konsumtion, setzt Utopien und Wünschen Schranken. Das WIE der Herstellung von Arbeitsteilung (und sei dies in der einfachsten Form des Produktaustausches) in der Gesellschaft als Rückgrat von Gesellschaftlichkeit überhaupt ist nicht beliebig. Hier liegt derzeit der wahrscheinlich wichtigste Schwachpunkt linker Wirtschafts- und

Sozialpolitik, wie etwa die Diskussionen um Grundeinkommen und Existenzgeld zeigen. Was Marx im Band 1 des „Kapital“ als Negation der durch das kapitalistische Privateigentum erfolgten Negation des individuellen Eigentums als individuelles Eigentum „auf Grundlage der Errungenschaften der kapitalistischen Ära: der Kooperation und des Gemeinbesitzes der Erde und der durch die Arbeit selbst produzierten Produktionsmittel“<sup>54</sup> umschreibt, ist trotz der Erfahrungen des realen Sozialismus bisher kaum fassbarer geworden - bestenfalls dahingehend, dass die Sache noch viel komplizierter sein könnte, als man meint.

Weiter oben wurde festgehalten, dass die inkorporierende Einbindung in ökonomisch-soziale Kreisläufe eine mögliche Tendenz und Konsequenz sich entwickelnder Widerspruchskonstellation ist. Praktisch politisch ist dies in letzter Zeit durch die „Heuschrecken“ - Debatte wieder ein wenig in das öffentliche Bewusstsein gerückt. Sie betrifft das Verhältnis der verschiedenen Kapitalfraktionen zueinander wie überhaupt die relative Verselbstständigung von Teilen der Kapitalkreisläufen mit spekulativem Gehalt, aber auch die Einbindung breiterer Schichten in kapitaldominierte Interessenstrukturen durch die Privatisierung von sozialen Sicherungssystemen, vor allem der Altersvorsorge.

### **Abschließende Bemerkungen**

Ausgangspunkt der hier dargelegten Überlegungen war die These, dass das WIE der Erarbeitung und Entwicklung von gesellschaftlichen Konzepten entscheidend für ihre Wirksamkeit sei. Der hier präferierte Ansatz versteht sich als grundlegender erkenntnistheoretischer wie auch praktisch-politischer Ansatz. Es geht nicht darum, "das alles mit allem zusammenhängt", sondern um das Verstehen und um das Erkennen von Handlungsspielräumen und Begrenzungen, von Freiheiten und Notwendigkeiten bzw. um die korrelierenden Rechte und Pflichten.

Das Brechen gegebener Verhältnisse lässt sicher bestimmte Rechte/Pflichten-

---

<sup>53</sup> vgl. Marx, Karl: Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, a. a. O., S. 20f.

---

<sup>54</sup> Marx, Karl: Das Kapital a. a. O. S. 791.

Beziehungen obsolet erscheinen und macht sie auch obsolet, das "Nein-Sagen" ist Teil der Lösung von Widersprüchen. Es entstehen aber mit den neuen Freiheiten auch neue Notwendigkeiten, die zwar oft absehbar sind, aber nicht unbedingt ernst genommen werden. Die politische Konzeptbildung betont immer die erwünschten Folgen einer politischen Aktion, die unerwünschten (und darunter rangieren i. A. die Notwendigkeiten) werden oft ausgeblendet, wie überhaupt über die Grenzen des eigenen Handelns nicht gern gesprochen wird. Diese Begrenztheit wird dann auch noch mit Unfähigkeit, eine bestimmte Situation zu managen, gleich gesetzt. Oft genug ist dies Selbstverteidigung aus einer Minderheitenposition heraus, um wenigstens moralischer Sieger bleiben zu können – wenigstens in den eigenen Augen.

Der bei Marx entwickelte reproduktive Ansatz akzeptiert diese Widersprüchlichkeit von Entwicklung und macht sie erklärbar, enthüllt sie als normales Moment von Entwicklungsprozessen. Bezogen auf das Soziale und das Wirtschaftliche stellen sich Sachzwangdiskussionen dann ganz anders dar. Sie werden aus der scheinbaren Exklusivität eines Themas gelöst und in das Leben gestellt – wo sie ja auch hingehören und letztendlich wirken sollen. Freilich nimmt dieser Ansatz keine Rücksicht auf vorgefasste Meinungen und Selbstbilder.

Schöne vereinfachende Lehrsätze, wie etwa der vom "Ende der Arbeit" (unabhängig davon wie der Autor dies gemeint hat) erweisen sich als hohl, Interessenwidersprüche und scheinbare Ungereimtheiten werden erklärbar, das eigene Eingebundensein in die Gesellschaft beherrschbar. Es wird verständlich, dass und warum es keine absolute Linearität von Entwicklung gibt, etwa dass das Kapital schon immer ausgebeutet hat, sich immer bereichert hat, der Staat schon immer repressiv gehandelt hat. Allein der Fakt, dass dies immer wieder unter veränderten Bedingungen

geschieht, verändert diese Prozesse und die in diesen Prozessen handelnden Subjekte. In diesen Veränderungen liegen die Keime für neue Möglichkeiten, Spielräume auch für das Handeln der alternativen Kräfte in der Gesellschaft. Dieses Wechselspiel der Veränderung als Kern der Dialektik von Ökonomischem und Sozialem verbietet eine willkürliche Trennung dieser beiden Seiten.

Dies bedeutet aber auch, dass sog. Realpolitik nicht reicht. Sie kann wichtige Voraussetzungen und Bedingungen für Veränderungen schaffen, wie Menschen aber mit neuen Bedingungen umgehen, hängt entscheidend von kulturellen und ideologischen Präferenzen ab, von Perspektiv- und Utopiefähigkeit handelnder Menschen. Das Fordern des (scheinbar oder auch nur heute) Unmöglichen und damit die Benennung von Widersprüchen der Gesellschaft - etwa zwischen ökonomischen Möglichkeiten und sozialer Wirklichkeit - kann Realpolitik erst emanzipatorische Richtung geben - ohne Utopieüberschuss und utopieorientiertes Handeln, d. h. die Gegebenheiten in der Tat in Frage stellendes Handeln –, kann Realpolitik, verstanden als Handeln auf parlamentarischem Gebiet, nicht den Horizont der Perfektionierung des Funktionierens der gegebenen Grundqualität der Gesellschaft überschreiten. Entscheidend ist immer, ob Politik die Handlungsfähigkeit von Menschen erweitert, ihnen erlaubt, ihre Realität über bisherige Begrenzungen hinaus zu verändern und sich damit selbst zu verändern und diesen Veränderungsprozess selbst zu beherrschen. Einheit von Realpolitik und Utopieüberschuss als Seite der Dialektik von Ökonomischem und Sozialem betrachtet bestätigt, dass Organisationen und Parteien bestenfalls Rahmen der Entfaltung dieser Dialektik gestalten können, die daraus resultierende Gesellschaft stellt sich immer breiter dar, als jegliches politisches Konzept.

Iris Nowak

## Streitbare Kinderwünsche?

### Betrachtungen zum demografischen Wandel im Anschluss an Hall und Gramsci



Welchen Nutzen hat der Bezug auf Marx, wenn man Strategien und Perspektiven für linke Politik im 21. Jahrhundert formulieren will? Um diese Frage zu diskutieren, muss man sich darüber verständigen, was diese Gesellschaft zu Beginn des 21. Jahrhunderts ausmacht und welche sozialen Auseinandersetzungen sie kennzeichnen.

Hegemonialen Diskursen zufolge ist eines der Phänomene, die in den nächsten Jahrzehnten in allen westlichen Industrieländern, insbesondere aber in Deutschland die Bedingungen gesellschaftlichen Handelns grundlegend verändern werden, eine niedrige Geburtenziffer und der (nicht nur) darauf zurückzuführende demografische Wandel. Das Ausmaß dieser Entwicklung und seine Bedeutung für gesellschaftliche Entwicklung werden oft dramatisch überhöht, etwa wenn vom „demogra-

fischen Fallbeil“ gesprochen wird, unter dem der Sozialstaat stehe<sup>55</sup>, vor der „Vergreisung“ der Gesellschaft gewarnt oder ein Bild gezeichnet wird, wonach ein zukünftiger Arbeitskräftemangel zur ökonomischen Talfahrt des Wirtschaftsstandorts Deutschland führt.

Solche Darstellungen dienen dazu, den Abbau kollektiver Sicherungssysteme und andere soziale Einschnitte zu legitimieren. So wird etwa die Diskussion um einen schrittweisen Übergang in eine kapitalgedeckte Rentenversicherung oft als notwendige Konsequenz aus der zu erwartenden Veränderung der altersmäßigen Zusammensetzung der deutschen Bevölkerung begründet. Aus der gleichen Logik heraus wird es als unumstößliche Wahrheit dargestellt, dass jene (wenigen) mit genügend Geld alle Möglichkeiten des medizinischen Fortschritts nutzen können, während allen anderen sparen müssten, damit sie im Alter versorgt sind.

Zugleich führt die permanente Wiederholung des Zusammenhangs zwischen sinkender Kinderzahl und sozialer und ökonomischer Unsicherheit zu einem verstärkten Interesse an spezifischen Formen, in denen Frauen gesellschaftlich benachteiligt werden: Da die „steigende Kinderlosigkeit als entscheidende Steuerungsgröße der Geburtenentwicklung“<sup>56</sup> wahrgenommen wird und diese bisher nahezu ausschließlich als Kinderlosigkeit von Frauen problematisiert wurde<sup>57</sup>, artikulieren nun fast alle gesellschaftlichen Kräfte ein ver-

---

<sup>55</sup> spw, Heft 3/2003, S. 23

<sup>56</sup> Rüdiger Peuckert: Familienformen im sozialen Wandel. Stuttgart 2004<sup>5</sup>, S. 146.

<sup>57</sup> Erste Studien widmen sich jetzt der männlichen Kinderlosigkeit. Vgl. ebenda.

stärktes Interesse an der Frage, warum Frauen auf Kinder verzichten.

Das rotgrüne Familienministerium wies ebenso wie konservative PolitikerInnen im Einklang mit der hegemonialen Familienwissenschaft oft darauf hin, dass für die überwiegende Mehrheit der Frauen Kinder zum persönlichen Lebensentwurf dazu gehören. Da sie aber zugleich nicht auf Karriere und Beruf verzichten wollen und auch nicht mehr sollen (schließlich werden sie als Arbeitskräfte gebraucht), besteht nun allseits Einigkeit, dass Möglichkeiten für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ausgebaut werden müssen.<sup>58</sup>

Kinderlosigkeit wird nicht mehr, wie lange Zeit üblich, als Ausdruck von Egoismus, Konsumorientierung und einem allgemeinen moralischen Verfall entziffert. Vielmehr wird nun die „strukturelle Rücksichtslosigkeit der Gesellschaft gegenüber Familien“ (Franz-Xaver Kaufmann) zum zentralen Begriff familienpolitischer Auseinandersetzungen; darin wird die „Frauenfrage als entscheidendes Moment der Transformation“ artikuliert (Kaufmann 1995: 157).

Auf diese Weise verschoben neoliberale und konservative Kräfte die Frage nach Geschlechterverhältnissen in den Mittelpunkt zukünftiger gesellschaftlicher Regulierung. Dabei werden vergangene gesellschaftliche Auseinandersetzungen, etwa Kämpfe gegen die Reduzierung weiblicher Handlungsfähigkeit auf die Hausfrauensphäre und individuelle Bedürfnisse nach abwechslungsreicher Lebensplanung, in demografische Diskurse ideologisch eingebunden.

Was wären angemessene Strategien, um in dieser Situation politisch handlungsfähig zu bleiben und die Frage nach einer selbstbestimmten individuellen Lebensweise mit gesellschaftlichen Perspektiven

---

<sup>58</sup> Vgl. exemplarisch: „Deutschland braucht mehr Kinder“. Frankfurter Rundschau vom 28.04.2004 Bei dem Text handelt es sich um die Präambel der Initiative „Allianz für Familie – Balance für Familie und Arbeitswelt“, die auf Initiative der ehemaligen Bundesfamilienministerin Renate Schmidt gegründet wurde und von der neuen Bundesregierung fortgesetzt werden wird.

zu verknüpfen, in denen allen Menschen ausreichende materielle und soziale Ressourcen zur Verfügung stehen, um ein würdevolles Leben zu leben?

Ich nähere mich dieser Frage, indem ich zunächst darstelle, wie sich Stuart Hall und Antonio Gramsci – an Marx anknüpfend – über die Wirkungsweise von Ideologie und ihre Bedeutung für die Stabilisierung und Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse äußern. Diese Herangehensweise an gesellschaftliche Auseinandersetzungen ermöglicht es, so etwas wie den „rationalen Kern“ (Hall) einiger demografischer und familienpolitischer Argumente herauszuarbeiten und hieran mit linker Politik konstruktiv anzuschließen. Dabei sind sowohl der Ruf nach einem stärkeren Ausbau von Kinderbetreuung als auch das Bestehen auf individuelle Selbstbestimmung zwar notwendige Forderungen, aber keinesfalls hinreichende Perspektiven, wenn die neoliberale Hegemonie weiter an Festigkeit verlieren soll.

### **Ideologie und Alltagsverstand in demografischen Diskursen**

Hall versteht unter Ideologie „mentale ... Rahmen – wie Sprachen, Konzepte, Kategorien, Denkbilder und Vorstellungssysteme –, die verschiedene Klassen und soziale Gruppen entwickeln, um der Funktionsweise der Gesellschaft einen Sinn zu geben, sie zu definieren, auszugestalten, verständlich zu machen“<sup>59</sup>. In diesem Sinne bezeichnet der Begriff Ideologie „alle organisierten Formen gesellschaftlichen Denkens“<sup>60</sup>.

Mit einem solchen Ideologiebegriff, der nach Hall den Analysen von Marx im- und explizit innewohnt, geht es bei Ideologiekritik nicht darum, ob herrschende Denkweisen, die der Aufrechterhaltung der herrschenden Ordnung dienen, eine falsche Darstellung von gesellschaftlichen Zusammenhängen repräsentieren und zu

---

<sup>59</sup> Stuart Hall: Ideologie und Ökonomie - Marxismus ohne Gewähr. In: Projekt Ideologietheorie (Hg.): Die Camera obscura der Ideologie. Philosophie - Ökonomie - Wissenschaft, Berlin 1984, S. 99.

<sup>60</sup> Ebenda, Hervorheb. im Original.

falschem Bewusstsein führen. Vielmehr zeigt Marx, so Hall, in der Auseinandersetzung mit bürgerlichen ökonomischen Theorien auf, dass diese nur einen Teil der Wirklichkeit abbilden und in diesem Sinne die Wirklichkeit „verzerren“. Marx arbeite heraus, dass man viele Aspekte von Wirklichkeit nicht sehen könne, wenn man sie *nur* mit Marktkategorien und -konzepten (ebd.: 111) beschreibt. Gleichwohl beschreiben solche Weltbilder eine Wirklichkeit, die real existiert. Wenn man von einer Falschheit sprechen will, die in herrschenden Denkweisen zu finden ist, dann nur in dem Sinne, dass sie Wirklichkeit inadäquat abbilden: Die vorgeschlagenen Kategorien und Begriffe werden kaum nützlich sein, die eigenen Lebensverhältnissen so abzubilden, dass die Übernahme dieser Denkweisen handlungsfähig macht und nützlich ist, um gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse in Frage zu stellen.

Betrachten wir unter dieser Perspektive einige Behauptungen der demografischen Debatte. Sicherlich ist es richtig, dass eine Gesellschaft, in der über ein Drittel der Menschen über 60 Jahre ist und nur 15 % unter 19 Jahren (Prognosen für das Jahr 2030<sup>61</sup>), vor anderen Aufgabe steht, wenn sie die Lebensqualität von alten Menschen sichern will, als dies in der Vergangenheit der Fall war, wo dieses Verhältnis von Alt und Jung anders herum war. Gleichwohl wird dieser Zusammenhang stark verkürzt, wenn im Umkehrschluss das Bild gezeichnet wird, nach dem staatliche Altersvorsorge dauerhaft gesichert wäre, wenn heute eine höhere Zahl an Kindern geboren würde, die morgen für mehr Beitragszahler Sorge. Diese Logik übersieht, dass die Beibehaltung der aktuellen Flexibilisierungs- und Deregulierungsstrategien dazu führen würde, dass nachgeborene Generationen in solchen Lohnformen tätig sein werden, in denen keine sozialversicherungspflichtigen Abgaben zu leisten sind.<sup>62</sup>

---

<sup>61</sup> Vgl. Rüdiger Peuckert, a. a. O., S. 356 f.

<sup>62</sup> Vgl. zum Phänomen der zunehmenden Prekarisierung: Klaus Dörre, Klaus Kraemer, Frederic Speidel: Prekäre Arbeit. Ursachen, soziale Auswirkungen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsver-

Eine andere wesentliche Linie in den demografischen Diskursen ist die Vorstellung, dass die heutige geringe Geburtenzahl in Jahrzehnten zu einem Mangel an geeigneten Arbeitskräften führe. Übersehen wird dabei, dass auch zukünftig mit einer permanent steigenden Arbeitsproduktivität zu rechnen ist, die diese Entwicklung (über-)kompensieren wird. Technologische Entwicklungen werden allerdings auch dazu führen, dass der ökonomische Bedarf an gut ausgebildeten Arbeitenden steigt. Zugleich hängt, dies zeigen u.a. die Ergebnisse der aktuellen PISA-Studie, in Deutschland nach wie vor die eigene Bildungsbiografie so stark wie in keinem anderen Industrieland von der sozialen Herkunft ab.

Wenn überhaupt, gilt erst vor diesem Hintergrund, dass die abnehmende Neigung hochqualifizierter Frauen, eigenen Nachwuchs aufzuziehen, eine der „Ursachen“ für einen Mangel an entsprechend lernfähigen Individuen darstellt. Ihrer eigenen Logik folgend, hätten demografische Diskussionen insofern schon lange darauf hinweisen müssen, dass eine Schlussfolgerung aus den Krisenszenarien im Hinblick auf Quantität und Qualität zukünftiger menschlicher Arbeitskraft darin liegen könnte, durch Bildungs- und andere Angebote die Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Partizipation und individuellen Weiterentwicklung für alle Menschen zu verbessern.

Auf diese Weise lassen sich die gesellschaftlichen Folgen, die in hegemonialen Ideologien an den Geburtenrückgang geknüpft werden, insofern zurückweisen, als die Zusammenhänge zwischen der Anzahl geborener Kinder und sozialen Umbrüchen, sofern sie bestehen, keine Naturtatsache, sondern auf politische Regulierung zurückzuführen sind. Dabei macht es Sinn, das Interesse an Fragen des demografischen Wandels zum Anlass zu nehmen, eigene gesellschaftliche Perspektiven zu entwickeln. Beispielsweise könnten wir ausgehend von der Frage, wie wir selber alt werden wollen, bestimmen, welche Arbeiten hierfür notwendigerweise



verrichtet werden müssen und wie wir diese – vor dem Hintergrund des gegenwärtigen technologischen Entwicklungsstands – gestalten und verteilen wollen.

Wenn linke Politik mit ihren Ideen hegemoniefähig sein will, geht es dabei nicht einfach darum, fertige Entwürfe auszuarbeiten, wie eine alternative gesamtgesellschaftliche Regulierung aussehen könnte. Vielmehr gilt es auch nachzuvollziehen, weshalb neoliberale Analysen der gegenwärtigen gesellschaftlichen Probleme oft eine breite Zustimmung erfahren.

Nach Hall hängt die gesellschaftliche Wirksamkeit von Ideologien davon ab, ob sie sich mit einer Reihe organisierter politischer Positionen und einer bestimmten Anordnung von sozialen Kräften artikulieren können.<sup>63</sup> Mit Gramsci lässt sich dies als Frage fassen, inwieweit es Ideologien gelingt, in ausgearbeiteten Analysen und politischen Konzeptionen sowohl Alltagserfahrungen der Einzelnen als auch Weltbilder und Strategien von sozialen Bewegungen bzw. bedeutenden gesellschaftlichen Gruppen aufzugreifen. Er spricht in den Gefängnisheften mehrfach davon, dass Intellektuelle „im Kontakt mit den Einfachen“ bleiben müssen. Philosophische Weltbilder können noch so elaboriert sein. Von ihrer gesellschaftlichen Hegemonie lässt sich nur dann sprechen, wenn sie auch im Alltagsverstand großer Massen eine Verankerung finden. Dies aber setzt voraus, dass die darin vorgeschlagenen Problembeschreibungen für konkrete Konflikte spontan Zustimmung finden und die Lösungsangebote für praktikabel gehalten werden.

Die aktuellen Diskurse um die demografische Entwicklung sind dadurch gekennzeichnet, dass sie sich oft auf einen Alltagsmoment bzw. –konflikt beziehen, der fast alle Menschen zumindest in bestimmten Phasen ihres Lebens beschäftigt: In der sogenannten Geburtenziffer, d.h. der Feststellung, dass Frauen zur Zeit in Deutschland im statistischen Durchschnitt 1,4 Kinder zur Welt bringen<sup>64</sup>, drückt sich

statistisch die je individuell getroffene Entscheidung von Frauen aus, ihr Leben mit oder ohne Kinder bzw. mit einer bestimmten Kinderzahl zu verbringen. Es gibt mittlerweile umfangreiche Literatur, die sich mit dieser Entscheidung näher beschäftigt, auf die weiter unten näher eingegangen wird. Aus ihr geht hervor, dass dies fast immer mit Konflikten und Widersprüchen verbunden ist, da sowohl das Leben mit Kindern als auch ohne einerseits persönliche Bereicherungen mit sich bringt, andererseits aber Verzicht auf bestimmte Lebensqualitäten beinhaltet. Um in politische Auseinandersetzungen in diesem Bereich emanzipatorisch einzugreifen, ist es wichtig darauf zu reagieren, wie diese individuellen Konflikte in den demografischen und familienpolitischen Diskursen aufgegriffen werden, und in welcher Form die gesellschaftlichen Widersprüche, die ihnen zugrunde liegen, dabei entnannt werden.

### Neue Lebens- und Arbeitsweisen

Die sinkende Geburtenrate ist nur *ein* Element umfassender Veränderungen von hegemonialen Lebensweisen, die in den letzten Jahrzehnten stattgefunden haben. In familienwissenschaftlicher (Populär) Literatur werden diese oft als „Pluralisierung von Lebensformen“<sup>65</sup> umschrieben. Der Begriff bringt richtigerweise zum Ausdruck, dass nicht mehr – wie in den 60er Jahren – *eine* Lebensform (die heterosexuelle Kleinfamilie) von nahezu *allen* Menschen für notwendig und erstrebenswert gehalten und real gelebt wurde, sondern es eine bestimmte Vielfalt an Normvorstellungen und Lebensentwürfen gibt.

Aktuell vorherrschend ist ein (von konservativer Seite zögerlich mitgetragener) grundsätzlicher Konsens darüber, dass diese neue Vielfalt als Realität anerkannt werden muss und die Gestaltung des persönlichen Familienzusammenhangs der individuellen Wahlfreiheit unterliegt. Uneinigkeit besteht darin, welchen Stellenwert die traditionelle Ehe in dieser Vielfalt zukünftig erhalten soll.

---

<sup>63</sup> Stuart Hall, a. a. O., S. 117.

<sup>64</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt: Bevölkerung Deutschlands bis 2050. 10. Koordinierte Be-

---

völkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2004.

<sup>65</sup> Z.B. Rüdiger Peuckert, a.a.O., 26ff.

Linke Aufmerksamkeit liegt in dieser Debatte oft auf der Frage, in welcher Weise – oft trotz gegensätzlicher Willensbekundung – eine Dominanz des alten Familienbilds in staatlicher Politik zur Benachteiligung von Frauen sowie zu Armut und Unfreiheit in allen anderen Lebensformen führt. Möglicherweise greift diese Kritik allerdings nicht tief genug in die gegenwärtigen Debatten ein. Schon Begriffe wie „Pluralisierung“ oder „Wahlfreiheit“ beschreiben zwar zweifellos Realität, verharmlosen aber zugleich den Umstand, dass neue Beziehungs- und Familienformen unter Bedingungen der verschärften ökonomischen Verwertung aller Lebensbereiche entwickelt werden müssen.

Gramsci geht davon aus, dass die durch die Arbeitenden getroffene Wahl von bestimmten Lebensweisen zentrales Moment der Durchsetzung neuer Produktionsformen ist. Er stellt im Zuge seiner Fordismusanalyse fest, dass ein „bestimmter Produktionstyp [...] um fortgeführt und weiterentwickelt zu werden, eine bestimmte Lebensweise und folglich bestimmte Verhaltensregeln“ verlange<sup>66</sup>. Wenn eine fortschreitende Rationalisierung der Arbeitsformen und –methoden durchgesetzt werden sollte, sei dafür die Entwicklung und Verallgemeinerung bestimmter Formen von Zusammenleben und Erziehung ebenso notwendig wie die Verallgemeinerung bestimmter Verhaltensnormen und alltäglicher Gewohnheiten. Im Prozess des Auftauchens solch neuer „Zivilisationstypen“ sind Dimensionen von Zwang/Gewalt und der Herstellung von gesellschaftlichem Konsens unauflösbar ineinander verwoben. Ihre Durchsetzung geschehe zunächst als „Mechanisierung“, d.h. „durch brutalen Zwang“. Für die „Anpassung an die neue Arbeit“ werde „ein Druck auf den gesamten gesellschaftlichen Zusammenhang“ ausgeübt<sup>67</sup>. Zugleich diskutiert er diese Anpassung als einen Prozess, der notwendigerweise eine selbsttätige Aktivität der Individuen darstellt. Eine neue Lebensweise oder eine „neue Zivilisati-

on“<sup>68</sup> könne nur von jenen gefunden werden, „deren Schicksal an die neuen Methoden gebunden ist“ und die die „materiellen Grundlagen dieser neuen Ordnung“ schaffen. Von den Arbeitenden selbst müsse ein neues „Lebenssystem“ (ebd.) gefunden werden, um eine freiheitliche Entwicklung für alle zu ermöglichen. Die kollektive Auseinandersetzung mit der beschriebenen Notwendigkeit, verallgemeinerbare Lebensweisen zu finden, betrachtet er als einen wesentlichen Ausgangspunkt emanzipatorischer Praxen.

Im Sinne Gramscis kann man die Zunahme von Lebensweisen, die nicht den alten Normen der heterosexuellen Kleinfamilie entsprechen, als Versuche entziffern, die Widersprüche zwischen den Anforderungen einer neoliberalen Ökonomie und stabilen Beziehungen, die nicht einfach der Logik der Effizienz und Leistung folgen, lebbar zu machen. Von allen Seiten wird dabei der Wert betont, den Familie auch in diesen umbrechenden Verhältnissen hat, sei es für die gesellschaftliche Produktion von Solidarität oder die individuell befriedigende Lebensgestaltung. Als Rückzugsraum wird Familie in einer Gesellschaft, die in allen Lebensbereichen zunehmend durch Konkurrenzverhältnisse geprägt ist, ideologisch überhöht, aber auch real gebraucht. Zugleich existiert in staatlicher Politik ebenso wie in Alltagskultur Zustimmung dazu, dass der Zwang zur Selbstvermarktung für niemanden mehr bei familiären Pflichten halt machen kann und soll.

In den neuen Diskursen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf bzw. zur „Work-Life-Balance“ wird den Einzelnen nahegelegt, dass es ihrer Lebensqualität dienlich ist, wenn sie beiden Lebensbereichen einen hohen Stellenwert einräumen. Die Lebbarmachung des Widerspruchs zwischen der hohen Kontinuität, die die Fürsorge für Kindern und Alten verlangt, und der Anforderung, beruflich vollkommen flexibel zu sein, wird dabei als individuell zu vollbringende Aufgabe artikuliert. Kinder, Familie und Karriere unter einen Hut zu bringen – natürlich gleichermaßen genussvoll und

---

<sup>66</sup> Antonio Gramsci : Gefängnishefte, H. 8, § 153, 1028.

<sup>67</sup> Ebenda, H. 22, § 9, 2082.

---

<sup>68</sup> Ebenda, H. 3, § 10, 340.

erfolgreich –, ist eine Frage des erfolgreichen Selbstmanagements, das ggf. in entsprechenden Kursen und Coachings gelernt werden kann.<sup>69</sup>

Die sinkenden Geburten verweisen darauf, dass diese Form, den gesellschaftlichen Widerspruch zwischen entgrenzter Profitlogik und menschlicher Reproduktion lebbar zu machen, von den Einzelnen zunehmend weniger als reizvoll und/oder machbar betrachtet wird. Massenhaft wird eine andere Form gewählt, mit der man hofft sicher zu stellen, dass man zwischen profitorientierten Leistungsanforderungen und der Sorge für andere nicht zerrieben wird, nämlich der Verzicht auf das, was gemeinhin mit der Gründung einer eigenen Familie assoziiert wird: die Geburt und das Aufziehen eigener Kinder.

Zwar wird das Leben unter der Bedingung der kontinuierlichen Selbstvermarktung dadurch nicht problemlos oder per se genussvoll gestaltbar. Auch die Organisation eines sozialen Netzes aus erwachsenen Personen, bei denen man sich aufgehoben fühlt und die bei der Wiederherstellung der eigenen Arbeits- bzw. Handlungsfähigkeit unterstützen, beinhaltet zeitliche Notwendigkeiten, für die das Dasein als SelbstunternehmerIn kaum ausreichend Platz lässt.

Der Verzicht auf Kinder und die mit ihnen verbundene Verantwortung stellt in diesen ökonomischen Verhältnissen allerdings eine konsequente Fortführung und Zuspitzung des neuen „Menschentypus“ (Gramsci) dar, dessen Herausbildung von Unternehmen und Politik kontinuierlich eingeklagt wird, damit Deutschland auch zukünftig an der Spitze der Weltwirtschaft stehe. Es entspricht der Logik der aktuellen kapitalistischen Verhältnissen, in denen das eigene materielle Wohlergehen in überspitzter Form an eine völlig entgrenzte Leistungsfähigkeit und –bereitschaft gebunden ist, auf alles zu verzichten, was nicht profitabel gestaltet werden kann oder dem Ringen um das eigene ökonomische

Überleben bzw. dem Erfolg notfalls untergeordnet werden kann. Die Sorge um Kinder gehört zweifellos dazu.

Die besorgten Debatten über den Geburtenrückgang und seine Ursachen lassen vermuten, dass diese Form der individuellen Verarbeitung der neuen kapitalistischen Verhältnisse offenbar sowohl aus Sicht des Staats als auch des Kapitals problematisch geworden ist. Bei den Auseinandersetzungen um die politischen Konsequenzen wird dabei häufig ohne nähere Erläuterung darauf verwiesen, dass Frauen und Männer eigentlich Kinder bzw. mehr Kinder wollen, aber durch die fehlenden Möglichkeiten zu Kinderbetreuung in Deutschland davon abgehalten würden. In der Folge der Geburt eigener Kinder würden Frauen oft in ihrer Berufstätigkeit behindert, was diese so nicht mehr akzeptierten. Deshalb müsse der Staat eingreifen und die Bedingungen verbessern, damit Frauen – wie in anderen Ländern auch – die Möglichkeit haben, ihre Vorstellungen von Lebensqualität mit Familie *und* Beruf selbstbestimmt zu verwirklichen.

Die Stärke dieser hegemonialen Diskurse liegt darin, dass sie nicht einfach auf einer Neuformulierung alter normativer Setzungen im Hinblick auf die Verbindung von Weiblichkeit und Mutterschaft beruhen. Stattdessen wiederholen sie häufig den Ruf nach Selbstbestimmung der Frauen und die individuelle Wahlfreiheit, die hinsichtlich der gelebten Familienform in unserer Gesellschaft besteht.

So können wir etwa bei Franz-Xaver Kaufmann studieren, wie die Sorge um die gegenwärtige Verfassung der Familie und ihre Zukunftsperspektiven problemlos mit der Ansicht verknüpft wird, dass eine Entscheidung für oder gegen Kinder für beide Geschlechter aus „höchstpersönlichen Bedürfnissen und Absichten“ getroffen werde, völlig unabhängig von demografischen Erwägungen.<sup>70</sup>

---

<sup>69</sup> Vgl. Iris Nowak: Von mutigen Männern und erfolgreichen Frauen - Work-Life-Balance in prekarierten Verhältnissen. In: Christina Kaindl (Hg.): Subjekte im Neoliberalismus. Kritische Wissenschaften Bd. 2, Marburg, 2006.

---

<sup>70</sup> Franz-Xaver Kaufmann: Zukunft der Familie im vereinten Deutschland. Gesellschaftliche und politische Bedingungen. München, 1995, S. 7.

Die Intention hinter seiner Analyse der gegenwärtigen Familie(npolitik) ist klar: Er sorgt sich um den Nachwuchsmangel, der bald zu einer Innovationsunfähigkeit von Gesellschaft führe<sup>71</sup> und darum, ob Familie zukünftig noch all ihre gesellschaftlichen „Funktionen der Reproduktion“ erfüllen könne. Aber er weist dabei zugleich den Gedanken zurück, man könne „in bloßen Nachwuchsquantitäten“ denken. Dies sei „brutalisierend“ und „irreführend“. Er stellt in den Mittelpunkt, dass Familie nicht etwas „Natürliches“ ist<sup>72</sup>, sondern „historisch wandelbar, kulturgeprägt, umweltabhängig und politikresistent“ sei. Hiervon ausgehend müssten die Auswirkungen von gesellschaftlicher Regulierung auf Familie herausgearbeitet werden, aber ohne den Gedanken, dass „das Verhalten von Familien direkt (zu) beeinflussen“ sei<sup>73</sup>. Familie bedürfe „Schutz“ und „Unterstützung“, dies wird häufig von ihm wiederholt; dabei müsse man der „unterschiedlichen Interessenslagen der jungen Frauen und Männer Rechnung ... tragen“<sup>74</sup>. Es dürfe keine „Fronten zwischen Vertretern eines traditionellen und eines fortschrittlichen Familienleitbilds“ geben.<sup>75</sup>

Kaufmann artikuliert sein Anliegen so, dass er Partei für alle ergreift, die sich durch gesellschaftliche Bedingungen in der Verwirklichung *ihrer* Vorstellung vom guten Leben eingeengt fühlen. Die Wahrnehmung, Familie sei schutz- und hilfebedürftig, ist nicht verbunden mit der normativen Setzung, dass alle in einer bestimmten Familienform leben müssten. Vielmehr verteidigt Kaufmann mit Familie den Raum, in dem alle Menschen in einer vom Rest der Gesellschaft abgetrennten Sphäre nach eigenen Vorstellungen leben können. Dass dies eine Förderung von Familie darstellen würde, folgt aus seiner (impliziten) Annahme, dass sich unter entsprechenden guten Bedingungen die Mehrheit der Menschen für ein Leben mit eigenen Kindern entscheiden würde.

---

<sup>71</sup> Ebenda, S. 6.

<sup>72</sup> Ebenda, S. 8.

<sup>73</sup> Ebenda, S. 9.

<sup>74</sup> Ebenda, S. 7.

<sup>75</sup> Ebenda, S. 2 f.

Zugleich geht er in seinem Vorhaben von einer Anordnung aus, die die Einzelnen bei Gestaltung von gesellschaftlichen Bedingungen, innerhalb der sie die Entscheidungen treffen, als relativ handlungsunfähig wahrnimmt. Kaufmanns Frage gilt der „Wirksamkeit“ gesamtgesellschaftlicher Merkmale *auf* die Bedingungen für Familien. Schutz und Unterstützung, die notwendig wären für das Verwirklichen individueller Lebenspläne, können allein von staatlichen Institutionen gewährt werden. Die Einzelnen gestalten zwar ihr Leben in Familie oder auch ohne Familiengründung eigenverantwortlich und autonom, erscheinen darüber hinaus aber unbeteiligt an der Herstellung von Alltagskultur und Praxisverhältnissen, innerhalb derer sie ihre Entscheidungen treffen.

Die von ihm vorgeschlagenen politischen Strategien entsprechen den Konzepten, die heute von allen gesellschaftlichen Kräften propagiert bzw. umgesetzt werden: von der Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, der Beseitigung der Benachteiligung von Kindererziehungszeiten im Rentensystem bis hin zur Schaffung von ganztägiger Kinderbetreuung.

Die Kritik an diesen hegemonialen Formen der frauenorientierten Familienpolitik argumentiert oft dahingehend, dass diese zwar einen allgemeinen Anspruch der Frauen auf Vereinbarkeit von Familie und Beruf artikulieren; sie zielen real aber auf Hochqualifizierte, die ihr Glück nicht zuletzt durch die Anstellung von Hausangestellten oder die Zuzahlung zu Kinderbetreuungsmöglichkeiten erfolgreich managen können. Insofern ist sie ein elitäres Projekt. Dort, wo kein ökonomisches Interesse an der Arbeitskraft der Frauen besteht, ist die Qualität von Frauen- und Familienleben offenbar politisch bedeutungslos geworden, was sich exemplarisch an den Folgen der Hartz-Gesetze ablesen lässt.<sup>76</sup>

---

<sup>76</sup> Zu aktuellen Angaben zur Kinder- und Familienarmut durch Hartz IV vgl. Paritätischer Wohlfahrtsverband, 2005: Zu wenig für zu viele. Kinder und Hartz IV. Eine erste Bilanz der Auswirkungen des SGB II. zit. n. <http://www.paritaet.org>. Zu Hartz IV und Geschlechterverhältnissen vgl. Ulla Knapp 2004:

Die Ideologie vom Kinderwunsch, der bei der Mehrheit der Frauen vorhanden sei, aber durch Politik verhindert würde, wird in feministischer und linker Kritik in unterschiedlicher Weise aufgegriffen. Entweder wird sich eher konstruktiv auf sie bezogen, um auf ihrer Grundlage den stärkeren Ausbau von öffentlicher Kinderbetreuung für alle Kinder und sozialen Einrichtungen einzufordern. Ebenso wird hieraus die Notwendigkeit von ausreichenden gut bezahlten und sicheren Arbeitsplätzen gefolgert, die für Menschen mit Familienpflichten geeignet sind. Oder der Widerstand richtet sich gegen die Selbstverständlichkeit, in der – letztlich auch bei Kaufmann – davon ausgegangen wird, dass ein erfülltes Leben nur mit Kindern zu verwirklichen sei. Einem solchen Weltbild wird entgegengehalten, dass es keinesfalls ein natürliches Bedürfnis nach Kindern gäbe und Menschen auch ohne sie glücklich sein könnten. Insbesondere für Frauen wird dies als Widerstand gegen das alte patriarchale Frauenbild artikuliert.

Beide Standpunkte verwenden wenig Aufmerksamkeit darauf, wie individuelle Lebensplanungen und Kinderwünsche zustande kommen und wie sie mit Fragen nach gesellschaftlichen Zukunftsperspektiven artikuliert werden. Auf diese Weise geht die Perspektive Gramscis verloren, in der beim Ausloten politischer Möglichkeiten Menschen als handelnde Individuen wahrgenommen werden, die sich in die neuen Verhältnisse selbsttätig einarbeiten und ihnen einen spezifischen Sinn geben. Aus dem Blick fällt damit auch, dass die Art und Weise, wie sie dabei selbst „reproduktive Kulturen“ ausbilden (BzgA 2002), möglicherweise in widersprüchlichem Verhältnis zu Zielsetzungen linker Bewegungen steht. Dies ist insofern problematisch, als damit keine Diskussion darüber stattfinden kann, wie – auch ursprünglich widerständige – Strategien und Lebensweisen von Frauen in neoliberalen Weltbildern aufgehen konnten und welche Konsequenzen hieraus heute zu ziehen wären, um emanzipatorische gesellschaft-

---

Die neuen Gesetze am Arbeitsmarkt aus frauenpolitischer Sicht.  
[http://www.hwp-hamburg.de/fach/fg\\_vwl/DP\\_VWL/dp\\_vwl.htm](http://www.hwp-hamburg.de/fach/fg_vwl/DP_VWL/dp_vwl.htm)].

liche Perspektiven zu entwickeln und zu stärken.

### **Traditionelle Alltagskultur zwischen Widerstand und Anpassung**

Kinderlosigkeit als Widerstand gegen patriarchale Normsetzungen aufzufassen, hat in der westdeutschen Frauenbewegung Tradition. U. a. drückt sich dies ab den 80er Jahren in zahlreichen Veröffentlichungen aus, die Titel tragen wie „Frauen ohne Kinder – Motive, Konflikte, Argumente“<sup>77</sup>, „Frauen, die keine Kinder wünschen. Eine liebevolle Annäherung an die Kinderlosigkeit“<sup>78</sup>, „Lebensplanung ohne Kinder – Perspektiven eines bewussten Verzichts“<sup>79</sup>, „Goodbye, Baby: Glücklich ohne Kinder“<sup>80</sup>, oder „7 Gründe, keine Kinder zu kriegen“<sup>81</sup>. Zwischen (auto-)biografischer Reflexion und wissenschaftlicher (und z. T. historischer) Aufarbeitung werden in diesen Publikationen unterschiedliche Gründe vorgeführt, die Frauen veranlassen, keine Kinder zu bekommen. Gemeinsam ist ihnen die Einnahme eines Standpunkts, in dem sie um die Bewertung (weiblicher) Kinderlosigkeit als normale Existenzmöglichkeit ringen.

Die Herausbildung einer Kultur, in der Kinderlosigkeit als Widerstand begriffen wurde bzw. wird, ist vermutlich als spezifische Reaktion auf westdeutsche Entwicklungen nachzuvollziehen: Westdeutschland war historisch in seinen sozialstaatlichen Strukturen durch spezifische Vorstellungen von einer sehr engen Verknüpfung von Weiblichkeit und Mütterlichkeit geprägt. Hiermit korrespondierend sahen auch ideale Vorstellungen von Kindererziehung, die auch im Alltagsverstand der Frauen selbst verankert waren und sind, eine zeitintensive Sorge für (Klein)Kinder als einzig pädagogisch richtige Form der Kinderbetreuung vor.

---

<sup>77</sup> Dorothee Schmitz-Köster: Frauen ohne Kinder. Motive, Konflikte, Argumente. Hamburg, 1987.

<sup>78</sup> Barbara Neuwirth, Wien 1988.

<sup>79</sup> Lindy Ziebell, Christiane Schmerl, Hannelore Queisser, Frankfurt am Main 1992.

<sup>80</sup> Shirley Seul, München, 2003.

<sup>81</sup> Regine Schneider, München 2003.

Die Autorinnen richten sich oft gegen neue Mütterlichkeitsdiskurse, mit denen konservative Kräfte ab den 80er Jahren diese alten Bilder erneut anrufen, um auf die Herausforderungen der Frauenbewegung zu reagieren. Zahlreich berichten sie von Alltagserfahrungen, in denen kinderlose Frauen von anderen gemieden oder abgewertet werden. Die Menge dieser Bücher lässt vermuten, dass diese Lebensweise immer wieder Selbstvergewisserung nötig macht(e), um innere Zweifel und äußere Anfeindungen standzuhalten.

Dabei lässt sich an etlichen Stellen aufzeigen, dass mit diesen als Widerstand artikulierten Haltungen zugleich einem Welt- und Menschenbild Vorschub geleistet wird, das problemlos in den Anforderungen der Selbstökonomisierung auch von Frauen aufgehen kann: Konkret, wenn es etwa um ein „ungebundenes Leben“ geht, das nicht aufgegeben werden will<sup>82</sup> oder wenn man weiterhin nicht darin behindert werden möchte, Selbstbewusstsein und Genuss aus dem Beruf zu ziehen<sup>83</sup>. Insgesamt wird das zielstrebige Verfolgen des eigenen individuellen Wegs unabhängig von allen vorherrschenden Normen als Lösung präsentiert. Zugleich wird schon auf die Frage verzichtet, ob Möglichkeiten bestehen würden, kollektiv mit anderen in die eigenen Lebensbedingungen so verändernd einzugreifen, dass die ersehnten Lebensqualitäten auch mit Kindern zu befriedigen wären.

Hanna Behrend schlägt vor, den Standpunkt der Erfahrungen von Frauen in der DDR einzunehmen, um eine Perspektive zu entwickeln, von dem aus die Wahrnehmung von Kinderlosigkeit als widerständiger Lebensweise in ihrer Verkürzung vorgeführt werden kann.<sup>84</sup> Sie schildert,

---

<sup>82</sup> Dorothee Schmitz-Köster, a. a. O., 78 ff.

<sup>83</sup> Ebenda, S. 72 f.

<sup>84</sup> Kinderlosigkeit von Frauen war bisher vor allem ein westdeutsches Phänomen, wenngleich die Zahl der dauerhaft Kinderlosen auch in den neuen Bundesländern zunimmt. Im Westen beträgt der Anteil der kinderlosen Frauen beim Geburtenjahrgang 1965 31 %, in den Grosstädten und bei Akademikerinnen fast 40 %. In den neuen Bundesländern liegt der Gesamtanteil bei 26 %. In der Literatur wird oft mittelfristig von einer Angleichung an das

wie absurd den Ostfrauen in Begegnungen nach der Wende das Weltbild der Westfrauen erschien, in dem ihre eigene unhinterfragt gelebte Mutterschaft als „gedankenlose Anpassung der Ostfrauen an die demografischen Bedürfnisse der damals Herrschenden“<sup>85</sup> betrachtet wurde. Für sie stellt sich die – auch von ihr persönlich gelebte – selbstverständliche Geburt eines eigenen Kindes als eine Konsequenz daraus dar, dass diese eben nicht wie in Westdeutschland zu einer grundlegenden Lebensumstellung geführt habe. Vielmehr konnten Frauen an allen gesellschaftlichen Bereichen weiterhin partizipieren und sich *zusätzlich* für die Erfahrung als erziehende Mutter entscheiden.

Die Kritik an der Verortung von Familie in den Herrschaftsverhältnissen der DDR, die ab der Wende begann, analysierte die dortigen familiären Praxen vielfach undifferenziert „als soziales Konstrukt eines totalitären Polizeistaates“<sup>86</sup>. Damit wurde – z. T. auch von Feministinnen – Möglichkeiten verschenkt, sich mit Erfahrungen auseinander zu setzen, in denen andere gesellschaftliche Strukturen offenbar dazu führten, dass Frauen die Geburt von Kindern nicht als (potentielle) Einschränkung ihrer persönlichen Freiheit betrachteten.

Irene Dölling hält allerdings die Frage für angemessen, inwieweit gerade auch Ost-Frauen „biografisches Gepäck“ mit sich herumtragen, das eher auf eine Anpassung an neoliberale Verhältnisse als auf deren „Irritation“ hinausläuft.<sup>87</sup> So sei bei Ostfrauen und –männern zwar die Ansicht eine Selbstverständlichkeit, dass der Staat gute Bedingungen für Kinderbetreuung zu schaffen habe, was einen möglichen Wi-

---

Westniveau ausgegangen, z.B. Peuckert 2004, 147.

Hanna Behrend: Vater-Mutter-Kind(er)-Familie: überholtes Konstrukt oder gesellschaftliche Option (Essay). In: Eva Schäfer, Ina Dietzsch, Petra Drauschke, Iris Peinl, Virginia Penrose, Sylka Scholz, Susanne Völker (Hrsg.): Irritation Ostdeutschland. Geschlechterverhältnisse seit der Wende, Münster 2005, S. 212.

<sup>86</sup> Ebenda, S. 215.

<sup>87</sup> Irene Dölling: Ostdeutsche Geschlechterarrangements in Zeiten des neoliberalen Gesellschaftsumbaus. In: Ebenda, S. 28 f.

derstandsposten gegen Sozialabbau in diesem Bereich darstellt. Diese Auffassung gehe aber mit einer Haltung einher, in der „es jenseits sozialpolitischer Maßnahmen ... die Sache und `Pflicht` der Einzelnen, in Sonderheit der Frauen sei, für eine reibungslose Vereinbarung“<sup>88</sup> von Familie und Beruf zu sorgen. Zugleich wirkt im Bereich der Erwerbstätigkeit die Erfahrung mit den flachen Geschlechterhierarchien innerhalb von Betrieben heute dahingehend nach, dass die Frage nach beruflichem Aufstieg als etwas wahrgenommen werde, das allein von der Leistung abhängt. Entsprechende Wahrnehmungsmuster erweisen sich dann möglicherweise „durchaus als `passend` zu der `postfordistischen` Orientierung auf den/die Einzelne/n und seine/ihre instrumentell zu nutzendes [...] `Humankapital`“<sup>89</sup>.

### **Schlussbetrachtung**

Gegenwärtige Lebensentwürfe sind als Suchprozesse zu entziffern, neue Anforderungen lebbar zu machen, denen sich die Einzelnen bei der Suche nach einer sinnvollen Beteiligung an Gesellschaft gegenüber sehen. Dabei können wir davon ausgehen, dass die Wahrnehmung von Kinderlosigkeit als Emanzipation und Befreiung in den Einzelnen nach wie vor wirksam ist. Sie korrespondiert mit den aktuellen gesellschaftlichen Verhältnissen, in denen real gelebte Mutterschaft nach wie vor mit der Bedrohung durch Armut und/oder gesellschaftliche Isolierung verbunden ist und soziale Bewegungen nur geringe Auswirkungen auf die Alltagsbewältigung haben. Es gilt, alle Lebensweisen darauf hin zu problematisieren, wie sich die Einzelnen die herrschenden Anforderungen zu eigen machen und es tatsächlich weitgehend als private Frage auffassen, wie sie innerhalb dieser gesellschaftlichen Verhältnisse Lebensqualität verwirklichen können, die sich nicht den Maximen des Markterfolgs unterwirft. Linke Bewegung in diesem Feld erfordert Räume, in denen wir uns kollektiv mit den eigenen Lebensentwürfen und vielleicht

ihrer notwendigen Neuformulierung auseinandersetzen. Den widersprüchlichen Verortungen von individuellen Lebensentwürfen innerhalb der Stabilisierung von Herrschaft werden wir dabei nicht gerecht, wenn wir einfach staatliche Kinderbetreuung einfordern oder auf ein Recht auf kinderloses Leben bestehen. Stattdessen bedarf es der Auseinandersetzung damit, dass sowohl von unten wachsende soziale Bewegungen als auch individuell entwickelte Lebenskulturen mit neoliberalen Weltbildern kompatibel sind. Erst auf dieser Basis können wir fragen, wo im Alltag Widerstandsposten gegen die Verknüpfung von Fraueninteressen mit marktorientierten Regulierungsformen zu finden wären. Eine partielle Übereinstimmung von herrschenden Ideologien mit Inhalten und Forderungen von sozialen Bewegungen sollte dabei nicht einfach als Ergebnis einer Vereinnahmung gedacht werden, die von oben nach unten strategisch durchgesetzt wird. Vielmehr müssen wir nachvollziehen, inwieweit Standpunkte, die in vergangenen sozialen Verhältnissen Widerstand gegen Herrschaftsverhältnisse darstellten, sich im Zuge der gesellschaftlichen Umbrüche in ihr Gegenteil verkehren können und die Hegemonie eines neoliberalen Projektes zwischenzeitlich eher gestützt als gebremst haben.

---

<sup>88</sup> Ebenda, S. 30.

<sup>89</sup> Ebenda.

## Weltmarkt, Weltsystem und die Analyse der Welt des 21. Jahrhunderts



Die Herrschenden und ihre Regierer glaubten, dass mit dem Dahinscheiden des Realsozialismus, oder genauer: des kommunistischen Herrschaftssystems<sup>90</sup>,

---

<sup>90</sup> Der Begriff „kommunistisch“ wird hier ausschließlich bezogen auf die Gesellschaftskonzeption und daraus hergeleitet das Herrschaftssystem, also typologisch verwandt. Ich folge hier der theoretischen Unterscheidung von Sozialismus und Kommunismus, wie sie Peter Ruben vor dem Hintergrund der europäischen Geistesgeschichte entwickelt hat. Danach ist *Kommunismus* die Herstellung einer *Gemeinschaftsordnung*, die auf dem Prinzip der Abschaffung des persönlichen Produktivvermögens bzw. Eigentums beruht, *Sozialismus* dagegen eine *Gesellschaftsordnung*, die die Institutionen der Gesellschaft nicht abzuschaffen, sondern zu nutzen trachtet, um sie den Interessen der Mehrheit, die nicht über großes Kapitaleigentum verfügt, nutzbar zu machen. Siehe: Peter Ruben: Die kommunistische Antwort auf die soziale Frage. In: Berliner Debatte Initial, Heft 1/1998, S. 5 ff.; Ders.:

auch Marx historisch, politisch und theoretisch erledigt sei. Es war in der Tat geistes- und politikgeschichtlich aus dem theoretischen Gebäude von Marx der „Marxismus“, aus diesem der „Leninismus“ und schließlich die stalinistische Variante der kommunistischen Ideologie hervorgegangen. So hat Stalin mit Lenin, hat dieser mit der alten Sozialdemokratie von Bebel und Engels und haben diese mit Marx zu tun.<sup>91</sup> Im Rückschluss schien dann mit dem kommunistischen Herrschaftssystem auch Marx erledigt. Ein ehemaliger Opel-Arbeiter und nachmaliger CDU-Bundesminister tirilierte damals, Marx sei tot und Jesus lebe. Heute verbreitet sich die Gewissheit, dass beide leben und in vielem durchaus zusammenpassen. Bereits in den 1990er Jahren wurde bald klar, dass man Marx braucht, um die heutige „schöne neue Welt“ des Kapitalismus zu analysieren.

### Neue Erscheinungen und alte Probleme

Globalisierung, Kapitalakkumulation, Expansion und Militarisierung der internationalen Politik am Beginn des 21. Jahrhunderts sind eng miteinander verbunden, sozusagen verschiedene Seiten eines ganzheitlichen Prozesses. Insofern ist zunächst nach dieser Ganzheitlichkeit und ihrer aktuellen Qualität zu fragen.

Viele Analytiker betonen, dass die Globalisierung, mit der wir es gegenwärtig zu tun haben, etwas historisch Neues sei. Gewiss, in vieler Hinsicht erscheint das so:

---

Grenzen der Gemeinschaft? In: Berliner Debatte Initial, Heft 1/2002, S. 37ff.

<sup>91</sup> Vgl. Helmut Fleischer: Epochenphänomen Marxismus. Frankfurt a. M.: Materialis-Verlag 1993; Wolfgang Ruge: Stalinismus – eine Sackgasse im Labyrinth der Geschichte. Berlin: Deutscher Verlag der Wissenschaften 1991.



Grundlage sind neue Produktivkräfte, die auf neuen Technologien beruhen, wie Computer-Technik, Datenfernübertragung und Internet. Zugleich entstanden auch neue Produktionsverhältnisse, die vor allem mit der neu entstandenen Finanzsphäre verbunden sind. Seit den 1990er Jahren wurde der „Shareholder-Value“ zum Maßstab des Wirtschaftens gemacht, ein Primat von Börsenkursen und Gewinnerwartungen durchgesetzt. So sammeln beispielsweise „Private-Equity“-Firmen bei potenten Anlegern Kapital und investieren diese Mittel, aufgestockt durch Bankkredite, in Unternehmen oder in deren Aufkauf. Den Anlegern werden Renditen von zwanzig Prozent und mehr zugesagt. Die übernommenen Unternehmen müssen diese erwirtschaften und zugleich die Bankschulden bedienen und tilgen. Die Folge sind in der Regel Massenentlassungen, die Schließung von „unrentablen“ Betriebsteilen, oft der Bankrott des ganzen Unternehmens, nachdem diese Anleger es ausgesaugt und anschließend fallen gelassen haben.

Die Praxis der Übernahmen wird fortgesetzt; es entstehen immer größere Firmen, die global agieren, wie in der Auto-Industrie etwa Daimler-Chrysler. Die Flugzeugbranche des Westens wird von Boeing und Airbus beherrscht, die jeweils die Unterstützung der US-Regierung bzw. der EU haben und vor der WTO gegeneinander prozessieren. Die Großfirmen wollen eine immer ausgeprägtere langfristige Planungs- und Ertragssicherheit, die auch durch die internationale Politik gewährleistet werden soll, während die in der Finanzsphäre sich abspielenden Prozesse eher die Anarchie kapitalistischen Wirtschaftens verstärken, auf die bekanntlich bereits Marx verwiesen hatte. Der Widerstreit beider Tendenzen bewirkt immer wieder neue Turbulenzen, die aus der Wirtschaft kommend in die anderen Bereiche der Gesellschaft hineinwirken.

Betrachtet man diese Entwicklungen mit politisch-ökonomischem Blick, so zeigte sich in der kapitalistischen Weltwirtschaft nach 1945 ein sichtbarer Aufschwung, der bis Mitte der 1960er Jahre reichte. Dann folgte eine Krise, die von einer langen Phase der Stagnation abgelöst wird, die von 1973 bis 1993 datiert wird. Als Grund

wird hier eine weltweite Überproduktion des verarbeitenden Gewerbes angegeben. Es folgte die Spekulationsblase der 1990er Jahre, die jene „New Economy“ hervorbrachte, die dann mit großem Krach zusammenbrach. Die nun zu verzeichnende Dominanz der Finanzmärkte löst diese Krise nicht, sondern verschärft sie weiter. Das tut auch die weltweit gemachte Politik, die den Forderungen des Neoliberalismus folgt.<sup>92</sup>

Ein Ergebnis dieser Entwicklungen jedoch ist von bisher bleibender Bedeutung: Das ist eine weltweit einzigartige Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums und damit verbunden eine Stärkung der Macht des Finanzkapitals. Dabei spielten die öffentlichen Schulden eine zentrale Rolle; Reagan ließ sie in den USA absichtlich machen, um den Einfluss des Finanzkapitals auf die Politik zu erhöhen und den Monetarismus durchzusetzen. Die Inflation sollte niedrig bleiben, die Arbeitslosigkeit sollte steigen und die Löhne sollten gesenkt werden, um damit die Gewerkschaften mit Erfolg zu bekämpfen. Betrachtet man die Welt des Neoliberalismus in den Ländern des Nordens bzw. Westens, so ist dies in erheblichem Maße gelungen (wenngleich die Gewerkschaften und sozialen Bewegungen vor allem im kontinentalen Europa weiter Widerstand leisten). Vor diesem Hintergrund hatte es denn auch seine Logik, dass der Demokrat Clinton die öffentliche Verschuldung in den USA deutlich zu reduzieren bemüht war, um die Spielräume der Politik wieder zu vergrößern, während der Republikaner Bush II durch drastisch gestiegene Militärausgaben und Steuersenkungen für die Reichen die Verschuldungssituation der USA wiederherstellte.

Auch in Bezug auf die Behandlung der meisten Länder Lateinamerikas, Afrikas und Asiens waren und sind die Schulden ein wichtiger Hebel, um die Naturressourcen und wichtige Produktionszweige (wieder) in den Besitz der großen Firmen des Westens zu bringen, ihnen die Märkte zu öffnen und die Sozialausgaben in den

---

<sup>92</sup> Vgl. Robert Brenner: Boom & Bubble. Die USA in der Weltwirtschaft. Hamburg: VSA-Verlag 2003.

Ländern zu reduzieren. Welthandelsorganisation (WTO), Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IMF) sind die Agenturen, dies durchzusetzen. Schulden im Westen waren übrigens auch ein wichtiges Moment des Scheiterns des osteuropäischen Staatssozialismus: Die Führungen hatten geglaubt, die inneren Leistungsdefizite der Länder durch Kreditaufnahmen im Westen kompensieren zu können. Die Kredite wurden in den 1970er Jahren vergleichsweise billig angeboten, verteuerten sich dann aber bald, und die Regierungen der Länder konnten diese Prozesse nicht mehr beherrschen. Die Krise des Staatssozialismus, die ihre Ursachen im Innern hatte, verstärkte sich jedoch auf diese Weise und mündete in das Scheitern jenes Systems.

Das Ende des osteuropäischen Staatssozialismus war der folgenreichste historische Einschnitt am Ende des 20. Jahrhunderts. Damit war der Kapitalismus weltweit das nahezu einzige Wirtschaftssystem, wurde er tatsächlich globalisiert. In den 1990er Jahren wurde etwas „Globalisierung“ geheißen, das bereits Marx und Engels im „Manifest“ wie folgt beschrieben hatten: „Die Bourgeoisie reißt durch die rasche Verbesserung aller Produktionsinstrumente, durch die unendlich erleichterten Kommunikationen alle, auch die barbarischsten Nationen in die Zivilisation. Die wohlfeilen Preise ihrer Waren sind die schwere Artillerie, mit der sie die chinesischen Mauern in den Grund schießt, mit der sie den hartnäckigsten Fremdenhass der Barbaren zur Kapitulation zwingt. Sie zwingt alle Nationen, die Produktionsweise der Bourgeoisie sich anzueignen, wenn sie nicht zugrunde gehen wollen; sie zwingt sie, die sogenannte Zivilisation bei sich selbst einzuführen, d.h. Bourgeois zu werden. Mit einem Wort, sie schafft sich eine Welt nach ihrem eigenen Bilde.“<sup>93</sup>

In vielen Feuilleton-Beiträgen auch bürgerlicher Zeitungen in Deutschland wurde im Jahre 1998, im 150. Jahr nach dem Erscheinen des „Manifestes“, genau dieses

Zitat verwendet. Das war wohl Ausdruck des Gefühls dafür, dass die Bourgeoisie weltweit jetzt genau das tut, was die beiden damals geschrieben hatten. Bei aller Würdigung des Kommunistischen Manifests gilt, was Franz Mehring bereits vor fast einem Jahrhundert betont hatte: „In mancher Beziehung hat sich die geschichtliche Entwicklung anders, und vor allem hat sie sich viel langsamer vollzogen, als seine Verfasser (des Kommunistischen Manifests – E.C.) annahmen.“<sup>94</sup> Das ist heute positiv zu wenden und nach der Aktualität von Marx zu fragen. Insofern ist erneute Kapitalismus-Analyse, die befreit ist vom Prokrustesbett der Ideologie-Produktion für eine kommunistische Staatspartei, eine zugleich intellektuell höchst anspruchsvolle Herausforderung. Darauf allerdings hatte der Berliner Philosoph Peter Ruben bereits Anfang der 1990er Jahre verwiesen: Es „ist zum ersten Male in der Geschichte das weitere Schicksal des Marxismus in die Kompetenz von Personen gelegt, die sich für ihn nicht interessieren, um einer Partei eine geistig vereinende Auffassung des Sinns ihrer Strategie und Taktik zu liefern, sondern um die Struktur und Entwicklung der Gesellschaft zu verstehen, in der sie leben.“<sup>95</sup> Genau deshalb habe ich auch gern der Beteiligung an dieser Konferenz zugestimmt.

### **Neuer Drang des Kapitals**

Der schon von Marx und Engels beschriebene Kapitalismus brauchte und braucht nicht nur Märkte und Waren, die auf den Märkten verkauft werden, sondern auch Arbeitskraft, also Menschen, die geködert oder gezwungen werden, die Waren zu produzieren, die zu einem Preis verkauft werden, der höher liegt, als die Kosten des Verkäufers. Das so konstituierte Profitprinzip brachte von Anfang an auch die soziale Frage des Kapitalismus hervor, nämlich die nach dem menschenwürdigen Leben

---

<sup>93</sup> Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, in: Dies.: Werke, Band 4, Berlin: Dietz Verlag 1971, S. 466.

---

<sup>94</sup> Franz Mehring: Karl Marx. Geschichte seines Lebens, Berlin: Dietz Verlag 1974, S. 157.

<sup>95</sup> Peter Ruben: In der Krise des Marxismus. Versuch einer Besinnung, in: Berliner Debatte Initial, Heft 3/1993, S. 75.

und den Lebensbedingungen jener, die diese Waren produzieren.

Die auf Marx zurückgehende kommunistische Bewegung zielte auf die Errichtung einer anderen Gesellschaft, die nicht-kapitalistisch produziert und die soziale Frage löst. Verstärkt durch das Elend und die Verbrechen, die die alten herrschenden Klassen im ersten und zweiten Weltkrieg begangen hatten, gelang es den Kommunistischen Parteien in einer Reihe europäischer Länder ab 1917 bzw. 1944, die Macht zu übernehmen und eine solche Gesellschaft zu proklamieren. Sie vermochten es jedoch nicht, aus der Logik des kapitalistischen Weltsystems auszutreten.<sup>96</sup> Ihre Macht im Innern konnte nicht demokratisch legitimiert werden, so dass ihre Herrschaft von eigenen Verbrechen geprägt blieb. Statt dass eine ausbeutungsfreie Gesellschaft entstand, hatte sich mit der Partei-Nomenklatura eine neue herrschende Klasse ausgebildet. Nach außen verloren die staatssozialistischen Länder den wirtschaftlichen Wettbewerb mit dem Westen, dessen Bedingungen durch das bewusst herbeigeführte Wettrüsten für den Osten zusätzlich erschwert worden waren. Ende der 1980er/Anfang der 1990er Jahre verzichtete die kommunistische Nomenklatura in den osteuropäischen staatssozialistischen Ländern auf weitere staatssozialistische Versuche, übergab die Macht gewählten Regierungen und versuchte vielerorts selbst, am erfolgreichsten wohl in Russland und anderen ehemaligen Sowjetrepubliken, „Bourgeois“, d.h. Kapitaleigentümer zu werden.

Dieser weltgeschichtliche Vorgang hatte zwei weitreichende Folgen. Die eine war, dass im Sinne der neoliberalen Ideologie und Politik alle Zugeständnisse, die aus Furcht vor weiteren kommunistischen Versuchen sowie im Gefolge von Kompromissen zwischen den Unternehmern und den starken Organisationen der Arbeiterschaft in Westeuropa und z. T. darüber hinaus gemacht wurden, rückgängig gemacht werden sollen: Abbau sozialer

Rechte der Arbeiter und anderen abhängig Beschäftigten und sozialer Sicherungssysteme, Senkung der Arbeitseinkommen im Vergleich zu Einkommen aus Aktienbesitz bzw. kapitalistischem Eigentum überhaupt, Demontage der öffentlichen Daseinsvorsorge und Privatisierung von deren Einrichtungen – all dies ist zielstrebig auf die Tagesordnung gesetzt und betrieben worden, ist „Klassenkampf von oben“.

Zum Kapitalismus gehört, „dass viele Vorgänge, die vorher anders als über einen Markt gesteuert wurden, den Charakter von Waren erhielten – nicht nur Tauschgeschäfte, sondern auch Produktions-, Verteilungs- und Investitionsvorgänge. Seit dies einmal angefangen hat, versuchen Kapitalisten, in dem Bestreben, mehr und mehr Kapital zu akkumulieren, immer mehr soziale Vorgänge des wirtschaftlichen Lebens zur Ware zu machen. Und da Kapitalismus ein Prozess ist, der sich nur nach eigenen Bedürfnissen richtet, ergibt sich, dass kein sozialer Vorgang von einer möglichen Vereinnahmung wirklich ausgeschlossen ist.“ Die historische Entwicklung des Kapitalismus beinhaltet den Drang, „alle Dinge in Waren zu verwandeln“.<sup>97</sup> Dieser Drang hat nach dem Ende des Staatssozialismus einen wesentlichen Sprung gemacht: Nicht nur die ehemals kommunistischen Staaten stehen ihm offen, alle Regionen der Welt und auch die innersten Winkel der Gesellschaften sehen sich ihm ausgesetzt.

Hier ordnen sich die neoliberalen Planungen ein, nach dem Scheitern des Internationalen Investitionsschutzabkommens (MAI) über die Welthandelsorganisation (WTO) das sogenannte GATS-Abkommen (Handel mit öffentlichen Dienstleistungen) unter Dach und Fach zu bringen. Immer rascher sind auch in Europa die Politiker dabei, Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, Elektrizitätswerke, Krankenhäuser, öffentlichen Nahverkehr und vor allem die Trinkwasserversorgung zu verkaufen. Das GATS-Abkommen soll rasch weltweit bindend Gültigkeit erlangen.

---

<sup>96</sup> Immanuel Wallerstein: Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts. Wien: Pro-media-Verlag 2002, S. 18.

<sup>97</sup> Immanuel Wallerstein: Das moderne Welt-system: Kapitalistische Landwirtschaft und die Entstehung der europäischen Weltwirtschaft im 16. Jahrhundert. Frankfurt am Main: Syndikat-Verlag 1986, S. 11.

Die Unterschrift eines Landes unter dieses Abkommen würde den Ausverkauf öffentlicher Güter dauerhaft festschreiben. Wesentliche Lebensbereiche, Schule, Gesundheit, Sozialeinrichtungen wären von Profitmaximierung allein bestimmt. Auch die EU-Kommission ist dabei, der WTO ihre „Angebote“ zu den Privatisierungen in diesen Bereichen zu machen. All dies geschieht hinter verschlossenen Türen.

Die soziale Frage stellt sich auf globaler Ebene heute neu: Es ist eine internationale Nobilität entstanden, der diese kapitalistische Weltwirtschaft gehört und die keinerlei soziale Verantwortung verspürt. Es heißt, die 358 reichsten Milliardäre der Welt „besitzen“ mehr als die Hälfte der Menschheit.

Die andere weitreichende Folge ist, dass der Krieg wieder in die Politik zurückkehrte und einen Platz einnimmt wie vor dem Kalten Krieg. Die USA sind die einzig verbliebene Supermacht. Sie geben mehr für Rüstung aus, als ihre wichtigsten wirtschaftlichen und politischen Konkurrenten zusammen genommen. Die NATO wurde gestärkt und erweitert. Gestützt darauf wurde Krieg wieder zu einem ‚normalen‘ Mittel der Politik gemacht. Gingen in der Zeit des Kalten Krieges auch die Planungen der USA davon aus, einen großen Krieg zu vermeiden und „kleine“ Kriege nicht eskalieren zu lassen, so wird heute offen von „imperialen“ Kriegen geredet, die einen anderen Charakter haben. Maximale Gewalt soll in kürzester Zeit eingesetzt werden, um jene Ordnung zu schaffen, die das imperiale Zentrum will. In gewissem Sinne war der Jugoslawien-Krieg 1999 der erste Krieg, Unbotmäßigkeit zu bestrafen, ein Land dem erwähnten „Drang“ des internationalen Kapitals zu öffnen und sich dafür über das geltende Völkerrecht hinwegzusetzen. Der geopolitische Neuordnungskrieg zur Okkupation des Irak sollte dies in ungleich erweitertem Maßstab werden. Es ist das Scheitern der USA bei dem Bestreben, den Irak bisher tatsächlich kontrollieren und stabilisieren zu können, das dazu führte, dass neuerliche Kriege, etwa gegen den Iran, gegen Syrien, gegen Nordkorea oder in Lateinamerika, bisher nicht vom Zaune gebrochen wurden.

## Weltmarkt und Weltsystem

Für die Untersuchung der Welt von heute bedeuten sicherlich die Vorstellungen von einem tatsächlichen Weltmarkt und von einem Weltsystem zentrale analytische Zugänge. Der Ausgangspunkt, wie er in der zitierten Passage im „Kommunistischen Manifest“ formuliert ist, war von Marx und Engels bereits zuvor in der „Deutschen Ideologie“ mit der Feststellung begründet worden: „je mehr die ursprüngliche Abgeschlossenheit der einzelnen Nationalitäten durch die ausgebildete Produktionsweise, Verkehr und dadurch naturwüchsig hervorgebrachte Teilung der Arbeit zwischen verschiedenen Nationen vernichtet wird, desto mehr wird die Geschichte zur Weltgeschichte“.<sup>98</sup> Vor allem in der großen Industrie sahen sie die Kraft, die dies bewirkte. „Sie erzeugte insoweit erst die Weltgeschichte, als sie jede zivilisierte Nation und jedes Individuum darin in der Befriedigung seiner Bedürfnisse von der ganzen Welt abhängig machte und die bisherige naturwüchsige Ausschließlichkeit einzelner Nationen vernichtete.“<sup>99</sup>

Im dritten Band des „Kapitals“ nannte Marx die „Herstellung des Weltmarktes“ eine der „Haupttatsachen der kapitalistischen Produktion“.<sup>100</sup> Der „auswärtige Handel“ erlaubt es, „die Stufenleiter der Produktion zu erweitern“, und er „beschleunigt... die Akkumulation“.<sup>101</sup> In diesem Sinne haben wir es bei der heutigen „Globalisierung“ nicht mit einer neuen Erscheinung, sondern mit einer neuen ‚Stufenleiter‘ dieses Prozesses zu tun.

Dieses Konzept ist zu verbinden mit der von Marx betonten Auffassung einer Ganzheitlichkeit der modernen bürgerlichen Gesellschaft, die er „Totalität“ genannt hat. „Wenn im vollendeten bürgerlichen System jedes ökonomische Verhältnis das andre in der bürgerlich-

---

<sup>98</sup> Karl Marx, Friedrich Engels: Die deutsche Ideologie. In: Dies.: Werke, Band 3, Berlin: Dietz Verlag 1969, S. 45.

<sup>99</sup> Ebenda, S. 60.

<sup>100</sup> Karl Marx: Das Kapital. Dritter Band. In: Karl Marx, Friedrich Engels: Werke, Band 25, Berlin: Dietz Verlag 1968, S. 276 f.

<sup>101</sup> Ebenda, S. 247.

ökonomischen Form voraussetzt und so jedes Gesetzte zugleich Voraussetzung ist, so ist das mit jedem organischen System der Fall. Dies organische System selbst als Totalität hat seine Voraussetzungen, und seine Entwicklung zur Totalität besteht eben darin, alle Elemente der Gesellschaft sich unterzuordnen, oder die ihm noch fehlenden Organe aus ihr heraus zu schaffen. Es wird so historisch zur Totalität. Das Werden zu dieser Totalität bildet ein Moment seines Prozesses, seiner Entwicklung."<sup>102</sup> Zu betonen ist hier, dass es nicht um ein abgeschlossenes, ein für allemal fertiges System geht, sondern um die Feststellung, dass die Teile des Ganzen sich gegenseitig bedingen und zur Voraussetzung haben. Die Vorstellung von einem Kapitalismus, der in die Breite und in die Tiefe wächst und eine systemische Ganzheit bildet, ist bei Marx begründet und angelegt. Nur so ist die globalisierte Welt von heute zu verstehen.

Dies ist nicht nur in den Richtungen fortgedacht worden, die traditionell zum „Marxismus“ gerechnet werden, sondern wurde auch fachwissenschaftlich für das geschichtliche Verständnis des Kapitalismus fruchtbar gemacht. Fernand Braudel – ein führender Vertreter der französischen „Annales“-Schule des 20. Jahrhunderts, die Geschichte stets als umfassende Sozialgeschichte untersucht hat – wies nach, dass dieser Prozess nicht zu einer allgemeinen Nivellierung der Wirtschafts- und Gesellschaftsverhältnisse führt. In seiner „Sozialgeschichte des 15.-18. Jahrhunderts“ hat er die „Regeln“ des Funktionierens von Weltwirtschaftssystemen beschrieben (wobei für ihn, nebenbei bemerkt, Weltwirtschaft nicht erst mit dem Kapitalismus entsteht; Weltwirtschaften stets auf einer kulturellen Grundlage ruhen, nebeneinander existieren, aber in Beziehungen zueinander stehen). Die erste Regel ist die Veränderung des Raumes. Das Weltwirtschaftssystem tendiert zur Ausdehnung. Die zweite Regel lautet: Im Mittelpunkt steht eine dominierende kapitalistische Stadt. „Eine Weltwirtschaft weist im Zentrum ihres Geschäfts- und Versor-

gungsnetzes stets einen städtischen Pol auf, eine Stadt, in der Informationen, Waren, Kapitalien, Kredite, Menschen, Aufträge und Geschäftsbriefe zusammenströmen und von der sie wieder ausgehen...“<sup>103</sup> Dabei lösen sich die Städte in dieser Rolle untereinander ab. Nehmen wir das von Europa aus mit dem Beginn der Neuzeit sich über die Welt ausbreitende kapitalistische Weltsystem, so war das zunächst Venedig, dann – nach Zwischenstufen – Amsterdam, schließlich London, und jetzt ist es New York. Mit der Verlagerung des erst industriellen, dann finanziellen Zentrums der Weltwirtschaft nach Asien, vor allem nach China, wird dies in den nächsten Jahrzehnten wohl durch Shanghai abgelöst werden.

Die dritte Regel nach Braudel ist die hierarchische Staffelung des Systems in verschiedene Zonen. Hier bezieht er sich auf die „Thünenschen Kreise“. Johann Heinrich von Thünen, nach Braudel „der größte deutsche Volkswirtschaftler des 19. Jahrhunderts neben Marx“<sup>104</sup>, hatte 1826 das Schema einer einzelnen Stadt in einer Ebene entwickelt und abstrakt von Dörfern und Unfruchtbarkeiten sowie Industrie abgesehen, wobei die Stadt das Umland dominiert und in ein Austauschverhältnis mit diesem tritt. Danach würden sich um die Stadt konzentrische Kreise bilden: Im ersten würden Gärten, Gemüseanbau und Milchwirtschaft bestimmend sein, im zweiten Getreideanbau und im dritten Viehzucht. Während Thünen jedoch die Ungleichheit des Verhältnisses zwischen der Stadt und dem Umland stillschweigend unterstellt, betont Braudel, dass es gerade die Ungleichheit des Austausches ist, die den Wirtschaftskreislauf in Gang hält. Dieses Modell ist seiner Meinung nach auf viele tatsächliche historische Wirtschaftsgefüge anwendbar.<sup>105</sup>

So vermerkt er, dass im 18. Jahrhundert im Weltwirtschaftszentrum England die Lohnarbeit in Stadt und Land vorherrscht, auf dem westeuropäischen Festland ne-

---

<sup>102</sup> Karl Marx: Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie (Rohentwurf). Berlin: Dietz Verlag 1974, S. 189.

---

<sup>103</sup> Fernand Braudel: Sozialgeschichte des 15.-18. Jahrhunderts. Aufbruch zur Weltwirtschaft, München: Kindler Verlag 1990, S. 24.

<sup>104</sup> Ebenda, S. 35.

<sup>105</sup> Ebenda, S. 36.

ben der Lohnarbeit aber noch vielerlei Formen vormoderner Handwerksarbeit und ländlicher Hörigkeit anzutreffen sind, in Osteuropa und dem türkischen Balkan die Leibeigenschaft dominiert und in der Neuen Welt seit dem 16. Jahrhundert die Sklaverei „ein sensationelles Come back gefeiert (hat), als sollte dort noch einmal alles beim Nullpunkt beginnen“. Braudel betont: „In all diesen Fällen trägt die Gesellschaft einer jeweils wieder anders gearteten wirtschaftlichen Notwendigkeit Rechnung und bindet sich mit ihrer Anpassung selbst die Hände, unfähig, die einmal gewählten Lösungen rasch wieder aufzugeben.“<sup>106</sup> Die Folgerung ist: „Sklaverei, Hörigkeit, Lohnarbeit stellen historisch und sozial unterschiedliche Lösungen eines im wesentlichen gleichbleibenden allgemeinen Problems dar.“ Und weiter: „Die Methoden der Ausbeutung lösen einander ab, ergänzen sich letztlich gegenseitig. Was im Herzen der Weltwirtschaft mit der Überzahl an Menschen, dem regen Geschäftsverkehr und der Bargeldschwemme möglich ist, ist es in den verschiedenen Randgebieten nicht mehr im selben Maß. Insgesamt lässt sich, vom Zentrum des ‚Wirtschaftsterritoriums‘ ausgehend, ein historischer Rückschritt von einem Punkt zum anderen beobachten.“<sup>107</sup> Das Weltsystem weist also nicht nur ein machtpolitisches, sondern auch ein Entwicklungsgefälle auf.

### Imperialismustheorien

Vor diesem Hintergrund sind die imperialismustheoretischen Debatten vom Beginn des 20. Jahrhunderts noch einmal zu rekapitulieren. Während des ersten Weltkrieges hatte Lenin ein baldiges Ende des Kapitalismus diagnostiziert, das er mit dem „Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ kommen sah.<sup>108</sup> Mittlerweile ist die maßgeblich durch ihn initiierte Alternative dahingeschieden und der Kapitalismus scheint stärker und erfolgreicher denn je. Die Diagnose vom am Beginn des

20. Jahrhunderts „sterbenden Kapitalismus“ hat sich als falsch erwiesen. Zugleich hatte Lenin fünf Merkmale des „Imperialismus“ ausgemacht, die nochmals zu debattieren wären:

1. *Konzentration der Produktion und des Kapitals, Bildung von Monopolen.* Tatsächliche Monopole sind heute eher nicht anzutreffen, Oligopole jedoch allemal, und der Konzentrationsprozess, denken wir nur an DaimlerChrysler und ähnliche Groß-Multis, setzt sich transnational, auf globalisierter Ebene weiter fort.

2. *Verschmelzung von Industrie- und Bankkapital zum Finanzkapital.* Seit etwa zwanzig Jahren hat sich eine weitgehende Verselbständigung der Finanzsphäre vollzogen; die frühere Unterstützungsrolle des Finanzkapitals für die Industrie besteht kaum noch. Es ist eine virtuelle Ökonomie entstanden, die sich nationaler staatlicher Kontrolle entzogen hat und vorhandene Ressourcen bedenkenlos abräumt, wenn dies Profit verspricht. Dadurch werden Problemlagen in Gesellschaften der „Peripherie“ und in den Unterschichten der Gesellschaften der „Zentren“ bedenkenlos verstärkt.

3. *Kapitalexport gewinnt gegenüber dem Warenexport vorrangige Bedeutung.* Charakteristisch für die Gegenwart ist Kapitalimport der USA. Das US-Außenhandelsdefizit ist seit Jahren auf Größenordnungen von über 300 Mrd. US-Dollar jährlich angewachsen. Der größte Teil des ausländischen Kapitals fließt jedoch in die Finanzierung dieser Importe, in die Rüstung und in den privaten Konsum in den USA. Insofern haben diese Geldströme, die im Grunde vielen Ländern der Welt Kapital für produktive Zwecke entziehen, eher den Charakter eines imperialen Tributs: Die Armut in den Ländern des Südens und die Arbeitslosigkeit in Westeuropa sind die Kehrseite der wundersamen Profitvermehrung in den Finanzsphären der USA.

4. *Herausbildung internationaler Monoplistenverbände,* die Einflussphasen und Märkte in der Welt unter sich aufteilen. Mit Weltbank, Internationalem Währungsfonds (IWF) und Welthandelsorganisation (WTO) sind internationale, weltweite Organisationen entstanden, die die „Spielregeln“ der

<sup>106</sup> Ebenda, S. 63, 64.

<sup>107</sup> Ebenda, S. 65, 66.

<sup>108</sup> W. I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Ders.: Werke, Bd. 22, Berlin: Dietz Verlag 1971, S. 189ff.

kapitalistischen Bewegung global festlegen und kontrollieren.

5. *Die territoriale Aufteilung der Welt* unter die imperialistischen Großmächte ist abgeschlossen; der Kampf um die Neuaufteilung führt zu imperialistischen Kriegen. Das war gestern. Das kapitalistische Welt-system hat die Entkolonialisierung überstanden, und mit neuerlichen Kriegen zwischen den Zentren des internationalen Kapitalismus ist weder aus militärischen (siehe die militärische Potenz der USA) noch aus Profitgründen zu rechnen. Hinter der „Globalisierung“ verbirgt sich eine erneute Re-Kolonialisierung der Welt außerhalb der kapitalistischen Zentren.

Vor diesem Hintergrund ist die Idee von Karl Kautsky, ebenfalls während des ersten Weltkrieges formuliert, neu zu bedenken, der Kapitalismus werde zu einem „Ultraimperialismus“ führen, so „dass die jetzige imperialistische Politik durch eine neue, ultraimperialistische verdrängt werde, die an Stelle des Kampfes der nationalen Finanzkapitale untereinander die gemeinsame Ausbeutung der Welt durch das international verbündete Finanzkapital setzte.“<sup>109</sup> Und das ist es ja wohl, womit es die Völker der Welt seit 1945 zu tun haben, nach dem Ende des Staatssozialismus nun tatsächlich in globalem Maßstab. Die USA und EU-Europa sind die Hauptkomponenten dieses „Ultraimperialismus“, neben Japan, und ihr Verhältnis ist eines von Übereinstimmung der Interessen und Konkurrenz innerhalb des Gefüges. Die Asienkrise Ende der 1990er Jahre, als etliche der zuvor als „erfolgreich“ eingestuft asiatischen Schwellenländer in kurzer Zeit einen beträchtlichen Teil ihres zuvor erarbeiteten Wohlstands verloren, hat gezeigt, dass die Hauptprofiteure dieses Vorganges eben im nordatlantischen Raum, in der ‚Welt des weißen Mannes‘, beheimatet waren.

Rosa Luxemburg beschäftigte sich ebenfalls mit dem Problem des Imperialismus und verband dies mit dem Problem der Kapitalakkumulation. „Die Kapitalakkumulation schreitet fort und dehnt sich aus auf Kosten der nichtkapitalistischen Schichten

---

<sup>109</sup> Karl Kautsky: Zwei Schriften zum Umlernen. In: Die Neue Zeit, 2. Bd., 1915, S. 144.

und Länder, zernagt und verdrängt sie in immer beschleunigterem Tempo. Allgemeine Tendenz und Endresultat des Prozesses ist ausschließliche Weltherrschaft der kapitalistischen Produktion. Ist diese erst einmal erreicht, dann tritt das Marx-sche Schema in Kraft: Die Akkumulation, d.h. weitere Expansion des Kapitals, wird unmöglich, der Kapitalismus gerät in eine Sackgasse, er kann nicht mehr als das historische Vehikel der Entfaltung der Produktivkräfte fungieren, er erreicht seine objektive ökonomische Schranke.“ In diesem Sinne ist dann aus Luxemburgs Sicht Imperialismus „der letzte Abschnitt“ des geschichtlichen Expansionsprozesses des Kapitalismus.<sup>110</sup>

Befindet sie sich mit ihrem Rigorismus, wie der Kapitalismus zu einem raschen Ende kommen werde, durchaus in der Nähe zu Lenin, so enthält ihr Ansatz doch zugleich den zentralen Hinweis auf den Kapitalismus „in der Welt“. Er verbraucht stets Voraussetzungen und Bedingungen, um seine Akkumulation fortzusetzen. Angesichts der anhaltenden weltweiten Stagnation des produzierenden Gewerbes einerseits und der verselbständigten Finanzsphäre andererseits rücken jetzt die Aneignung der Güter der Versorgung, der Bildung, der Kultur, der Biodiversität in den Vordergrund. Zugleich jedoch vereinheitlicht er nicht die Produktionsverhältnisse, wie Rosa Luxemburg mit Blick auf das Erschöpfen des Akkumulationsprozesses erwartete, sondern reproduziert diese in einer hierarchischen Abstufung, wie sie Braudel beschrieben hatte. Die Sklaverei, die wir heute noch in Indien und mitunter der brasilianischen Provinz antreffen, die „modernen“ Formen der Hörigkeit, wie wir sie in Maquiladora-Kontrakten oder bei den prekär Beschäftigten in verschiedenen Weltteilen antreffen, und die tarifliche Lohnarbeit in den Großbetrieben der Zentren stellen auch heute historisch und sozial unterschiedliche Lösungen eines im wesentlichen gleichbleibenden allgemei-

---

<sup>110</sup> Rosa Luxemburg: Die Akkumulation des Kapitals oder Was die Epigonen aus der Marx-schen Theorie gemacht haben. In: Dies.: Gesammelte Werke, Band 5, Berlin: Dietz Verlag 1975, S. 519, 520.

nen Problems dar: der weltweiten kapitalistischen Reproduktion und Akkumulation.

### **Das heutige Weltsystem**

Immanuel Wallerstein hat die Ansätze von Marx bis Braudel zu einer Theorie des Weltsystems zusammengefasst. Das System hat Expansions- und Kontraktionsphasen. Es breitet sich über den Erdball aus, verwandelt alle Gesellschaften der Welt in seine Peripherien. Der Kapitalfluss, der vom Zentrum in die Peripherie geht, dient nur dazu, den Kapitalfluss von der Peripherie ins Zentrum zu organisieren und zu verstetigen. Insofern widersprechen alle Verheißungen des Neoliberalismus, er und die durch ihn bewirkte „Öffnung der Märkte“ würden weltweiten Wohlstand bewirken, allen historischen Erfahrungen und der Logik des Kapitalismus. Der ungleiche Tausch liegt im Wesen des Weltsystems.

In diesem Sinne ist „Unterentwicklung“ Produkt der Entwicklung des Kapitals und der Kapitalakkumulation. Zentrum, Semiperipherie und Peripherie sind notwendige Bestandteile des Weltsystems und bedingen sich gegenseitig, ganz im Sinne der Marxschen Vorstellung von der Totalität. Zugleich ist das Weltsystem nicht nur ökonomisch zu denken. „Ein Weltsystem ist ein soziales System, das Grenzen, Strukturen, Mitgliedsgruppen, Legitimationsgesetze und Kohärenz hat. Es besteht aus widerstreitenden Kräften, die es durch Spannung zusammenhalten und auseinanderzerren, da jede Gruppe fortwährend danach strebt, es zu ihrem Vorteil umzugestalten.“ Es hat „Merkmale eines Organismus“, und das Leben darin, „die dynamischen Kräfte seiner Entwicklung“ kommen aus seinem Innern.<sup>111</sup>

Ziehen wir ein Fazit aus den verschiedenen Ansätzen, lässt sich zunächst folgendes feststellen: die gegenwärtige Welt ist durch ein imperiales Gefüge im Zentrum geprägt, das die Peripherien wieder in deutlich sichtbare Abhängigkeit gebracht hat. In diesem Gefüge gibt es in Gestalt

der USA eine imperiale militaristische Macht, die jedoch wirtschaftlich mit den anderen Mächten, vor allem der Europäischen Union, eng verflochten ist. Hier herrscht ein Spannungsverhältnis von Kooperation und Konkurrenz, das jedoch nicht nur eines unterschiedlicher Interessen, sondern auch eines um die Mittel und Wege der Durchsetzung dieser Interessen ist.

Fassen wir das zusammen, so zeigt sich: Das moderne kapitalistische Weltsystem ist seit dem 16. Jahrhundert schrittweise entstanden. Es wurde in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts geographisch wahrhaft global und erfasst seit dem Ende des 20. Jahrhunderts auch die entlegeneren Winkel der Welt zunehmend effektiv und umfassend. Damit ergeben sich zunächst drei Folgerungen:

1. Dieses kapitalistische Weltsystem ist dem Wesen nach bisher dominiert durch das nordatlantische Staaten- und Firmengefüge, die „Welt des weißen Mannes“, die seit dem Beginn der Moderne geschaffen wurde.

2. Was passiert mit dieser Welt, wenn immer größere Anteile der Produktion in der Weltwirtschaft aus China, Indien und anderen asiatischen Ländern kommen? Die „Welt des weißen Mannes“ könnte damit leben, wenn über die Mechanismen der gegenwärtigen Welt-Finanzordnung dieser „Workshop of the World“ von ihr kontrolliert werden könnte, sie der neokoloniale Eigentümer dieser Produktionskapazität sein könnte. Anderenfalls wird sie auf diese Veränderung mit Druck und Erpressungsversuchen antworten.

3. Die schließliche Frage also lautet: Wird sich dieses System verändern, wenn China ein immer größeres Gewicht in der Weltwirtschaft einnimmt? Oder ändert sich China im Sinne der kapitalistischen Logik des Westens?

### **Brüche im Gefüge**

Immanuel Wallerstein hat in seiner kleinen Schrift, die er „Utopistik“ genannt hat, bereits vor einigen Jahren auf die Endlichkeit der Perspektiven des Kapitalismus verwiesen. Seine These lautet: Dieses System kann nicht von Dauer sein. Die

---

<sup>111</sup> Immanuel Wallerstein: Das moderne Weltsystem: Kapitalistische Landwirtschaft und die Entstehung der europäischen Weltwirtschaft im 16. Jahrhundert. A. a. O., S. 517.



Welt befindet sich in einem Zeitalter des Übergangs. Es ist nicht nur eine Krise der imperialen Politik und der neoliberalen Aneignungsstrategien. Eine strukturelle Krise hat zu Beginn des 21. Jahrhunderts die Zentren der Weltwirtschaft erfasst. Die von der Militärmacht der USA und den Profiteuren der Weltwirtschaft dominierten Beziehungen zwischen Nord und Süd geraten aus dem Gleichgewicht und drohen ins Chaos zu stürzen. Die liberalistische Ideologie und die Wohlfahrtsprojekte in den Zentren verlieren ihre Glaubwürdigkeit. Radikalismen und Fundamentalismen rücken im Norden wie im Süden, in den Zentren wie an der Peripherie in den Vordergrund.<sup>112</sup>

In einem weiteren Text über die „geopolitischen Brüche im 21. Jahrhundert“ identifizierte er drei grundlegende Brüche, die die Welt im 21. Jahrhundert bestimmen. Dass er einen Bruch „innerhalb der Triade“, insbesondere zwischen Westeuropa und den USA, ausmacht, kann nach den Turbulenzen um den Irak-Krieg des Bush II nicht verwundern, ebensowenig das Konstatieren des Bruches „zwischen Nord und Süd“, doch die Feststellung, dass es einen „Davos-Porto Alegre-Bruch“ gibt, ist in dieser Weise bemerkenswert. („Porto Alegre“ steht hier nicht für den realen Ort, sondern als Synonym für die Bewegung der Weltsozialforen.) Sowohl in dem „Geist von Davos“ als auch in dem von „Porto Alegre“ sieht Wallerstein Transformationsbewegungen, die beide auf die Veränderungen in der Welt, die „strukturelle Krise des Weltsystems“ reagieren, allerdings grundsätzlich verschieden, entgegengesetzt. Es sind die beiden Pole, zwischen denen die politischen und moralischen Grundentscheidungen über die Zukunft getroffen werden: Ist der Mensch, sind seine Bedürfnisse und Interessen das Maß aller Dinge, oder aber ist dies eine entgrenzte Profitwirtschaft? Das sagt Wallerstein nicht mit diesen Worten. Aber er betont: „Der Bruch zwischen dem Geist von Davos und dem von Porto Alegre lässt sich geographisch nicht lokalisieren. Er ist

---

<sup>112</sup> Vgl. Immanuel Wallerstein: Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts, Wien: Promedia 2002 (US-amerikanische Originalausgabe 1998).

aber der grundlegendste unter den dreien. An seinen Rändern wird nicht um die Zukunft der nächsten 25 bis 50 Jahre gerungen, sondern der nächsten 500 Jahre.“<sup>113</sup>

Die Bewegung der Sozialforen schuf einen Raum, in dem sich die Mitglieder der Gesellschaft treffen, um über ihre ureigenen Angelegenheiten zu beratschlagen und Entscheidungen vorzubereiten. Sie wurden zu jenem Ort weltweit, an dem sich die globalisierungskritischen Bewegungen und die Friedensbewegung treffen, zu einem Ort des massiven Widerstandes gegen die neoimperialistische Weltordnung. Die Bewegung des Weltsozialforums zeigt: Es keimt wieder Hoffnung. Eine andere Welt ist nicht nur nötig, sondern auch möglich.

---

<sup>113</sup> Immanuel Wallerstein: Wohin steuert die Welt? Geopolitische Brüche im 21. Jahrhundert. In: WeltTrends Nr. 40, Potsdam, Herbst 2003, S. 97ff., Zitat S. 109.

**Norman Paech**

## **Anmerkungen zum falschen Verfassungsverständnis der EU-Verfassung**



Eine Verfassung ist klassischerweise ein Gesellschaftsvertrag, der den Konsens zu einem offenen System politischer Gestaltung fixiert, in dem sowohl der Wechsel zwischen politischer Mehrheit und Minderheit wie auch zwischen alternativen politischen Konzepten und Entwürfen möglich ist. Diese Grundregel wechselnder politischer Kräfte und Politiken verlangt von der Verfassung nicht nur die Institutionalisierung des politischen Konfliktes und den Schutz der Minderheit vor Repression, sondern auch die politische Offenheit, die es konkurrierenden gesellschaftlichen Positionen erlaubt, andere politische Konzeptionen zu verfolgen und evtl. durchzusetzen. Die europäischen Verfassungen und insbesondere das Grundgesetz vermeiden deshalb zu detaillierte Regelungen einzelner Politikbereiche, um den Spielraum politischer Gestaltung nicht unzulässig einzuengen und die Politik nicht

der Möglichkeit zur Anpassung an zukünftige Entwicklungen zu berauben. Die Verfassungen sind daher relativ kurz, überschaubar und transparent.

Die Zukunftsoffenheit ist ein zentrales Kriterium der Verfassung, die es ihr verbietet, die Politik des Staates auf ein detailliertes Programm festzulegen und ihr damit die notwendigen Reaktions- und Gestaltungsmöglichkeiten für die Zukunft zu nehmen. Sie muss sich damit auf die Fixierung allgemeiner Kompetenzen, Staatsziele, Rechte und Programmatiken beschränken, die den Prozess demokratischer Auseinandersetzung über alternative gesellschaftliche Konzepte ermöglicht und fördert. Ein vorbildliches Beispiel dieser Zurückhaltung liefert das Grundgesetz, indem es die Wirtschaftspolitik nicht auf ein bestimmtes System festlegt, sondern, wie es das Bundesverfassungsgericht festgestellt hat, gegenüber der Wirtschaftsverfassung der Bundesrepublik neutral bleibt, der Politik also einen weitgehenden Gestaltungsspielraum gewährt. Das Grundgesetz definiert die Spielregeln und den Rahmen, somit also auch bestimmte Grenzen. Es organisiert den politischen Prozess, überlässt es aber den einzelnen Gesetzen, konkrete Politikinhalt festzulegen.

Die Europäische Verfassung folgt diesem Verfassungsverständnis in seinen ersten beiden Teilen, die die Grundlagen der Europäischen Union und die Charta der Grundrechte enthalten. In ihrem dritten Teil, welches die Politikbereiche und die Arbeitsweise der Union regelt, verlässt die Verfassung jedoch ihre Bestimmung und verfällt in eine detaillierte Regelungswut. Diese macht sie nicht nur zu einem unübersichtlichen Monstrum und zerstört die ursprünglich geforderte Transparenz, sondern ergeht sich in detailliertesten Regelungen einzelner Politikbereiche, die

normalerweise einfachen Gesetzen bzw. Verträgen vorbehalten sind. Einige Beispiele belegen das. So wird im wirtschafts- und währungspolitischen Teil (Art. II177 ff.) das allgemeine Ziel einer „in hohem Maße wettbewerbsfähigen sozialen Marktwirtschaft“ (Art. 1-3) konkretisiert. Dabei fällt zunächst auf, dass aus der Formel des Art. 1-3 das Adjektiv „sozial“ entfällt und zum „Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“ umdefiniert wird, der gleich dreimal in den Art. 111-177, 178 und 185 erscheint. Diese Formulierung ist aus dem EGV<sup>114</sup> übernommen worden und soll somit verfassungsrechtlich aufgewertet und abgesichert werden. Dies ist – ganz im Gegensatz zum Grundgesetz – eine Systementscheidung und somit eine deutliche Einschränkung wirtschaftspolitischer Gestaltungsmöglichkeiten, da sie nicht mehr einfachvertraglicher Disposition unterliegt.

In Art. 111-184 wird auf zweieinhalb (!) engbedruckten Seiten die Verschuldenspraxis der Mitgliedstaaten geregelt. Hier werden im Stil von Verwaltungsregelungen die Überprüfung der Einhaltung der Haushaltsdisziplin und die Entscheidungs-, Beschluss- und Empfehlungskompetenzen von Kommission und Rat sowie die Definition einer qualifizierten Mehrheit und einer Sperrminorität formuliert – alles Vorschriften von zweifelsfreier Wichtigkeit, die jedoch allenfalls in die Verträge, nicht aber in eine Verfassung gehören. Mit dem zusätzlichen Verweis auf das 10. Protokoll werden sodann die in Art. 111-184 Abs. 2 erwähnten Referenzwerte für Defizitobergrenzen auf jene bekannten 3 Prozent festgesetzt. Es ist nicht ausgeschlossen, dass sich damit die Meinung verbreiten könnte, dass dadurch auch die 3 Prozent verfassungsrechtlich abgesichert seien. Auch den Bürgerinnen und Bürgern weitgehend verschlossene Detailregelungen mit umfassenden Verweisen zur Europäischen Zentralbank in Art. 111-187 gehören in keine Verfassung, zumal die Verweisungen sich ohnehin auf die Möglichkeit beziehen, Arti-

kel der Verfassung durch Europäische Gesetze, Verordnungen und Beschlüsse zu verändern oder zu konkretisieren.

Von ähnlicher bürokratischer Detailliertheit sind die Artikel zur „Politik im Bereich Grenzkontrollen, Asyl und Einwanderung“ 111-265 – 268, deren technokratische Unempfindlichkeit und zentrales Anliegen der Abwehr sich bereits an den Unwörtern „Massenzustrom“, „plötzlicher Zustrom von Drittstaatenangehörigen“ oder „wirksame Steuerung der Migrantenströme“ erkennen lassen.

Auch ein zweifellos zentraler Politikbereich wie Verkehr und Transeuropäische Netze (Art. 111-236 ff.) bedarf zwar detaillierter Regelung, nicht aber auf Verfassungsebene – es sei denn, sie will auch hier den politischen Spielraum durch programmatische Festlegungen gezielt eingengen. Darauf deutet Art. 111-246 Abs. 2 hin, der lautet: „Die Tätigkeit der Union zielt im Rahmen eines Systems offener und wettbewerbsorientierter Märkte auf die Förderung des Verbunds und der Interoperabilität der einzelstaatlichen Netze sowie des Zugangs zu diesen Netzen ab.“ Dies bedeutet nichts anderes als die Entscheidung für ein privatisiertes Konkurrenzsystem beim „Auf- und Ausbau transeuropäischer Netze in den Bereichen Verkehrs-, Telekommunikations- und Energieinfrastruktur“. Ein stärker auf staatliche Aktivitäten ausgerichtetes System könnte mit dieser Vorschrift wirksam bekämpft werden.

Interessant ist demgegenüber die Allgemeinheit, Aussagearmut und Unverbindlichkeit der Verfassung in anderen Politikbereichen wie etwa dem Verbraucherschutz, dem sich nur der Art. 111-235 widmet und dessen Absatz 1 lautet: „Zur Förderung der Interessen der Verbraucher und zur Gewährleistung eines hohen Verbraucherschutzniveaus leistet die Union einen Beitrag zum Schutz der Gesundheit, der Sicherheit und der wirtschaftlichen Interessen der Verbraucher sowie zur Förderung ihres Rechtes auf Information, Erziehung und Bildung von Vereinigungen zur Wahrung ihrer Interessen.“ Die in den folgenden Absätzen erwähnten Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele sind vollkommen inhaltslos. Ein derartiger Artikel schadet zwar nichts, steht aber

---

<sup>114</sup> Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft – M. B.

doch in einem bezeichnenden Gegensatz zu dem Regelungsexzess in anderen Politikbereichen.

Diese Beispiele verfassungsfremder Regelungsdichte auf dem Niveau von Verwaltungsvorschriften und programmatischer Engführung und Festlegung der Politik einerseits sowie inhaltlichem Leerlauf bei anderen Politikbereichen andererseits lassen sich aus den übrigen Abschnitten des Teils III um weitere Beispiele ergänzen – von inhaltlichen Problemen und eindeutigen Widersprüchen zum Grundgesetz (z.B. Art. II-77) abgesehen. Die Monstrosität einer 448 Artikel umfassenden ‚Verfassung‘ mit zusätzlich 36 Protokollen und 30 Erklärungen erzeugt Unübersichtlichkeit statt Transparenz sowie Gleichgültigkeit oder Widerstand statt Verfassungsenthusiasmus oder -patriotismus. Sie ist ein deutliches Zeichen dafür, dass zweijährige Konventsberatungen und anschließende zweijährige Verfassungspropaganda nicht ausreichen, um eine so komplizierte Institution wie eine Europäische Verfassung für die Mehrheit der europäischen Bürgerinnen und Bürger verständlich, überzeugend und Vertrauen erweckend zu schaffen. Dazu braucht es noch weitere Zeit.

Lothar Bisky

## Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft des 21. Jahrhunderts



1.

Mit dem archaisch-kriegerischen Ritual des Duells werden uns Wahlkämpfe einer aufgeklärten Demokratie präsentiert. Steinbrück gegen Rüttgers, Beust versus Schill, Schröder gegen Stoiber, Höppner gegen Böhmer – bisher meist Mann gegen Mann, die sogenannte Amerikanisierung, die Suggestion von Lagerwahlkämpfen erobert sich ihre ermüdende Normalität. Die Rheinische Post berichtete schon am 24. Mai (vergangenen Dienstag) vom Bemühen um das Kanzlerduell Schröder-Merkel. „Ein TV-Duell mit den Spitzenkandidaten von Grünen und FDP, wie dies seinerzeit die Liberalen gefordert hatten, lehnt [ZDF-Chefredakteur] Brender ab. Die kleinen Parteien hätten in Sendungen ausreichend Gelegenheit, ihre Positionen darzustellen. ‚Eine Benachteiligung wird es nicht geben‘, sagte [Brender der Rheinischen Post].“

1998 hoffte Pierre Bourdieu mit seinen Vorlesungen „Über das Fernsehen“ Werk-

zeuge in Form wissenschaftlicher Untersuchungen zu liefern, damit Medien, die, so Bourdieu „ein hervorragendes Instrument direkter Demokratie hätte[n] werden können, [sich] nicht endgültig in ein Mittel symbolischer Unterdrückung verwandle[n]“<sup>115</sup>. Freilich hat seine Hoffnung ihn teilweise betrogen. Wir sind auf dem Wege zur Mediokratie.

Thomas Meyer hat in einem sehr klugen Buch über Mediokratie mit dem Untertitel „Die Kolonialisierung der Politik durch die Medien“ ein normatives Leitbild für demokratische Massenmedien entwickelt, in dem er „... eine umfassende und ausgewogene Berichterstattung in Inhalt, Stil und Formen der Wiedergabe sowie eine Präsentationsweise, die allen Bürgerinnen und Bürgern die Teilnahme an der öffentlichen Kommunikation ermöglicht“<sup>116</sup>, zum Maßstab einer idealen Massenkommunikation macht.

Noch vor 5 Jahren konnten Ulrich Sarcinelli und Heribert Schatz unter dem Titel „Mediendemokratie im Medienland?“ über die Landtagswahlen in NRW im Jahr 2000 nach umfangreichen Untersuchungen festhalten: „Auf jeden Fall ist Nordrhein-Westfalen derzeit noch erfreulich weit von einem Zustand entfernt, wie er sich Dank einer ungehemmten Kommerzialisierung der politischen Kommunikation und eines daraus resultierenden Stilwandels des politischen Journalismus inzwischen in den USA entwickelt hat. Gleichwohl tun verantwortungsbewusste Landesrundfunkanstalten gut daran, diese Entwicklungen systematisch im Auge zu behalten

---

<sup>115</sup> Pierre Bourdieu: Über das Fernsehen. Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1998, S. 13.

<sup>116</sup> Thomas Meyer: Mediokratie. Die Kolonialisierung der Politik durch die Medien. Frankfurt am Main: Suhrkamp 2001, S. 16 f.

und hierzu von der empirisch arbeitenden Wissenschaft periodisch hieb- und stichfeste Diagnosen zu diesem Phänomen des politisch-medialen Strukturwandels einzufordern<sup>117</sup>. Die Entwicklung der medialen Praxis hat seitdem einen weiteren Teil der Wegstecke zur Mediokratie zurückgelegt.

Dank Marxscher Gesellschaftsanalyse – ihren Weiterentwicklungen in modernen Medientheorien - wissen wir, dass wir den Klüften zwischen normativen Visionen demokratischer Massenmedien und der Medienpraxis um uns herum nur durch einen analytischen Blick auf die Widersprüche

- in den Eigentumsformen, den Potenzen der technologischen Entwicklung,
- durch Untersuchung der Formen der öffentlichen Kontrolle und Verfügbarkeit medialer Macht,
- durch Analyse der Institutionen, in denen Medienkompetenz gebildet oder verwehrt wird,

näher kommen.

Wir haben mit den theoretischen und auch methodischen Instrumentarien marxistischer Analyse Zugänge zum gesellschaftlichen Reproduktionsprozess, zur modernen Analyse der Verkehrssysteme, und wir können uns nicht leisten, als politische Akteure auf solche methodischen Instrumentarien zu verzichten.

Wenn heute von Medienkompetenz gesprochen wird, so kann es nicht allein um die Fähigkeiten kritischer Aneignung von Medieninhalten gehen, sondern um eine aktive Medienkompetenz, die uns nicht nur zum kritischen Empfänger, sondern wieder zum Kommunikator macht. Damit fragen wir genaugenommen danach, wie gesellschaftliche Mehrheiten wieder zu Produzenten von medialer Öffentlichkeit werden

---

<sup>117</sup> Ulrich Sarcinelli, Heribert Schatz : Mediendemokratie im Medienland?. Schriftenreihe Medienforschung der Landesanstalt für Rundfunk Nordrhein-Westfalen (LfR), Band 41 - Von Inszenierungen und Themensetzungsstrategien im Spannungsfeld von Medien und Parteiliten am Beispiel der nordrhein-westfälischen Landtagswahl 2000, S. 442.

können. Ganz praktisch verrät diese Fragestellung zugleich eine radikale politische Dimension.

Bereits die Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise, so der Altmeister der historischen und logischen Analyse des Kapitals Karl Marx, *„benötigte namentlich aber auch eine Revolution in den allgemeinen Bedingungen des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, d. h. in den Kommunikations- und Transportmitteln“*<sup>118</sup>.

Mit der Durchsetzung der großen Industrie entwickelten sich Industriezweige, in denen das Produkt des Produktionsprozesses kein neues gegenständliches Produkt ist. *„Ökonomisch wichtig davon ist nur die Kommunikationsindustrie, sei sie eigentliche Transportindustrie, sei sie Übertragung bloß von Mitteilungen, Briefen, Telegrammen etc.“*<sup>119</sup> Historisch tritt mit der großen Industrie und dem Weltmarkt an die Stelle der alten lokalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit ein, wie Marx es bezeichnete, *„allseitiger Verkehr“*<sup>120</sup>. Er verwies damit gleich auf die kulturelle Dimension neuartiger Kommunikationsprozesse. Inzwischen ist eine vielseitig entwickelte Kommunikationsindustrie existent.

Moderne Massenmedien sind für mich mit Marx nicht nur ein analysierbarer Prozess materieller Produktion, dessen Bedeutung schon im Manifest als System allgemeinen Verkehrs und Transportes angerissen ist, sondern der berechtigte Ruf nach Medienkompetenz enthält die Forderung nach einer aktiven Mediengestaltung und kennzeichnet die Medien selbst als entscheidenden Teil politischer Kommunikation.

Wenn ich die Analysierbarkeit der modernen Massenmedien so abstrakt hier hervorhebe, dann möchte ich das zugleich mit einer Kritik an den sozial eingreifenden Wissenschaften verbinden.

---

<sup>118</sup> Karl Marx : Das Kapital. Erster Band. In: MEW, Bd. 23, S. 404 f.

<sup>119</sup> Karl Marx. Das Kapital. Zweiter Band. In: MEW, Bd. 24, S. 60.

<sup>120</sup> Karl Marx , Friedrich Engels : Manifest der Kommunistischen Partei. In: MEW, Bd. 4, S. 466.

Haben wir nicht gute Ausgangspositionen, wenn Marx in der Medienunterhaltung schon zu den besten Deutschen gezählt wird? Warum gehen nicht Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aktiver in die Medien, sondern treffen sich lieber in Symposien – wie hier – pressen ihre Mitteilungen in Publikationen und überlassen den Kommunikationsprozess den Archivaren?

Expertinnen und Experten – nennen wir uns einfach einmal so, wir können es ja später wieder anzweifeln –, Fachmensch aus verschiedenen Fächern für eine aktive Mitwirkung in medial vermittelter politischer Kommunikation zu gewinnen, ist wichtig, auch weil wir wissen, wie gerne auch angehende Experten sich zurückhalten und deshalb den Medien jenen Typus überlassen, dem, ob aus Wissenschaft oder Politik, die mediale Präsenz wichtiger ist als die hinreichende Darstellung des Kerns jener Botschaft, für die das „Expertentum“ stehen sollte.

Wird die Chance medialer Kommunikation durch die Wissenschaft nicht angeeignet und genutzt, droht in immer mehr Kanälen ein immer niedrigeres quasi-Expertentum endgültig Oberwasser zu gewinnen. Die Medien, immer unter Kostensparndruck, könnten dann bald auf den für diverse Politik-Formate geeigneten computersimulierten Mister Allwissend zurückgreifen, der beliebig große Sprechblasen mit gelehrter Sprache füllt.

Eine Utopiedebatte im FREITAG ist beinahe der populärste Akt, den ich kenne – gut nachzulesen noch im Internet, das links.net-Projekt könnte man noch aufführen, welches viele wichtige Zeitschriften wenigstens für das Internet aufbereitet, aus der Nische holt – ABER: das reicht nicht aus.

Experten verschiedener Fachrichtungen werden dringend gebraucht in dieser Mediengesellschaft. Sie sollten möglichst in der Ausbildung das Wissen gewinnen können, sich die Medienkompetenz mit aneignen können, die es ihnen gestattet, ihre Kenntnisse in die öffentlichen Diskurse einzubringen. Denn daran fehlt es vor allem. Wir haben eine immer bessere mediale Technik, wir haben immer mehr gut ausgebildete Menschen, wir sprechen

immer häufiger von einer Wissensgesellschaft. Davon ist in den Programmen der Medien leider wenig zu spüren.

Wenn es nicht gesetzmäßig so ist, dass immer klügere Menschen immer dümmere Programme brauchen, dann muss der Analyse eine Therapie folgen, die mehr Intelligenz in die Programme bringt, und das sollten vor allem die Intellektuellen tun.

## 2.

Das ist eine Seite, dass Intellektuelle viel zu wenig in der Mediengesellschaft leben, und es ist ein Aspekt, den ich für eine politisch-aufklärerische Kommunikation in der Mediengesellschaft für wichtig halte. Die andere Seite der Medaille wäre eine positive Befruchtung von Politik und Wissenschaft, gar eine wirklich wissenschaftliche Grundlegung von Politik. Doch hier waren meine Vorstellungen wohl reichlich naiv, wie ich erfahren musste.

Politik sollte vorrangig von diversen Berufen auf Zeit ausgeübt werden, um die erstarrenden und abstumpfenden routinierten politischen Handlungen zu beleben, zu erneuern.

Ich sehe darin eine entscheidende Schwäche des parlamentarischen Systems, das am Beharrungsvermögen und der nicht vorhandenen Flexibilität nicht weniger Parlamentarier direkt leidet. So kommt es, dass Politiker Flexibilität wortreich und wortgewandt stets von den anderen, vorrangig von abhängig Beschäftigten, Freelancern, risikoreichen Gründern fordern, nicht aber selbst praktizieren.

Ich plädiere schon lange für ein Modell, in dem jüngere, intelligente Frauen und Männer die Chance haben, in die politische Verantwortung zu gehen und als ungebrochene Persönlichkeiten nach einer Zeitspanne wieder in ihren Beruf zurückkehren; nunmehr angereichert mit Erfahrungen, wie man kluge Ideen wirksam (und meinetwegen listig) in die Politik einbringt, und zwar so, dass sie eine Chance haben, die Gremien einer und möglichst mehrerer Parteien bis zur Mehrheitsfähigkeit zu passieren. Nur müssen solche Modelle weiter ausgearbeitet und propagiert werden. Das kann nicht einer allein tun.

Wissenschaft und Politik, und genau das macht die Schwierigkeit aus, gehören unterschiedlichen Kommunikationszusammenhängen an. Verkürzt, aber im Kern durchaus zutreffend, kann man sagen, in der wissenschaftlichen Kommunikation ist die Logik dominant, in der politischen hingegen die Psycho-Logik. In diesen psycho-logischen Kommunikationszusammenhängen sind Emotionen, Einstellungen, Wertorientierungen Bestandteile des Regelwerks politischer Kommunikation.

Das parlamentarische System beruht auf der Mehr-Parteienstruktur. Jede Partei ist in spezifischer Weise an der politischen Willensbildung beteiligt. In allen Parteien wirken natürlich auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Andererseits wirkt Demokratie über öffentliche Meinungsbildungsprozesse, die weit über Parteien hinausgehen. Und endlich – endlich, das sage ich bewusst - endlich gibt es auch "unkomplizierte" Medien, die genutzt werden können, ohne die Maschinen der massenmedialen politischen Information bedienen zu müssen, etwa das Internet, und überhaupt die neuen Medien in ihrer Gesamtheit, die auch für politische Verständigung genutzt werden können. Ich will uns ausdrücklich ermutigen: Wenn Menschen, die eine berufliche Qualifikation erwerben, um in der Wirtschaft, Kultur oder in der Technik zu arbeiten, sich zugleich darauf vorbereiten, medienkompetent ihre Erkenntnisse und Meinungen öffentlich zu vertreten, wäre es doch gut.

### 3.

Die Chancen politischer Kommunikation, damit verbundene Risiken und Nebenwirkungen will ich abschließend knapp skizzieren, in der Hoffnung, dass wir insgesamt diesem Thema in Zukunft mehr Aufmerksamkeit schenken.

#### *Chancen*

Mit vollem Recht kann man sagen: Nie zuvor gab es so viele Chancen politischer Kommunikation wie gegenwärtig. Im 19. Jahrhundert konstituierten die, in Salons versammelten, Privatleute eine bürgerliche Öffentlichkeit. Mit der Entwicklung von Zeitungen, Zeitschriften und Flugblättern

wurden politische Botschaften massenhaft verteilt. Im 20. Jahrhundert kamen mit Funk, Film und Fernsehen audiovisuelle Massenmedien hinzu. Zum Ende des Jahrhunderts und mit Beginn des 21. Jahrhunderts entwickelten sie sich in Verbindung mit den neuen Medien rund um den Computer in eine völlig neue Dimensionen. Die Möglichkeiten der politischer Kommunikation vervielfachten sich sowohl hinsichtlich der Massenhaftigkeit, als auch bezogen auf die Interaktivität der Kommunikation, auf wachsenden kleinen Möglichkeiten, als Empfänger von Botschaften auch reagieren zu können und im begrenzten Umfang als Sender zu wirken.

#### *Risiken*

Naivere Gemüter baden fröhlich in diesen Möglichkeiten und sind nur gelegentlich verwundert, wie wenig davon Gebrauch gemacht wird, dass politisches Wissen keineswegs mit den erweiterten Möglichkeiten wächst, politische Informiertheit nicht zwangsläufig zunimmt und gar eine erkennbare und soziologisch zu verortende Politik- und Politikerverdrossenheit wie Abwehrsperrern wirksam werden und ein fragmentiertes Publikum eher widerborstig den neuen Möglichkeiten ausweicht als sie zu nutzen. Minderheiten besonders Interessierter indessen bilden eine Art kundiges Sonderpublikum, das den zunehmend spezialisierten Politik-Redakteuren der Medien Spickzettel zur Arbeit schreiben könnte.

Viele nutzen ihre üblichen Informations-happen wie zum Frühstück das frische Brötchen. Dadurch, dass die audiovisuellen Medien in alle Zeitporen des Alltagslebens eingedrungen sind und mit ihren Politikinformationen rund um die Uhr und nahezu überall aufgenommen werden können, entsteht ein gewisses "level" des Informiertseins, das nur teilweise dem bewussten Interesse geschuldet ist.

Im Zusammenwirken von bewusst aufgenommenen Politikhappen und routiniert nebenbei angeeigneten Geräusch- oder Bildkulissen bilden sich die Informationsbestände, aus denen Politikvorstellungen erwachsen. Dies ist ein in hohem Maße beiläufiger Prozess, bei dem nur in beson-



deren Situationen die Konzentration die Beiläufigkeit ersetzt.

Ich gehöre nicht zu denen, die meinen, mensch könne nur dann so richtig leben, wenn er täglich eine Stunde der Politik opfert. Die Resistenz gegenüber Überredungsversuchen der Politik ist als kulturelle Qualität von Menschen viel zu wenig gewürdigt worden.

Die Risiken liegen darin, dass die Nachrichtenmaschinen wie ihre Nutzer grundlegende Änderungen leicht übersehen können. Kurzfristig bewirken die Medien wenig, längerfristig verändern sie Weltbilder und Wertorientierungen, kulturelle Deutungsmuster und die Alltagskultur. In der Vielfalt der Talkshows etwa ist das Unterhaltende das einigende Band. Der Talk ist nicht als Diskurs oder dialogische Verständigung angelegt. Talkshows wirken häufig keineswegs aufklärerisch. Im Gegenteil, Talkshows stehen eher als lebendige Denkmäler für das Ende von Aufklärung.

Die Nachrichtenproduktion und -verbreitung spart gleichfalls bekanntermaßen ihre Qualität zugrunde. Paradoxerweise stellen in solcherart hergestellten Massenproduktionsnachrichtenwaren die meinungs- und gesinnungstriefenden Kommentare die Leckerbissen für Kenner dar.

Das damit einhergehende Risiko einer Nivellierung des Nachrichtenniveaus wird in Kauf genommen und durch Spartenkanäle, die sich nur mit politischen Nachrichten befassen, scheinbar wettgemacht. Scheinbar deshalb, weil es zweifelsfrei den politisch Interessierten mehr und differenzierte Information ermöglicht, scheinbar aber auch, weil dies wiederum nur kleine Gruppen sind, während die Masse der Bevölkerung in ein, wie ich behaupten möchte, relativ schlampiges Nachrichtensystem eingebunden ist, in dem der real existierende Journalismus zwischen Beschreibung und Wertung, Nachricht und Kommentar ebenso wenig differenziert wie die Fernsehkonkurrenz der drei großen Fernsehfamilien (die öffentlich-rechtlichen, die Kirch-Familie mit Sat 1 und Pro 7, die Bertelsmann-Familie mit der RTL-Gruppe) immer weniger Qualität der Berichterstattung fördert. Das Paradoxe: je mehr Fernsehkanäle, je mehr

Nachrichten insgesamt, desto problematischer und oberflächlicher die Grundtendenz.

Der große Diktator, der Einschaltquote heißt, ebnet das Niveau für visuelle Alphabeten ein.

Zu den *Nebenwirkungen* politischer Kommunikation in der Mediengesellschaft gehört die Dominanz der Medien, ihr Vorrang in strategischen und taktischen Handlungen der politischen Akteure. Die "stille" Veränderung politischer Macht und ihrer Inszenierung in Medien hat grundlegende Verständigungsmechanismen gewissermaßen nebenbei verschoben. Sicher ist die These von der Selbstauflösung der Politik in ihren medialen Inszenierungen überzogen, auch wenn Parteitage – als höchste Instanzen für politische Entscheidungen der Parteien – ihre Verständigungshandlungen nie so weit treiben, dass sie mit den Zeiten von Tageschau/Tagesthemen oder "heute" (ZDF) in Konflikt gerieten. Natürlich: *"Auch in der Mediendemokratie beschränkt sich die entscheidungsrelevante politische Kommunikation niemals auf das, was für die Medien und in den Medien in Erscheinung tritt,"* wie Thomas Meyer schreibt. Da ist ihm zuzustimmen: *"Mindestens in den durchaus zentralen Handlungsbereichen der Zivilgesellschaft, der parlamentarischen Arbeitsgremien und der exekutiven Entscheidungsvorbereitung finden Kommunikationsprozesse statt, die zwar immer auch ihre eigene mediale Vermittelbarkeit im Auge haben mögen, aber doch in ihren gegenwärtigen Abläufen nicht in direkter Weise mediatisiert sind."*

*Politische Kommunikation als Verhandlung und als Verständigungshandeln spielt auch in der Mediendemokratie ihre Rolle, aber sie entzieht sich, eben weil sie die Medienbühne meidet, der allgemeinen Wahrnehmung. Und außer der nichtmedialen politischen Kommunikation vollzieht sich auf allen Verantwortungsebenen Politik als Herstellungshandeln: beispielsweise in Gesetzgebung, Verwaltung und in der Realisation von Handlungsprogrammen in allen politischen Feldern, von der Bildung über die innere Sicherheit, die*

*Forschung, die Wirtschaft, Wohlfahrt und eben auch in der Medienpolitik*.<sup>121</sup>

Dank der Mediengesellschaft sehen wir immer genauer, wer entscheidet oder regiert und immer verschwommener, was der scheinbar Regierende eigentlich entscheidet. Im Informationsdschungel der Mediokratie bedeutet Öffentlichkeit keinesfalls automatisch Offenheit. Daraus ergibt sich für mich, dass Demokratisierung ganz konkret und ganz laut auf der politischen Agenda sozialistischer Politik stehen muss.

Tatsächlich gibt es auf nationaler wie internationaler Ebene gravierende Veränderungen in den kommunikativen Netzwerken der Macht. Wir wissen schon lange: Die Wahrheit stirbt im Krieg zuerst – und dies hat auch mit der Macht der Medien zu tun. Die Medien, die häufig als die „vierte Macht“ bezeichnet werden, durchdringen sowohl die Legislative als auch die Exekutive und die Judikative. Die Medien sind treffender als „symbolische Macht“ in der Macht denn als „vierte Macht“ bezeichnet.

Politik und Macht und folglich Regierung werden häufig noch „vormedial“ gedacht. Das sollten wir analytisch überwinden – Marx hat genügend Schlüssel geliefert, und es gibt zum Glück nicht wenige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die dies nutzen, gerade weil die sogenannte „Informationsgesellschaft“ weder eine größere Informiertheit, noch eine veränderte Produktion gegenüber der anhaltenden Konzentration von Macht und Kapital gebracht hat.

Marx hat das preußische Bürgertum einst heftig getadelt, weil es die Pressefreiheit in einem Kompromiss mit dem Adel der Gewerbefreiheit geopfert hatte. Die erste Freiheit der Presse, so argumentierte er, bestände darin, kein Gewerbe zu sein.

Inzwischen sind Gewerbe- und Pressefreiheit versöhnt: auch die meisten Informationen, die die Presse über die Realität erhält, sind gewerblich gefertigt. Inzwischen wird auch die Presse selbst von im Privatbesitz befindlichen Archiven gespeichert. Längst ist die erste Freiheit der Presse ihre Gewerbefreiheit geworden. Das spricht zumeist nicht für die Presse, wie man oft genug lesen kann.

---

<sup>121</sup> Thomas Meyer : Mediokratie. A. a. O., S. 199.

## Revolution und Transformation heute



Mein Thema ist „Revolution und Transformation heute“. Ich möchte euch in den 15 Minuten, die ich habe, für zwei Konzepte interessieren, die damit in Zusammenhang stehen: das Konzept der *Entwicklungspfade*, mit dem sich die Stiftung intensiv befasst hat, und das Konzept der *Emergenz* und was Letzteres mit Rosa Luxemburg zu tun hat. Das eine handelt von der Aktualität der Revolution, das andere davon, wie sie gemacht wird.

### I. Transformation und Entwicklungspfade

Es ist ein merkwürdiges Phänomen, dass wir uns in den letzten 20 Jahren den Begriff der Revolution mehr oder weniger abgewöhnt haben, obwohl die Welt voll ist davon. Als in den letzten Jahren „Matrix“ in die Kinos kam und zu einem weltweiten Kultur- und Diskursereignis wurde, wirkte es sensationell, dass hier im Medium des Science-Fiction-Films die Frage der Revolution behandelt wurde - nicht nur implizit,

sondern ganz offen, bis hin zum Titel der letzten Folge der Matrix-Trilogie: „*Matrix Revolutions*“. Kultur reagiert sensibel auf die Tatsache, dass uns die Frage nach der Revolution wieder stärker zum Problem wird; dass die Veränderbarkeit von Gesellschaft nach den Jahrzehnten unter der Glasglocke der Nachkriegsordnung wieder ins allgemeine Bewusstsein drängt.

*Revolutionen finden statt*, und zwar relativ häufig. Es ist die Grundmaxime von Revolutionstheorie, dass sich die Veränderung der gesellschaftlichen Regeln nicht gleichmäßig-evolutionär, sondern in Schüben und Brüchen vollzieht. Gesellschaften sind *hierarchische Regelsysteme*. Einige Regeln sind grundlegender als die anderen; und diese grundlegenden Regeln verändern sich nicht einfach scheinbarweise.

Solche grundlegenden Regeln sind etwa das Privateigentum an den Produktionsmitteln, oder die führende Rolle der kommunistischen Partei, oder die Souveränität des Nationalstaats über die Wirtschaftspolitik. Es sind Dinge, die in Verfassungen festgeschrieben, aber nicht notwendig darauf beschränkt sind. Dass Revolutionen stattfinden, stellen wir am einfachsten fest, indem wir konstatieren, dass in allen Gesellschaften zentrale Regel- und Ordnungsmuster dominieren oder eine wesentliche Rolle für das Funktionieren dieser Gesellschaft spielen, *die ein paar Jahrzehnte zuvor schlicht illegal gewesen wären*. Gesellschaften passen sich an die Entwicklung der Welt an, indem sie untergeordnete Regeln und Praxen ändern, gerade um die grundlegenden Regeln zu bewahren. Aber irgendwann geht das nicht mehr, und dann verändern sich auch die grundlegenden Regeln. Wie ein Abhang, an dem lange Zeit hier und da ein Stein herunterrollt oder eine Furche entsteht, der seine Form aber behält - bis er eines Tages ins Rutschen gerät und seine Form in dramatischer Weise ändert, in einem gerafften Zeitraum, der die Grund-

lage für eine neue Stabilität ist. Das sind Revolutionen.

Wenn man entsprechend wertfrei herangeht – Ted Gurr hat das in einer empirischen Studie demonstriert –, findet man heraus, dass sich zwischen 1840 und 1970 in den Staaten der Welt durchschnittlich ca. *alle 30 Jahre* eine grundlegende Änderung der Staatsform ereignet hat. Anders gesagt: Die durchschnittliche Lebensdauer eines bestimmten politischen Systems ist nicht länger als 30 Jahre gewesen, wobei die Tendenz eher zu einer Verkürzung der Lebensdauer geht als zu einer Verlängerung. Es handelt sich dabei ausnahmslos um Fälle „plötzlichen, umfassenden Wandels“<sup>122</sup>. Etwa die Hälfte davon geht einher mit Formen gewaltsamen Konflikts, die andere Hälfte verläuft eher über „kooperative“ Prozesse, die den Umbruch in nicht-bewaffneter, aber nicht weniger sprunghafter Form bewirken.

In der Tat haben wir das alle schon gesehen. Wir haben seit Mitte der 80er Jahre *bruchartige Systemwandel* in allen osteuropäischen Ländern erlebt, ebenso das Ende einer ganzen Reihe von Diktaturen in Lateinamerika, und in den 90ern revolutionäre Systemwandel in einer Vielzahl afrikanischer Staaten. Vor allem haben wir alle eine Revolution erlebt, die in hohem Maße nicht nur kontinental, sondern global synchronisiert war und etwa Mitte der 70er Jahre begann, nämlich die *neoliberale Revolution*.

Der Übergang zum Neoliberalismus erfüllt ohne weiteres das oben angeführte Kriterium. Wesentliche Elemente und Grundregeln der Ordnung, in der wir heute leben, wären einige Jahrzehnte zuvor illegal gewesen. Dazu gehört insbesondere der Verlust der nationalstaatlichen Souveränität über die Wirtschaftspolitik, dazu gehören aber auch die vielfältigen Formen der Enteignung, die Veränderung des Eigentums hinsichtlich der Privatisierung von Natur und Information, und die Verneinung der Rechtsbasis von sozialen Sicherheitsleistungen. In Europa ist diese Revolution

weitgehend ohne bewaffneten Bürgerkrieg abgelaufen. In anderen Ländern hat sie durchaus die Form bewaffneter Putsche angenommen. Was aber den Putsch zur Revolution macht, zu mehr als einem Wechsel von Personen, ist die *Veränderung gesellschaftlicher Grundlagen* des politischen und ökonomischen Systems, und dies trifft in all diesen Fällen zu.

Eine solche Annäherung an das Phänomen der Revolution erfordert ein gewissermaßen *wertfreies* Herangehen. Ein mentales Zulassen der Tatsache, dass es sich hier überhaupt um Revolutionen handelt - um Veränderungen in gesellschaftlichen Systemen, die sich nicht evolutionär aus legitimen Prozessen des bisherigen Systems ergeben, sondern schubartig stattfinden und an einem bestimmten Punkt einen Bruch mit der bisherigen Legitimität von Rechtsgrundlagen und Verfahren vollziehen. In der Tat hat die bürgerliche Revolutionstheorie sich hauptsächlich an die Äußerlichkeiten von blutigen Zusammenstößen und Massenaufmärschen geklammert, nicht zuletzt um den revolutionären, außerlegalen Charakter der Umbrüche zu verschleiern, die von Teilen der herrschenden Eliten selbst ausgingen und an denen die bürgerliche Klasse selbst beteiligt ist. Rosa Luxemburg sagt dazu in *Massenstreik, Partei und Gewerkschaften*: „Wenn freilich die Vertreter unseres deutschen Opportunismus von ‚Revolution‘ hören, so denken sie sofort an Blutvergießen, Straßenschlachten, an Pulver und Blei ... Allein die Revolution ist etwas anderes und etwas mehr als Blutvergießen. Im Unterschied von der polizeilichen Auffassung, die die Revolution ausschließlich vom Standpunkte der ‚Unordnung‘ ins Auge fasst, erblickt die Auffassung des wissenschaftlichen Sozialismus in der Revolution vor allem eine tiefgehende innere Umwälzung in den sozialen Klassenverhältnissen.“<sup>123</sup>

In der Linken ist die Rede von der Revolution auch deshalb aus der Mode gekommen, weil sich zwar um uns herum, und wir mitten drin, ständig Revolutionen er-

---

<sup>122</sup> Ted R. Gurr : Vergleichende Analyse von Krisen und Rebellionen. In: Martin Jänicke (Hg.) : Herrschaft und Krise. Opladen 1973, S. 84.

---

<sup>123</sup> Rosa Luxemburg : Massenstreik, Partei und Gewerkschaften. In: Gesammelte Werke, Bd. 2, S. 129.

eignen - nur meistens ausgerechnet diejenige Revolution *nicht*, auf die wir gerade theoretisch warten. Hier wiederholt sich auf dem Gebiet der Theorie das, was Rosa Luxemburg die „*polizeiliche Auffassung*“ von der Revolution nennt: Was uns nicht in den Kram passt, was unseren theoretischen Erwartungen nicht entspricht, das nehmen wir als bloße „Unordnung“ wahr und warten weiter auf die „richtige“ Revolution, anstatt dass wir unsere Konzepte der Wirklichkeit anpassen und an ihr studieren, wie Revolutionen ablaufen und welche Rolle sie in der Veränderung der gesellschaftlichen Ordnung hier und heute spielen.

Ein solcher Versuch, die Konzepte der Wirklichkeit anzupassen und daraus Einsichten für veränderndes Handeln zu gewinnen, ist die Diskussion um *Transformation und Entwicklungspfade*, die in der theoretischen Auseinandersetzung der Stiftung eine wichtige Rolle spielt. Dass heute von Transformationstheorie gesprochen wird, ist nicht zuletzt ein Zugeständnis an bzw. eine Vorsichtsmaßnahme gegen die Missverständnisse, die sich ständig aus der „*polizeilichen Auffassung*“ von der Revolution ergeben. Man könnte genausogut von *Revolutionstheorie* sprechen. Aus einer marxistischen Perspektive gibt es keinen Unterschied zwischen Revolution und Transformation, wenn mit Transformation Prozesse raschen, umbruchhaften Wandels gesellschaftlicher Systeme gemeint sein sollen.

Ausgangspunkt des Konzepts der Entwicklungspfade ist die Beobachtung, dass zu einem bestimmten Zeitpunkt der gesellschaftlichen Entwicklung mehrere politisch-ökonomische Grundordnungen möglich sind. Der schlichteste Beleg ist das Nebeneinander-Existieren von *fordistisch-kapitalistischen Gesellschaften* und *staatssozialistischen Gesellschaften* in der Phase zwischen dem Ersten Weltkrieg und den 80er Jahren. Diese zu einem gegebenen Zeitpunkt gleichzeitig möglichen Gesellschaftsformen werden als *Entwicklungspfade* bezeichnet. Der Stand der Produktivkraftentwicklung - den wir uns nicht einfach als Abfolge technischer Errungenschaften denken dürfen, sondern ebenso als Entwicklung sozialer Fähigkeiten und gesellschaftlicher Steuerungsmög-

lichkeiten - zieht zwar eine äußere Grenze für das, was gesellschaftlich an Ordnungssystemen möglich ist. Aber dieser Stand der Produktivkraftentwicklung legt kein bestimmtes Ordnungssystem fest; er ist eine *notwendige*, aber nicht *hinreichende* Bedingung für die Verwirklichung eines konkreten Entwicklungspfads. Im Ersten *Zukunftsbericht* der RLS hieß das: „Unter Entwicklungspfaden sollen solche Formen des gesellschaftlichen Wandels verstanden werden, die auf der Basis prinzipiell gleicher technologischer Möglichkeiten zu unterschiedlichen gesellschaftlichen Ergebnissen führen ... Historisch können aus gesellschaftlichen Krisen mehr oder minder zeitgleich alternative Entwicklungspfade entstehen.“<sup>124</sup>

*Krise* bedeutet dabei nichts anderes, als dass die Fähigkeiten eines gesellschaftlichen Systems, sich unter Beibehaltung seiner wesentlichen Grundregeln an Veränderungen anzupassen, tendenziell erschöpft sind. Ein Entwicklungspfad beginnt mit einer Änderung dieser Grundregeln. Er ist zunächst dynamisch und teilweise unsystematisch, wird dann stabiler, systematischer und unflexibler, und am Ende zunehmend dysfunktional. Er kann jedoch nur durch einen neuen Entwicklungspfad abgelöst werden. Sonst fault er einfach weiter dahin.

Die Entstehung eines neuen Entwicklungspfades ist also nicht einfach definiert durch die Bedingungen. Sie ist *Gegenstand einer gesellschaftlichen Entscheidung*. Diese findet natürlich nicht in Form einer allgemeinen Abstimmung statt, sondern in sozialen Kämpfen, in der Auseinandersetzung zwischen sozialen Interessen, die sich zu *Koalitionen* zusammenfinden - die berühmte Polarisierung der Gesellschaft am Vorabend revolutionärer Umbrüche. Weil die ausgereizte Anpassungsfähigkeit des alten Systems dazu führt, dass die herrschenden Kräfte zur Machterhaltung zunehmend „über die Stränge schlagen“, sprich selbst Grundelemente der geltenden Ordnung verlet-

---

<sup>124</sup> Dieter Klein (Hg.): *Leben statt gelebt zu werden. Selbstbestimmung und soziale Sicherheit. Zukunftsbericht der RLS.* Berlin : Karl Dietz Verlag 2003, S. 22 f.

zen, kann die Herausbildung einer solchen Koalition zunächst *defensiven* Charakter haben. Sie kann allerdings nicht dabei stehen bleiben, sondern muss eine halbwegs konsistente Neugestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse, einen neuen Entwicklungspfad, selbst aktiv formulieren und anstreben, wenn sie gewinnen will. Umgekehrt kann sich auch eine Koalition von Kräften herausbilden, die den bislang herrschenden Eliten näher steht (aber nicht völlig identisch ist mit ihnen) - Kräfte, die sich um die bisherige Grundordnung zunehmend weniger scheren, sondern selbst eine Koalition bilden, die einen neuen Entwicklungspfad anstrebt. Manchmal konkurrieren zwei mögliche, neue Entwicklungspfade um ihre gesellschaftliche Durchsetzung. Manchmal gibt es nur einen neuen Entwurf, und der Kampf geht darum, ob er realisiert werden kann oder die bisherige Ordnung, obwohl ramponiert, bis auf weiteres beibehalten wird.

## II. Vom Neoliberalismus lernen, heißt Siegen lernen

Eine Konsequenz dieser Vorstellung von Revolution ist es, *Transformation als Kooperation* zu interpretieren, als Zusammenwirken sehr unterschiedlicher Kräfte. Es ist das Bild, das Rosa Luxemburg zeichnet, wenn sie das Russland des Jahres 1905 beschreibt als „ein riesenhaftes buntes Bild einer allgemeinen Auseinandersetzung der Arbeit mit dem Kapital, das die ganze Mannigfaltigkeit der sozialen Gliederung und des politischen Bewusstseins jeder Schicht und jedes Winkels abspiegelt und die ganze lange Stufenleiter vom regelrechten gewerkschaftlichen Kampf einer erprobten großindustriellen Elitetruppe des Proletariats bis zum formlosen Protestausbruch eines Haufens Landproletarier und zur ersten dunklen Regung einer aufgeregten Soldatengarnison durchläuft, von der wohlgezogenen eleganten Revolte in Manschetten und Stehkragen im Kontor eines Bankhauses bis zum wirren, scheu-dreisten Murren einer klobigen Versammlung unzufriedener Polizisten in einer verräucherten,

dunklen und schmutzigen Polizeiwachstube.“<sup>125</sup>

Dabei spielen insbesondere die sogenannten *Formen des Politischen* eine Rolle: soziale Bewegungen, politische Strömungen, Parteien, die Linke (bzw. Rechte) als politisches Kontinuum. Alle diese müssen gemäß ihren unterschiedlichen Möglichkeiten und Grenzen am Veränderungsprozess mitwirken, wenn das Projekt Erfolg haben soll. „Das Projekt“, genauer gesagt das *politische Projekt*, ist gleichzeitig die Form des Politischen, die das gemeinsame Zusammenwirken für einen neuen Entwicklungspfad annehmen muss, um in die Offensive zu gelangen.

Ohne politisches Projekt gibt es keine Revolution, keinen Übergang zu einem neuen Entwicklungspfad. Ein solches politisches Projekt besteht nicht in einer kompletten Theorie oder einer detailliert ausgearbeiteten Programmatik; dazu sind schon die beteiligten Formen des Politischen zu unterschiedlich. Ein politisches Projekt besteht, wie Gramsci sagt, in der Herausbildung der „eisernen Überzeugung ..., dass eine bestimmte Lösung der lebenswichtigen Probleme nötig ist.“<sup>126</sup> Wir können - gerade aus dem Studium der neoliberalen Revolution - genauer sagen, dass ein politisches Projekt in diesem Sinne drei Elemente haben muss: eine *gesellschaftliche Problemanalyse* in der Form einer sehr einfachen Formel, einen *ökonomischen Lösungsvorschlag* - ebenfalls in Form einer sehr einfachen Formel -, und eine *Netzwerkstruktur*, in der sich die Kommunikation dieses politischen Projekts abspielt.

Die gesellschaftliche Problemanalyse, die das neoliberale Projekt formulierte, lautete: Die *Wettbewerbsverzerrungen* durch Sozialstaat, Subventionen und eine aktive Geldmarktpolitik behindern die Produktivitätsentwicklung. Der Lösungsvorschlag hieß: Marktförmigkeit und *Ökonomisierung* aller Gesellschaftsbereiche, auf jeder

---

<sup>125</sup> Rosa Luxemburg: Massenstreik, Partei und Gewerkschaften. A. a. O., S. 111.

<sup>126</sup> Antonio Gramsci, Wann kann man sagen, dass eine Partei gebildet ist und mit normalen Mitteln nicht zerstört werden kann? Gefängnishefte 14(I) §70, Bd. 7, S. 1699.

Ebene. Das Netzwerk, über das diese *message* verbreitet wurde, ist im Projekt „Buenavista Neoliberal“ ausführlich beschrieben worden; im Wesentlichen handelte es sich um eine hervorragend finanziertes Netz von Seilschaften aus dem akademischen Bereich und *think tanks* einflussreicher Kapitalgruppen, angereichert durch IT-Theoretiker und ausgewählte Künstler, verschränkt mit Repräsentanten der in den 60er Jahren in die Defensive geratenen „universalistischen“ Politikerfraktion. Die Methoden der Durchsetzung reichten vom Putsch in Chile über die Infiltration der europäischen Sozialstaaten bis zur gezielten Einbindung der „samtenen Revolutionen“. Aber sie waren fokussiert auf die Realisierung des formulierten politischen Projekts.

Der neoliberale Entwicklungspfad wehrte zunächst die alternative Weichenstellung einer demokratisch-sozialistischen Entwicklung ab (in Chile oder in Ungarn), löste den fordistisch-kapitalistischen Entwicklungspfad im Westen ab und trat dann die Nachfolge des staatssozialistischen Entwicklungspfads im Osten an, wobei all dies in engem Zusammenhang stand.<sup>127</sup>

---

<sup>127</sup> Paradoxerweise spielen beim Übergang zum neoliberalen Entwicklungspfad Demokratieforderungen eine zentrale Rolle. Der Neoliberalismus ist als politisches Projekt einerseits entdemokratisierend, andererseits inkorporiert er sehr viel stärker als der fordistische Entwicklungspfad Elemente der Selbstorganisation und der indirekten Kontrolle, was Teil seiner überlegenen Produktivität ist. In den staatssozialistischen Staaten wurde die Option eines demokratisch-sozialistischen Entwicklungspfads ebenso geblockt wie im Westen, wo sie nach Chile, Portugal, Spanien etc. auch in der Luft lag. Die sozialistischen Gesellschaften waren allerdings nicht in der Lage, ein anderes Folgemodell für den Entwicklungspfad des „fordistischen Sozialismus“ aus eigener Kraft hervorzubringen, was Ursache ihrer politischen und ökonomischen Unterlegenheit in den 80ern und schließlich ihrer Eingliederung in den 90ern wurde.

Der Staatssozialismus scheiterte also gerade daran, dass er innere Systemwechsel erfolgreich blockierte, aber nicht imstande war, sie selbst kreativ hervorzubringen. „Die stillschweigende Voraussetzung der Diktaturtheorie im Lenin-Trotzkischen Sinne ist, dass die sozialistische Umwälzung eine Sache sei, für

Für die Ablösung des neoliberalen Entwicklungspfades, für die kommende Revolution gegen ihn, gibt uns die Betrachtung seines Entstehens vor allem zwei Fragen auf. Die eine ist die Frage, *wie das politische Projekt beschaffen sein wird*, das ihn ablösen kann. Ungefähre Umrisse deuten sich an. Die Problemanalyse dieses politischen Projekts wird vor allem auf die Erpressung durch einseitige ökonomische Macht abheben, insbesondere auf die *Mobilität* des globalen Kapitals, welche gesellschaftliche Reproduktion, soziale Innovation und rationale Entscheidungen zunehmend unmöglich macht. Die Lösungsformel wird dementsprechend darin bestehen, dass die Verhandlungsmacht von Menschen und Gesellschaften gestärkt werden muss, vor allem durch Mobilitätsbegrenzung des Kapitals - ob sich dieser Lösungsansatz auf einen Kapitalismus mit politischem Primat beschränken wird oder ob er die Aneignung von sozio-ökonomischen Entscheidungsbefugnissen durch NGOs, Dritten Sektor und allgemeine Partizipation fordern wird, wird sich in der Praxis entscheiden. Das Netzwerk dieses politischen Projekts wird sich stark über die globalisierungskritische

---

die ein fertiges Rezept in der Tasche der Revolutionspartei liege, dies dann nur mit Energie verwirklicht zu werden brauche. Dem ist leider - oder zum Glück - nicht so. Weit entfernt, eine Summe fertiger Vorschriften zu sein, die man nur anzuwenden hätte, ist die praktische Verwirklichung des Sozialismus als eines wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Systems eine Sache, die völlig im Nebel der Zukunft liegt.“(Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution. GW, Bd. 4, S. 359) Die Maßnahmen, von denen wir wissen, sind „vorwiegend negativen Charakters. Wir wissen so ungefähr, was wir zu allererst zu beseitigen haben ...“(ebenda, S. 360) „Das Negative, den Abbau, kann man dekretieren, den Aufbau, das Positive, nicht. Neuland. Tausend Probleme. Nur Erfahrung ist imstande, zu korrigieren und neue Wege zu eröffnen. Nur ungehemmt schäumendes Leben verfällt auf tausend neue Formen, Improvisationen, erhellte schöpferische Kraft, korrigiert selbst alle Fehlgriffe. Das öffentliche Leben der Staaten mit beschränkter Freiheit ist eben deshalb so dürftig, so armselig, so schematisch, so unfruchtbar, weil es sich durch Ausschließung der Demokratie die lebendigen Quellen allen geistigen Reichtums und Fortschritts absperrt.“ (ebenda)

Bewegung entwickeln; aber welche anderen Formen und Kräfte dabei einbezogen sein werden, wer das Projekt mitformulieren wird, ist derzeit noch unklar.

Die andere Frage ist, wie der soziale Kampf um einen neuen Entwicklungspfad ablaufen wird, welche Rolle die unterschiedlichen Formen des Politischen dabei spielen werden, und was nötig ist um dafür offen zu sein. Dies führt uns auf den zweiten Teil meines Vortrags, das Phänomen der Emergenz.

### III. Emergenz und Organisierung

Im Jahr 1842 fährt der junge Friedrich Engels nach Manchester, um die väterliche Baumwollfabrik zu inspizieren und um im Auftrag der Revolution die *Lage der werktätigen Klasse in England* zu studieren, die er zwei Jahre später in dem gleichnamigen Buch beschreiben wird, das seine Erfahrungen in Manchester zusammenfasst. Manchester war zu dieser Zeit die Boomtown der industriellen Revolution. Die Zahl der Einwohner hatte sich in 75 Jahren verzehnfacht, das Wachstum der Stadt übertraf an Tempo alles bisher Dagewesene.

Viele hatten vor Engels die Lage der Arbeiterklasse in Manchester in drastischer Form dargelegt, häufig nicht ohne auf geradezu mythische Metaphern zurück zu greifen. Aber niemand ist so präzise wie Engels, niemand sieht so genau hin. Es gibt Phänomene, die Engels wiedergibt, ohne dass er sie sich befriedigend erklären kann.<sup>128</sup> So beschreibt er, die Stadt sei in einer Weise erbaut, dass man jahrelang in ihr leben oder sie durchqueren kann, ohne dass man ein einziges Arbeiterviertel oder auch nur einen Arbeiter zu sehen bekommt. Eine „unbewusste, stillschweigende Übereinkunft“ scheint die Klassen der Stadt zu trennen, mit einer feinsäuberlichen Linie. Diese Struktur, unterstreicht Engels, kann nicht durch Planung entstanden sein; die Stadt ist buchstäblich zu schnell gewachsen, als dass irgendjemand ihre Anlage hätte kontrollieren können. Und dennoch ist ein System von

höchster Präzision und irritierender Effektivität entstanden.

Die Passage, in der Engels diese Überlegung anstellt, wird heute gern zitiert - und zwar nicht in der marxistischen Literatur, sondern in der naturwissenschaftlichen. Das Phänomen, das Engels mit großer Genauigkeit beschreibt, wird heute als *Emergenz* bezeichnet und bereitet einer ganzen Generation von Mathematikern, Informatikern, Biologen, Stadtwissenschaftlern und Programmierern eine Menge Kopfzerbrechen. Hardt und Negri beziehen sich darauf unter der Bezeichnung *swarm intelligence*; wir finden es auch unter Bezeichnungen wie Synchronizität, Koinzidenz, spontane Selbstorganisation u.a.

Emergenz ist das, was Ameisen und Termiten in Stand versetzt, komplexe Städte mit raffinierten Architekturen zu bauen, obwohl die einzelne Ameise keinen derartigen Bauplan hat und ohne dass es eine Chefameise gäbe, die sie dazu dirigiert. Soweit wir es heute verstehen, beruht Emergenz darauf, dass eine große Anzahl von einzelnen Individuen oder „Agenten“ einem Satz einfacher Regeln folgt, die sich jedoch weiterentwickeln – durch nachbarschaftliche Weitergabe, Rückkopplungsbeziehungen mit den anderen, das Wiedererkennen von Mustern und eine nicht zu strenge, aber reale Rückwirkung der Umwelt im Sinne adaptiver Fitness. Emergenz dirigiert die innere Struktur großer Städte, sie ist sehr wahrscheinlich zentral für die Funktionsweise unseres Gehirns, und sie wird heute benutzt, um eine neue Generation von Computerprogrammen zu gestalten, die man nicht mehr detail schreibt wie eine Partitur, sondern die man entstehen lässt wie man einen Garten anlegt, ein Brot bäckt oder Kinder unterrichtet – im Vertrauen auf gelenkte Selbstorganisation.

Emergenz ist etwas, das wir alle kennen, was uns aber normalerweise nicht auffällt. Nehmen wir an, unsere Gruppe oder unser Ortsverein will für eine Veranstaltung oder für einen Wahlkampf Plakate kleben. Natürlich muss sie dafür erst einmal motiviert werden, und wenn wir sie zu stark drängen, wird sie ab einem bestimmten Maß von Druck überhaupt keine Plakate mehr kleben - das bedeutet erstmal nur,

---

<sup>128</sup> Friedrich Engels : Die Lage der arbeitenden Klasse in England. In: MEW, Bd. 2, 225 ff.



dass unsere Gruppe ein komplexes System ist, das nicht-linearen Gesetzen gehorcht, mit Emergenz hat das noch nichts zu tun. Wenn die Gruppe aber gut ist, wird sie im Laufe der Zeit wissen, wo man optimal klebt. Sie wird wissen, wo man Plakate so hingängt, dass sie auffallen und trotzdem verhältnismäßig lange kleben bleiben, bevor sie gerissen werden. Sie wird dieses Wissen auf Straßen und Stadtteile übertragen können, wo sie noch nie war, weil sie bestimmte Muster wiedererkennt. Und trotzdem wird niemand diese Regeln ohne weiteres abstrakt formulieren können. Sie werden nicht aufgeschrieben, sie werden nicht diktiert, und sie entstehen nicht durch Nachdenken, sondern durch Erfahrung, Ausprobieren, Lernen. Und sie sind besser als jedes Handbuch „Wie klebe ich Plakate“, das sich ein frustrierter Mittelbauwissenschaftler in einem mehrjährigen Forschungsprojekt ausdenkt, um seine prekäre Existenz in Zeiten von Hartz IV wieder eine Weile abzusichern.

Es gibt erhebliche Anzeichen, dass Emergenz auch zu den Problemen gehört, mit denen *Hartz IV* zu kämpfen hat. Der *Spiegel* berichtet entrüstet, dass sich Menschen in nie gekannter Weise in Internet-Foren darüber austauschen, mit welchen Strategien, Angaben und Instrumenten sich aus dem Sozialdumping-Angriff von oben überlebensfähige Nischen heraus schlagen lassen, wie man aus der schädlichen Lebensgemeinschaft eine Zweck-WG macht („zwei Betten, zwei Schränke“), wie man optimal in die Ich-AG ein- und rechtzeitig wieder aussteigt usw. usf. Es gibt kein Handbuch dafür. Es gibt auch keine Zentralanweisung an die Mitarbeiter der Kommunen, wie sie durch Hartz IV geschickt die Unterfinanzierung der kommunalen Haushalte mildern können. Man findet es nicht durch Analyse der Gesetzestexte heraus, sondern durch die Praxis. Es handelt sich um einen gigantischen Prozess der Herausbildung kollektiver Intelligenz, der nicht unwesentlich dazu beigetragen hat, dass Hartz IV aus Bundesperspektive finanziell praktisch gescheitert ist.

Obwohl wir alle Emergenz kennen, ist es sehr schwer, sie zu denken. Da wir wie die meisten großen Primaten eine ziemlich

starke hierarchische Ader haben, hindert uns das, Systeme kollektiver, selbstorganisierter Intelligenz zu erkennen. Wir haben jahrzehntelang nach den Chefameisen gesucht, welche die Bauwerke der Ameisen dirigieren, weil wir uns keine andere Form der Entstehung komplexer Strukturen vorstellen konnten. Marx beschreibt in den *Feuerbach-Thesen* zutreffend, dass der frühere Materialismus sich nicht vorstellen konnte, dass Menschen die Welt verändern, weil er sie als passives Objekt der Umweltbedingungen dachte; während der Idealismus die „tätige Seite“ entwickelte, aber sie dem Denken großartiger Einzelindividuen zuschrieb anstatt der kollektiven, verändernden Praxis der Vielen. Der marxistische Begriff der *revolutionären Praxis* und des Erziehers, der beständig selbst erzogen werden muss, sind eine ziemlich gute Annäherung an das Phänomen der Emergenz auf dem Gebiet der gesellschaftlichen Veränderung. Aber Marx selbst fällt in seiner Vorstellung von Kooperation immer wieder in dirigistische Auffassungen zurück, wenn er bei läufig Bemerkungen fallen lässt wie „Ein einzelner Violinspieler dirigiert sich selbst, ein Orchester bedarf des Musikdirektors.“<sup>129</sup> Dirigistische Auffassungen von Kooperation, die eigentlich im Widerspruch zum marxistischen Konzept der kollektiven, inhärent revolutionären Praxis stehen, haben nicht von ungefähr vor allem die Kritik materialistischer Feministinnen hervorgerufen. Maria Mies oder Ute Holzkamp-Osterkamp weisen von unterschiedlichen Standpunkten aus darauf hin, dass Frauen aufgrund ihrer historischen Praxis tendenziell vertrauter sind mit Strukturen kooperativer, nicht-dirigistischer Entwicklung von Wissen und Veränderung.<sup>130</sup>

Es ist klar, dass die Öffnung für die Betrachtung kollektiver Intelligenz und spontaner Selbstorganisation große Konse-

---

<sup>129</sup> Karl Marx : Das Kapital. Erster Band. MEW, Bd. 23, S. 350.

<sup>130</sup> Vgl.: Ute Holzkamp-Osterkamp : Grundlagen der psychologischen Motivationsforschung 1. Frankfurt 1975 ; Maria Mies : Gesellschaftliche Ursprünge der geschlechtlichen Arbeitsteilung. Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis Nr. 3, München 1980, 61 ff.

quenzen haben muss für unser Verständnis revolutionärer Prozesse. Diejenige, die über diesen Aspekt so tief und intensiv nachgedacht hat wie niemand vor ihr und kaum jemand nach ihr, ist *Rosa Luxemburg*. Ähnlich wie Engels beobachtet sie so genau, dass sie Phänomene erfasst, für die ihre Zeit noch keine Begriffe bereitstellt und die dem Denken spontan widerstreben.

In *Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie* entwickelt Luxemburg das Konzept der kollektiven Intelligenz im revolutionären Prozess mit großer Präzision. Über die „russische Bewegung“ schreibt sie: „Ihre wichtigsten und fruchtbarsten Wendungen des letzten Jahrzehnts sind nicht etwa von bestimmten Leitern der Bewegung, geschweige von leitenden Organisationen ‚erfunden‘ worden, sondern sie waren jedesmal *das spontane Produkt der entfesselten Bewegung selbst*.“<sup>131</sup> Sie erweitert dies zum grundsätzlichen Modus der „sozialdemokratischen Bewegung“: „Die Kampfaktik der Sozialdemokratie wird in ihren Hauptzügen überhaupt nicht ‚erfunden‘, sondern sie ist das Ergebnis einer fortlaufenden Reihe großer *schöpferischer Akte des experimentierenden, oft elementaren Klassenkampfes*.“<sup>132</sup> Und dann kommt eine bemerkenswerte Formulierung: „Auch hier geht *das Unbewusste vor dem Bewussten, die Logik des objektiven historischen Prozesses vor der subjektiven Logik seiner Träger*.“<sup>133</sup>

Diese *Zusammenstellung* finden wir bei Luxemburg immer wieder: Auf der einen Seite stehen die objektiven Verhältnisse, das Unbewusste und die Spontaneität – auf der anderen Seite die subjektive Beschränkung, das bewusste Erkennen und die formale Organisation. In der Geschichte der sozialistischen Bewegung sind wir es gewohnt, dass die Zusammenstellung anders herum erfolgt. Die formale Organisation, die Partei, das wissenschaftliche Erkennen werden mit der spezifischen

Würdigung der objektiven Verhältnisse zusammen gedacht, die subjektive Beschränkung mit dem Unbewussten und Spontanen. Luxemburg sagt, das ist Quatsch.

Wenn man den Mut besitzt, das Klammern an hierarchische Erkenntnistheorien aufzugeben und sich auf die kollektive Intelligenz der realen, lebendigen Klasse einzulassen, dann entsteht ein ganz anderes Bild: Die lebendige, spontane, lernfähige Interaktion der Menschen miteinander und mit den Verhältnissen *zeichnet das Bild der objektiven Verhältnisse* - so wie die komplexen Strukturen, welche die kollektive Intelligenz emergenter Akteure hervorbringt, die Wahrheit über die ihre Umweltbedingungen *ausdrücken* einschließlich der Möglichkeiten, sie zu *verändern*. Eine Wahrheit, über die keines der Individuen für sich vollständig verfügt, und ein veränderndes Handeln, das keine Zentralinstanz anordnen könnte.

Die *Konsequenz* ist, genau darauf zu *vertrauen*. In diesem Sinne fällt in den *Organisationsfragen* auch die Formulierung vom „*Massen-Ich der Arbeiterklasse* ...“, das sich partout darauf versteift, eigene Fehler machen und selbst historische Dialektik lernen zu dürfen. Und schließlich sagen wir doch unter uns offen heraus: Fehltritte, die eine wirklich revolutionäre Arbeiterbewegung begeht, sind geschichtlich unermesslich fruchtbarer und wertvoller als die Unfehlbarkeit des allerbesten ‚Zentralkomitees‘.“<sup>134</sup>

---

<sup>131</sup> Rosa Luxemburg, *Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie*. In: GW 1.2, S. 431.

<sup>132</sup> Ebenda, S. 432.

<sup>133</sup> Ebenda.

---

<sup>134</sup> Ebenda, S. 444. Die kollektive Intelligenz des „Massen-Ichs der Arbeiterklasse“ ist die Entsprechung zu der komplexen Kampfform, die Luxemburg den Massenstreik nennt und von dem sie betont: „Es ist gänzlich verkehrt, sich den Massenstreik als einen Akt, eine Einzelhandlung vorzustellen.“ (Massenstreik 125). Es ist emergenter Prozess, die Herausbildung einer Praxis, und dieser Prozess verläuft so unvorhersehbar, so scheinbar rein zufällig, dass Luxemburg immer wieder zu Bildern nicht-linearer Naturprozesse greift, um unsere Vorstellung dafür zu öffnen: „Er flutet bald wie eine breite Meerenge über das ganze Reich, bald zerteilt er sich in ein Riesennetz dünner Ströme; bald sprudelt er aus dem Untergrunde wie ein frischer Quell, bald versickert er ganz im Boden“ (124), nur um danach desto kräftiger wieder hervorzutreten. Die

Wer die spontane, kollektive Intelligenz der Klasse abwürgt, wird Verhältnisse konservieren, die eben nicht auf der Höhe des historisch Möglichen revolutioniert sind. Das ist *Luxemburgs Kritik* sowohl an der Führung der deutschen Sozialdemokratie als auch an der nachrevolutionären Politik Lenins und Trotzki in Russland: „Je weniger nun in der gegenwärtigen Kampfperiode die Selbstbetätigung, die freie Initiative, der politische Sinn der aufgewecktesten Schicht der Arbeiterschaft entfesselt, je mehr sie durch ein sozialdemokratisches Zentralkomitee politisch geleithammelt und gedrillt wird, um so leichter wird das Spiel der bürgerlichen Demagogen in dem renovierten Russland sein.“<sup>135</sup> Aus der kritischen Perspektive eines demokratischen Sozialismus *berühren sich so die vermeintlichen Extreme* eines sozialdemokratischen Reformismus und einer kommunistischen Demokratiefeindlichkeit.

#### IV. „Unterdrückte, begrabt eure Zwie- tracht“<sup>136</sup>

Wenn wir *heute* den Widerspruch betrachten zwischen der massiven, manifesten

---

Metaphorik des bewegten Wassers, der bewegten Luft, der organischen Rhythmen, alles klassische Fälle nicht-linearer Physik, zieht Luxemburg immer wieder heran: „Alle geschichtliche Erfahrung“ zeigt, schreibt sie in *Zur russischen Revolution*, „dass das lebendige Fluidum der Volksstimmung beständig die Vertretungskörperschaften umspült, in sie eindringt, sie lenkt.“(354) Dann nennt sie dieses Fluidum „jene dünne, vibrierende, empfängliche politische Luft, in der die Wellen der Volksstimmung, der Pulsschlag des Volkslebens augenblicklich in wunderbarer Weise auf die Vertretungskörperschaften einwirken.“ (S. 355)

<sup>135</sup> Ebenda, S. 440. „Es [die Beseitigung der Demokratie durch Trotzki und Lenin] verschüttet nämlich den lebendigen Quell selbst, aus dem heraus alle angeborenen Unzulänglichkeiten der sozialen Institutionen allein korrigiert werden können. Das aktive, ungehemmte, energische politische Leben der breitesten Volksmassen.“ (*Zur russischen Revolution*, 355 f.)

<sup>136</sup> Bert Brecht : Grabschrift für Rosa Luxemburg. In : GW, Bd. 10, S. 958.

sozialen Krise und der nahezu ungebrochenen Hegemonie der herrschenden Eliten, ihrer Deutungsmacht, dann *berühren sich auch heute die Extreme*. Neigungen zu einer *bloß* parlamentarischen Reformpolitik, die sich jede Kritik autoritär verbittet, und Tendenzen zu einem *folgenlosen* Radikalismus, der jeder politischen und Alltagshandlung unterschiedslos die Komplizenschaft mit dem System nachweist, treffen sich ebenfalls. Sie treffen sich im tiefen Misstrauen gegenüber den Menschen, im Wunsch, die Entwicklung einer kollektiven, zeitgemäßen, revolutionären Intelligenz schulmeistern zu wollen. Sie treffen sich in der Unfähigkeit, die Potenziale zu erkennen, das Gespür für historische Chancen und Momente zu entwickeln, das einhergeht mit dem Gefühl für den lebendigen Rhythmus kollektiver Selbstentwicklung.

Es ist deshalb eine *historische Chance*, wenn wir über die Möglichkeiten eines neuen *Linksbündnisses* reden; eine Chance aus Wagenburgen auszubrechen und die Kraft der Veränderung auf eine neue Ebene zu tragen. Es liegt allerdings auch eine große *Gefahr* darin. Es ist bemerkenswert, wie stark die Erwartungshaltung ist, die heute den Führungen von PDS und WASG entgegenschlägt. Diese Erwartungshaltung hat viel mit *Mustererkennung* zu tun, *pattern recognition*, einem Schlüsselbegriff für emergente Systeme. Die Menschen, die diese Erwartung ausdrücken, sind keine wirklichen „Unabhängigen“ im klassischen Sinne. Es sind Menschen mit *Organisationserfahrung*, in Bewegungen, Gewerkschaften, politisch-sozialen Projekten; es ist das direkte Umfeld der beiden Linksparteien, häufig sogar Teile der Mitgliedschaft, die organisatorische Verantwortung tragen.<sup>137</sup>

---

<sup>137</sup> Rainer Rilling und Christoph Spehr: Die Wahl 2006, die Linke und der jähe Bedarf an Gespenstern. RLS-Standpunkte 2005, Berlin; Christoph Spehr: Bewegung, Strömung, Partei. Formen des Politischen heute. In: Brie/Hildebrandt, a. a. O., 39 ff.; ders.: „... dass früher oder später jemand gegen sie kämpfen muss.“ Revolution und Transformation in „Matrix“. In: Lutz Kirschner, Christoph Spehr (Hg.): Sozialismus auf dem Mars. In: Initial 1/2005, Berlin; ders.: „Manche Türen führen anderswohin an einem Freitag“. Notizen über Rosa

Diese Menschen haben eine linke Vergangenheit und Gegenwart, die ihnen etwas beigebracht hat über Koalitionen und Bündnisprozesse. Sie haben gelernt, in einer langen, für die Linke schwierigen Zeit *Strukturen zu bilden*, Koalitionen und Bündnisse auf lokaler und regionaler Ebene, indem sie *einfachen Regeln gefolgt* sind und diese verändert und weiterentwickelt haben. Diese Regeln der Kooperation lauten ungefähr:

1. Tue das zusammen, was gemeinsam möglich ist, und respektiere die Unterschiede;
2. Entwickle genug Empathie, um anzuerkennen, wo Identitätspunkte des jeweils anderen liegen, die berücksichtigt werden müssen, und um solche Essentials von bloß taktischen Elementen und Vorteilsmaximierung zu unterscheiden;
3. Vermeide negative Signale;
4. Treibe den Prozess der Kooperation durch Kommunikation und gemeinsames Handeln weiter voran.

Diese Menschen, die einen solchen Bündnisprozess jetzt von PDS und WASG erwarten, tun das *nicht* nur, weil sie sich um die fünf Prozent Sorgen machen. *Sie tun es aus Mustererkennung*. Sie erwarten, dass die Muster und Regeln, nach denen sie auf lokalen und regionalen Ebenen zu kooperieren gelernt haben, sich auf die nächsthöhere Ebene übertragen. Wenn sie nicht sehen, dass das stattfindet, werden sie daraus den Schluss ziehen, dass die Führungen der beiden Parteien, möglicherweise die Parteien oder die Parteiform selbst, nicht in der Lage sind, diejenige Stufe von kollektiver Intelligenz zu praktizieren, die diese Menschen selbst als politisch überlebensnotwendig gelernt haben. Sie werden, platt gesagt, den Schluss ziehen, dass die beiden Parteien *zu dumm sind* - nicht die Individuen, sondern die Organisationen, vielleicht auch die Organisationsform; dass sie jenes Maß an kollektiver Intelligenz nicht entwickelt haben, das auf der Höhe der Zeit ist. Dass sie kollektiv nicht schlau genug sind. Und das würde zur *Abwendung* führen. Es

würde dazu führen, dass viele, die jetzt ernste Erwartungen in diesen Prozess setzen, die beiden Parteien links oder rechts liegen lassen, wenn sie dieses Verhaltensmuster nicht bei ihnen erkennen können.

Deshalb ist es wichtig, dass die beiden Parteien erkennen lassen, dass sie diese soziale Logik *verstanden* haben und praktizieren können. Es ist nicht wichtig, auf was genau sie sich einigen. Wichtig ist *dass* sie sich einigen und dass sie erkennen lassen, dass es ihnen um mehr geht als um ein wahltaktisches Verfahren; dass sie ein Gespür für den historischen Moment haben; dass sie auf einen Prozess setzen, der über den Wahltag hinausgeht, dass sie aber begreifen, dass der *Moment hier und jetzt* ein entscheidender ist, *der sich nicht vertagen lässt*. Und es wäre auch wichtig – und das ist nicht nur Sache der Führungen oder der beiden Parteien, sondern aller, die diesen Prozess als zumindest teilweise den ihrigen empfinden – den Bündnisprozess als emergenten Prozess zu organisieren, d.h. es müssten jetzt gemeinsame Treffen an der Basis stattfinden, offene, thematische Treffen, die höchstens in zweiter Linie wahl-spekulative und wahlrechtliche Fragen behandeln, sondern den tatsächlichen Bündnis- und Verständigungsprozess vorantreiben.

Das ist kein Prozess, der über die Revolution entscheidet; aber es ist schon ein sehr wichtiger Prozess, ein Prozess von herausgehobener Bedeutung in ihrer Vorbereitung. Denn – die Transformationstheorie sagt es uns – *die nächste Revolution kommt bestimmt*. Die Frage ist nur, ob es unsere ist. Auch diese Frage kann man nicht spekulativ beantworten, sondern nur praktisch bearbeiten. Rosa Luxemburg hat sich natürlich auch zu dem „*Gespenster*“-*Papier* geäußert, das Rainer Rilling und ich produziert haben und in dem wir die Perspektive eines neuen Linksbündnisses diskutiert haben, als der Wahltermin noch 2006 hieß und Oskar Lafontaine noch Mitglied der SPD war. In den *Organisationsfragen* schreibt Luxemburg nämlich:

„Und zwar kann das, was Lenin heute als *Gespens*t sieht, sehr leicht morgen zur *greifbaren Wirklichkeit* werden.“(440)

Also, arbeiten wir dran. Vielen Dank!

---

Luxemburg, Harry Potter und den Stein der Weisen, *Freitag*, Berlin 2003.

## Die wiederentdeckte Eigentumsfrage

*„Ihr habt die Artikel vermehrt, um die größte Freiheit für die Nutzung des Eigentums sicherzustellen, habt jedoch kein einziges Wort gesagt, um seine Rechtmäßigkeit zu bestimmen; auf solche Weise erscheint eure Erklärung nicht für die Menschen, sondern für die Reichen gemacht, für Aufkäufer, Spekulanten und Tyrannen.“*

Maximilien Robespierre 1793 zum Verfassungsentwurf von Condorcet



### 1. Ein kurzer Blick zurück in die Geschichte der Eigentumsauffassungen des europäischen Sozialismus und Kommunismus

#### Der Gegensatz zwischen Kommunismus und Sozialismus im frühen 19. Jahrhundert

Seit der Entstehung des Sozialismus und Kommunismus als intellektueller, politischer und sozialer Bewegung im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts war die Eigen-

tumsfrage ihre „Grundfrage“<sup>138</sup>. In einer alternativen Eigentumsordnung sahen sie die Grundlage einer nachkapitalistischen Gesellschaftsordnung. Während die Kommunisten auf ein föderal oder zentralistisch organisiertes Gemeineigentum orientierten, auf dessen Grundlage alle als Gemeineigentümer gleich seien (so von Babeuf über Dézamy bis Cabet und Weitling), vertraten die Sozialisten die Vision eine Assoziation freier Produzenten, die die Nutzung des Leistungsprinzips, die Berücksichtigung von Kapital und Fähigkeiten bei der Vergütung sowie ein Kredit-system und kontrollierte Märkte einschloss (beispielhaft dafür die Fourieristen und Saint-Simonisten).

Während Kommunisten annahmen, „dass die Arbeit schon allein durch die Vereinigung der Menschen zu gemeinsamem Schaffen angenehm und abwechslungsreich wird“<sup>139</sup>, sobald die Gegensätze von Arm und Reich verschwunden sind, forderten die Saint-Simonisten, „dass alle Arbeitsmittel, Erde und Kapital, die heutzutage einen zersplitterten Fonds von lauter Privateigentum bilden, zu einem gesellschaftlichen Fonds verschmolzen werden

---

<sup>138</sup> Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. In: MEW, Bd. 4, S. 493.

<sup>139</sup> Thèodore Dézamy: Gesetzbuch der Gütergemeinschaft. In: Joachim Höppner, Waltraud Seidel-Höppner: Von Babeuf bis Blanqui. Französischer Sozialismus und Kommunismus vor Marx. Band II: Texte, Leipzig 1975, S. 490.

und dass dieser Fonds *gemeinschaftlich* nach einer *Rangordnung* so genutzt wird, dass die Arbeitsleistung eines jeden der Ausdruck seiner *Fähigkeit* und sein Reichtum das Maß seiner *Leistung* ist“<sup>140</sup>. Der zentrale Einwand der Kommunisten gegen die Position der Sozialisten war, dass damit der Kapitalismus nicht abgeschafft, sondern ihm bestenfalls nur eine andere Form gegeben und Ausbeutung und Unterdrückung auf einem Umweg zurückkehren würden. Freiheit *oder* Gleichheit, reformierter Kapitalismus oder egalitärer Kommunismus schienen schon damals unversöhnbare Alternativen.

Der Fourierist Victor Considerant brachte seinerseits den Gegensatz der Sozialisten, die dem Ideal einer Assoziation verpflichtet sind, gegenüber den Kommunisten auf den Punkt, als er polemisch formulierte: „Der *Kommunismus* erkennt keinerlei Überlegenheit an und sucht eine solche auf ein niederes Niveau herabzudrücken; er untergräbt jeden Wettstreit. Die *Assoziation* hingegen fördert die freie Entwicklung des einzelnen und sein Emporstreben; statt Auszeichnungen und Vorrechte zu unterdrücken, entwickelt sie sie in unbegrenzter Vielfalt und macht sie allen zugänglich. Der *Kommunismus* ähnelt einem Musikstück, das ständig dieselbe Note herunterleiert. Die *Assoziation* gleicht einer Partitur, die alle Noten zu einer klangvollen Harmonie verbindet.“<sup>141</sup>

### **Das Marxsche Paradoxon: Individuelles Eigentum auf der Grundlage von Gemeinbesitz**

Die bis heute beeindruckendste Darstellung der kapitalistischen Produktionsweise findet sich im „Manifest“ von Karl Marx und Friedrich Engels. Sie umriss den kapitalistischen Doppelcharakter von ständiger Revolutionierung sämtlicher gesellschaftli-

chen Verhältnisse und Erzeugung eines bisher dahin ungekannten gesellschaftlichen Reichtums einerseits und der Unfähigkeit andererseits, diesen Reichtum in die freie und solidarische Entwicklung aller zu verwandeln. Gegenüber dieser Analyse des Kapitalismus blieb die Darstellung der Grundzüge einer alternativen Ordnung im „Manifest“ faktisch aus. Es war primär eine Definition der Negation: Der Kommunismus lasse sich als Prozess der „Aufhebung des Privateigentums“ zusammenfassen<sup>142</sup>.

Die allgemeinen Maßregeln zur Einleitung einer „kommunistischen Revolution“ im Gefolge der Erlangung der politischen Herrschaft durch das Proletariat waren nach Marx und Engels im Jahre 1848 u. a. die Sozialisierung des Grundeigentums und die Verwendung der Grundrente für den Staatshaushalt, eine starke Progressivsteuer und die Abschaffung des Erbrechts, die Zentralisation des Kredits in den Händen einer Zentralbank, die Zentralisation des Transportwesens, die Ausdehnung von Nationalfabriken, ein allgemeiner Arbeitszwang sowie die öffentliche Erziehung in Vereinigung mit der materiellen Produktion.<sup>143</sup> Es sind insgesamt Maßnahmen, die in ihrer Logik auf die Errichtung einer zentralisierten Planwirtschaft zielen, wo „freie Menschen“, wie Marx im „Kapital“ sagt, „mit gesellschaftlichen Produktionsmitteln arbeiten und ihre vielen individuellen Arbeitskräfte selbstbewusst als eine gesellschaftliche Arbeitskraft verausgaben“<sup>144</sup>. Die Gesellschaft wird dabei als Subjekt gedacht, das nach einem einheitlichen Willen handelt.

Diesem Verständnis einer kommunistischen Gesellschaft, in der über das Eigentum und die Arbeitskraft planmäßig zentralisiert verfügt wird, stehen nicht nur die auf Dezentralisierung und Selbstverwaltung zielenden Analysen von Marx zur Pariser

---

<sup>140</sup> Die saint-simonistische Lehre. Allgemeine Zusammenfassung der 1829 und 1830 gegebenen Darstellung. In: Joachim Höppner, Waltraud Seidel-Höppner: Von Babeuf bis Blanqui. A. a. O., S. 161.

<sup>141</sup> Victor Considerant: Kurzer Abriss von Fouriers Phalanxsystem. In: Joachim Höppner, Waltraud Seidel-Höppner: Von Babeuf bis Blanqui. A. a. O., S. 226 f.

---

<sup>142</sup> Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. A. a. O., S. 475.

<sup>143</sup> Ebenda, S. 481 f.

<sup>144</sup> Karl Marx. Das Kapital. Erster Band. In: MEW, Bd. 23, S. 92.

Kommune gegenüber<sup>145</sup>, sondern grundsätzlich noch die Vision, dass an „die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen“ durch die kommunistische Umwälzung „eine Assoziation“ trete, „worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller“<sup>146</sup> sei.

Marx und Engels verzichteten mit einem bewussten antiutopischen Impetus letztlich auf die Darstellung jener Institutionen, durch die die Freiheit der Einzelnen und die freie Entwicklung aller organisch verbunden werden könne. Einerseits sollen in einer zukünftigen Ordnung die objektiven Produktionsbedingungen „zum organischen gesellschaftlichen Leib“ (und damit zum Eigentum) der Individuen als gesellschaftlicher Einzelner werden<sup>147</sup>, andererseits wird immer wieder die Verwandlung der Produktionsmittel in zentralisiertes gesellschaftliches Eigentum in den Mittelpunkt gestellt.<sup>148</sup> Die autoritäre Fabrikorganisation wird gedanklich auf die gesamte Gesellschaft ausgedehnt. Befreiung des Einzelnen wird vor allem in der Aufhebung der Arbeitsteilung zwischen Stadt und Land, geistiger und körperlicher Arbeit sowie in der Unterordnung der Individuen unter Tätigkeiten, die ihrer Selbstverwirklichung entgegen stehen, anerkannt. Dieser unvermittelte Widerspruch zwischen Betonung der freien Aneignung der gesellschaftlichen Produktion durch die Individuen als Bedingung ihrer freien Entwicklung einerseits und einem Verständnis von

Sozialisierung als Zentralisation von Verfügung andererseits bietet gleichermaßen Ansätze für die Verwandlung des Marxismus in einen abstrakten Humanismus wie totalitären Stalinismus.

In Marxens Hauptwerk „Das Kapital“ wird an exponierter Stelle, dort, wo Marx die „Naturnotwendigkeit“ einer nachkapitalistischen Ordnung zu begründen sucht, der oben genannte Widerspruch noch einmal auf den Punkt gebracht. Es wird von einer über den Kapitalismus hinausweisenden geschichtlichen Tendenz gesprochen: „... die kapitalistische Produktion erzeugt mit der Notwendigkeit eines Naturprozesses ihre eigene Negation. Es ist die Negation der Negation. Diese stellt nicht das Privateigentum wieder her, wohl aber das individuelle Eigentum auf der Grundlage der Errungenschaft der kapitalistischen Ära: der Kooperation und des Gemeinbesitzes der Erde und der durch die Arbeit selbst produzierten Produktionsmittel.“<sup>149</sup> Was aber dieses individuelle Eigentum auf der Grundlage des Gemeinbesitzes sein sollte, bleibt offen.<sup>150</sup> In dieses institutionelle

---

<sup>145</sup> Karl Marx: Der Bürgerkrieg in Frankreich. Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation. In: MEW, Bd. 17, S. 340 f.

<sup>146</sup> Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. A. a. O., S. 482. Vgl. auch Marxens radikale Kritik des rohen Kommunismus, der „die *Persönlichkeit* des Menschen überall“ negiere, von 1844, in: Karl Marx: Ökonomisch-philosophische Manuskripte. In: MEW, Bd. 40, S. 534-536.

<sup>147</sup> Vgl. dazu: Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. In: MEW, Bd. 42, S. 723.

<sup>148</sup> Vgl. dazu auch die späten Schriften von Marx wie „Kritik des Gothaer Programms“ und die Briefe an Wera Sassulitsch sowie vor allem Engels Schrift „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“.

---

<sup>149</sup> Karl Marx: Das Kapital. Erster Band. A. a. O., S. 791. Dass dies keine zufällige Äußerung ist, sondern eine Grundkonstante Marxschen Denkens seit Mitte der 40er Jahre bis zu seinem Tod darstellt, zeigen auch die folgenden Positionen mit Bezug auf die Pariser Kommune: „Jawohl, meine Herren, die Kommune wollte jenes Klasseneigentum abschaffen, das die Arbeit der vielen in den Reichtum der wenigen verwandelt. Sie beabsichtigte die Enteignung der Enteigner. Sie wollte das individuelle Eigentum zu einer Wahrheit machen, indem sie die Produktionsmittel, den Erdboden und das Kapital, jetzt vor allem die Mittel der Knechtung und Ausbeutung der Arbeit, in bloße Werkzeuge der freien und assoziierten Arbeit verwandelt.“ Dies aber verlange, dass „die Gesamtheit der Genossenschaften die nationale Produktion nach einem gemeinsamen Plan regeln“. Karl Marx: Der Bürgerkrieg in Frankreich. A. a. O., S. 342 f.

<sup>150</sup> Friedrich Engels hat in Polemik mit Eugen Dühring behauptet, dass es sich bei diesem individuellen Eigentum um das Eigentum an den Konsumtionsmitteln handele. (Friedrich Engels: Anti-Dühring. In: MEW, Bd. 20, S. 122.) Dieses aber ist nur im Kapitalismus höchstens insofern negiert, dass ein Teil der Bevölkerung nicht über die hinreichende Kaufkraft verfügt.

Vakuum stoßen später gleichermaßen stalinistischer Kommunismus und westeuropäische Sozialdemokratie.

### **Der sowjetische Staatspartei-Sozialismus**

Gemeinsamer Ausgangspunkt aller weiteren Entwicklungen sozialistischer Auffassungen zum Eigentum war die Position des Erfurter Parteiprogramms der SPD, das bis weit in das 20. Jahrhundert die „marxistische Orthodoxie“ prägte: „Das Privateigentum an Produktionsmitteln, welches ehemals das Mittel war, dem Produzenten das Eigentum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinrentner zu expropriieren und die Nichtarbeiter – Kapitalisten, Großgrundbesitzer – in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln – Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel – in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, dass der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde.“<sup>151</sup> Die zentralistische Planwirtschaft auf der Grundlage der Verstaatlichung der Produktionsmittel wurde zum Modell einer sozialistischen Eigentumsordnung und erhielt in August Bebel's Schrift „Die Frau und der Sozialismus“ seine populäre Form.

Diese Ideen wurden durch die offenbar unaufhaltsame Entwicklung des Kapitalis-

---

Dann aber wäre Sozialismus nichts anderes als die Ausdehnung der notwendigen Kaufkraft auf alle Gesellschaftsmitglieder, eine Vorstellung, die W. I. Lenin an anderer Stelle strikt zurückgewiesen hatte. Dies, so Lenin, könne auch der Kapitalismus. Sozialismus ziele aber auf die freie Entwicklung der Einzelnen.

<sup>151</sup> [www.marxist.org/deutsch/geschichte/deutsch/spd/1891/erfurt.htm](http://www.marxist.org/deutsch/geschichte/deutsch/spd/1891/erfurt.htm).

mus zu einem einzigen nationalen Monopol, dem „Generalkartell“, befördert. Wie Rudolf Hilferding schrieb: Dieses Generalkartell wäre dann „die bewusst geregelte Gesellschaft in antagonistischer Form... Die Verteilung selbst ist bewusst geregelt und damit die Notwendigkeit des Geldes vorüber.“<sup>152</sup> Zentralismus wurde mit Vergesellschaftung identifiziert, die Kriegswirtschaft zwischen 1914 bis 1918 erschien der Organisation nach als unmittelbares Vorbild einer sozialistischen Planwirtschaft.<sup>153</sup> Nikolai Bucharin sprach deshalb auch vom „Staatssozialismus“ als erstem Stadium der nachkapitalistischen Ordnung.<sup>154</sup>

In der Sowjetunion lösten sich eine kurze Phase der Übernahme der Industriebetriebe durch die Arbeiter selbst (1917/18), der Kriegskommunismus (1918 bis 1920) und die Neue Ökonomische Politik (1921 bis 1928) ab. 1928/29 leitete Stalin dann die sog. sozialistische Industrialisierung und Kollektivierung ein, die die russische Bauernschaft in Leibeigene der „kollektiven“ bzw. „staatlichen“ Betriebe verwan-

---

<sup>152</sup> Rudolf Hilferding: Das Finanzkapital. Eine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus. Berlin: Dietz Nachf. Verlag 1947, S. 319. Das Problem einer Vorstellung, die im Sozialismus nichts anderes sieht als die Nutzung des Staatsmonopols unter Führung einer kommunistischen Partei, wird deutlich, wenn man in die folgende Darstellung des Kartellkapitalismus von Hilferding für „Kapital“ das Wort „Partei“ einsetzt: „Das Kapital erscheint als einheitliche Macht, die den Lebensprozess der Gesellschaft souverän beherrscht, als Macht, die unmittelbar entspringt aus dem Eigentum an den Produktionsmitteln, den Naturschätzen und der gesamten akkumulierten vergangenen Arbeit, und die Verfügung über die lebendige Arbeit als unmittelbar entspringend aus den Eigentumsverhältnissen. Zugleich erscheint das Eigentum, konzentriert und zentralisiert in der Hand einiger größter Kapitalassoziationen, unmittelbar entgegengesetzt der großen Masse der Kapitallosen.“ Ebenda, S. 320.

<sup>153</sup> Dieser Kapitalismus sei die „vollständige materielle Vorbereitung des Sozialismus“, so W. I. Lenin: Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll. In: Werke, Bd. 25, S. 370.

<sup>154</sup> Nikolai Bucharin: Oekonomie der Transformationsperiode. Hamburg 1922, S. 131.



delte (sie waren bei Strafe der Zwangsarbeit wieder an den Boden gebunden und verloren mit dem Besitz auch die persönliche Freizügigkeit). Es entstand ein zentralistischer Militär-Industrie-Wissenschaft-Komplex, der für sechzig Jahre den Kern der sowjetischen Zentralverwaltungswirtschaft bildete. Die Klein- und Mittelbetriebe wurden enteignet. Das System der Arbeitslager schuf eine Form der Staatsklaverei.

Der sowjetische Staatsparteisozialismus basierte auf der Monopolisierung der Verfügung über alle produktiven Ressourcen in den Händen einer kleinen Gruppe. Jedes andere Verfügungsrecht wurde von oben nach unten delegiert. Ideologische Vergemeinschaftung, bürokratische Steuerung und staatliche Repression waren die Hauptformen der Mobilisierung, Regulierung und Disziplinierung. Durch die radikale Unterordnung aller gesellschaftlichen Kräfte unter ein Zentrum als der „sichtbaren Hand“ sollte deren Ausrichtung am Gemeinwohl gesichert werden.

In der Systemkonkurrenz mit den entwickelten Gesellschaften des Westens erwies sich der sowjetische Staatsparteisozialismus als unterlegen. Er war zwar zu einer nachholenden extensiven Entwicklung fähig, scheiterte aber durch mangelnde Innovationsfähigkeit und Effizienz. Seit den späten sechziger Jahren kam es zu einem wachsenden Rückstand gegenüber den USA, Japan und Westeuropa.<sup>155</sup> Das zentralverwaltungswirtschaftlich organisierte Staatseigentum hat seine Prüfung auf Praxistauglichkeit im Wettbewerb der Eigentumsordnungen nicht bestanden.

---

<sup>155</sup> Vgl. dazu ausführlicher die eigenen Darstellungen in: Michael Brie: Staatssozialistische Länder Europas im Vergleich. Alternative Herrschaftsstrategien und divergente Typen. In: Helmut Wiesenhal (Hg.): Einheit als Privileg: Vergleichende Perspektiven auf die Transformation Ostdeutschlands. Frankfurt/New York 1996, S. 39-104; Ders.: Der sowjetische Staatsparteisozialismus im Lichte der Marxschen Theorie „progressiver Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation“. In: Osteuropa-Jahrbuch der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2004.

### **Vom sozialistischen Gemeineigentum zur Wirtschaftsdemokratie und weiter zum Neoliberalismus – die programmatische Entwicklung der SPD**

Die Geschichte der Programmatik der SPD ist zugleich eine Geschichte des Wandels der Positionen bezüglich des Eigentums wie der Verdrängung dieser Frage aus dem Zentrum des Selbstverständnisses. Im *Gothaer Programm* von 1875 hieß es: „Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Verteilung des Arbeitsertrages.“<sup>156</sup> Das *Erfurter Programm*, auf das schon eingegangen wurde, präzierte diese Position und baute sie aus.

Die Erfahrungen der Revolution von 1918/19 in Deutschland, bei der es zwar zur Errichtung einer Republik kam, die SPD zeitweise auch Regierungspartei war, die Eigentumsordnung jedoch im wesentlichen unangetastet blieb und die Sozialisierungsansätze im Keim stecken blieben (selbst der Großgrundbesitz wurde nicht angetastet), führten zu einer ersten programmatischen Veränderung. Einerseits blieb das Ziel der „Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum“ erhalten, zum anderen wurden im Aktionsprogramm zwei konkretere Forderungen aufgestellt, die in die gegebene Eigentumsordnung eingreifen sollten:

„ - Grund und Boden, Bodenschätze und natürliche Kraftquellen, die der Energieerzeugung dienen, sind der kapitalistischen Ausbeutung zu entziehen und in den Dienst der Gemeinschaft zu überführen;  
- Ausgestaltung des wirtschaftlichen Räte-systems zur Durchführung eines Mitbestimmungsrechts der Arbeiterklasse an

---

<sup>156</sup> [www.marxist.org/deutsch/geschichte/deutsch/spd/1875/gotha.htm](http://www.marxist.org/deutsch/geschichte/deutsch/spd/1875/gotha.htm).

Bezogen auf dieses Programm entwickelte Marx seine Vorstellungen zu den Phasen einer kommunistischen Gesellschaft, die die Grundvorstellung vom Gemeineigentum an den Produktionsmitteln aufnahmen. Vgl. dazu Karl Marx: Kritik des Gothaer Programms. In: MEW, Bd. 19, S. 18 – 22.

der Organisation der Wirtschaft unter Aufrechterhaltung des engen Zusammenwirkens mit den Gewerkschaften. Kontrolle des Reiches über die kapitalistischen Interessengemeinschaften, Kartelle und Trusts<sup>157</sup>. Die Verstaatlichung wird primär auf Schlüsselindustrien, den Grund und Boden und die Naturschätze bezogen und es wird eine Sozialisierung durch Demokratisierung der Verfügung in Gestalt der Mitbestimmung auch an den privaten Unternehmen in das Programm aufgenommen.

Nach dem II. Weltkrieg wurden die genannten Auffassungen der SPD zur Frage des Eigentums noch mehrfach verändert. Der erste deutliche Einschnitt war das *Godesberger Programm* von 1959. Zur Wirtschafts- und Sozialordnung wurde nur eine einzige Aussage getroffen: „Ziel sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik ist stetig wachsender Wohlstand und eine gerechte Beteiligung aller am Ertrag der Volkswirtschaft, ein Leben in Freiheit ohne unwürdige Abhängigkeit und ohne Ausbeutung.“<sup>158</sup> Es werden Grundzüge einer Keynesianischen Wirtschaftssteuerung formuliert: Der „Verantwortung für den Wirtschaftsablauf kann sich der Staat nicht entziehen. Er ist verantwortlich für eine vorausschauende Konjunkturpolitik und soll sich im wesentlichen auf Methoden der mittelbaren Beeinflussung der Wirtschaft beschränken.“<sup>159</sup> 1959 bekannte sich die SPD erstmalig zu „freien Märkten“.<sup>160</sup> Gemeineigentum habe vor allem

---

<sup>157</sup> [www.marxist.org/deutsch/geschichte/deutsch/spd/1925/heidelberg.htm](http://www.marxist.org/deutsch/geschichte/deutsch/spd/1925/heidelberg.htm).

<sup>158</sup> [www.spd-bildungsserver.de/dokumente/godesberg.htm](http://www.spd-bildungsserver.de/dokumente/godesberg.htm).

<sup>159</sup> Ebenda.

<sup>160</sup> „Freie Konsumwahl und freie Arbeitsplatzwahl sind entscheidende Grundlagen, freier Wettbewerb und freie Unternehmerinitiative sind wichtige Elemente sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik. Die Autonomie der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände beim Abschluss von Tarifverträgen ist ein wesentlicher Bestandteil freiheitlicher Ordnung. Totalitäre Zwangswirtschaft zerstört die Freiheit. Deshalb bejaht die Sozialdemokratische Partei den freien Markt, wo immer wirklich Wettbewerb herrscht. Wo aber Märkte unter die Vorherrschaft von einzelnen oder von Gruppen gera-

die Funktion, die Macht der Großwirtschaft zu bändigen, Wettbewerb gegen private Marktbeherrschung durchzusetzen und Preise zu regulieren. Es wird primär als Korrektiv zum großen Privateigentum verstanden: „Wo mit anderen Mitteln eine gesunde Ordnung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse nicht gewährleistet werden kann, ist Gemeineigentum zweckmäßig und notwendig.“<sup>161</sup>

Das Berliner Programm (1998) löst die Orientierung auf ein Wirtschaft des Gemeineigentums endgültig ab und führt den Begriff der *Wirtschaftsdemokratie* ein. Ziel der Wirtschaftsdemokratie sei es, „- die Menschen mit Gütern und Dienstleistungen zu versorgen und den gesellschaftlichen Reichtum gerecht zu verteilen, - dabei den Fortschritt von Wissenschaft und Technik sozialverträglich zu nutzen, - das Menschenrecht auf Arbeit zu garantieren, - Demokratie, Mitbestimmung und Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen zu ermöglichen, - die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen“<sup>162</sup>. Durch Wirtschaftsdemokratie solle der Vorrang gesellschaftlicher Ziele „vor den Zielen privatwirtschaftlicher Kapitalverwertung“ durchgesetzt werden<sup>163</sup>. Eine derartige Wirtschaftsdemokratie müsse „offen und vielgestaltig“ sein: „Sie verbindet Privat- mit Gemeineigentum, persönliche Initiative mit Verantwortung für das Gemeinwesen und mit staatlichem Handeln, Wettbewerb mit staatlicher Rahmensezung, unternehmerische Freiheit mit Machtkontrolle, Mitbestimmung und Selbstverwaltung.“<sup>164</sup>

Die 1998 gewählte Regierung von SPD und Grünen veränderte gegenüber den programmatischen Ansätzen der späten achtziger Jahre die Ausrichtung ihrer Poli-

---

ten, bedarf es vielfältiger Maßnahmen, um die Freiheit in der Wirtschaft zu erhalten. Wettbewerb soweit wie möglich, Planung soweit wie nötig!“ Ebenda.

<sup>161</sup> Ebenda.

<sup>162</sup> [www.spd.de/servlet/PB/show/1010243/programmdebatte\\_grundsatzprogramm.pdf](http://www.spd.de/servlet/PB/show/1010243/programmdebatte_grundsatzprogramm.pdf), S. 43.

<sup>163</sup> Ebenda.

<sup>164</sup> Ebenda, S. 44.

tik grundlegend. Dies fand seinen konzeptionellen Ausdruck in dem vom deutschen Kanzler Schröder und dem britischen Premier Blair im Juni 1999 veröffentlichten Thesen-Papier. Dort wird nicht nur eine harte Abrechnung mit der Staatsorientierung der alten Sozialdemokratie vorgenommen, sondern zugleich der Übergang zu einem Wettbewerbsstaat und einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik vorgesehen. Erhöhung von Wettbewerbsfähigkeit, Unterordnung der Steuer- und Finanzpolitik unter Wachstumsziele, die Verstärkung des Drucks auf die Arbeitnehmer und Arbeitslose und Haushaltssanierung rückten in den Mittelpunkt. Fragen der sozialen und demokratischen Umgestaltung der Eigentums- und Machtordnung verschwanden dagegen von der Tagesordnung.<sup>165</sup> Die mit der anvisierten Politik zwangsläufig verbundene Stärkung der Großunternehmen und der Kapitaleseite gegen Staat und Arbeiter sowie Angestellten wurde nicht erwähnt. Kernorientierung ist ein „robuster und wettbewerbsfähiger marktwirtschaftlicher Rahmen“ sowie die „Liberalisierung des Welthandels“<sup>166</sup>.

## 2. Die Eigentumsfrage kehrt zurück: Neoliberalismus versus Neosozialismus

### Die Entstehung einer imperial gesicherten finanzkapitalistischen „Enteignungsökonomie“

Mit dem Epochenwechsel von 1989 war nicht nur der Zusammenbruch des sowjetischen Staatspartei Sozialismus verbunden, sondern zugleich auch das vorläufige Ende aller Projekte der Durchsetzung einer nichtkapitalistischen Eigentumsordnung. Der Putsch in Chile im Jahre 1973 hatte erstmals und bei Anwendung starker militärischer Macht Monetarismus und

Neoliberalismus in Staatspolitik verwandelt. Der Ende der siebziger Jahre in Großbritannien und den USA eingeleitete neoliberale Gesellschaftsumbau wandte sich im Namen der „reinen Marktwirtschaft“ erstens gegen die Vertretung starker Arbeitnehmerinteressen, war zweitens mit dem Abbau der sozialen Ansprüche vor allem der unteren Schichten an sozialen Leistungen verbunden, privatisierte drittens wichtige Zweige der bis dahin staatlichen oder öffentlichen Wirtschaft bzw. öffnete sie für private Anbieter, erweiterte viertens schrittweise die Rechte privaten Eigentums in den Bereichen intellektueller Leistungen und genetischer Ressourcen und stärkte fünftens und keinesfalls zuletzt die Rolle des Finanzkapitals in der Gesellschaft. Es kam zu einer globalen Dominanz des „Wall Street-US-Finanz-IWF-Komplexes“ in Kooperation mit imperialen Ambitionen der USA als sicherheitspolitischem Garant und Hauptnutznieser dieser Entwicklung.<sup>167</sup>

Das fordistische Akkumulationsregime hatte in den hochentwickelten Ländern für eine bestimmte Zeit die Ausweitung der privaten Massennachfrage und der Staatsausgaben, (männliche) Vollbeschäftigung, weitgehende soziale Sicherheit und Massenkonsum garantiert. Im Zentrum stand ein Bündnis von Großindustrie und organisierter Arbeitnehmerschaft und Angestellten in Kooperation mit einem Sozial- bzw. Wohlfahrtsstaat.<sup>168</sup> Der Fordismus wurde seit den 80er Jahren schrittweise durch ein finanzkapitaldominiertes Akkumulationsregime abgelöst<sup>169</sup>, das die Gewinne aus Finanzvermögen

---

<sup>165</sup> [www.blaetter.de/kommenta/dok30799.htm](http://www.blaetter.de/kommenta/dok30799.htm).

<sup>166</sup> Ebenda, S. 5. Eine Gegenagenda wurde durch Gregor Gysi, zu diesem Zeitpunkt Fraktionsvorsitzender der PDS im deutschen Bundestag, formuliert: Gregor Gysi: Gerechtigkeit ist modern. Zwölf Thesen für eine Politik des modernen Sozialismus. Herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung 1999.

---

<sup>167</sup> David Harvey: *The New Imperialism*. New York: Oxford University Press 2003, S. 73 f.

<sup>168</sup> Vgl. dazu: Dieter Klein (Hg.): *Leben statt gelebt zu werden. Selbstbestimmung und soziale Sicherheit. Zukunftsbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung*. Berlin: Karl Dietz Verlag 2003, S. 30 ff.

<sup>169</sup> Vgl. dazu ausführlicher: Christian Zeller: *Ein neuer Kapitalismus und ein neuer Imperialismus?* In: Ders.: *Die globale Enteignungsökonomie*. Münster: Westfälisches Dampfboot 2004, S. 82-88 sowie: François Chesnais: *Das finanzdominierte Akkumulationsregime: theoretische Begründung und Reichweite*. In: Ebenda, S. 217-254.

und Eigentumstiteln in Form von Renten in das Zentrum rückt und mit wachsender Ungleichheit verbunden ist, was den Aufstieg von militärischer Gewalt nach außen und staatlicher Repression nach innen erklärt.<sup>170</sup>

Das finanzkapitaldominierte Akkumulationsregime ordnet die Produktion neuen Reichtums wie schon vor hundert Jahren erneut oligopolistischen Aneignungsstrukturen unter. David Harvey spricht deshalb auch von „Akkumulation durch Enteignung“ bzw. von einer „Enteignungsökonomie“. Umverteilung von unten nach oben durch eine monetaristische Haushaltspolitik bzw. von Süd nach Nord durch entsprechende Austeritätsprogramme des IWF, Verwandlung der sozialen Löhne (social wages) und des Sozialeigentums (Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung, öffentliches Rentensystem usw.)<sup>171</sup> in private Versicherungsleistungen, die von den großen privaten Fonds kontrolliert werden, die Privatisierung von Naturressourcen, des Genpools, des Wissen indigener Völker, des kulturellen Erbes, die Ausdehnung privater Rechte an Patenten und anderen intellektuellen Leistungen einer Informations- und Wissensgesellschaft durch einige wenige global agierende Großkonzerne<sup>172</sup> sowie die extreme Konzentration der Rüstung im Zeichen einer erneuten Militarisierung der internationalen Beziehungen sind nur einige Merkmale dieser neuen politischen Ökonomie. In Russland ging die Transformation des sowjetischen Staatseigentums mit einer monopolistischen Privatisierung der Exportsektoren und einer „Sozia-

---

<sup>170</sup> Vgl. Claude Serfati: Militarismus: der bewaffnete Arm der Globalisierung. In: Christian Zeller (Hg.): Die globale Enteignungsökonomie. A. a. O., S. 21-59.

<sup>171</sup> Robert Castel: Die Metamorphose der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit. Konstanz: Universitätsverlag Konstanz 2000, S. 272.

<sup>172</sup> Vgl. dazu ausführlich: Dieter Klein: Über einen alternativen Umgang mit der ungeheuren Präsenz des totgesagten Eigentums. In: Michael Brie, Michael Chrapa und Dieter Klein: Sozialismus als Tagesaufgabe. Berlin 2002, S. 113-142.

lisierung“ der Gesamtheit der niedergehenden Sektoren einher.

Es war der Neoliberalismus, der die Eigentumsfrage als Privatisierung wieder auf die historische Tagesordnung gesetzt hatte und diese Tagesordnung auch noch weiter abarbeitet (dafür stehen insbesondere die Verhandlungen der WTO zu den öffentlichen Dienstleistungen und intellektuellen Eigentumsrechten). Aber auch die militärisch beförderte Aneignung strategischer Rohstoffe und Kontrolle über die wichtigsten Welthandelswege gehört dazu.<sup>173</sup>

Der Übergang zu einem finanzkapitaldominierten Akkumulationsregime in Verbindung mit der imperialen Politik der USA hat eine Reihe von Folgen: Erstens kommt es bei größeren Teilen der Weltbevölkerung zu einer wachsenden Unterversorgung mit wichtigsten Gemeingütern (soziale Grundsicherung, Umwelterhaltung, Bildung, Gesundheit, Arbeit usw.); zweitens nimmt die soziale Spaltung in den einzelnen Gesellschaften und in der Weltgesellschaft zu; drittens wächst das Ungleichgewicht des Welthandels zum einen durch das andauernde hohe Leistungsbilanzdefizit der USA sowie zum anderen durch die Tatsache, dass viele Länder des Südens zu Nettokapitalexporteurern geworden sind bzw. aus dem Welthandel herausfallen; viertens erzeugen Unterversorgung, soziale Polarisierung und die genannten Ungleichgewichte einen Druck, die damit verbundenen Konflikte mit Gewalt auszutragen. Der Versuch der USA, ein absolutes globales einseitiges Gewaltmonopol aufrechtzuerhalten, ist ihre imperiale sicherheitspolitische Antwort darauf. Mit rd. 450 Mrd. \$ jährlichen Militärausgaben wird dieses Monopol abgesichert.

### **Alternative Szenarien zwischen Barbarei und Sozialismus**

Angesichts der gegenwärtigen Dominanz der finanzkapitalistischen Enteignungsökonomie im Bündnis mit der imperialen

---

<sup>173</sup> [www.uni-kassel.de/fb10/frieden/regionen/USA/doktrin-lang.html](http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/regionen/USA/doktrin-lang.html).

Vorherrschaft der USA sind vier Szenarien möglich<sup>174</sup>: Es kann

(1) bei der Dominanz des neoliberal-imperialen Entwicklungspfad unter Führung der USA bleiben.

(2) Die Herausforderung durch einen gemäßigt neoliberalen Multilateralismus, der einen bestimmten sozialen und demokratischen Ausgleich sucht, wie er u. a. durch die Europäische Union repräsentiert wird, kann erfolgreich werden.

(3) Wenn die beiden genannten Strategien in die Krise führen, kann sich auch die Tendenz der Barbarisierung durchsetzen, was zu einer Kombination von Ansätzen totaler Herrschaft und eines fragmentierten Weltbürgerkrieges führen würde.

(4) Eine neue Welle demokratischer sozialer Bewegung macht eine vierte Tendenz geltend – diejenige einer Überwindung der Profitdominanz und des Aufbaus einer alternativen Eigentumsordnung.

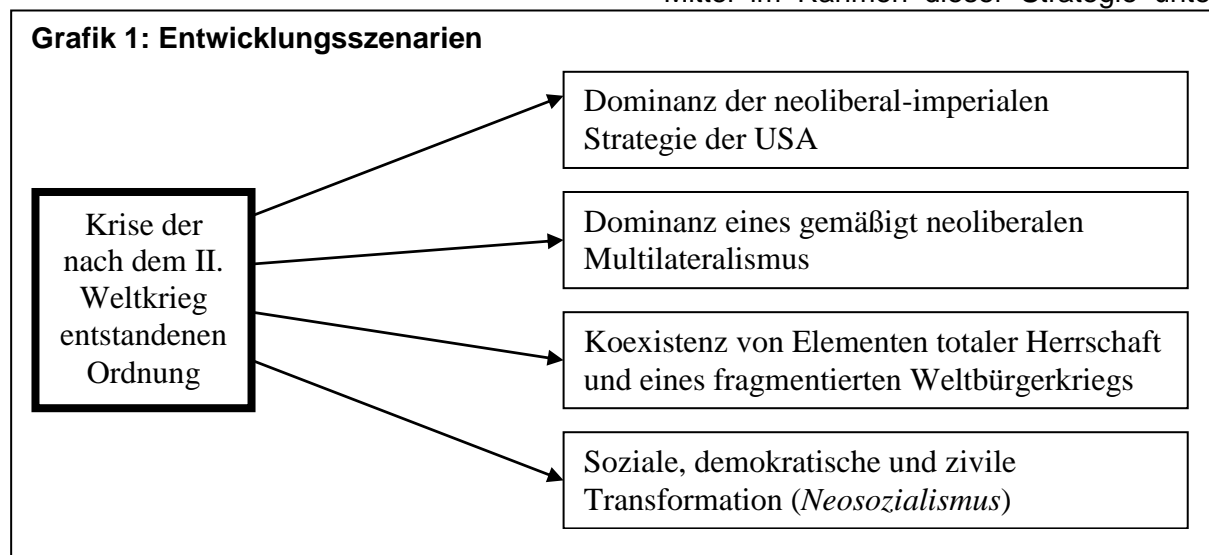
*Erstens* ist nicht ausgeschlossen, dass es der USA mit ihrer ökonomischen, politischen, kulturellen und militärischen Vormacht gelingt, den eingeschlagenen neoliberalen Entwicklungspfad zu stabilisieren und auf Dauer zu stellen. Dazu

- muss sie verhindern, dass gleichwertige Herausforderer entstehen bzw. sich verbünden,

- muss die Attraktivität der USA als Finanzanlageplatz erhalten bleiben,  
- ist die innere Stabilität der USA zu gewährleisten und sind externe Konflikte zu befrieden.

Es wäre die *Fortsetzung der offensiven neoliberal-imperialen Strategie unter Führung der USA*. Sie setzt Elemente totaler Herrschaft (Hannah Arendt) frei.

*Zweitens* gibt es vor allem in der Europäischen Union sowie anderen Zentren der Weltgesellschaft wie China, Russland, Indien, Brasilien das Interesse an einer multilateralen Entwicklung, die Wachstum und sozialen Teilausgleich, Wettbewerbsstaat und soziale Integration, Stärkung des internationalen Rechts und der Partizipation an wesentlichen globalen Entscheidungen sowie einen stärkeren Ausgleich bei der Verteilung der globalen Ressourcen miteinander verbindet.<sup>176</sup> Wie sich mit Blick auf die Europäische Union und die Ergebnisse der ihr vor fünf Jahren verabschiedeten Lissabonstrategie zeigt, die auf die Entwicklung der EU zur führenden Wachstumsregion der Welt zielt, ist es bisher nicht gelungen, die Dominanz der USA ernsthaft herauszufordern. Gleichzeitig scheint sich zu erweisen, dass die Übernahme wesentlicher neoliberaler Mittel im Rahmen dieser Strategie unter



- ist der eurasische Kontinent und der Nahe und Mittlere Osten zu kontrollieren<sup>175</sup>,

<sup>174</sup> Vgl. dazu: Dieter Klein (Hg.) *Leben statt gelebt zu werden*. A. a. O., S. 70 ff.

<sup>175</sup> Zbigniew Brzezinski: *Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft*. Frankfurt a. M.: Fischer Taschenbuch Verlag 1999.

<sup>176</sup> Vgl. dazu bezogen auf die Europäische Union: Michael Brie: *Der Beitrag der EU zu einer multilateralen Welt*. Beijing 2003.

den Bedingungen einer relativen Unterlegenheit der EU und mit Blick auf ihre spezifischen Ressourcen dauerhaft zu niedrigerem Wachstum führt als in den USA und den Abstand sogar noch erhöht. Die von der EU verfolgte *Strategie eines gemäßigten neoliberalen Multilateralismus* hat sich bisher nicht bewährt. Kooperationen zwischen der EU und anderen regionalen Hegemonialmächten blieben punktuell und instabil.

*Drittens:* Aus der strukturellen Instabilität des imperialen Neoliberalismus sowie der Schwäche eines gemäßigten neoliberalen Multilateralismus sind im letzten Jahrzehnt immer neue Konflikte erwachsen. Die USA führt zwei große militärische Kampagnen im Irak und in Afghanistan und ist zugleich an vielen anderen Orten militärisch aktiv. Der Terrorangriff vom 11. September 2001 hat ihre nachhaltige Gefährdung trotz fulminanter militärischer Überlegenheit erwiesen. Auch eine Reihe von Regionalmächten ist mit andauernden Konflikten konfrontiert. Die Nahost-Frage ist ungelöst und durch den Irak-Krieg noch verschärft worden.

Aus der Verbindung von Militarisierung, dem Zusammenbrechen von Staaten unter dem Druck der neoliberalen Globalisierung, der Verschärfung sozialer Probleme, der Entstehung bzw. Ausbreitung großer Unterschichten außerhalb der bürgerlichen Gesellschaft bei gleichzeitiger Verunsicherung der Mittelschichten, der Gefährdung kultureller Identitäten, dem Kampf um knappe Ressourcen und die Kontrolle über die elementarsten Güter kann es auf der einen Seite zu einem sich wie ein Fleckenteppich ausbreitenden Weltbürgerkrieg kommen. Zum anderen kann der Neoliberalismus auch in Strategien eines offenen Kolonialismus, Imperialismus und sogar neuen Faschismus münden. Schon jetzt agieren die globalen Herrschaftseliten außerhalb der demokratischen Institutionen und errichten globale autoritäre Regime.<sup>177</sup> Dies kann sich zuspitzen. Die schon jetzt begonnene Entzivilisierung, Entdemokratisierung, Entrech-

tung und Enteignung kann in eine immer offenere Barbarei von totaler Herrschaft und einen Krieg führen, der in alle Poren der Weltgesellschaft dringt.

Es muss daran erinnert werden, dass die Evolution des Kolonialismus zu Rassismus und des Imperialismus zur Zerstörung der Nationalstaaten und der mit ihnen verbundenen bürgerrechtlichen Garantien zum Ersten Weltkrieg geführt hatten. Diese Prozesse leiteten im frühen 20. Jahrhundert das „Ende der Menschenrechte“ ein und setzten jene Elemente des Totalitarismus frei, die dann zur totalen Herrschaft kondensierten.<sup>178</sup> Würde sich dies unter neuen Bedingungen wiederholen, dann wäre dies ein *Szenario der Kombination der Bündelung der Elemente einer neuen totalen Herrschaft mit Elementen eines Weltbürgerkriegs und des Kampfes um den Erhalt bestimmter Inseln der Liberalität und Sicherheit*.<sup>179</sup> An die Stelle einer relativ stabilen Eigentumsordnung würde offener Raub und Vernichtung treten. Die Situation im heutigen Irak gibt einen Vorgeschmack auf eine solche Entwicklung.

*Viertens:* In den letzten Jahren haben die sozialen und demokratischen Auseinandersetzungen mit der herrschenden Politik wieder zugenommen. Es formiert sich ein sehr vielgestaltiger Protest gegen den Neoliberalismus, der jenseits früherer Spaltungen zugleich den Süden und Norden, Gewerkschaften und Umweltbewegungen, Arbeiter, Angestellte und indigene

---

<sup>178</sup> Vgl. dazu die erneut aktuelle Arbeit von Hannah Arendt: *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*. München/Zürich: Piper Verlag 1986.

<sup>179</sup> Mit ihrem Gefängnis-Industrie-Komplex, in dem jeder dritte männliche schwarze Jugendlicher landet, der Bildung von Konzentrationslagern auf fremden Territorium für Personen, die als feindliche Kombattanten angesehen werden und denen jede Menschenrechte abgesprochen werden, der Ausbreitung von offener oder verschleierte Folter, der massiven Einschränkung bürgerlicher Freiheiten, der Inszenierung eines Krieges auf der Basis bewusster Desinformation, der extremen Ideologisierung von Konflikten als Kampf des „Guten“ gegen das „Böse“ usw. sind gerade auch in den USA solche Elemente totaler Herrschaft deutlich erkennbar.

---

<sup>177</sup> Ralf Dahrendorf: *Die globale Klasse und die neue Ungleichheit*. In: *Merkur* 11 (2000), S. 1057-1068.

Gruppen, Frauenorganisationen und Gruppen der Schwulen und Lesben, Bewegungen der Landlosen, Arbeitslosen, Wohnungslosen und jener ohne gültige Aufenthaltserlaubnis usw. usf. erfasst.

Wichtigster Ort dieser neuen politisch-sozialen Formation ist das Weltsozialforum, das mittlerweile mit kontinentalen, regionalen, nationalen und lokalen Foren eine ungewöhnliche Ausdehnung erfahren hat. Das Weltsozialforum ist die größte Innovation der emanzipatorischen Linken der letzten Jahrzehnte. Es entstand als Gegenentwurf zum Weltwirtschaftsforums von Davos. Wo dieses eine Erfindung des Nordens war, war jenes eine Gründung im Süden. Wo dieses elitär, autoritär und geschlossen war, sollte das Weltsozialforum ein Treffen sozialer Bewegungen von unten sein – partizipativ, demokratisch und offen. Wo dieses ein Treffen auserwählter Vertreter der globalen herrschenden Klasse war, sollte das Weltsozialforum ein offener Treffpunkt für reflexives Denken, demokratische Debatte von Ideen, Formulierung von Vorschlägen und den freien Austausch von Erfahrungen und Vernetzung zu effektiver Aktion der Gruppen und Bewegungen der Zivilgesellschaft sein, „die gegen den Neoliberalismus und die Dominierung der Welt der Welt durch das Kapital und jede Form des Imperialismus Widerstand leisten und danach streben, eine planetare Gesellschaft mit dem Menschen als Mitte zu erbauen.“<sup>180</sup> Es handelt sich bei den von diesen Kräften verfolgten Zielen um eine soziale, demokratische und zivile Transformation, die die Kapitaldominanz überwindet.<sup>181</sup> Sie sei als *neosozialistische* Bewegung bezeichnet.<sup>182</sup>

---

<sup>180</sup> WSF-Prinzipienkatalog in Jai Sen, Anita Anand, Arturo Escobar, Peter Waterman: World Social Forum. Challenging Empires, New Delhi: The Viveka Foundation 2003, p. 67.

<sup>181</sup> Vgl. dazu auch: Samir Amin: Für ein nicht-amerikanisches 21. Jahrhundert. Der in die Jahre gekommene Kapitalismus. Hamburg: VSA 2001.

<sup>182</sup> Die Selbstbezeichnungen dieser Bewegung von Bewegungen gehen weit auseinander. Die wichtigste Gemeinsamkeit wird in der Forderung nach der *Wiedererfindung der Demokratie* zusammengefasst: *„der Wiedererfindung der Gesellschaft und zwar so, dass der Modus*

Gemeinsame Grundforderungen dieser neuen Bewegung von Bewegung sind vor allem:

(1) schrittweise Aufhebung der Abhängigkeit der Befriedigung der Grundbedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger von kapitalistisch dominierten Märkten durch Formen bedarfsorientierter Grundsicherung, leistungsfähige öffentliche Bereiche im Sozial-, Gesundheits-, Bildungs-, Transportwesen usw.; Grundrechte und öffentliche Daseinsvorsorge müssen Vorrang vor freiem Handel haben;

(2) Aufbau einer partizipativen sozialen Demokratie, die auf kommunaler Ebene beginnend bis hin zu den globalen Prozessen die Rahmenbedingungen allen wirtschaftlichen Handelns an den sozialen Interessen der unteren und mittleren Gruppen der Bevölkerung ausrichtet und die Entscheidungen deren Partizipation unterwirft;

(3) Durchsetzung der Sozialpflichtigkeit allen Eigentums gegenüber den Interessen der unteren und mittleren sozialen Gruppen und der nachfolgenden Generationen (Prinzip der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit) sowie der Mitbestimmung der Beschäftigten und aller direkt durch die wirtschaftlichen Unternehmen betroffenen Gruppen an den wesentlichen Entscheidungen;

(4) Zurückdrängung der militärischen Imperialmacht der USA und Umwandlung der regionalen Organisationen in Friedensmächte, die ihre politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Möglichkeiten zur Krisenprävention auf der Basis der UNO und unter unbedingter Wahrung des Völkerrechts einsetzen; Verfolgung von Terroristen auf der Basis von Rechtsstaatlichkeit und nach den Maßgaben der internationalen Strafgerichtsbarkeit.

---

*der Wirtschaftsproduktion, die Strukturen der politischen Gouvernanz, die Verbreitung wissenschaftlichen Fortschritts, die Organisation der Medien, der sozialen Beziehungen und der Beziehungen zwischen Gesellschaft und Natur einem radikalen, partizipatorischen und lebendigen demokratischen Prozess unterliegen* ". Thomas Ponniah and William F. Fisher: Introduction. In: William F. Fisher & Thomas Ponniah (eds.): Another World is possible. Popular Alternatives at the World Social Forum. Nova Scotia: Fenwood Publishing 2003, S. 13.

### 3. Elemente einer alternativen Eigentumsordnung

Wenn Sozialismus mehr sein soll als eine antikapitalistische Protestideologie, dann muss er in der Lage sein, eine gegenüber dem Kapitalismus überlegene Eigentumsordnung als Kern einer alternativen Gesellschaftsordnung zu begründen. Der sowjetische Staatspartei-Sozialismus ist zumindest mit Blick auf die ökonomische Leistungs- und Entwicklungsfähigkeit seiner Eigentumsordnung gescheitert. Einer Fülle von sehr vielen einzelnen Vorschlägen zur Transformation der Eigentumsverhältnisse, wie sie im Prozess des Weltsozialforums gebündelt werden, steht noch eine fast völlige Konzeptionslosigkeit gegenüber.<sup>183</sup> Im folgenden sollen vier Ansätze näher betrachtet werden: (1) die Ableitung alternativer Eigentumsvorstellungen aus den sozialen Auseinandersetzungen der Gegenwart, (2) Grundzüge eines alternativen Eigentumsbegriffs, (3) die Begründung einer Pluralität von Besitzformen und (4) die Fragen nach der demokratischen Abstimmung über die Eigentumsordnung.

#### Alternative Eigentumsvorstellungen in den sozialen Auseinandersetzungen der Gegenwart – das Beispiel Deutschland

Im Sommer und Frühherbst des Jahres 2004 begannen in Deutschland sog. Montagsdemonstrationen, die bewusst an den Protest großer Teile der DDR-Bevölkerung gegen die Herrschaft der SED anknüpften. Sie unterschieden sich von vielen anderen Demonstrationen vor allem dadurch, dass ihre Organisatoren nicht die klassischen Großorganisationen waren, sondern einfache Bürgerinnen und Bürger, die auf den Demonstrationen auch selbst das Wort ergriffen.<sup>184</sup> Sie richteten sich gegen die

---

<sup>183</sup> Eine der wenigen Ausnahmen stellt das folgende Buch dar: Ulrich Duchrow, Franz Josef Hinkelammert: *Leben ist mehr als Kapital. Alternativen zur globalen Diktatur des Eigentums*. Oberursel: Publik-Forum 2002.

<sup>184</sup> Vgl. dazu: Michael Brie: *Der Wind dreht sich. Montagsdemonstrationen gegen die herrschenden Klassen*. Policy Paper der RLS 2004.

Art und Weise der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe im Rahmen der von der SPD-Grünen-Regierung verkündeten Agenda 2010 und der sog. Hartz-IV-Reform. Im Rahmen dieser Reform sollten erstens individuelle Ansprüche radikal gekürzt sowie Familien und andere „Bedarfsgemeinschaften“ bei lang andauernder Arbeitslosigkeit in Haftung genommen werden. Zugleich sollte es möglich werden, die Arbeitsaufnahme in Form von staatlicher Zwangsarbeit zu ein bis zwei Euro pro Stunde durchzusetzen.

Politik wird – auch wenn Politiker sich dies gerne wünschen würden - nicht primär an ihren Versprechen, sondern vor allem an den Maßstäben der Bürgerinnen und Bürger gemessen. Sie entscheiden für sich, was in ihren Augen eine „gute Gesellschaft“ ist. Der Sozialwissenschaftler Dieter Fuchs hatte im Rahmen einer Studie für das Wissenschaftszentrum Berlin schon Mitte der neunziger Jahre darauf aufmerksam gemacht, dass beträchtliche Teile der westdeutschen und große Teile der ostdeutschen Bevölkerung dem normativen Modell eines „demokratischen Sozialismus“ anhängen. Für sie ist eine Gesellschaft gut, die liberale Grundrechte mit sozialen Grundrechten, repräsentative Demokratie mit direkter Bürgerbeteiligung, Rechtsstaatlichkeit mit hoher sozialer Gleichheit, privates Eigentum mit öffentlichem Eigentum und einer starken Sozialpflichtigkeit des Eigentums verbindet.<sup>185</sup>

Die Agenda 2010 wie auch die Reformvorschläge von CDU und FDP stehen im direkten Widerspruch zu den normativen Grunderwartungen der Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland. Die Differenz liegt nicht etwa darin begründet, dass die Bürgerinnen und Bürger Änderungen nicht für notwendig halten würden. Es sind 76 Prozent, die Ende 2003 meinten, die Gesellschaft müsse sich grundlegend wandeln. Nur hat die Mehrheit dabei klare Zielvorstellungen: 86 Prozent sind für soziale Grundsicherung (aber nicht als

---

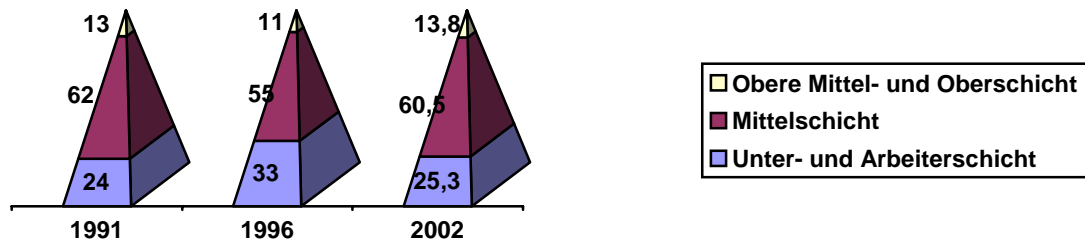
<sup>185</sup> Dieter Fuchs: *Welche Demokratie wollen die Deutschen? Einstellungen zur Demokratie im vereinigten Deutschland*. In: Gabriel, O. W. (Hg.): *Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland*. Opladen: Westdeutscher Verlag 1996, S. 81-114.



Zwangsarbeit auf Armutsniveau), 85 Prozent sind für eine Umverteilung von oben

Eine Politik, die sich ausschließlich auf die „Mitte“ der Gesellschaft fixiert, übersieht,

**Grafik 2: Subjektive Schichteinstufung in Westdeutschland**  
(Datenbasis: ALLBUS 1991, 1996, 2002)



nach unten, 80 Prozent für mehr Bürgerbeteiligung. Für weitere Privatisierungen sind nur 40 Prozent, nur 43 Prozent könnten einer Führung mit Härte etwas abgewinnen, und immerhin rd. 45 Prozent konnten sich radikale Einschnitte vorstellen. *Der Konflikt mit der Politik von Regierung und der Mehrheitsopposition ist ein Konflikt darüber, was eine gute Politik ist, die zu einer besseren Gesellschaft (einer besseren „Ordnung“) führt. Die Bundesrepublik ist durch einen tiefen Ordnungsdisens zwischen der Mehrheit der Bevölkerung und den herrschenden Eliten geprägt.*

Was gut oder schlecht ist, sieht sehr unterschiedlich aus in Abhängigkeit davon, wo in der Gesellschaft man sich befindet – ganz oben, ganz unten oder wo genau in der sog. Mitte. Es sollte nicht vergessen werden, dass für die Deutschen ihre Gesellschaft durchaus eine von oben und unten ist. 74 Prozent der befragten ostdeutschen Bürgerinnen und Bürger fühlen sich durch die Reformen der Bundesregierung direkt bedroht. Jede neue Nachricht wie ein blauer Brief. Von jenen, die nie arbeitslos waren, sind es nur (oder sogar) 64 Prozent, von jenen, die öfter arbeitslos gewesen waren, sind es 80 Prozent, die diese Angst haben.<sup>186</sup>

dass Menschen sich gerade dann in vertikalen Strukturen von „Oben“ und „Unten“ verorten, wenn sie den sozialen Abstieg fürchten müssen. Vor allem auch für jene, die sich selbst in der „Mitte“ der Gesellschaft sehen, ist die offensichtliche Existenz eines „Unten“ ein latente Bedrohung. Wachsende Unsicherheit der Arbeitsplätze, die nach den traditionellen Zweigen nun auch die neuen Industrien und Dienstleistungen erreicht hat, der Druck zu verstärkter privater Absicherung von Gesundheit und Rente sowie der eigenen wie der Bildung und Ausbildung der Kinder, starke Mobilitätszwänge mit allen Folgen von Entsozialisierung verändern das Leben der Mehrheit der Gesellschaft und nicht nur derer, die von sozialer, kultureller und politischer Marginalisierung direkt betroffen sind. Zudem zerstört die Existenz eines sich ausweitenden „Unten“ in der Gesellschaft jede Chance auf ein selbstbestimmtes Leben.

Der Konflikt um die gerechte Ordnung ist spätestens Ende der neunziger Jahre zu einem sozialen Konflikt geworden – zunächst untergründig und heute manifestiert im offenen Protest der Bürgerinnen und Bürger. Die Klassengesellschaft kehrt zurück. Die Chancen für ein gutes und selbstbestimmtes Leben hängen wieder von der sozialen Lage ab. Dies stellt einen fundamentalen Einschnitt dar. Wie Mark Siemons in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* formuliert: „Bisher konnten sich auch Arbeitslose in gewisser Weise als Angestellte der großen Firma Bundesrepublik vorkommen, die alle ihre Bürger mit

<sup>186</sup> Michael Chrapa (+), Jeannette Drygalla, Susanne Wolf: Politische Landschaften im Meinungsbild. PoliLand. Soziologisch-empirische Kurzstudie zu Problembewusstsein, Veränderungspotenzialen und Einstellungen zur Zukunft im Meinungsbild der Bevölkerung. FOKUS-Institut Halle, Forschungsgemeinschaft für Konflikt und Sozialstudien e.V., August 2004.

zwar unterschiedlichen, aber immer noch vergleichbaren Konsum- und Lebensstilmöglichkeiten ausstattete; heute müssen sich auch Angestellte als potentielle Arbeitslose fühlen, die jederzeit aus der gewohnten Lebenswelt herausfallen können<sup>187</sup>. Und dabei geht es nicht um die Wahl zwischen BMW oder Golf, sondern um die existenziellsten Fragen – Arbeit, Wohnung, Bildung, Gesundheit, Kinder. Dies mögen sich viele Politiker, Großunternehmer und die hochdotierten Berater mit ihren immer neuen „coolen“ Reformvorschlägen nicht vorstellen können, da in ihrer Lebenswelt diese Fragen gar nicht stehen: In Ostdeutschland jedoch kann selbst jeder, der gegenwärtig nicht direkt betroffen ist, Leute in seiner Umgebung nennen, die von existentieller Not erfasst werden.

Hartz IV wird als Klassenkampf von oben verstanden. Gefragt, wo der wachsende Reichtum bleibt, antworten in Berlin im Osten 75 Prozent und im Westteil 66 Prozent, er werde als Profit konzentriert. *Der Konflikt um die gerechte Ordnung ist zum sozialen Konflikt geworden zwischen „uns“ und „denen da oben“, zwischen den Normalbürgerinnen und -bürgern und der wirtschaftlich-politisch herrschenden Klasse.* Über achtzig Prozent der Bevölkerung sieht eine wachsende Kluft zwischen Arm und Reich. Die herrschenden Eliten werden nicht nur als jene angesehen, die erstens eine ineffiziente Politik machen, die zweitens in die falsche Richtung führt, sondern zudem noch als eine Gruppe, die dies drittens mit eigennütigen Zielen der Bereicherung von „ihresgleichen“ tut.

Aus diesen aktuellen Konflikten heraus wird deutlich, dass eine große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland Eigentum für sozialpflichtig halten und durchaus mit erheblichen Eingriffen in das Privateigentum einverstanden sind, wenn es das Gemeinwohl erfordert. Sie verlangen, dass soziale Grundsicherheit gewährleistet wird und die Entscheidungen über die Änderung der Eigentumsordnung nicht den Eliten überlassen bleiben. Eine gerechte Eigentumsordnung verlangt in ihren Augen die Verbindung von libera-

len und sozialen Grundrechten, von Rechtsstaat und Sozialstaat, von Privateigentum und öffentlichem Eigentum. Sie müsse auf den Ausgleich von Individualinteressen mit gerechter Verteilung und einem hohen Maß an Gleichheit zielen. Es bedürfe der umfassenden staatlichen Garantie der öffentlichen Daseinsvorsorge sowie der Unterordnung aller Eigentumsformen unter ein Leben in Würde. Die Beherrschung der Gesellschaft durch große organisierte Finanzmächte und Großunternehmen wird abgelehnt.

### **Menschenrechtspflichtiges Eigentum**

Betrachtet man die sozialen Proteste in Ostdeutschland, so fällt zum einen auf, dass es hier wie auch in anderen Ländern, die früher durch das Modell des sowjetischen Staatspartei-Sozialismus geprägt waren, in den Jahren nach 1989 kaum zu Protesten gegen die Verwandlung des Staatseigentums in Privateigentum gekommen ist. Dabei wurden in Ostdeutschland 85 Prozent des produktiven Vermögens in die Hand westdeutscher Eigentümer und zehn Prozent in die Hand ausländischer Kapitaleigentümer gegeben. Demonstrationen und Proteste richteten sich nicht gegen die Änderung der Verfügungsrechte, sondern dagegen, dass dies mit dem Abbau von Arbeitsplätzen sowie einer teilweise parasitären Aneignung von Nutzungsrechten<sup>188</sup> verbunden war. Die Privatisierung wird hier wie in anderen postsozialistischen Ländern vor allem mit Blick auf ihre Folgen für die Möglichkeit der Wahrnehmung sozialer Grundrechte kritisch gesehen.

Auch international richtet sich der Widerstand gegen die neoliberale Enteignungsökonomie nicht primär gegen Formen privater Verfügung im unternehmerischen Sinne, sondern gegen die Abkopplung dieser Verfügungsgewalt von der Einlösung zentraler gesellschaftlicher Pflichten. Es geht um eine Entschädigung für die strukturellen Schädigungen durch Sklave-

---

<sup>187</sup> FAZ, 13. September 2004, S. 35.

---

<sup>188</sup> In Ostdeutschland gilt dies vor allem für den Grund und Boden und Wohnungen sowie die Medien. In Russland wurde unter Jelzin faktisch der gesamte Naturreichtum des Landes parasitär privatisiert.

rei und Kolonialismus, die Löschung von Schulden der Entwicklungsländer, die schon mehrfach beglichen wurden (es handelt sich jetzt um die Begleichung der Schulden durch Zinseszins), einen fairen Welthandel, Schutz der öffentlichen Daseinsvorsorge, der Wasserressourcen, um Nahrungsmittelsicherheit usw. usf. Der Kapitaldominanz der jetzigen Eigentumsordnung wird die *Menschenrechtspflichtigkeit* von Eigentum gegenübergestellt.

Von den sozialen Bewegungen der Gegenwart wird ein Kriterium für eine alternative Eigentumsordnung formuliert, das Ulrich Duchrow und Franz Hinkelammert in die folgenden Sätze fassen: „Jeder konkrete Vorschlag alternativer Institutionen und Handlungen ist daraufhin zu prüfen und zu beurteilen, ob er dem konkreten Leben faktisch nützt und ob niemand bei seiner Erarbeitung und im Blick auf seine Folgen ausgeschlossen ist.“<sup>189</sup> Dies lässt sich nur aus der Perspektive der Erniedrigten, Geknechteten, Verlassenen, Verachteten beurteilen: Die Perspektive des Gemeinwohls, so Duchrow und Hinkelammert, bestimmt sich „grundsätzlich von den schwächsten und gefährdetsten Gliedern der Gemeinschaft her. Wenn sie leben können, können alle leben.“<sup>190</sup> Von dieser Perspektive aus kann auch eine, dem Standpunkt einer kritischen Trans-Moderne-Theorie genügende, befreiende Praxis der Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse gewonnen werden.<sup>191</sup>

Die Position der Menschenrechtspflichtigkeit des Eigentums verlangt eine radikale philosophische Reinterpretation jenes

---

<sup>189</sup> Ulrich Duchrow, Franz Josef Hinkelammert: *Leben ist mehr als Kapital. Alternativen zur globalen Diktatur des Eigentums*. Oberursel: Publik-Forum 2002, S. 193.

<sup>190</sup> Ebenda, S. 188.

<sup>191</sup> „Unsere Befreiungsabsicht ist ... transmodern; sie ist rationale Kritik der Moderne aus der Perspektive ihrer Exterritorialität, ihres ‚Gegen-Gesichts‘ (der Indios, Afrikaner, Asiaten etc.) als Kritik des irrationalen Mythos der Gewalt gegen die Kolonien, gegen den peripheren Kapitalismus, gegen den ‚Süden‘.“ Zit. in: Peter Penner: *Befreiung*. In: *Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Bd. 2, S. 143.

Eigentumsverständnisses, wie es durch John Locke im 17. Jahrhundert geprägt wurde. Dieser hat den Besitz und die unmittelbare Verfügung in den Vordergrund gestellt. Und während theoretischer Ausgangspunkt seiner Ableitung der arbeitende Eigentümer ist, der die Reproduktion seiner eigenen Lebensbedingungen unter den Bedingungen des Überflusses an gemeinschaftlich vorgefundenen Produktionsbedingungen zum Ziel hat<sup>192</sup>, sind kapitalistische Lohnarbeit und sogar Sklaverei jener, die sich nicht freiwillig der bürgerlichen Produktionsweise fügen, das Ergebnis seiner Ableitung.<sup>193</sup> Persönliches

---

<sup>192</sup> Im Ausgangspunkt von Lockes Ableitung des bürgerlichen Eigentumsbegriffs ist dieser (1) an die persönliche Aneignung der vorgefundenen Ressourcen durch eigene Arbeit zum Zweck der eigenen Lebenserhaltung und (2) an den Überfluss dieser Ressourcen gebunden: „Obgleich die Erde und alle niederen Geschöpfe der Menschheit insgesamt gehören [diese Position geht auf das *Alte Testament* zurück – M. B.], hat doch jeder Mensch ein Eigentum an seiner Person... Was immer er also aus dem Zustand entfernt, in dem die Natur es geschaffen und belassen hat, wird dadurch, dass er es mit seiner Arbeit vermischt und ihm etwas Eigenes zugesellt hat, zu seinem Eigentum. Indem es durch ihn aus jenem Grundzustand entfernt wird, in den die Natur es versetzt hat, ist ihm durch seine Arbeit etwas hinzugefügt worden, das das gemeinschaftliche Anrecht anderer Menschen darauf ausschließt. Denn da diese Arbeit das unzweifelhafte Eigentum des Arbeitenden ist, kann niemand außer ihm selbst ein Recht auf das haben, worauf er sie einmal verwandt hat, vorausgesetzt, es ist von allem gleich Gutes genug zum gemeinschaftlichen Nutzen der anderen vorhanden.“ John Locke: *Bürgerliche Gesellschaft und Staatsgewalt*. Leipzig: Verlag Philipp Reclam jun. 1980, S. 116. Zur Verwandlung dieses Ausgangspunkts in die Legitimation kapitalistischer Lohnarbeit siehe Hermann Klenner im gleichen Band, S. 306-308. Zur Legitimation von Sklaverei vgl. Ulrich Duchrow, Franz Josef Hinkelammert: *Leben ist mehr als Kapital*. A. a. O., S. 55 ff.

<sup>193</sup> Es darf daran erinnert werden, dass Isabel II. von Spanien die gesamte indigene Bevölkerung der Karibik mit der Begründung zur Sklaverei verdammt, sie seien „Kannibalen“. Die Ausrottung bzw. Wegsperrung der nordamerikanischen Indianer legitimierte sich damit, sie seien nicht zur „normalen“ Bodennutzung bereit.

Eigentum verwandelt sich so unter der Hand in die Besitzlosigkeit vieler.

Um zu einer genaueren Begriffsbestimmung zu kommen, sei im folgenden zwischen Eigentum (*property*) und Besitz (*possession*) unterschieden. Formen des Besitzes sind Mittel der Durchsetzung von Eigentumsverhältnissen. Besitz definiert, wer welche Rechte bezogen auf welche Eigenschaften einer bestimmten Ressource (Grund und Boden, Produktionsmittel, Konsumtionsmittel, Infrastruktur, Arbeitskraft usw.) hat. Dabei geht es um die Rechte des Zugangs, der Entnahme, des Managements, des Ausschlusses anderer und der Veräußerung<sup>194</sup>.

Während Besitzverhältnisse die Mittel definieren, die zur Umsetzung des Eigentums verwandt werden, erfasst das Eigentum als sozioökonomisches Verhältnis den Zweck der gesellschaftlichen Produktion. Die Frage danach, wer Eigentümer ist, beantwortet sich dadurch, dass aufgezeigt wird, welche Arten von gesellschaftlichem Reichtum erzeugt werden und wer sich diesen jeweils aneignet. Eine Produktionsweise, die unter der Dominanz der Kapitalverwertung steht, unterwirft Produktion und Aneignung dem Prinzip der Profitmaximierung. Dazu kann staatlicher Besitz an wesentlichen Teilen der Infrastruktur oder der Grundstoffindustrie bzw. der Banken in bestimmten Zeiten durchaus ein adäquates Mittel sein. Die Frage ist, welchem eigentlichen Zweck das staatliche Eigentum jeweils dient. Umgekehrt ist es auch denkbar, dass bestimmte Formen der Privatisierung die Vormacht von kapitalistischen Großunternehmen zeitweilig reduzieren.

Marx hat das Eigentumsverhältnis, das eine Gesellschaft zu einer kapitalistischen Gesellschaft macht, nicht über den Besitz bestimmt, sondern darüber, was die gesellschaftliche Reproduktion bestimmt. Die allgemeine Formel des Kapitals, so Marx, ist der sich selbst verwertende Wert, das Geld, das ein Mehr an Geld heckt:  $G$  (Geld) – Ware –  $G'$  (Mehr-Geld) [ $G-W-G'$ ]. Gesellschaftsbestimmend wird diese Formel, wenn sie die Produktion ergreift und sich

unterordnet, wenn alle Produktions- und Reproduktionsfaktoren letztlich der Dominanz der erweiterten Reproduktion von Kapital untergeordnet werden. Dafür prägt Marx die folgende Formel:  $G$  (Geld) –  $W$  (Ware [darunter auch die Arbeitskraft in ihrer warenförmigen Existenzweise]) –  $P$  (Produktion) –  $W'$  (neue Waren) –  $G'$  (um den Mehrwert erweitertes Kapitalvermögen) [ $G-W-P-W'-G'$ ].

Die begriffliche Identifikation von Eigentum mit Besitz führt zu einem *possessiven Eigentumsbegriff*, der das Mittel der Aneignung in den letztlichsten Zweck verwandelt. Bei John Locke wird so der Ausgangspunkt – die private Verfügung über die eigene Arbeitskraft und abgegrenzten selbstbewirtschafteten Grund und Boden – in einen ganz anderen Endzweck – die private Akkumulation von Geld als Kapital – verkehrt, was aber nur durch die Verfügung über fremde Arbeitskraft und die Enteignung anderer von Grund und Boden und Produktionsmitteln möglich ist. Der Begriff des Privateigentums wird mit dem individuellen Besitz identifiziert, wodurch die radikale Differenz zwischen Besitz, dessen Zweck die individuelle Aneignung der notwendigen Lebensgüter ist, und Formen kapitalistischen Besitzes, dessen Zweck die erweiterte Reproduktion von Kapital, also Eigentum unter der Dominanz der Kapitalverwertung ist, bewusst unsichtbar gemacht wird.<sup>195</sup>

---

<sup>195</sup> Dieser Prozess der Verdrängung eines Begriffs des Eigentums, der auf individuelle Aneignung zielt, durch einen possessiven Eigentumsbegriff drückt sich auch darin aus, dass wichtige historische Auseinandersetzungen vergessen sind. Im zweiten Entwurf des Code civil, vorgelegt am 9. September 1794, erarbeitet während der Großen Französischen Revolution und grundlegendes Dokument der Kodifizierung des kapitalistischen Eigentums, heißt es: "Drei Dinge sind notwendig und genügen dem Menschen in der Gesellschaft: Herr über seine Person zu sein, Güter zu besitzen, um seine Bedürfnisse erfüllen zu können, und in seinem Interesse über seine Person und seine Güter verfügen zu können. Alle zivilen Rechte lassen sich daher auf das Recht auf Freiheit, Eigentum und Vertragsfähigkeit zurückführen." (Kritisches Wörterbuch der Französischen Revolution, Bd. 2, S. 726.) Gegenüber der Tendenz eines unbeschränkten privat-possessiven und damit herrschaftli-

---

<sup>194</sup> Vgl. Elinor Ostrom: Private and Common Property Rights. A. a. O., S. 339.

In den „Grundrissen zur Kritik der politischen Ökonomie“ führt Marx die Unterscheidung zwischen Eigentum und Besitz bei seiner Analyse der „Formen, die der kapitalistischen Produktion vorhergehen“ im Zusammenhang mit dem „orientalischen Gemeinwesen“ ein. Für dieses gelte, dass das Grundeigentum nur als Gemeineigentum existiere und jede besondere Nutzungsweise dieses Eigentums durch die Einzelnen unmittelbar dem Zweck der Reproduktion des Gemeinwesens untergeordnet sei. Der private Besitz ist eine Formbestimmung, eine Funktion des Gemeineigentums.<sup>196</sup>

In Auseinandersetzung mit diesem possessiven Eigentumsbegriff hat Wolfgang Ullman einen *partizipativen Eigentumsbegriff* entwickelt: „Entscheidend für dasselbe ist nicht das Verfügen, sondern das Teilhaben, wie an der Luft die wir ein- und ausatmen, ohne über sie verfügen zu können, genau wie über das Wasser oder andere Grundlagen unseres Lebens, ohne die wir nicht existieren können.“<sup>197</sup> Der

---

chen Eigentums hatte schon kurz vorher Robespierre eingewandt: „Ihr habt eine Vielzahl von Artikeln verfasst, um eine möglichst große Freiheit in der Ausübung des Eigentumsrechts zu gewährleisten, und ihr habt nicht ein einziges Wort gesagt, um den legitimen Charakter des Eigentums zu bestimmen; so dass eure Erklärung nicht für die Menschen im allgemeinen, sondern für die Reichen, die Spekulanten, die Wucherer und Tyrannen gegeben zu sein scheint.“ (Maximilien Robespierre: Ausgewählte Texte. Hamburg: Merlin Verlag 1989, S. 399.)

<sup>196</sup> Für die „orientalische Form“ des Gemeinwesens, so Marx, gelte, dass das „Gemeindeglied als solches Mitbesitzer des gemeinschaftlichen Eigentums“ sei: „wo das Eigentum *nur* als Gemeineigentum existiert, ist das einzelne Glied als solches nur *Besitzer* eines besonderen Teils, ... da jede Fraktion des Eigentums keinem Glied gehört für sich, sondern als unmittelbarem Glied der Gemeinde... Dieser einzelne ist also nur Besitzer. Es existiert nur *gemeinschaftliches* Eigentum und nur *Privatbesitz*.“ Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. In : MEW, Bd. 42, S. 389.

<sup>197</sup> „Wir müssen die gesellschaftliche und politische Kraft aufbringen, die Frage: ‚Wer besitzt und wer teilt zu?‘ zu ersetzen durch die andere Frage: Sind wir bereit, die Geteiltheit

Bezugspunkt der Partizipation sind meines Erachtens jene Forderungen, die durch die emanzipativen Bewegungen in den letzten 250 Jahren aufgestellt wurden und in den Menschenrechtsdeklarationen der UNO sowie in den Dokumenten des Weltsozialforums ihren Ausdruck gefunden haben.

Es ist fast völlig vergessen, dass die Aufnahme der *bills of rights* (wesentlicher Grundrechte) in die durch eine Oligarchie von Großbürgern, Großgrundbesitzern und Sklavenhaltern erarbeiteten Verfassung der USA durch demokratische Bewegungen in einer Reihe nordamerikanischer Staaten als Bedingung ihrer Zustimmung durch die Bürger erzwungen wurde<sup>198</sup>. In die *Universelle Menschenrechtsdeklaration der Vereinten Nationen* von 1948 gingen Grundforderungen der Völker ein, die sie im Kampf gegen den Faschismus erhoben hatten. Die beiden Internationalen Konventionen der Vereinten Nationen erweiterten diese im Jahre 1966 durch wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und bestimmten die politischen und Bürgerrechte noch präziser. Es gingen u. a. Ergebnisse der Arbeiterbewegung, des Sozialismus, Antirassismus, der Friedensbewegung, der antikolonialen Bewegung und von Bürgerrechtsbewegungen ein. die dort formulierten Forderungen verlangen die Schaffung solcher gesellschaftlichen Verhältnisse, die orientiert am „Ideal freier Menschen, die frei von Furcht und Not sind“ und „unter denen jeder seine wirtschaftlichen sozialen und kulturellen Rechte sowie

---

des Lebens und alles Lebendigen als die unantastbare Voraussetzung allen Eigentums anzuerkennen.“ Wolfgang Ullmann: Eigentum in der weggegebenen Welt. Zur Situation des Eigentums im real existierenden System. Ms. 1996

<sup>198</sup> Howard Zinn: A Peoples's History of the United States. New York: Harper Perennial 1990, S. 98 f. Zu den ökonomischen Interessen der „Verfassungsväter“ der USA (*founding fathers*) siehe: Charles A. Beard: An Economic Interpretation of the Constitution. In: Bertell Ollman, Jonathan Birnbaum (eds.): The United States Constitution. 200 Years of Anti-Federalist, Abolitionist, Feminist, Muckraking, Progressive, and Especially Socialist Criticism. New York and London: New York University Press 1990, S. 39-59.

seine politischen und Bürgerrechte genießen kann“.<sup>199</sup>

*Eine menschenrechtspflichtige Eigentumsordnung ist also jene Wirtschaftsordnung, in der die Realisation der Menschenrechte jeder und jedes Einzelnen der letzte Zweck des Eigentums ist und die Besitzordnung diesem Ziel ständig neu angepasst wird*<sup>200</sup>. Menschenrechte werden dabei nicht als ahistorische „Naturrechte“ verstanden, sondern als legitime Forderungen der emanzipativen sozialen Bewegungen jener, die in der gegebenen Ordnung strukturell benachteiligt sind. Menschenrechte sind Forderungen im Kampf um die Befreiung von Ausbeutung, Unterdrückung, Diskriminierung und Ausgrenzung sowie der Unterwerfung unter sog. „Sachzwänge“ der Kapitalverwertung oder imperialer „Friedenssicherung“. Eine Eigentumsordnung ist dann menschenrechtspflichtig, wenn auch jene, die in ihr am schlechtesten gestellt sind, ihre grundlegenden ökonomischen, sozialen, kulturellen, ökologischen, politischen Rechte in Frieden wahrnehmen können.<sup>201</sup>

---

<sup>199</sup> Vereinte Nationen. Internationale Konvention über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vom 16. Dezember 1966. In: Hermann Klenner: *Marxismus und Menschenrechte. Studien zur Rechtsphilosophie*. Berlin: Akademie-Verlag 1982, S. 430. Die USA gehört zu den wenigen Mitgliedsländern der UNO, die diese Konvention bis heute nicht ratifiziert hat.

<sup>200</sup> Mit dem Begriff der Menschenrechtspflichtigkeit des Eigentums wird die auch im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankerte *Sozialpflichtigkeit* des Eigentums radikalisiert. Anstelle der Bindung an ein unbestimmtes *Gemeinwohl* treten die Menschenrechte in ihrer jeweils historisch konkret kodifizierten Form.

<sup>201</sup> Vgl. dazu die Gerechtigkeitsvorstellungen von John Rawls: „Ich behaupte, dass die Menschen im Urzustand zwei ... Grundsätze wählen würden: einmal die Gleichheit der Grundrechte und -pflichten; zum anderen den Grundsatz, dass soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten, etwa verschiedener Reichtum oder verschiedene Macht, nur dann gerecht sind, wenn sich aus ihnen Vorteile für jedermann ergeben, insbesondere für die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft.“ John Rawls: *Eine Theorie der Gerechtigkeit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Taschenbuch Verlag 1979, S.

### **Freiheitsgüter als unmittelbarer Zweck der Produktion und Ziel der Aneignung durch jede und jeden**

Menschenrechte bedürfen einer realen Grundlage, sollen sie nicht bloße Deklaration bleiben. Ihre Realisierungsbedingungen müssen in sozialen Systemen ständig neu erzeugt werden. Sie sind an die Bereitstellung von und den universellen Zugang zu Gütern gebunden. In die Programmdiskussion der PDS wurde dazu durch André Brie, Dieter Klein und den Autor der Begriff der *Freiheitsgüter* eingeführt. Dieser Begriff knüpft an die internationale Diskussion zu den Grundbedürfnissen und Grundgütern (*basic goods* oder *primary goods*) an<sup>202</sup> und verbindet diese Diskussion explizit mit dem Freiheitsanspruch jedes und jeder Einzelnen und den Menschenrechten. Im 2003 verabschiedeten Programm der PDS heißt es nun: „Unsere programmatischen Ziele gehen von einer einfachen Frage aus: Was brauchen Menschen, um selbstbestimmt leben zu können? In den Kämpfen ausgebeuteter, unterdrückter und herabgewürdigter sozialer Gruppen hat sich gezeigt: Menschen brauchen die Möglichkeit, über die gesellschaftlichen Bedingungen ihres Lebens selbst und gemeinsam mit anderen zu entscheiden. Sie brauchen den Schutz vor Gewalt. Sie brauchen saubere Luft und sauberes Wasser. Sie brauchen Arbeit, Erwerb und Verteilungsgerechtigkeit. Sie brauchen Bildung und Kultur. Sie brauchen soziale Sicherheit und Gesundheit... Die Verfügung über diese Güter entscheidet, ob Menschen frei oder unfrei sind. Es sind grundlegende Freiheitsgüter.“

---

33. Vgl. auch Dieter Klein (Hg): *Leben statt gelebt zu werden*. A. a. O., S. 106 ff. Dies bewahrt den befreienden Anspruch des Alten Testaments und des frühen Christentums, das Jesus zu den „Gerechten“ sagen lässt: „Was ihr für einen meiner geringsten Brüder getan habt, das habt ihr mir getan.“ (MATTHÄUS 25, 40).

<sup>202</sup> Todd A. Salzman: *The Basic Goods Theory and Revisionism: A Methodological Comparison on the Use of Reason and Experience as Sources of Moral Knowledge*. *The Heythrop Journal* 42 (4) 2001, 423-450; Amartya Sen: *Ökonomie für den Menschen*. München 2000; Amartya Sen: *Rationality and Freedom*. Cambridge 2002.

Der Anspruch auf gleiche Teilhabe an ihnen ist zugleich Anspruch auf Wahrnehmung fundamentaler Menschenrechte. Es war die Internationale, die den Kampf um diese Menschenrechte zu ihrer weltumspannenden Botschaft machte.“

Mit dem Begriff der Freiheitsgüter wird ein neosozialistisches Kriterium für die Ausrichtung der Produktion und für das Maß der Verteilung formuliert. Danach ist das Produktionssystem an der Erzeugung jener Güter auszurichten, die für die freie Entwicklung der Einzelnen, vor allem der bisher strukturell benachteiligten Gruppen, von entscheidender Bedeutung ist. Die Verteilung muss einen möglichst gleichen Zugang aller zu den grundlegenden Freiheitsgütern garantieren. Die Produktion anderer Güter sowie das Maß der Ungleichheit bei ihrer Verteilung bemessen sich nach dieser Vorstellung daran, ob sie das genannte zentrale Produktionsziel und oberste Verteilungskriterium befördern bzw. zumindest nicht einschränken. Man könnte auf dieser Basis auch einen Maßstab für einen neuen Sozialismus formulieren: In einer Gesellschaft wirken dann sozialistische Tendenzen, wenn die Produktion der Freiheitsgüter zunimmt und sich der Zugang für die schwächsten Gruppen der Gesellschaft erhöht. Sozialistische Politik als Tagesaufgabe heißt, die kulturellen, politischen und ökonomischen Voraussetzungen für die Durchsetzung solcher Tendenzen zu schaffen. Gegenwärtig verlangt dies vor allem die Zurückdrängung und Überwindung der Hegemonie des Neoliberalismus.

Will man anschließend an Marx eine allgemeine Formel sozialistischen Eigentums definieren, so ist es die Bewegung: I (Individuen) – FG (Freiheitsgüter) – I' (selbstbestimmt weiter entwickelte Individuen). Und auch hier gilt, dass dieses Formverhältnis erst dann umfassend wirkungsmächtig wird, wenn es sich die Produktion und Reproduktion der Gesellschaft unterwirft: I (Individuen) – FG (Freiheitsgüter) – P (Produktion) – (FG' bereicherte Freiheitsgüter) – I' (selbstbestimmt weiter entwickelte Individuen) [I-FG-P-FG'-I'].

Wenn man die These von der Menschenrechtspflichtigkeit des Eigentums durch die Frage nach der Produktion und Verteilung von Freiheitsgütern konkretisiert, ist

zugleich ein Maßstab für die Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse einer Gesellschaft formuliert. In das Parteiprogramm der PDS wurde in diesem Zusammenhang die folgende Position aufgenommen: „Die Eigentumsfrage ist vor allem eine Frage der realen Verfügung über wirtschaftliche Machtressourcen, bei deren Regelung Rechtstitel eine wesentliche Rolle spielen. Entscheidend sind realer Inhalt und soziale Wirkung konkreter Eigentumsordnungen. Die Alternative zu kapitalistischem Eigentum besteht deshalb nicht im allumfassenden Staatseigentum, sondern in der demokratischen Entscheidung über gesellschaftliche Grundprozesse und über die Förderung jener Eigentumsformen, die es am ehesten erlauben, die menschlichen Grundgüter effizient bereitzustellen und gerecht zu verteilen.“

### **Universelles individuelles Eigentum als Zweck der gesellschaftlichen Produktion und Ziel der Aneignung**

Nicht nur die bürgerliche, sondern auch die in Abschnitt 1 schon dargestellte sozialistische Diskussion war in die Falle des possessiven Eigentumsbegriffs gegangen. Sie hatte die Identifikation von Eigentum und Besitz übernommen. Außerdem war sie mit ihrer Fixierung auf Formen des Staatsbesitzes bzw. auf genossenschaftlichen Besitz (oft als niedere Form verstanden) einer Logik gefolgt, die letztlich die Gesellschaft zum eigentlichen Ziel sozialistischer Produktion erklärte. Der Staatssozialismus war durch Staatseigentum mit unterschiedlichen Besitzformen (staatlichen, kollektiven, individuellen) geprägt. Es wurde davon ausgegangen, dass dies zumindest mittelbar auch den einzelnen Gesellschaftsmitgliedern nützt. In der historischen Wirklichkeit aber kam es zu Tendenzen von Unterdrückung und Ausbeutung im Namen der Gesellschaft. Das Staatseigentum und die Staatsmacht verwandelten sich in der Sowjetunion aus einem Mittel zum Selbstzweck, ausgeübt durch die Nomenklatura einer Staatspartei.

Wird mit dem überkommenen Paradigma der Gleichsetzung von Sozialismus mit Staatseigentum gebrochen und wird gleichzeitig die Eigentumsfrage nicht wie durch die heutige Sozialdemokratie ad acta gelegt, dann könnte sich eine neoso-

zialistische Perspektive eröffnen. Sie würde von der Menschenrechtspflichtigkeit des Eigentums ausgehen, die Frage der Produktion und eines grundsätzlich gleichen Zugangs zu den Freiheitsgütern als Ziel einer neuen Wirtschaftsordnung formulieren, und damit die freie Entwicklung einer und eines jeden Einzelnen als Bedingung der freien Entwicklung aller in den eigentlichen Zweck der gesellschaftlichen Produktion verwandeln. *Eine sozialistische Eigentumsordnung würde diesem Verständnis nach nicht auf gesellschaftlichem Eigentum, sondern auf einer Universalisierung individuellen Eigentums beruhen.* Die Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums und vor allem der grundlegenden Freiheitsgüter durch jede und jeden Einzelnen wäre der Zweck der Produktion und Ziel der Verteilung.

Diese neosozialistische Position negiert nicht das individuelle Eigentum, sondern verlangt seine Universalisierung. Während Locke aus der individuellen Aneignung kapitalistische Eigentumslosigkeit und sogar Sklaverei ableitet und der Neoliberalismus im Namen der „Privatisierung“ Konzentration des Eigentums in den Händen weniger globaler Konzerne und massive Enteignung (siehe Abschnitt 2) durchsetzt, stellt dieser Neosozialismus die Frage, wie unter den Bedingungen einer hochkomplexen Gesellschaft individuelles Eigentum erstmalig universell für jede und jeden gültig werden kann. Die Forderung nach der Durchsetzung der Menschenrechte würde damit direkt zu einer Forderung nach Überwindung der kapitaldominierten Eigentumsordnung in einem Transformationsprozess werden. Ziel wäre eine Gesellschaft universellen individuellen Eigentums an den hochvergesellschafteten Produktionsbedingungen. Während der Neoliberalismus im Maße der Durchsetzung der imperial gesicherten finanzkapitalistischen „Enteignungsökonomie“ den Zugang von Menschen zu den grundlegenden Freiheitsgütern immer weiter einschränkt und zu einem Privileg einer immer kleineren Minderheit der Weltbevölkerung macht, real also das individuelle Eigentum im Namen des Privateigentums negiert, zielt der Neosozialismus auf die Ausdehnung des individuellen Eigentums und seine letztliche Univer-

salisierung als Eigentumsanspruch jedes Menschen auf der Erde. Während der Neoliberalismus alles in eine Ware verwandeln will und den gesamten Produktions- und Lebensprozess unter die Kapitalverwertung zu subsumieren sucht, kämpft der Neosozialismus um die Unterordnung der Eigentums- und Machtordnung unter die freie Entwicklung der Einzelnen in Solidarität miteinander. Dazu sind zwei Schritte notwendig – erstens die Demokratisierung der jetzigen Wirtschafts- und Sozialordnung und zweitens die Umgestaltung der Besitzverhältnisse. Beide Fragen sollen im Folgenden betrachtet werden.

### **Die Demokratisierung der jetzigen Wirtschafts- und Sozialordnung**

Die Träger des Neoliberalismus, die neuen globalen Machteliten, lassen den Rahmen der traditionellen Institutionen der politischen Freiheit, das System repräsentativer Demokratie und Gewaltenteilung, immer weiter hinter sich. Die demokratischen Strukturen der Nationalstaaten werden zu Fassaden globaler Autoritarismen. Es kommt – vorsichtig formuliert – zur „Lockerung vieler institutioneller und organisatorischer Grundlagen demokratisch verfasster Regimes“ (S. N. Eisenstadt und Larry Diamond) und zur Verwandlung der demokratischen Institutionen in Exekutivorgane von Entscheidungen, die in Gremien getroffen werden, die keinerlei demokratischen Regeln unterworfen sind.

Die neoliberale Durchkapitalisierung der Gesellschaften und die imperiale bzw. multilaterale Errichtung autoritärer nationaler und internationaler Sicherheitsstrukturen gehen notwendiger Weise Hand in Hand. Da die Kapitalverwertung einer eindimensionalen Logik folgt, der Logik der Verbesserung der Verwertungsbedingungen insbesondere des Finanzkapitals, muss die mit ihr verbundene Eigentums- und Wirtschaftsordnung der demokratischen Kontrolle und sozialen Einflussnahme entzogen werden. Demokratie wird abgewertet als „populistisches“ Handeln gegen vermeintlich alternativlose Sachzwänge und sozialer Einfluss von unten wird als „Marktverzerrung“ denunziert. Soll gegenüber der Logik des Kapitals die Logik sozialer Reproduktion und die Wah-



rung der Menschenrechte zur Geltung gebracht werden, dann bedarf es einer tiefgreifenden Demokratisierung.

Es gehört zu den grundlegenden Annahmen der neoklassischen Wirtschaftswissenschaft, dass freie Märkte zugleich das „soziale Optimum“ darstellen. Politik hat dann vor allem die Aufgabe, derartige Märkte – notfalls auch gewaltsam – durchzusetzen und zu bewahren. Demokratische Entscheidungen können sich bestenfalls auf das Tempo der Einführung dieser Märkte, nicht aber auf die soziale Gestaltung derselben beziehen.<sup>203</sup> Im Mittelpunkt dieses Paradigmas steht das Konzept des Marktes „as a self-regulating and self-correcting ‚smoothly functioning machine‘ governed by objective laws and universal principals“<sup>204</sup>. Ein solches Verständnis der Ökonomie entzieht sie der Verfügung durch den „Demos“, die Bürgerinnen und Bürger, und delegiert diese an Regierungen, die sich den Empfehlungen von neoklassischen Experten und Interessengruppen (dem sog. Washingtoner Konsensus von IWF, Wall Street und der US-Regierung) zu unterwerfen haben.<sup>205</sup>

Diese Art der Politikbegründung entzieht die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik nicht nur dem demokratischen Prozess, sie basiert zugleich auf der fehlerhaften Annahme von sich selbst regulierenden Märkten, die im Prozess der Selbstorganisation optimale soziale Ergebnisse erzielen. Wie Karl Polanyi nachwies, war es der Zusammenbruch des „utopischen Bemühen(s) des Wirtschaftsliberalismus zur Errichtung eines selbstregulierenden

Marktsystems“<sup>206</sup>, der in die Katastrophe des Faschismus und des II. Weltkrieges führte. Die drei Grundsätze des Wirtschaftsliberalismus „wettbewerbsbestimmter Arbeitsmarkt, automatischer Goldstandard und internationaler Freihandel“<sup>207</sup> hätten die soziale Integration, Freiheit und Demokratie untergraben.

Die Neoklassik ist in den letzten 25 Jahren auch innerwissenschaftlich herausgefordert worden. Es entstanden solche Schulen wie die der *New Growth Theory*, der *New Economic Geography* und der *New Trade Theory*, verbunden mit evolutionären und neoinstitutionalistischen Ansätzen<sup>208</sup>, die die Grundannahmen der Neoklassik in Frage stellen. Sie weisen nach, dass sich selbst überlassende Märkte zu Oligopolen führen, mit starken und dauerhaften sozialen und regionalen Unterschieden verbunden sind, technologische Vorreiter privilegieren<sup>209</sup>. Militärische und politische Macht spielen dabei als „sichtbare Hand“ zur Durchsetzung der liberalen Marktordnung eine entscheidende Rolle.

Sozialistischen Bewegungen (unabhängig davon, wie sie sich selbst bezeichnen) ist gemeinsam, dass sie Märkte und andere sich selbst regulierende Systeme (der Wissenschaft, Politik, des Rechts usw.) an übergreifenden sozialen Zielen ausrichten wollen. So definiert Polanyi: „Sozialismus ist dem Wesen nach die einer industriellen Zivilisation innewohnende Tendenz, über den selbstregulierenden Markt hinauszugehen, indem man ihn bewusst einer de-

---

<sup>203</sup> Vgl. paradigmatisch: Gary S. Becker: *The Economic Approach to Human Behavior*. Chicago: University of Chicago Press 1976.

<sup>204</sup> Robert Gilpin (with the assistance of Jean M. Gilpin): *Global Political Economy. Understanding the International Economic Order*. Princeton and Oxford: Princeton University Press 2001, S. 54.

<sup>205</sup> Während sich die Diktatur der Kommunistischen Partei der Sowjetunion mit Verweis auf die universale Geltung der durch den Marxismus-Leninismus erkannten Gesetze legitimierte, begründet sich die Macht des Neoliberalismus mit der Geltung der Neoklassik.

---

<sup>206</sup> Karl Polanyi: *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft 1978, S. 54.

<sup>207</sup> Ebenda, S. 191.

<sup>208</sup> Vgl. dazu u. a. die Arbeiten von Douglass C. North, Oliver E. Williamson, James S. Coleman, Richard Swedberg, James G. March, Johan P. Olsen. Wesentliche Ergebnisse sind zusammengeführt in: Rudolf Richter, Eirik Furubotn: *Neue Institutionenökonomik. Eine Einführung und kritische Würdigung*. Tübingen: J. C. B. Mohr 1996.

<sup>209</sup> Vgl. dazu auch: Hannah Arendt: *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*. München: Piper 1986.

mokratischen Gesellschaft unterordnet.“<sup>210</sup> Dies bedeutet weder die Abschaffung der Märkte noch die Ignoranz gegenüber ihrer inneren Gesetzmäßigkeit, sondern „nur“ die Verwandlung der Märkte „in ein nützliches, aber untergeordnetes Element einer freien Gesellschaft“<sup>211</sup>. So, wie die Besitzformen dem Eigentum untergeordnet werden müssen, damit es nicht zu einer Gesellschaft des Besitzeigentums kommt, so müssen sich demokratische Gesellschaften die Märkte unterordnen, damit sie nicht zu kapitalistischen Marktgesellschaften werden, die einer totalen Herrschaft bedürfen.

Grundbedingungen einer Demokratisierung der gegenwärtigen Wirtschafts- und Sozialordnung sind ihre transparente öffentliche Evaluation, die Stärkung jener sozialen Kräfte, die unter dem Gesichtspunkt der Freiheitsgüter und der Gerechtigkeit unterrepräsentiert sind<sup>212</sup>, die öffentliche Diskussion und demokratische Beschlussfassung über Eingriffe in die Eigentumsverhältnisse, die Bindung von Beschlüssen von Regierung und internationalen Organisationen an Kriterien, wie sie durch die Menschenrechtskonventionen gesetzt sind einschließlich der Möglichkeit eines Vetos durch gesellschaftliche Gruppen, die diese Rechte vertreten. Nur dann, wenn auch jene, die im besonderen Maße von Armut, Marginalisierung und Unsicherheit betroffen sind, aktiv zustimmen, sollten Maßnahmen der Liberalisierung möglich sein. Die Durchsetzung von Wirtschaftsdemokratie wird wieder zu einer aktuellen Aufgabe emanzipatorischer Politik.<sup>213</sup>

---

<sup>210</sup> Karl Polanyi: *The Great Transformation*. A. a. O., S. 311.

<sup>211</sup> Ebenda.

<sup>212</sup> So war es Teil der Politik des *New Deal*, die Gewerkschaften zu stärken und ihre Fähigkeit zur Durchsetzung von Arbeitnehmerinteressen zu erhöhen.

<sup>213</sup> Vgl. Stefan Sjöberg: *The Swedish Left Party in Europe; towards a Strategy for Economic Democracy together with Social Democracy?* Paper presented at the IV. European Conference of the Rosa-Luxemburg Foundation, Warsaw, October 29-31, 2003; Stefan Sjöberg,

Eine Grundbedingung der Demokratisierung der jetzigen Eigentumsordnung ist ihre Deglobalisierung. Damit ist nicht das Ende einer globalen Weltwirtschaft gemeint, sondern ihre Fundierung in starken regionalen Wirtschaftskreisläufen mit hoher sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit. Der globale Austausch und die globale Kooperation würde dabei auf jene Felder konzentriert, bei denen die Summe von Effizienzsteigerung, sozialer Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit tatsächlich positiv ist. Nicht die Freisetzung, sondern die Einbettung der Märkte in soziale integrierte demokratische Gesellschaften ist das Ziel einer solchen Politik.<sup>214</sup>

---

Klaus Dräger: *Economic Democracy – still an issue for the European Left?* Memo 2004.

<sup>214</sup> Die von Walden Bello entwickelte Position der Deglobalisierung schließt u. a. ein: "We are speaking about reorientating our economies away from the emphasis on production for export and towards production for the local market. This is about: Drawing most of our financial resources for development from within rather than becoming dependent on foreign investment and foreign financial markets; Carrying out the long-postponed measures of income redistribution and land redistribution to create a vibrant internal market that would be the anchor of the economy; ... Not leaving strategic economic decisions to the market but making them subject to democratic choice; Subjecting the private sector and the state to constant monitoring by civil society; Creating a new production and exchange complex that includes community cooperatives, private enterprises, and state enterprises and excludes TNCs; Enshrining the principle of subsidiarity in economic life by encouraging production of goods to take place in the community and national levels, if it can be done at reasonable cost in order to preserve community. We are talking ... about a strategy that consciously subordinates the logic of the market and the pursuit of cost efficiency to the values of security, equity and social solidarity." Walden Bello: *International Organizations and the Architecture of World Power*. In: William S. Fisher, Thomas Ponniah (eds.): *Another World is Possible*. A. a. O., S. 285 f. Vgl. ausführlich: Walden Bello: *Deglobalization: Ideas for a New World Economy*. London-New York 2002. Der Einwand, eine solche Politik der Deglobalisierung wäre mit unvermeidbaren Effizienzverlusten verbunden, träfe nur dann, wenn über das Maß der Deglobalisierung und Regionalisie-

## Die Pluralität der Besitzverhältnisse

Die sozialen Bewegungen der Gegenwart, die Gewerkschaften und linken Parteien sowie andere emanzipative Kräfte haben eine ganze Serie von Vorschlägen zur Transformation der Eigentumsverhältnisse auf die Tagesordnung gesetzt: Dazu gehören der Schuldenerlass, eine verstärkte Kontrolle des Finanzkapitals und seine Besteuerung sowie die Einschränkung seiner Mobilität, die Kontrolle über die transnationalen Konzerne, die Zurückdrängung der globalen Investorenklasse zugunsten der Interessen der Beschäftigten, der Regionen und Kommunen, die Resozialisierung intellektueller Eigentumsrechte, die Entschuldung der öffentlichen Haushalte u. v. a. m. Nur achtzig Mrd. Dollar jährlich (dies ist weniger als ein Zehntel der globalen Rüstungsausgaben) würden reichen, um in den nächsten zehn Jahren alle Menschen von Unterernährung zu befreien, mit sauberem Trinkwasser zu versorgen und eine medizinische Grundversorgung zu sichern. Der Nettotransfer von Kapital aus dem Süden in den Norden beträgt gleichzeitig aber jährlich 200 bis 250 Mrd. Dollar.<sup>215</sup>

Die große Vielfalt der Vorschläge zur Transformation der Besitzverhältnisse auf globaler, regionaler und nationaler Ebene kontrastiert mit der Schwäche theoretischer Kriterien der Funktionalität bzw. Dysfunktionalität von Besitzformen für bestimmte soziale Aufgaben. Während der Wirtschaftsliberalismus von der uneingeschränkten Dominanz des Privatbesitzes ausgeht, ging der orthodoxe Marxismus-Leninismus von der universellen Durchsetzung staatlichen bzw. genossenschaft-

---

lung, ihre Felder und Formen nicht demokratisch durch die Betroffenen selbst entschieden werden würde. Karl Polanyi bemerkte mit Blick auf den Widerspruch zwischen Freiheit und Effizienz: „Die persönliche Freiheit muss um jeden Preis bewahrt werden, auch um den Preis der Effizienz in der Produktion, der Wirtschaftlichkeit in der Konsumtion oder der Zweckmäßigkeit in der Verwaltung. Eine Industriegesellschaft kann es sich leisten, frei zu sein.“ Karl Polanyi: *The Great Transformation*. A. a. O., S. 339.

<sup>215</sup> William S. Fisher, Thomas Ponniah (eds.): *Another World is Possible*. A. a. O., S. 32.

lichen Besitzes aus. Die Geschichte hat aber gezeigt, dass jede der verschiedenen Besitzformen über unterschiedliche Potenziale verfügt. Im Folgenden soll ein Klassifikationsvorschlag in die Diskussion eingebracht werden, der noch der weiteren Ausarbeitung bedarf. Er zielt auf die Unterscheidung zwischen gesellschaftlichem Besitz, Gemeinbesitz, assoziierten Besitzformen und individuellem Besitz.

Die Grundlage für diese Klassifikation ist die Annahme, dass es unter dem Gesichtspunkt der Nutzung vier Grundtypen sozialer Güter (*social goods*) gibt, die sich voneinander unter zwei Aspekten unterscheiden – (1) der Höhe der Kosten, die dadurch entstehen, dass andere aus der Nutzung der jeweiligen Güter ausgeschlossen werden (Exklusionskosten) und (2) der Höhe der Gewinne, die bei Beteiligung anderer an der Nutzung der Güter erzielt werden können (Inklusionsgewinne). Diese Kosten bzw. Gewinne sind zugleich von den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen (Kultur, institutionelle Umwelt usw.) und den vorhandenen Technologien abhängig. Eine solche Klassifikation erlaubt es, von der Existenz von vier Gütertypen auszugehen: (1) öffentliche Güter (*public goods*), (2) gemeinschaftliche Güter (*common pool goods*), (3) individuelle Güter (*individual goods*) und schließlich (4) assoziierte Güter (*associated goods*) (siehe Grafik 4). Natürlich wird mit dieser Klassifikation nichts anderes als ein sozialer Raum erfasst und die Übergänge zwischen den jeweiligen Typen sind fließend.

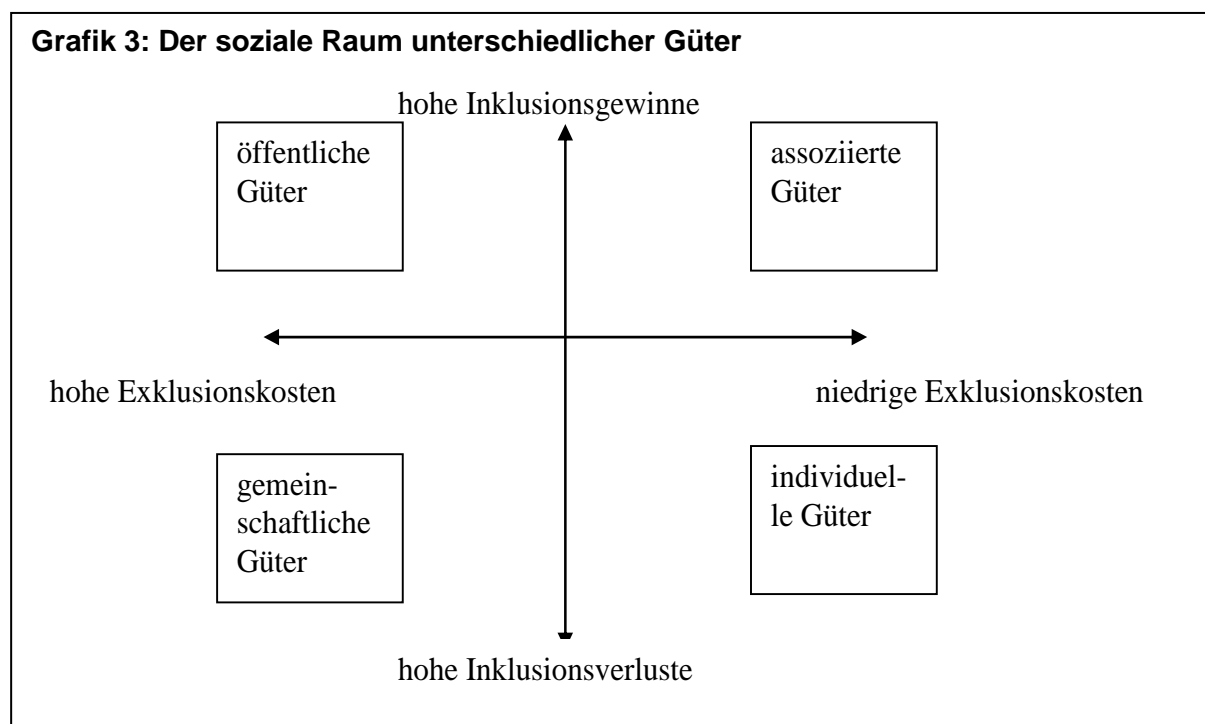
Als *öffentliche Güter* seien jene Güter bezeichnet, von deren Nutzung andere nur mit hohen Kosten ausgeschlossen werden können (hohe Exklusionskosten) und deren offene gesellschaftliche Nutzung den Wert des Gutes erhöht (hohe Inklusionsgewinne).<sup>216</sup> Das klassische Beispiel für ein öffentliches Gut ist Wissen. Der Verfasser der US-amerikanischen Unabhängigkeitserklärung und 3. Präsident der USA schrieb dazu: "If nature has made any one thing less susceptible than all others of exclusive property, it is the action

---

<sup>216</sup> Das Problem öffentlicher Gefahren (public bads oder negative public goods) wird hier nicht betrachtet.

of the thinking power called an idea, which an individual may exclusively possess as long as he keeps it to himself but the moment it is divulged, it forces itself into the possession of everyone, and the receiver cannot dispossess himself of it.... He who receives an idea from me, receives instructions himself without lessening mine as he who lights his taper at mine, receives light without darkening me. That ideas should be spread from one to another over the globe, for the moral and mutual instruction of man, and improvement of his condition, seems to have been peculiarly and benevolently designed by nature...."<sup>217</sup>

die Verbindung von hohen Exklusionskosten und hohen Inklusionsverlusten eigentümlich. Der Zugang zu ihrer Nutzung ist deshalb ein Problem: Umso stärker diese Güter genutzt werden, um so stärker sinkt ihre Nützlichkeit. Diese Güter wurden u. a. am Beispiel der Nutzung von Untergrundwasser in Kalifornien erforscht, das durch Übernutzung immer wieder gefährdet ist. Ein anderes und wichtigeres Beispiel sind Gesundheits- und Bildungseinrichtungen. Gesellschaften, die ihre Mitglieder von der Nutzung dieser Einrichtungen wegen mangelnder Zahlungsfähigkeit, aus ethnischen oder staatsbürgerlichen Gründen usw. ausschließen, neh-



*Gemeinschaftliche Güter* „share two attributes of importance for economic activities: (1) it is costly to exclude individuals from using the good either through physical barriers or legal instruments and (2) the benefits consumed by one individual subtract from the benefits available to others“<sup>218</sup>. Gemeinschaftlichen Güter ist

men in Kauf, dass elementare Menschenrechte nicht eingelöst werden.<sup>219</sup> So entstehen hohe soziale Exklusionskosten.

Mit dem Begriff *individuelle Güter* werden jene Ressourcen beschrieben, von deren Nutzung andere mit geringem Aufwand ausgeschlossen werden können und deren Nutzung durch andere den Wert stark verringert (hohe Inklusionsverluste). Die Mehrheit der Gegenstände des individuel-

<sup>217</sup> Writings of Thomas Jefferson, vol. 6, H.A. Washington, Ed., 1854, pp. 180-181

<sup>218</sup> Elinor Ostrom: Private and Common Property Rights. In *Encyclopedia of Law and Economics*, Bd. II. Civil Law and Economics, hrsg. von Boudewijn Bouckaert and Gerrit De Geest. Cheltenham, England: Edward Elgar, 2000. S. 337.

<sup>219</sup> Dies gilt nicht zuletzt für die USA, wo rd. 43 Mio. Bürgerinnen und Bürger über keine Krankenversicherung verfügen.

len Konsums hat diese Eigenschaft<sup>220</sup>. Für Produktionsmittel, die durch eine unmittelbare Verbindung von individueller Arbeit und individuellen Ergebnissen gekennzeichnet sind, gilt gleichfalls, dass sie ihrem Wesen nach individuelle Güter sind.<sup>221</sup>

Eine vierte Kategorie von Gütern sind jene, die als *assoziierte Güter* bezeichnet werden sollen. Während auf der einen Seite öffentliche und gemeinschaftliche Güter zumeist identifiziert werden, werden auf der anderen auch private und assoziierte Güter oftmals nicht unterschieden. Gemeinsam ist ihnen die Möglichkeit, mit relativ geringen Kosten andere von der Nutzung auszuschließen (niedrige Exklusionskosten). Was sie unterscheidet ist der Nutzen bzw. Schaden, der durch Beteiligung anderer an der Nutzung entsteht. Diese Unterscheidung ist von ähnlich prinzipieller Bedeutung wie die zwischen öffentlichen und gemeinschaftlichen Gütern. Während der Nutzen individueller Güter bei gemeinsamer Nutzung sinkt, steigt er bei assoziierten Gütern. Dies gilt zum Beispiel für komplexe Produktionsanlagen, die zu ihrer Nutzung die Verbindung

---

<sup>220</sup> Diese Güter sind deshalb auch in Gesellschaften, die auf dem Gemeineigentum beruhen, in der individuellen oder familiären Nutzung.

<sup>221</sup> Diese Vorstellung spielt bei Jean-Jacques Rousseau eine Rolle, wenn er von legitimen Eigentumsansprüchen im „Naturzustand“ spricht: „Um das Recht des ersten Besitzergreifens auf irgendein Stück Land zu begründen, bedarf es im allgemeinen folgender Bedingungen: erstens, dass ein Stück Land noch von niemandem bewohnt werde, zweitens, dass man davon nur soviel in Anspruch nehme, wie man zum Unterhalt nötig hat; drittens endlich, dass man davon nicht durch eine leere Förmlichkeit Besitz ergreife, sondern durch Arbeit und Anbau, das einzige Zeichen des Eigentums, das in Ermangelung gesetzlicher Rechtsansprüche von anderen geachtet werden muss.“ Jean-jacques Rousseau: Der Gesellschaftsvertrag. Leipzig: Verlag Philipp Reclam jun. 1978, S. 55. Die brasilianische Bewegung der Landlosen (MST) greift auf dieses „natürliche“ Verständnis von Eigentum zurück, wenn sie unbebautes Land besetzt und der kollektiven bzw. privaten Nutzung durch Landlose zuführt.

von Kapital, Arbeit, Wissen und Land verlangen.<sup>222</sup>

Unter dem Gesichtspunkt der Nutzung sollten jene Akteure Besitzer der genannten Güter sein, die das höchste Interesse an der Ausschöpfung der ihnen inne wohnenden Potentiale haben. Öffentliche Güter müssten der freien Nutzung durch möglichst viele offen stehen, da ihr Gebrauch den Nutzen für die Gesellschaft steigert, ohne sie selbst dabei zu vernutzen. Sie sollten durch die Öffentlichkeit, d. h. niemanden besessen werden. Gemeinschaftliche Güter müssen im Besitz jener sein, die zum einen dafür sorgen, dass niemand vom Zugang ausgeschlossen wird, der darauf einen Anspruch hat, und zugleich sichert, dass es nicht zu einer Übernutzung kommt und die ständige Erneuerung des Gutes gewährleistet wird. Sie sollten im Besitz klar definierter Gemeinschaften sein. Und während individuelle Güter auch im individuellen Besitz verbleiben sollten, bedarf es einer klaren Regelung, zu welchen Bedingungen zum Beispiel Unternehmer Arbeitskraft, Finanzen (in Form von Krediten), Immobilien (durch Pacht) und Wissen (u. a. durch Lizenzen) kombinieren können in Form eines assoziierten Besitzes des Unternehmens durch jene, die einen Anteil (*stake*) daran haben.<sup>223</sup> Für die heutige

---

<sup>222</sup> Ein weiterer, im Folgenden nicht ausgeführter Aspekt ist die Analyse sozialer Güter unter dem Gesichtspunkt ihrer Produktion. Vgl. dazu Michael Brie: Freiheit, Gleichheit und Eigentum. Versuch einer theoretischen Begründung der Pluralität von Eigentumsformen. Vortrag an der Universität für Gemeingüter. Porto Alegre 2002. Dieser Unterschied wird sofort deutlich, wenn man Information unter dem Aspekt der Erzeugung und des Gebrauchs analysiert. Die einmalige Erzeugung kann außerordentlich kostspielig sein, wie die modernen Großforschungsanlagen zeigen. Die Nutzung der Information dagegen ist faktisch kostenfrei, solange sie nicht durch Besitzrechte geschützt ist.

<sup>223</sup> Eine der entscheidenden Fragen ist und bleibt für die Mehrheit der Bevölkerung der Zugang zu den Produktionsmitteln als Zugang zu bezahlter Erwerbsarbeit: „Denn wenn der Mensch, um Mensch zu bleiben (d.h. um weiter existieren zu können), Waren erzeugen muss, dann muss er auch, um Mensch zu bleiben, die Fähigkeit zur Arbeit und den Zu-

Wirtschaftsordnung ist eine erpresserische Übermacht der Kapitaleigner (*shareholder*) gegenüber allen anderen Akteuren (*stakeholders*) charakteristisch. Sie erpressen die Regionen im Standortwettbewerb, erzwingen eine Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse durch Präkarisierung<sup>224</sup> und haben eine Ordnung intellektuellen Eigentums durchgesetzt, die Großkonzerne privilegiert und sozial notwendige Nutzungen blockiert oder erschwert. Die Aneignung trägt in vielen Bereichen parasitären Charakter der Enteignung.

## 5. Zurück – in die Zukunft

Das Ende des sowjetischen Staatspartei-Sozialismus, die geistig-politische Krise der europäischen Sozialdemokratie und die Versuche der Errichtung einer imperialen neoliberalen Weltordnung sind nicht das Ende des Sozialismus, sondern markieren den Beginn eines neuen Zyklus des Sozialismus. Dies aber ist ohne die grundlegende Erneuerung des Sozialismus unmöglich. Diese Erneuerung des Sozialismus verlangt erstens die schonungslose Aufklärung über die Ursachen des Scheiterns des früheren Sozialismus. Dazu gehören vor allem die Auseinandersetzung mit der Unterdrückung von individueller Freiheit und der Zerstörung wesentlicher Institutionen innovativer Entwicklung. Zweitens muss der Sozialismus seinen Gegnern ein eigenes starkes Zukunftspro-

---

gang zu den Produktionsmitteln haben. Die Fähigkeiten eines *Menschen* müssen daher per definitionem den Zugang zu den Produktionsmitteln einschließen. Hat also der Mensch keinen freien Zugang zu den Produktionsmitteln, so sind seine Fähigkeiten beschnitten. Hat er gar keinen Zugang, so sind sie auf Null reduziert, er muss in einer Wettbewerbsgesellschaft aufhören zu existieren. Falls er Zugang gewinnt, aber nicht unbehindert, so werden seine Fähigkeiten um den Preis reduziert, den er für den Zugang zu zahlen hat, und dieser Preis bezeichnet den Betrag seiner Macht, der einem anderen übertragen wird.“ Crawford B. Macpherson: Die politische Theorie des Besitzindividualismus. Von Hobbes bis Locke. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1990, S. 71 f.

<sup>224</sup> Mario Candeias: Präkarisierung der Arbeit und Handlungsfähigkeit. In: Das Argument. Heft 256/2004, S. 398-413

jekt gegenüberstellen. Die Entwicklung einer antineoliberalen Hegemonie eines Neosozialismus ist undenkbar ohne ein eigenes überlegenes Produktivitätsparadigma, das mit einem alternativen Machtblock verbunden ist, der die mittleren und unteren Schichten der Gesellschaft vereint und eine neue Kultur von Freiheit, Gleichheit und Solidarität verkörpert.<sup>225</sup> Drittens hat der Sozialismus die Frage nach einer alternativen Eigentumsordnung wieder als „Grundfrage“ zu entdecken und neu zu beantworten.

---

<sup>225</sup> Antonio Gramsci bemerkte dazu: „Historisch progressiv‘ ist eine Klassenformation dank ihrer geschichtlichen ‚Produktivität‘, d.h. der von ihr getragenen Expansivität eines konkreten politisch-ökonomischen Regimes, dank dessen sie ‚die ganze Gesellschaft vorantreibt, indem sie nicht nur den existenziellen Erfordernissen nachkommt, sondern ihre Führungskräfte durch eine fortwährende Inbesitznahme neuer industriell-produktiver Tätigkeitsbereiche erweitert‘ und so die glaubhafte Erwartung individueller ‚Lebensperspektiven‘ speist“. Zit. in: Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 6.I, S. 14 f.

## Gibt es eine Alternative zum Neoliberalismus?

„Die Zukunft liegt nicht darin,  
dass man an sie glaubt  
oder nicht an sie glaubt,  
sondern darin,  
dass man sie vorbereitet.“  
Erich Fried



Gibt es eine Alternative zum Neoliberalismus? Meine Antwort auf die Frage lautet kurz und bündig: Ja !

Das ist eine Denkrichtung und eine darauf beruhende Politik, in der *Mensch* und *Umwelt* zentrale Bezugspunkte wirtschaftlichen Handelns sind und nicht die *Renditeerwartungen des Kapitals*. Eine *Politische Ökonomie* also, die gesamtwirtschaftliches, makroökonomisches Herangehen an gesellschaftliche Entscheidungen zum Maßstab macht und sich nicht auf betriebswirtschaftliche Logik reduziert.

Beurteilt man die praktischen *Chancen* für eine solche Alternative, darf man ungeachtet der gesellschaftszerstörerischen

Wirkungen des dominierenden Neoliberalismus eine Reihe von Fakten nicht außer Acht lassen:

1. Rund 90 Prozent der Ökonomen in Deutschland bekennen sich zur *neoklassischen Denkschule*, die vornehmlich auf eine Angebotspolitik setzt, also auf Steuersenkung für Unternehmen, Lohnzurückhaltung, Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich, Rückbau der bisherigen Sozialsysteme, Lockerung des Kündigungsschutzes und Aushöhlung der Mitbestimmung. Diese Schule dominiert die universitäre Lehre, die Medien sowie die Wirtschaftsverbände und beherrscht – von Nuancen und Ausnahmen abgesehen – das Handeln der politischen Eliten unterschiedlicher Couleur. Andere Denkschulen haben es schwer, ins öffentliche Bewusstsein zu dringen. Das gilt für den *Postkeynesianismus*, besonders aber für den kritischen *Marxismus*, dessen Reste aus den Lehranstalten nahezu entfernt sind. In kurzer Frist wird sich am wirtschaftstheoretischen und –politischen „Input“ in die Köpfe wenig ändern.
2. Der *Neoliberalismus* konnte als herrschende Ideologie des entfesselten Kapitalismus auf das Denken großer Teile der Bevölkerung anhaltend Einfluss gewinnen, weil er sich den Mangel an Kenntnissen über wirtschaftliche Tatbestände und Grundzusammenhänge zunutze macht. Pierre Bourdieu hatte das „ökonomischen Analphabetismus“ genannt, den zurückzudrängen er als Aufgabe gesellschaftlicher Bewegungen sah. Der Leiter des Instituts für Wirtschaftsethik St. Gallen, Peter

Ulrich, stellt fest, viele Menschen spürten zwar intuitiv, dass am neoliberalen Ökonomismus – das sei der Glaube der ökonomischen Logik an nichts als sich selbst – irgendetwas nicht stimmen kann. Sie fühlten sich jedoch dem geschliffenen Jargon der ökonomischen ›Sachlichkeit‹ argumentativ ohnmächtig ausgeliefert.<sup>226</sup> Was Not täte, so der St. Gallener, wäre analog zur Staatsbürgerkunde eine zur Allgemeinbildung gehörende Wirtschaftsbürgerkunde. Ich finde diese Idee nicht uninteressant.

3. Nicht zu vergessen ist, dass mit dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus in Mittel-Ost-Europa auch der *Marxismus desavouiert* ist. In der Öffentlichkeit wird nicht zwischen der praktischen Pervertierung der marxistischen Theorie durch selbstherrliche Funktionäre kommunistischer und sozialistischer Parteien einerseits und der bewahrenswerten Tradition marxistischer Theorie, insbesondere ihrer analytischen Präzision, andererseits unterschieden. Die öffentliche Meinungsbildung über das gescheiterte System erschöpft sich weitestgehend in dessen moralischer Verurteilung. Im Bestreben um kritische Selbstverständigung über das Geschehene hat sich auch mancher Wissenschaftler und Politiker mit DDR-Provenienz einseitig den Schwächen, auch Verbrechen des Realsozialismus zugewandt, anstatt zugleich zu fragen, was vor der Geschichte Bestand haben könnte. Ähnlich war und ist das in anderen früheren sozialistischen Ländern zu beobachten. Häufig ist die Einschätzung gefallen: „Das System ist zu Recht untergegangen.“ Ich stimme Reinhard Mocek zu, wenn er einwendet: „Zu Recht untergegangen ist doch wohl in erster Linie die politische Herrschaftsform dieses Gesellschaftssystems, wobei sie die sozialen und ökonomischen Grundlagen dieses Systems und damit die gesamte realsozialistische Lebenswelt in den Abgrund ge-

zogen hat.“<sup>227</sup> Sieht man es so, bleibt zumindest die Denkmöglichkeit einer alternativen Gesellschaftsordnung. Denn wo es kein Jenseits des real existierenden Kapitalismus gibt, kann auch kein Glaube an seine Endlichkeit, viel weniger die Überzeugung von seiner Überwindbarkeit aufkommen.

4. Der Neoliberalismus hat *ideologische Denkwänge* erzeugt, die er in den Rang ökonomischer *Sachwänge* erhoben hat. Sklavisch lässt er sich von Dogmen und Axiomen leiten, ohne sie dem Praxistest zu unterwerfen: Die Staatsquote muss unter 40 Prozent gedrückt werden; die jährliche Neuverschuldung darf maximal 3 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt betragen; eine Steuerentlastung für Unternehmen fördert deren Investitionsbereitschaft; eine einprozentige Senkung der Lohnnebenkosten führt zur Schaffung von 100 000 neuen Arbeitsplätzen; ab zwei Prozent Wirtschaftswachstum wird die Schwelle zum Beschäftigungsaufbau überschritten. Das sind einige der verdummenden ideologischen Glaubenssätze. Mit ihnen soll begründet werden, warum jede Form einer nachfrageorientierten Politik falsch ist. Doch weder die offizielle Statistik noch millionenfache tägliche Erfahrung von Menschen liefern den Beweis für die Praxistauglichkeit solcher Dogmen. Es ist unverkennbar: Der politisch derzeit vorherrschende Neoliberalismus befindet sich offensichtlich in der geistigen Krise.
5. Es gibt keinen anderen Weg, den Alleinvertretungsanspruch der neoliberalen Autisten öffentlich in Frage zu stellen, als zum einen die *praktische Untauglichkeit, das Versagen, die Schädlichkeit ihrer Rezepte* empirisch durch unbestechliche ökonomische Daten und bedrückende Fakten aus der Erfahrungswelt der Bürger, insbesondere der Arbeitslosen, der Alleinerziehenden, der Kranken, aber auch in prekären Verhältnissen arbeitender abhängig Beschäftigter zu belegen.

<sup>226</sup> Ulrich, Peter: Die Menschen fühlen sich argumentativ ausgeliefert. tagesschau. de

<sup>227</sup> Reinhard Mocek: Vielleicht lohnt die Rückbesinnung auf Marx? Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, Bd. 54, Heft 3/2002, S.183.



Gleichzeitig müssen öffentlichkeitswirksam *realistische, mobilisierende Alternativen* popularisiert werden, um deren praktische Realisierung dort gerungen wird, wo linke Kräfte auf kommunaler und Länderebene politische Verantwortung tragen. *Wirtschaftlicher Fortschritt, der nicht zu sozialem Fortschritt führt, ist Selbstzweck und gesellschaftlich parasitär.*

6. *Profitstreben bleibt die Hauptantriebskraft des Kapitalismus.* Die Logik des Kapitals ist nicht aufhebbar, aber die Auswüchse seiner Herrschaft sind durch politischen Kampf begrenzt. Gegen den „Terror der Ökonomie“ müssen sich möglichst viele wehren, auch wenn ein grundlegender Wandel der Eigentums- und Machtverhältnisse im Marx'schen Sinne kein realistisches Nahziel sein kann. Aber Macht- und Eigentumsfragen müssen wieder offensiv gestellt, dürfen von den Linken nicht tabuisiert werden. Handlungsspielraum dafür bietet das Grundgesetz, insbesondere mit den Artikeln 14/2 „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen“ und 15 „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz... in Gemeineigentum überführt werden.“ Die Linke muss Ideen entwickeln, wie diese Grundgesetzgebote unter den heutigen Bedingungen auszugestaltet sind.
7. *Vordringliche Alternativen* zum neoliberalen Regierungshandeln sind:
  - Arbeit und Freizeit für alle durch Arbeitszeitverkürzung und eine neue Art von Vollbeschäftigung;
  - Mindestlohn statt Armutstarif;
  - Schutz öffentlicher Güter vor Privatisierung; Deprivatisierung von Bereichen öffentlicher Daseinsvorsorge;
  - Neujustierung der sozialen Sicherungssysteme statt ihrer Zerrümmerung;
  - Besteuerung von Einkommen und Vermögen nach der Leistungsfähigkeit.

Dafür muss geworben und Mut gemacht werden. „Auch ein langer Marsch beginnt mit einem ersten Schritt“, wie die Chinesen sagen.

Ich will am Beispiel der Arbeitsmarktpolitik zeigen, wie das natürliche Spannungsverhältnis zwischen betriebswirtschaftlicher Logik und gesamtgesellschaftlicher Vernunft aufgelöst werden kann.<sup>228</sup> Es spricht Bände über das Wesen einer Gesellschaft, wenn der Nicht- bzw. Unterbeschäftigung oder – um mit Marx zu sprechen –, „dem erzwungenen Müßiggang“ eines Teils der erwerbsfähigen Bevölkerung „Überarbeit“ eines anderen Teils gegenübersteht,<sup>229</sup> so wie das in Deutschland der Fall ist. Was dem *einzelwirtschaftlichen* Kapitalverwertungsstreben entspricht, führt nicht nur zu dramatischen persönlichen und familiären Schicksalen der Betroffenen. *Gesamtwirtschaftlich* bedeutet eine anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, dass die Begabungsreserven in der Gesellschaft und damit auch Wachstumsmöglichkeiten zur Verbesserung des allgemeinen Lebensstandards nicht ausgeschöpft werden. Zu den *gesamtwirtschaftlichen* Folgen der massenhaften Exklusion von Menschen aus dem Arbeitsprozess gehören ebenfalls fiskalische Belastungen in Form von Lohnersatzleistungen sowie Sozialhilfe und Wohngeld einerseits und Mindereinnahmen bei Steuern und Sozialbeiträgen andererseits. Laut Berechnung des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarktforschung betragen *die gesamtfiskalischen Kosten der Arbeitslosigkeit im Zeitraum 1997 bis 2003 jährlich zwischen 70 und 85 Milliarden Euro* (vgl. Tabelle 1).

Ich mache eine einfache Rechnung auf: Gesetzt den Fall, man schafft im sogenannten Non-Profit-Sektor Arbeitsplätze mit einem monatlichen Mindestlohn von 1400 Euro brutto, dann könnte man mit Lohnkosten von 8,4 Mrd. Euro eine halbe Million Menschen beschäftigen. Je nach Bevölkerungsgröße der Bundesländer wären das zwischen 10 000 und 50 000 Personen, die auf diese Weise in gemeinwirtschaftlichen Bereichen in Arbeit kämen. Hinzu träte natürlich ein Sachkostenaufwand. Die Betroffenen würden zur Erhöhung des Bruttoinlandsprodukts beitragen,

---

<sup>228</sup> s. dazu auch Christa Luft: *Wendeland. Fakten und Legenden.* Berlin 2005, S.218 ff.

<sup>229</sup> Karl Marx: *Das Kapital.* Erster Band. In : MEW, Bd. 23, S. 665.

wieder Steuern und Sozialbeiträge zahlen und weniger krank sein. Gesamtgesellschaftlich wäre das vernünftig.

Zeiten hoher Arbeitslosigkeit muss für Beschäftigte ein Anspruch auf Muße gelten wie für Arbeitslose ein Recht auf Arbeit

**Tabelle 1: Gesamtfiskalische Kosten der Arbeitslosigkeit 2003 (Kostenanteile in Mrd. Euro)**

Arbeitslosengeld/-hilfe	40,1
Sozialhilfe/Wohngeld	4,0
Mindereinnahmen Steuern	15,9
Mindereinnahmen Sozialbeiträge	22,7
Gesamt	82,7

Gesamtgesellschaftlich vernünftig wäre es auch, die Arbeitszeit zu verkürzen, statt durch Arbeitszeitverlängerung noch mehr Menschen überflüssig zu machen. Denn jenseits der Produktion beginnt das wahre Reich der Freiheit. Bei Karl Marx heißt es: »Das Reich der Freiheit beginnt in der Tat erst da, wo das Arbeiten, das durch die Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört; es liegt also der Natur der Sache nach jenseits der Sphäre der eigentlichen materiellen Produktion... Die Verkürzung des Arbeitstages ist die Grundbedingung.«<sup>230</sup> Für Marx war »keineswegs mehr die Arbeitszeit, sondern disposable time das Maß des Reichtums«.<sup>231</sup> Er wollte nicht, dass die einen zu Überarbeit und die anderen zu erzwungenem Müßiggang verdammt sind.<sup>232</sup> Mit steigender Produktivität kann bei anderer Verteilung der Arbeitszeit mehr freie Zeit für alle entstehen, freie Zeit, die Raum schafft für kreative Muße, für Erholung, Entspannung, Bildung, Kultur und Kunstgenuss, anregendes Familienleben, Pflege von Freundschaften, nicht hingegen für profanes Faulenzen. Freizeit ist für den Lohnabhängigen gleichbedeutend mit einem Stück Freiheit, denn formell ist die Verwendung der disposable time dem Kommando des Kapitaleigentümers, also der Fremdbestimmung entzogen. Auch in

bzw. Arbeitsförderung einzufordern ist.

Die Neuverteilung der Arbeitszeit stößt naturgemäß auf den erbitterten Widerstand der Kapitalinteressen. Und dennoch gab es in der jüngeren Zeit ein erfolgreiches Beispiel: Die unter der sozialistisch-kommunistisch-grünen Jospin-Regierung in Frankreich 1997 per Gesetz auf 35 Stunden verkürzte Wochenarbeitszeit. Das Ergebnis hatte alle neoliberalen Weissagungen blamiert. Trotz der zwischenzeitlichen Aushöhlung dieses Gesetzes durch die konservative Chirac-Regierung – entscheidend ist der Beweis, dass bei entsprechenden politischen Kräfteverhältnissen ein Durchbruch selbst im nationalen Alleingang gelingen kann.

8. Die berechnete Frage lautet: Ist das finanzierbar? Überfordert das nicht die Gesellschaft?

Ich greife für meine Antwort die Wochenarbeitszeitverkürzung, sagen wir auf 30 Stunden, heraus. Dass ein solcher Schritt, ohne Versorgungsengpässe befürchten zu müssen, auf Grund ständig steigender Produktivität möglich wäre, daran kann kein Zweifel sein. Anders aber als in Frankreich kann dies hier zu Lande angesichts der grundgesetzlich verankerten Tarifautonomie nicht vom Gesetzgeber angeordnet werden. Es ist von den Tarifpartnern auszuhandeln. Dabei weisen die Arbeitgeber eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich entschieden zurück. Sie führen Gewinnverluste sowie eingeschränkte internationale Wettbewerbsfähigkeit ins Feld und fordern sogar Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich. Aber auch die Gewerkschaften sind zu-

<sup>230</sup> Ders.: Das Kapital. Dritter Band. In: MEW, Bd. 25, S. 828.

<sup>231</sup> Ders.: Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie. Berlin 1974, S. 594 ff.

<sup>232</sup> Ders.: Das Kapital. Erster Band. A. a. O., S. 665.

rückhaltend. Schließlich haben die von ihnen vertretenen Beschäftigten wenig davon, wenn sie zugunsten Arbeitsloser auf Arbeitszeit verzichten sollen und für sie selbst damit Einkommenseinbußen einhergehen.

Es bliebe also zu prüfen, wie dieser Interessenkonflikt auflösbar ist, ob die Arbeitszeitverkürzung für die eine Seite weitgehend kosten- und für die andere Seite weitgehend einkommensneutral verlaufen kann. Interessante Überlegungen dazu haben Heinz-J. Bontrup<sup>233</sup> und Konrad Stopp<sup>234</sup> angestellt. Für die Arbeitgeber wäre Kostenneutralität gegeben, wenn mit der Arbeitszeit auch der so genannte »Produzentenlohn«, also das Bruttoeinkommen, entsprechend reduziert würde. Arbeitnehmer wiederum haben den so genannten »Konsumentenlohn«, also das Nettoeinkommen, im Blick. Damit dieses nicht wesentlich fällt, müssten die Arbeitnehmer bei der Lohnsteuer nachhaltig entlastet werden. Bei den höheren Arbeitseinkommen wäre m. E. angesichts des mit der kürzeren Arbeitszeit eintretenden Wohlfahrtsgewinns ein leichter Rückgang der Nettoeinkommen vertretbar, zumal in diesem Einkommenssegment von relativ hohen Sparquoten auszugehen ist. Diese Ansicht ist bei vielen Gewerkschaftern allerdings nicht populär und wird auch in der PDS kontrovers diskutiert.

Lohnsteuermindereinnahmen und der Rückgang von Sozialabgaben würden durch den Abbau der Massenarbeitslosigkeit weitgehend kompensiert. Bisher Arbeitslose würden wieder beschäftigt, könnten mehr konsumieren, sie zahlten Steuern und Beiträge für die Sozialkassen. Zugleich entfielen die staatlichen Transferzahlungen für Arbeitslose. Die Aushöhlung der Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung wäre gestoppt. Die öf-

---

<sup>233</sup> Bontrup, Heinz-J.: Alternative Arbeitszeitverkürzung. Blätter für deutsche und internationale Politik, 3/2005, S. 352 ff.; ders.: Trotz Wirtschaftswachstum wird auch künftig weniger Arbeit nachgefragt. VDI-Nachrichten, Düsseldorf, 22. 4. 2005.

<sup>234</sup> Stopp, Konrad: Die 30-Stunden-Woche als Regelarbeitszeit im »atmenden« Arbeitsmarkt. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 10/2004, S. 630 ff.

fentlichen Haushalte würden von gesamtfiskalischen Kosten der Arbeitslosigkeit (vgl. Tabelle 1) entlastet. Sofern dieses Entlastungsvolumen nicht zur Finanzierung der mit einer Arbeitszeitverkürzung verbundenen gesellschaftlichen Kosten reicht, wären hierfür Einnahmen aus der gebotenen stärkeren steuerlichen Belastung von Gewinnen und der Wiedererhebung der Vermögensteuer heranzuziehen. Auch eine reformierte, sich am internationalen Niveau orientierende Erbschaftsteuer ist überfällig.

9. Auffassungen wie: »Man kann ja doch nichts verändern« oder »Die da oben machen sowieso mit uns, was sie wollen« oder »Egal, wer regiert, es macht keinen Unterschied« sind Ausdruck von Resignation und Schicksalsergebenheit. Mit solchen Haltungen wird jedweder politische Widerspruch entwertet und ungewollt die Sachzwanglogik der herrschenden Politik unterstützt. Manche Linke sehen im Engagement für alternative Reformen eine bloße Reparatur am Kapitalismus und lehnen das entschieden ab. Ich halte auch diese Position für falsch, weil ein »Alles oder Nichts« im praktischen politischen Leben keine brauchbare Option ist und bedrängten Menschen nicht hilft. Um dem Fatalismus entgegenzuwirken, macht es Sinn, auf die Reformierbarkeit des Kapitalismus hinzuweisen. Ein überzeugender historischer Beleg dafür ist die Herausbildung der sozialen Marktwirtschaft in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg. Freilich gab es dafür mit kämpferischen Gewerkschaften starke innere Triebkräfte. Und als äußeres Korrektiv erwies sich ein alternatives Gesellschaftssystem. Ein solches äußeres Korrektiv ist noch nicht in Sicht. Was aus der Entwicklung in China wird, lässt sich endgültig schwer voraussagen. Das trifft auch auf die neuen sozialen Bewegungen in Lateinamerika zu. Daher helfen mittelfristig gegen die Allmacht des Kapitals nur Massenbewegungen, getragen von Betriebsbelegschaften und Gewerkschaften, von Attac, Jugend- und Frauenorganisationen, Greenpeace, Friedensgruppen und christlichen Kreisen. An Bedeutung gewinnt das Europäische Sozialforum, das einen wichtigen Beitrag leistet, eine politische Öffentlichkeit auf dem Kontinent zu schaffen. Zu den Ge-

genkräften gehören die europäischen Linksparteien sowie Minderheitsströmungen bei den Grünen und der Sozialdemokratie.

Die Bündelung des Widerstandes gegen den Sozialstaatsabbau und die Aushöhlung der Demokratie schafft Gemeinsamkeit und strahlt auf jene aus, die immer noch glauben, es gäbe keine Alternativen.

*10. Menschen sind nicht machtlos.* Das hat der öffentliche Protest gegen die Bolckesteinsche *Dienstleistungsrichtlinie der EU* gezeigt. Er war so unüberhörbar, dass auch Regierungen sich ihm nicht entziehen konnten und den Entwurf schließlich zur Überarbeitung an die Kommission zurückweisen mussten. *Streikdrohungen der Beschäftigten in der Stahlbranche* setzten die Arbeitgeber derart unter Druck, dass diese keine Möglichkeit sahen, sich den Forderungen nach spürbarer Einkommensverbesserung zu widersetzen. Massenhafte Petitionen gegen die unseligen *Hartz-IV-Regelungen* erzwangen schließlich erste Korrekturen.

Die Bankrotterklärung von Bundeskanzler Schröder nach den für die SPD verlorenen Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und die vorgezogenen Bundestagswahlen gaben plötzlich linken Kräften einen Impuls zum Zusammenrücken. Die Chance auf ein starkes Wählervotum für eine kräftige parlamentarische Opposition gegen die weitere Erosion des Sozialstaates wächst. Das *französische „Nein“ beim Referendum über die EU-Verfassung* verdeutlichte eindrucksvoll, dass Erfolge gegen neoliberale Politik selbst dann errungen werden können, wenn das Land von einer erdrückenden konservativen Mehrheit regiert wird.

Das alles sind Signale der Hoffnung, dass ein Politikwechsel errungen werden kann.

## Schlusswort



Mit Marx ins 21. Jahrhundert – das schließt die Feststellung ein, dass es für uns Linke ohne Marx nicht geht. Zugleich zeigte der Verlauf des Symposiums, dass die Überschrift kein Hilferuf war. Die Stimmung hier lag eher in der Richtung, so etwas wie eine gute Gewissheit im Rücken zu haben, eine Denkerpersönlichkeit, die in ihrer Zeit einzigartig war – rechnet man seine direkten Weggefährten zu seinem Werk hinzu – und einer ganzen historischen Epoche das Gepräge gab.

Widerspruch zu einer solchen rückblickenden Feststellung gab es an diesem Orte nicht; inwieweit sie die kognitive und politische Basis für die Bewältigung der vor uns liegenden weltgeschichtlichen Periode sein kann und sein wird, wurde in mehreren Beiträgen vorausgesetzt, zum Teil auch erhellend expliziert. Wir erinnern uns gerade in dieser Frage an frühere Theoriezeiten, da wir das Marxsche Theo-

riengebäude nicht mehr wirklich auf seine vorausgesetzte wissenschaftliche Selbstverständlichkeit überprüft hatten. Und zwischen wissenschaftlicher Prüfung, Rezeption und Verehrung bestand nicht immer der geforderte strenge Unterschied.

Selbst wenn man feststellt, dass es in der gegenwärtigen geschichtsphilosophischen wie politökonomischen Theorienwelt offenkundig keinen völlig anderen Theorieansatz als den Marx-Engelsschen gibt, um Gesellschaft historisch und systemisch zu erfassen, was immer auch heißt, zugleich ihre reproduzierbaren materiellen Grundmuster wie die systemische Offenheit historischen Geschehens in den Blick zu nehmen, ist man nicht der Mühe enthoben, stets aufs Neue nachzufragen, nachzuhaben. Aber ich glaube schon, dass wir uns in den vergangenen 15 Jahren der Theorienot in der PDS an diesem Thema gründlich abgearbeitet haben und die bedrückende Ehrfurcht, mit welcher vor allem die Älteren unter uns mit wenigen Ausnahmen groß geworden sind, wenn die Rede auf die Aktualität der Marxschen Lehre kam und gar noch die Fortsetzerrolle Lenins zur Würdigung anstand, nun gründlich ausgestanden ist. Und es kommen ja nun auch noch etliche geschichtsmethodologische Einsichten hinzu.

Die Rezeption marxistischer Theorie und Methode ist stets dann im Ansteigen begriffen, wenn es mit den sozialen Bewegungen wieder spürbar bergauf geht. Werfen wir das aktuelle Interesse an historischen, sozialen und ökonomischen Theorien auch als Ausdruck dieses Prozesses. Dabei machen wir uns nichts vor, dass die im Weltsozialforum vereinigten politischen Kräfte und sozialen Interessenlagen alles andere als ein Nachbuchstabieren der Marxschen Lehre sind – bis auf eine, ihre

grundlegende Idee, wonach eben eine andere Welt möglich ist.

Im Kapitalismus sich wohnlich einrichten zu wollen ist heutzutage gleichwohl für weitaus mehr Menschen als zu Marxens Zeiten eine passable Perspektive – für die große Hälfte der Menschheit ist es keine! Dabei hatte die marxistische Bewegung – gewissermaßen als die dunkle Seite ihrer Theoriegewissheit – ein gestörtes Verhältnis zu einer Grundkraft historischen Geschehens, der Spontaneität subjektiver Faktoren bei gleichfalls oft unkalkulierbaren objektiven Vorgängen. Wer glaubt, um die Geschichte zu wissen, hat oft genug schwere Enttäuschungen erlebt.

Marx mit ins 21. Jahrhundert zu nehmen fordert allemal auch eine Absage an den spröden Determinismus, der, wer von den Älteren erinnert sich nicht, die Demonstrationen unserer realsozialistischen Jugendjahre bald schon zu bloßen Pflichtübungen verkommen ließ, denn wir hatten ja die eitle Überzeugung, dass nun alles sowieso so kommen werde, wie es in unseren Geschichtsbüchern stand. Und wir waren doch auch ziemlich beschränkt in unserem Mut, mal in die Denkfabrik zu gehen und uns Modelle der künftigen Welt anzuschauen. Auf die Idee, selbst solche Modelle auszuarbeiten, sind wir erst dann gekommen, als es zu spät war und der Koloss zu wanken und zu stürzen begann.

Ein politischer Kernpunkt, zu dem die Linken derzeit wieder einmal besonders gefordert sind und in dem sich auch die Frage nach der Gestalt der aktuellen und künftigen Welt konzentriert, stand heute im Mittelpunkt der meisten Beiträge – der Neoliberalismus. Nun ist das ein theoretisch wie politisch schon recht altherwürdiges Konstrukt, dem wir hier gegenüberstehen; wobei es ziemlich klar ist, dass seine jeweilige historische Gestalt von recht unterschiedlichen Bedingungen geprägt ist.

Der Rückblick in die Geschichte der Bundesrepublik zu dieser Frage fördert doch schon die eine oder andere erstaunliche Tatsache zutage. So hat Franz Josef Strauß seinen Unmut über die SPD-orientierte Politik der Bundesrepublik der Mitte der siebziger Jahre in Worte gefasst,

die im Grunde genommen auch heute noch gesagt werden können: „Die Politik der Bundesregierung mit ihrem Kostendruck, mit ihrem Steuerdruck, ihren steigenden Soziallasten führt zu einer zunehmenden Resignation der kleineren und mittleren Wirtschaft. Die Großwirtschaft wird von der Politik der SPD und FDP systematisch immer mehr gefördert. ... Das Ganze nimmt ja gespenstische Ausmaße an, wenn man befürchten muss, dass Helmut Schmidt in Moskau die Wünsche der deutschen Schwerindustrie im Hinblick auf Moskauer Aufträge etwa mit politischen Konzessionen erkaufte“ und auf diese Weise zu erfüllen versucht. Auch im eigenen Lager nahmen damals schon die Stimmen zu, die diese Regierungspolitik als offene Abkehr von den Wurzeln sozialdemokratischen Denkens und Handelns kritisierten. Karsten D. Vogt warnte davor, die soziale Sicherheit gegen die Notwendigkeit von Strukturreformen aufzurechnen. „Wenn es der Linken nicht gelingt, nachzuweisen, dass notwendige Strukturreformen direkt gekoppelt sind mit der Schaffung von mehr sozialer und materieller Sicherheit, dann ist ein Rechtsruck unvermeidlich.“

Gewisse Zusammenhänge reproduzieren sich in der Politik in erstaunlicher Weise. Blickt man auf die sich gegenwärtig abzeichnende Konstellation der politischen Kräfte hierzulande, zeichnet sich für die kommende Wahlperiode eine Situation ab, in der eine auf den Neoliberalismus eingeschworene Koalition von den eigentlichen Hauptern des Neoliberalismus als stärkster Oppositionspartei kontrolliert wird, wenn man das dann überhaupt noch so nennen kann.

Schwere Zeiten für konkurrierende, linke Programme, aber zugleich Chancen für die neue Linke. Es wird sich bald schon zeigen, ob ein tragfähiges Gegenkonzept ausgearbeitet werden kann, mit Marx im Rücken, zugleich wissend, dass damit das Marschgepäck keineswegs hinreichend bestückt ist. In diesem Sinne hatten wir ein lehrreiches, in gewisser Sicht dann auch ein erfolgreiches Symposium.

## Autorenverzeichnis

### **Bisky, Lothar**

Jg. 1941, Vorsitzender der Linkspartei.PDS und Mitglied des deutschen Bundestages. Arbeitsschwerpunkte: Kulturwissenschaften und Medienpolitik.  
Lothar.Bisky@linkspartei-online.de

### **Brangsch, Lutz**

Jg. 1957, Mitglied des Vorstandes der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Leiter des Bereichs Politische Bildung der RLS. Arbeitsgebiete: Sozial-, Wirtschafts- und Demokratietheorie.  
E-Mail: brangsch@rosalux.de

### **Brie, Michael**

Jg. 1954, Stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Leiter des Bereichs Politikanalyse der RLS. Arbeitsgebiete: Geschichte und Theorie des Demokratischen Sozialismus, theoretische Analyse des Staatssozialismus sowie Strategien linker Parteien und sozialer Bewegungen.  
E-Mail: brie@rosalux.de

### **Candeias, Mario**

Jg. 1969, Institut für Soziologie, Friedrich-Schiller-Universität Jena; Redaktion „Das Argument“. Arbeitsgebiete: Prekarisierung, Gewerkschaften und soziale Bewegungen, Hegemonietheorie, politische Ökonomie.  
E-Mail: Mario.Candeias@uni-jena.de

### **Crome, Erhard**

Jg. 1951, Redakteur der Zeitschrift *Initial* und Mitglied des Beirats der Zeitschrift *Welttrends*. Arbeitsgebiete: Internationale Politik, Osteuropa und Geschichte des Staatssozialismus.  
E-Mail: crome@rosalux.de

### **Heuer, Uwe-Jens**

Jg. 1927, Sprecher des Marxistischen Forums in der Linkspartei.PDS, Mitglied der Leibniz-Sozietät und Vizepräsident des Ostdeutschen Kuratoriums der Verbände. Arbeitsschwerpunkte: Marxistische Theorie, Demokratietheorie und Politik, Religionstheorie.  
E-Mail: UweJensHeuer@aol.com

### **Luft, Christa**

Jg. 1938, Mitglied des Bundestages a. D., Vorsitzende des Kuratoriums der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Arbeitsschwerpunkte: Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik, marktwirtschaftliche Transformation in Mitteleuropa.  
Luft.Christa-Hans@t-online.de

### **Mocek, Reinhard**

Jg. 1936, Vorsitzender des Vorstandes der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Arbeitsgebiete: Historische Wissenschaftsforschung, Gesellschaftstheorien.  
E-Mail: mocek@rosalux.de

### **Modrow, Hans**

Jg. 1928, Ehrenvorsitzender der Linkspartei.PDS und Mitglied des Kuratoriums der Rosa-Luxemburg-Stiftung; er gehörte dem Deutschen Bundestag (1990-1994) und dem Europäischen Parlament (1999-2004) an. Arbeitsgebiete: Außen- und Entwicklungspolitik und der Geschichte der deutschen Linken.  
E-Mail: hans.modrow@linkspartei-online.de

### **Nowak, Iris**

Jg. 1971, Promovendin an der Hamburger Universität, freischaffende Bildungsarbeiterin. Arbeitsgebiete: theoretische und praktische Kritik des Sozialstaats, Geschlechterverhältnisse im Neoliberalismus.  
IrisNowak@gmx.net

### **Paech, Norman**

bis 2003 Professor für öffentliches Recht an der Hochschule für Wirtschaft und Politik, Hamburg. Arbeitsschwerpunkte: Verfassungs- und Staatsrecht, Völkerrecht, Menschenrechte, Politische Justiz, Internationale Beziehungen. Seit Oktober 2005 Mitglied des deutschen Bundestags und außenpolitischer Sprecher der Linksfraktion.  
norman.paech@bundestag.de

**Rilling, Rainer**

Jg. 1945, apl. Prof. für Soziologie an der Universität Marburg und Mitarbeiter des Bereichs Politikanalyse der RLS. Arbeitsgebiete: Kapitalismusanalyse und internationale Beziehungen.

Web: [www.rainer-rilling.de](http://www.rainer-rilling.de);

E-Mail: [rilling@rosalux.de](mailto:rilling@rosalux.de)

**Spehr, Christoph**

Jg. 1963, freier Mitarbeiter beim Bereich Politikanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Arbeitsgebiete: Perspektiven der Linken und der sozialen Bewegungen, Utopie, populäre Kultur.

[yetipress@aol.com](mailto:yetipress@aol.com)